

14

Pol. Civ.

61ⁿ =

(1.)

Gaurici

Gesch. 775

G r u n d z ü g e
zu einer
T h e o r i e
der
P o l i z e i w i s s e n s c h a f t

von

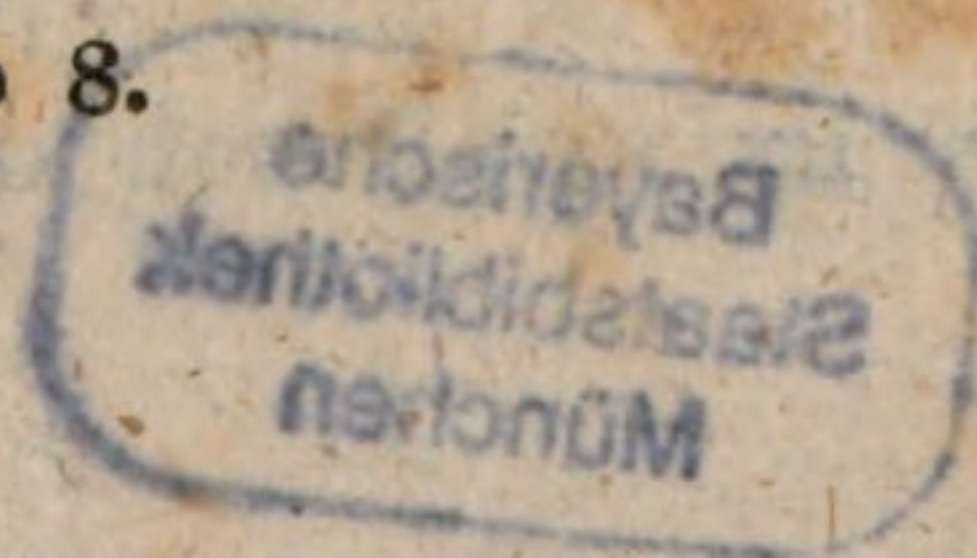
G e o r g H e n r i c i

D o k t o r d e r P h i l o s o p h i e.



Lüneburg,
bei Herold und Wahlstab.

1808.



Georg Henrich

Polizeiwissenschaft

Polizeiwissenschaft

von

Georg Henrich

Doktor der Philosophie



Leipzig

Verlag von W. B. Neumann, Neudamm

1884

Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r r e d e.

Der Versuch, die einzelnen Regeln der Staatswissenschaft auf einfachere und festere Grundsätze zurückzuführen, wird dem Freunde der Wissenschaft zu einer Zeit, wo Staatskritik und Politik die Tyrannei der Mode und des Schreckens zugleich üben, wo sie fast in jedem Zirkel den geendigten Kampf der streitenden Mächte wieder erneuern, allerdings näher als in jedem andern Zeitpunkte gelegt; aber seine wahre Bevollmächtigung braucht er nicht erst von dem Interesse der Zeit und von den Lieblingstexten des Tags zu erbet-

teln. Indem er mehr das Zeitlose — die
 allgemeinen und absoluten Bedürfnisse der
 Staaten berücksichtigt, gewinnt er zugleich
 ein Interesse, das von keiner Denkwürdigkeit
 und keinem überraschenden Wechsel der sta-
 tistischen Zeitverhältnisse abhängt. Dafs aber
 diejenige Doktrin, zu deren Vervollkommnung
 ich hier einige Grundzüge zu entwerfen ver-
 sucht habe, und welche nach ihrem dermaligen
 Zustande noch zu den schwankendsten
 Wissenschaften gehört, unter den Staatslehren
 eine höchst wichtige Stelle behauptet, liegt
 offen am Tage, und wird vielleicht durch die
 vorliegende Schrift noch deutlicher werden.
 Wenn ich daher für die Polizei einen be-
 stimmten und erschöpfenden Begriff aufsuchen
 zu müssen glaubte, so darf ich darüber von
 den wahren Eingeweihten der Wissenschaft
 keinen Vorwurf befürchten. Man fängt zwar
 zuweilen schon an, auch der Philosophie die

goldne Mannichfaltigkeit der Natur zu empfehlen, und in jenem Streben zu dem All-Einen, aus welchem alles hervorgehen und von welchem alles abhängen soll, in jenen transzendentalen Reduktionen, die immer nur ihren streng-scientifischen Weg zu der fernsten Höhe des Urwahren und Urwissens nehmen, etwas Ähnliches von dem finden zu wollen, was einst die himmelstürmenden Giganten in der mythischen Welt thaten; aber was beweist dieses? Dafs man in diesem Streben zu weit geht, und dafs man sich anmafst, zu objektivisiren, was nur eine Idee, eine subjektive Bemühung der philosophirenden Vernunft bleiben sollte. Jene herrliche, grofse Bemühung, die Mehrheit der Gesichtspunkte zu simplifiziren, für jede Wissenschaft einen höchsten, scharf begränzten Begriff aufzusuchen, und denselben zu einem festen Regulative für jeden künftigen Versuch,

der eine Wissenschaft bereichern oder begränzen möchte, hinzustellen — diese Bemühung wird nur mit der Vernunft selbst aufhören. Wer einem solchen Streben entgegenarbeitet, greift die Philosophie in ihrem innigsten Lebensprinzip an; er wird ihr Usurpator, ihr Mörder.

Dafs ich hier eine neue Theorie der Polizei - Wissenschaft zu liefern versucht habe, wird der Inhalt des Buchs sagen; dafs diese Theorie blofs das Produkt meines Nachdenkens ist, darf ich blofs deswegen hinzufügen, weil ich, ohne es selbst zu wissen, vielleicht mit einem andern Denker auf dem nehmlichen Wege zusammentreffen könnte. Erst nachdem ich mit meinen Untersuchungen im Reinen zu seyn glaubte, habe ich die Schriften anderer Polizeigelehrten gelesen; und wenn ich, selbst nach der sorgfältigsten, kältesten, partheilosesten Prüfung ihrer Meynungen mei-

ne Ansicht der Sache nicht verwerflich gemacht sahe, so weiß ich recht gut, daß eine individuelle Überzeugung noch kein Prüfstein der Wahrheit seyn kann. Man wird mir sagen, daß ich zu viel eingerissen habe. Der Grundsatz, der mich bei diesen Untersuchungen führte, und bei den Schwierigkeiten derselben belebte, war: daß halbe Maßregeln in keinem Geschäft und in keiner Wissenschaft taugen. Das Tergiversiren, das Zweizüngeln, das eklektische und diplomatisch - ängstliche Herausnehmen aus den Archiven aller Systeme — hebt sich selbst durch einen Widerspruch auf; man thut nichts, indem man alles thun will, und vergißt den Grundstein des Gebäudes, indem man die Wände aufputzt und die oberen Etagen ausbessert. *Ense recidendum*, muß der Wahlspruch des Philosophen wie des Politikers seyn, wenn keine Palliative mehr helfen. Selbst die

neueste Staatengeschichte gibt uns einige schreckliche Belege für diese Wahrheit.

Ohne sie zu fürchten, sehe ich großen Widersprüchen entgegen. Kein Schriftsteller wird mehr bereit seyn, seine Behauptungen zurückzunehmen, als ich, sobald man mir ihre Falschheit oder Einseitigkeit zeigt. Wem nur die Wahrheit am Herzen liegt, der braucht nicht ängstlich über der Ewigkeit seiner individuellen Geburten zu wachen, und wer die Wissenschaft aufrichtig schätzt, wird sich auch dann für seine Nachforschungen belohnt fühlen, wenn er nur als ein Organ für neue bessere Untersuchungen zur wissenschaftlichen Vollendung beitragen sollte.

Der Verfasser.

G r u n d z ü g e
zu einer
T h e o r i e
der
P o l i z e i w i s s e n s c h a f t.

Gründungs

Therapie

Polizwissenschaft



Erster Abschnitt

Uebersicht der bisherigen vornehmsten Meynungen über den Begriff der Polizei.

Wofern die Philosophie aufrichtig genug ist, zu gestehen, daß sie nur für wenige Wissenschaften so wenig gethan hat, als für die Polizei-Wissenschaft, so läßt sich für diese Saumseligkeit ein wichtiger, beinahe ein ehrenvoller Grund finden. Was die Vernunft bei allen Lehren, die sich ihrer daurenden Aufmerksamkeit bemächtigen sollen, zunächst sucht — die Möglichkeit einer Zusammenordnung des mannichfaltigen Stoffes zu einem großen systematischen Ganzen, einer Anknüpfung der gegebenen Einzelheiten an eine höchste leitende, allgemeine Idee — dieß alles scheint sie vergeblich bei einer Wissen-

schaft zu suchen, welche nicht allein auf dem Standpunkte, worauf sie jetzt steht, nur ein Produkt des gemeinen, reflektirenden Verstandes, oder vielmehr der rohesten, heillosesten Empirie zu seyn scheint, sondern auch kaum einige Anlagen zeigt, daß sie mehr werden könnte. Es geht mit den Gegenständen der Philosophie, wie mit den chemischen Körpern; nur durch ihre Affinität zur allgemeinen Form der Vernunft werden sie in die Sphäre der Philosophie, wie die letzteren durch ihre chemische Verwandtschaft an einander, gezogen. Sie mögen dem Geschäftsmanne zuweilen für die unfruchtbaren Lehren einer bloßen Spekulation, für die Grübeleien einer müßigen Neugierde gelten: sobald sie jenem höheren intellektuellen Bedürfnissen genugthun, so ziehen sie die Vernunft gewöhnlich lebhafter an, als alles, was sich ihr mit keinem andern Magnet als mit dem bloßen Interesse des Praktischen nähert. Zwar ist die Polizei hinter den denkwürdigen Fortschritten des Zeitalters nicht so weit zurückgeblieben, als uns diese Gleichgültigkeit der Vernunft anzukündigen scheint. Was die Philo-

sophie nicht für sie gethan hat, das hat die Politik übernommen, der sie als eine pragmatische Lehre, die mit der Bestimmung des Bürgers, mit dem Staate, mit dem ganzen Menschen im engsten Verhältnisse steht, desto wichtiger seyn mußte. Wenigstens gehören die Versuche zu einer besseren Bearbeitung ihrer einzelnen Theile, zu ihrer praktischen Vervollkommnung, zur Ausbreitung und Sicherung ihrer Gerichtsbarkeit, zur Abscheidung ihrer Sorgen von den Geschäften verwandter Wissenschaften — unter diejenigen Bemühungen, worin sich besonders die Thätigkeit des neuesten Zeitalters auszeichnet, und wozu Flugschriften mit größeren statistischen Werken, Lehrbücher mit praktischen Spekulationen einstimmig beitragen. Aber mit allen diesen Bemühungen ist für die Polizei, als Wissenschaft, nur wenig gethan, und wenn man jemals behaupten darf, daß die einzelnen Theile einer Lehre, wie die Produkte der anorganischen Natur, nur durch eine allmähliche Aggregation und Konglomerazion, nicht wie die organischen und geistigen Geburten, durch eine Evoluzion zusammengefügt sind, so

ist es hier. Kaum etwas mehr, als ein solches anorganisches Produkt, ein rhapsodisch zusammengeworfenes Gemisch mannichfaltiger Theilchen, welchen der Organism der Wissenschaft und des Systems, der beseelende, von innen heraus wirkende Geist eines allgemeinen Begriffs fehlt — bedarf sie daher mehr als jede andere Doktrin der Nachhülfe des philosophischen Geistes. Es mag immerhin eine ausgemachte, jeder Spekulation hoch zu empfehlende Wahrheit seyn, daß die Philosophie, besonders im Reiche der praktischen Wissenschaften, fast immer nur die Auslegerin und Nachfolgerin des gemeinen Menschenverstandes, nicht die Erfinderin neuer Wahrheiten ist. Aber an der Polizei wird es sich, als an dem auffallendsten Beispiele, bewähren, was dieser gesunde, selbst durch politische Kunstgriffe geschärfte und zur feinsten Weltklugheit erzogene, Menschenverstand mit eigenen Kräften vermag. Denn wie richtig er auch zu räsonniren und zu raffiniren pflegt, sobald es auf die Ausspähung praktischer Vortheile, auf die Verfolgung egoistischer Rücksichten ankommt, so hat er doch hier mehr

wie in andern Lehren in einer Dunkelheit getappt, wo er die sonderbarsten Misgriffe gethan, und die Gränzen seiner Wissenschaft mit einem Maßstabe gezogen hat, der sonst nur das Maß der Willkühr oder des Leichtsinns zu seyn pflegt. Er bedarf daher eben so sehr der regulativen und korrektiven Leitung einer höheren Spekulation, als diese seine Daten und empirischen Beobachtungen braucht.

Doch läßt sich keinesweges läugnen, daß eine Hauptursach, warum man bisher für eine wissenschaftliche Vollendung der Polizei so wenig gethan hat, in einer anderen Eigenthümlichkeit dieser Wissenschaft liegt. Wenn man unseren Polizei-Räthen und -Direktoren die Frage vorlegte, was ihre eigentliche Bestimmung im Staate, oder bestimmter, was eigentlich Polizei sey, so würden die meisten wahrscheinlich eben so verlegen da stehen, als die meisten Ärzte, die uns eine erschöpfende Konstrukzion des gelben Fiebers oder nur der gelben Sucht geben sollten. Selbst dem Philosophen, der das Wesen und die spezifische Differenz einer Wissenschaft in einen bestimmten Begriff fassen möchte, ver-

den sich selten so viele Schwierigkeiten darbieten, als — hier. Die Polizei ist nicht die einzige Wissenschaft, welche dem Staatsgelehrten wichtig seyn muß; die zweite mächtige Triebfeder des gesellschaftlichen Vereins ist die Justiz. Beide greifen so genau in einander, daß eine hohe, kraftvolle Regsamkeit dieser umfassenden Maschine, die wir Staat nennen, nur das Produkt ihrer zusammengesetzten Wirkung seyn kann. Aber eben diese einstimmige, unzertrennliche Wirksamkeit legt auch dem Philosophen die schwere, gedoppelte Pflicht auf, die Berührungspunkte beider Wissenschaften zu suchen, und ihre Grenzen genau zu bezeichnen. Denn diese Grenzen scheinen zuweilen so sehr in einander zu fließen, beide Wissenschaften scheinen zum Theil mit solchen ähnlichen Mitteln für denselben Zweck wirksam zu seyn, daß jene Gränzbestimmung höchst mislich gemacht, und die ernstlichste Forschung beinahe zu dem Entschlusse gebracht wird, die ganze Frage, als eine verzweifelte, liegen zu lassen. Ein bedachtsamer Rückblick auf die meisten Versuche, welche die Vernunft in dieser Sphäre

— fast mehr zu ihrer Beschämung als zur Beglaubigung ihrer Würde gethan hat, vollendet den Unmuth des redlichen Forschers, und nöthigt der verzweifelnden Philosophie zuweilen den geheimen Wunsch ab, daß manche Aufgaben der wissenschaftlichen Welt, wie manche Fragen der wirklichen, mit einem gewissen Leichtsinn, oder nach soldatischer Manier, durch eine kühne Zerhauung des Knotens gelöst werden könnten. Aber umsonst! die Kühnheit, die in der physischen Welt durch Überflügelungen und Gewaltstreiche Wunder verrichtet, würde nur ihre Eitelkeit oder Ohnmacht beurkunden, wenn sie mit diesen Usurpationen auch in dem Reiche der Vernunftseinsicht schalten wollte.

Indem wir uns gleich anfangs in die Mitte jener Schwierigkeiten werfen, werden wir zugleich die Bahn einer strengen Methode verfolgen. Nur eine Bestimmung des wesentlichen Unterschiedes zwischen Justiz und Polizei, durch ein allgemeines Kriterium, nicht durch eine unphilosophische Aufzählung ihrer individuellen Geschäfte, und durch positive, nicht durch negative Merkmale geführt — wird dieser

schwierigste Theil unserer Untersuchung, aber auch der verdienstlichste seyn.

Wir finden die Polizei und Justiz nur wirksam im — Staate; dieß ist einer von den gemeinschaftlichen Punkten, in welchem sich beide begegnen. Zwar macht das Recht Ansprüche auf einen höheren, vorpolitischen Ursprung; aber es ist hier mehr in der Idee, als in der Erfahrung vorhanden; seine Begründung kann nur durch die Organisation eines gesellschaftlichen Ganzen erreicht werden. Wir setzen daher voraus, was uns kein Philosoph in Abrede ziehn wird, daß die Zwecke beider Wissenschaften unter dem allgemeineren Begriffe des Staatszwecks zusammengefaßt werden können, wiewohl wir uns jeder näheren Erörterung dieses Satzes enthalten, weil wir keiner Bestimmung vorgreifen wollen, welche erst als ein endliches Resultat aus dem Laufe unserer Untersuchungen, wie die ganze Eigenthümlichkeit eines Charakters nur aus einer Reihe von Handlungen, hervorgehen kann.

Wenn beide Wissenschaften, ihrer genauen Verwandschaft ungeachtet, dennoch specifisch verschieden seyn sollen, so lassen sich nur

dreier Verhältnisse angeben, in welchen zugleich ihre Verschiedenheit und ihre Aehnlichkeit liegt: das Verhältniß der *Dependenz*, der *Subordinazion* und *Koordinazion*. Mit diesen drei Momenten sind ihre möglichen Verhältnisse erschöpft. Entweder muß die eine Wissenschaft von der andern wie die Art von der Gattung abhängen, oder sie muß ihr, wie ein Mittel seinem höheren Zwecke, subordinirt, oder wie eine unabhängige, aber zu einer gemeinschaftlichen Thätigkeit bestimmte, Doktrin koordinirt seyn. Man kann zwar mit ein paar Wissenschaften noch eine vierte Prozedur, die *Separazion*, vornehmen; aber dann hebt man zwischen ihnen auch alle wahren Verhältnisse auf. Nur durch Annäherung und Ähnlichkeit sind Beziehungen möglich. Zur Aufklärung unseres Gegenstandes wird es höchst wichtig seyn, beide Wissenschaften nach allen drei Verhältnissen zu prüfen.

I.

Zuerst, bei dem Verhältnisse einer völligen *Dependenz*, in welchem die Polizei zur Justiz stände (denn daß der umgekehrte Fall

nicht statt finden kann, dürfen wir kaum erinnern; keine Philosophie wird der Justiz den höheren Rang streitig machen), müßte sie sich zu derselben ungefähr wie ein Zweig zu seinem Stamme, wie die lyrische und elegische Poesie zur allgemeinen Dichtkunst verhalten. So wie der kleinste Zweig noch seinen eignen Organismus und eine Art von eigener Vegetation hat, so könnte auch die Polizei bei jener Abhängigkeit noch eine eigene, von dem Recht verschiedene, Wissenschaft seyn.

Allein jeder Zweig ist in seiner individuellsten Organisation an die allgemeine des Stammes gebunden; er treibt die seinige ganz nach den Gesetzen der höheren, der er sein Daseyn verdankt. Wenn die Polizei auf diese totale Art von der Justiz abhängig wäre, so würde sie sich nur wie die Art von der Gattung, wie das Civil- oder Privatrecht von dem allgemeinen Recht unterscheiden, aber mit den höchsten eigenthümlichen Prinzipien desselben koinzidiren. Der gemeinste juristische Menschenverstand streitet gegen diese Vermischung. Unsere Gelehrten brauchten dann ihren Scharfsinn nicht an dem berüchtigten

Unterschiede zwischen Justiz- und Polizei-Sachen zu üben, und die Polizei dürfte mit keinem einzigen ihrer Geschäfte über die einfacheren Rücksichten des Rechts hinausgehen. Wir halten uns also bei dieser ersten Meynung nicht auf, zu welcher sich schwerlich irgend ein Schriftsteller im Ernste bekannt hat.

II.

Desto mehr Einleuchtendes oder Wahrscheinliches hat das andere Verhältniß der *Subordinazion*. Hiernach wäre die Polizei zwar nicht durch, aber doch für das Recht und wegen desselben vorhanden; sie würde sich zur Justiz, wie ein Mittel zu seinem Zwecke, wie eine Hülfswissenschaft zu einer höhern, verhalten. Mit einem solchen Verhältnisse könnte hier nicht angedeutet werden, dafs die Polizei nach dem Muster anderer Hülfswissenschaften zum besseren Verständnisse des Rechts beitragen, und die Grundsätze desselben einleiten sollte; denn ihr Hauptgeschäft liegt in praktischen Anstalten, und das Recht trägt seinen besten Kommentar in sich selbst. Nur eine praktische Hülfe sollte

sie der Gerechtigkeit leisten, deren einfachere, durchfahrende Strenge sich vielleicht nicht auf alle die kleineren, zusammengesetzten Mittel oder langweiligen Nebenrücksichten, welche zur Realisirung ihres großen Zwecks beitragen, einlassen könnte.

In der That hat diese Ansicht der Sache viel Annehmliches. Schon durch die bekannte Etymologie ihres griechischen Namens scheint sich die Polizei als eine untergeordnete Lehre anzukündigen, welche nur durch den Staat und für ihn bestimmt, aber nicht wie eine absolute Wissenschaft, um ihrer selbst willen vorhanden zu seyn scheint. Der Zweck des Rechts hingegen kann nicht erst aus der Beschaffenheit eines geselligen Vereins deduzirt werden; seine Existenz hängt an der ewigen, ursprünglichen Beschaffenheit der Menschen-Natur. Wenn es daher auch in seiner allgemeinen, reinen Beziehung auf den Menschen nur einen untergeordneten Zweck haben sollte, so müßte es wenigstens für den Staat ein selbstständiger, schlechthin gültiger Zweck seyn; zwei Behauptungen, die wir hier aber nur flüchtig berühren dürfen, weil wir

keine philosophisch - juridische Abhandlung über die ersten Gründe des Staatsrechts noch des Rechts überhaupt schreiben wollen.

Wenn also die Polizei nur um des Staats willen vorhanden wäre, so könnte sie nach jener Ansicht zuletzt auch nur um des Rechts willen da seyn. Selbst die empirische Beobachtung empfiehlt diese Meynung. Alle Gegenstände, welche von der Justiz geschützt werden, und die man als hypothetische oder als absolute, als Ur- oder als abgeleitete Menschen-Rechte aufführt, liegen auch im Gebiete der Polizei. Sie sorgt, wie das Recht, für die Erhaltung des Lebens, der Gesundheit, des Eigenthums, der Freiheit, sogar der Ehre durch Anstalten, die jedem gewöhnlichen Polizeikundigen bekannt sind oder bekannt seyn sollten.

Aber eine sorgfältigere Prüfung wird uns auch gegen diese Theorie mistrauisch machen. Schon deswegen läßt sich die Polizei in Rücksicht auf das Recht nicht als eine bloße Mittel-Wissenschaft ansehen, weil das Recht in der Anwendung seiner eigenthümlichen Mittel mit einigen sehr wichtigen der Polizei über-

eintrifft, indem die letztere sowohl von dem bekannten generellen Mittel der Gerechtigkeit, vom Zwange, als von einem speziellen Mittel derselben, von bürgerlichen Strafen sehr häufig Gebrauch macht. Nur dann, wenn die Justiz im Besitz dieser einfacheren Mittel allein wäre, könnte man jene angebliche Gränzscheide als richtig gezogen ansehen. Zwar läßt sich hierauf erwiedern, daß die Polizei den physischen Zwang und ihre polizeilichen Strafen, die unsere besseren Lehrbücher des Kriminal-Rechts von den sogenannten peinlichen sehr glücklich zu unterscheiden anfangen, fast bloß als untergeordnete Mittel anwendet, um ihre direkteren Mittel zur Erreichung des Staatszwecks (die Sanitäts- und Bevölkerungsanstalten, die Vorkehrungen gegen die schädliche Natur, Auflagen, die Industrie- und Handelsanlagen etc.) zu realisiren. Diese letzteren Anstalten, wird man ferner sagen, stehen aber mit dem Staatszwecke in einem entfernteren Zusammenhange als die Anstalten des Rechts; und da jene Gewaltsmittel in den Händen der Polizei nur wieder als die Mittel dieser entfernteren Mittel zum

Staatszwecke erscheinen, so können sie auch nicht als eigenthümliche oder wesentliche Mittel der Polizei aufgeführt, sondern nur als Nebensachen betrachtet werden, die bei der Bestimmung der letztern nicht zu berücksichtigen sind. Das Recht hingegen sichert durch jene Zwangsmittel unmittelbar den Zweck des Staats selbst, nicht erst wieder andere nähere Mittel zu diesem Zwecke. Wir wollen dagegen nicht einwenden, daß die Philosophie hier genöthigt seyn würde, erst wieder zwischen den direkten und indirekten Mitteln der Polizei zu unterscheiden. Nichts darf ihr langweilig oder eine bloße Spitzfindigkeit seyn, was zur Aufhellung einer wenig beachteten Wahrheit beiträgt. Allein

a) näher betrachtet, wird dieser Unterschied, dessen Auffindung übrigens für den Scharfsinn eines unserer berühmtesten Rechtsphilosophen — Feuerbachs, sehr ehrenvoll ist, zum Theil wieder verschwinden. Denn wenn die einzigen Mittel der Gerechtigkeit auch gewöhnlich auf eine direktere Art als jene vielseitigen Anstalten der Polizei zum Zwecke des Staats beitragen, so braucht doch auch die

letztere einige Mittel, welche noch unmittelbarer zu diesem Ziel führen. Die Sicherung des Lebens, der Gesundheit, des Eigenthums — auf den Landstraßen durch Landreuter, auf den Gassen der Städte durch ausgestellte oder herumziehende Wachen, wirkt durch ihre zuvorkommende, mächtige Gewalt zur Erhaltung dieser rechtlichen Objekte direkter als alle zuvorkommenden und nachfolgenden Zwangsmittel des Rechts — Kauzion, Schadenersatz und ausgeführte oder angedrohte Strafübhel. Der wahre Unterschied zwischen beiden liegt also auch nicht allein in den Mitteln derselben.

b) noch mehr aber wird diese ganze Ansicht der Sache verwerflich, indem sie der Polizei abspricht, was ihr auf keine Weise entzogen werden kann: jede Art von eigenthümlichem Zweck. Es ist unläugbar, daß sich die Polizei mit ihren Geschäften wirklich über das Recht hinaus — zu den Bedürfnissen des Geschmacks, zu bloßen Bequemlichkeiten, zur Veredlung des öffentlichen sittlichen Betragens, zur Vermehrung des National-Reichthums und zu andern Gegenständen ausdehnt, welche in dem Kreise des Rechts gar nicht

liegen. Wäre die Polizei bloß um des Rechts willen vorhanden, so dürfte sie über die Sphäre ihres letzten Endzwecks nicht ausschweifen; eine bloße Hülfswissenschaft leistet entweder zu viel oder verirrt sich in ein fremdes Gebiet, wenn sie über die Bedürfnisse und Wünsche des Hülfbedürftigen hinausgeht. Daß die Polizei in einem so zusammengesetzten Ganzen, als der Staat ist, auch noch manche Nebenrücksichten haben, in welchen sie von der allgemeinen Tendenz des Staats abweichen könnte, wäre eine Ausflucht, die zwar den laxen Theorieen mancher Politiker sehr willkommen seyn, aber desto weniger für eine Philosophie passen möchte, deren einziges wesentliches Streben — Einheit der Prinzipien ist.

Feuerbach steht an der Spitze derjenigen Schriftsteller, welche sich zu dieser Subordination bekannt haben; er hat sich am bestimmtesten darüber erklärt. In seinem *Lehrbuche des peinlichen Rechts* *) sagt er: „die Polizei

*) Zweite Auflage. Gießen, 1803. §. 432.

hat zum Gegenstande die entfernteren Mittel zum Staatszwecke.“ Nach §. 8. desselben Lehrbuchs ist ihm aber der Zweck des Staats: „die Errichtung eines rechtlichen Zustandes, das heißt, das Zusammenbestehen der Menschen unter dem Gesetze des Rechts.“

So kurz diese Definizion ist, so ist sie doch eine der scharfsinnigsten und glücklichsten, welche über das Wesen der Polizei versucht sind. Nicht allein gibt sie uns zur Unterscheidung der Polizei von der Justiz ein Merkmal, das den denkenden Polizeilehrer besser als die aufgestellten Scheidungsmerkmale der meisten anderen Bestimmungen befriedigen wird, sondern sie zeugt zugleich von der hohen Konsequenz des Verfassers, der im Geiste der kritischen Philosophie die Errichtung eines rechtlichen Zustandes für den höchsten Zweck des Staates ansieht. Noch mehr mußte sie seinem eignen individuellen Gesichtspunkte zusage, da er der Polizei nur vier Zweige, die Kriminal- Bevölkerungs- Sitten- und Güter-Polizei zutheilt. Dafs sie aber für unsere Ansicht nicht zulänglich ist, werden unsere vorigen Bemerkungen zeigen. Am wenigsten

kann uns diese mangelhafte Eintheilung der Polizei genügen.

Nach Jakob, der ebenfalls hieher gehört,*) begreift das Recht der positiven Gesetzgebung aufser der Finanz - Gesetzgebung auch unter sich „die Polizei - Gesetzgebung, das ist, das Recht, Sicherheitsanstalten für die Rechte sowohl der Einzelnen im Staate (Person und Eigenthum), als auch des Staats als eines Ganzen, gegen innere und äufsere Feinde, gegen die feindselige Natur nicht minder als gegen übelgesinnte (physische und moralische) Personen durch allgemeine Gesetze zu bestimmen, folglich auch die Freiheit eines jeden im Staate, soweit es zur Sicherheit der übrigen nöthig ist, durch Gesetze einzuschränken.“

Auch diese Definizion gehört zu den besseren. Indem sie die nöthigen Kriterien enthält, um die Polizei von der Kameral- und Finanzwissenschaft zu unterscheiden, so behauptet sie nach dem herrschenden System, welches beide Wissenschaften von der Polizei

*) Philosophische Rechtslehre. Zweite Auflage. Halle, 1802. §. 675.

sondert, vor den meisten anderen Bestimmungen in dieser Hinsicht einen wirklichen Vorzug. Aber dafür hat sie die Polizei von der Justiz nicht streng geschieden. Eben jene Sicherheits-Maßregeln für die Rechte der Individuen so wie des Ganzen liegen auch in dem Gebiete der Justiz, deren Gesetzgebung mit ihren Zwangsmitteln und mit der Androhung ihrer Strafübhel im Ganzen die mächtigste Sicherheitsanstalt zur Erhaltung jener Gegenstände ist, die der Verfasser unter den Rechten des Einzelnen und des Staats begreifen kann. Selbst das letzte Merkmal, was er hinzufügt: das Recht, die Freiheit eines jeden im Staate, soweit es zur Sicherheit der übrigen nöthig ist, durch Gesetze einzuschränken, ist nach den ausdrücklichen Grundsätzen seiner eigenen und der Kantischen Philosophie eine direktere Angelegenheit der Justiz als der Polizei; denn recht ist nach beiden gerade, was mit der Freiheit jedes Einzelnen und aller nach allgemeinen Gesetzen bestehen kann, also Beschränkung der individuellen Freiheit durch die allgemeine, wie es Fichte sehr richtig ausdrückt. Endlich umfaßt diese

Bestimmung denjenigen Theil der Polizei gar nicht, der sich, jenseits der Rechtsangelegenheiten, bloß mit dem bürgerlichen Wohlseyn beschäftigt.

Hufeland sagt *): „das Recht, für die Abwehrung der Hindernisse, die dem Hauptzwecke entgegenstehen, und für die Erhaltung und Vermehrung der Mittel im Staate, die zum Hauptzwecke gebraucht werden können, zu sorgen, heißt das Recht der Polizei, die Polizeihöheit, das Recht der Regierung im engsten Sinne.“ In einer Anmerkung setzt er hinzu: „hier werden nicht diejenigen Mittel verstanden, die der Staat selbst unmittelbar braucht, sondern nur solche, die im Besitz der Unterthanen sind, und die dem zufolge der Staat wol einst gebrauchen könnte.“

Ist dieser letztere Satz, den die Anmerkung aussagt, richtig, so hätte der Verfasser die Idee desselben durchaus in seine Definition selbst aufnehmen sollen; denn sie soll, wie man sieht, hauptsächlich dazu dienen,

*) Lehrsätze des Naturrechts. Zweite Auflage. §. 505.

sowohl die Justiz als die Kameral- und Finanzwissenschaft von der Polizei zu unterscheiden. Es ist desto mehr zu verwundern, wie der achtungswürdige Hufeland die angeführten Merkmale (Abwehrung der Hindernisse und Vermehrung der Mittel im Staate) zu unterscheidenden Merkmalen des Begriffs der Polizei machen konnte, da er selbst gleich nachher unter den Hindernissen des Hauptzwecks besonders Gewaltthätigkeiten, unter dem Begriffe der Erhaltung und Vermehrung der Mittel hauptsächlich die Erhaltung der persönlichen Kräfte (der Gesundheit) und der Güter (des Eigenthums) — also Gegenstände anführt, welche in einem vorzüglichen Sinne auch vor die Justiz gehören. Da er übrigens jene Hindernisse und Mittel bloß in Beziehung mit dem Hauptzwecke des Staats, nicht mit einem gewissen Gemein- oder Privatwohle, wie andere, und jenen Zweck nach §. 437. in die Erhaltung der vollkommenen Rechte setzt, so ist seine Meynung mit Recht zu dem System der Subordinazion zu zählen, ungeachtet seine Worte nicht so deutlich dahin zu führen scheinen.

Nach Fichte *) „mufs die öffentliche Gewalt in jedem Falle jedem Recht verschaffen, und die Ungerechtigkeit zurücktreiben und bestrafen. Sie macht sich dafür verantwortlich, und eine unentdeckte Gewalthätigkeit hat für den Staat und für seine Personen die traurigsten Folgen. Die Verwalter derselben müssen daher die Macht und das Recht haben, über die Aufführung der Bürger zu wachen; sie haben die Polizeigewalt und die Polizeigesetzgebung.“

Die Polizei erscheint hier als eine sehr beschränkte Dienerin der Gerechtigkeit. Dafs nicht blofs die Entdeckung von Gewaltthätigkeiten, sondern auch von feinen Betrügereien zu den wesentlichen Geschäften der Polizei gehört, wollen wir zwar kaum erwähnen; denn der Verfasser würde die letzteren ebenfalls unter den allgemeinen Begriff der Ungerechtigkeit zählen. Aber dafs er eine Wissenschaft, welche schlechterdings auch gegen Naturereignisse zu kämpfen hat, blofs mit

*) Grundlage des Naturrechts, nach Prinzipien der Wissenschaftslehre. Th. I. S. 200.

Gewaltthätigkeiten, das heist, mit den Angriffen der Menschen in Berührung setzt, läßt sich nicht rechtfertigen. Überhaupt ist seine Ansicht eine der engsten, welche die Staats-Philosophie wählen kann, und stimmt nur mit einem öfteren, einseitigen Sprachgebrauche des gemeinen Lebens, wornach das Wort Polizei synonymisch mit Aufsicht gebraucht wird, zusammen. Ihre Mafsregeln für die Blüthe des Handels, ihre Ermunterungen des Erwerbsfleisses, ihre Sorgen für die Bedürfnisse des Geschmacks haben durchaus nichts mit dem Rechte als Rechte zu thun; weder Gewaltthätigkeiten noch andere Missethaten gibt es hier zu entdecken.

Sehr genau an Fichte's Meynung schliesst sich Beck's Begriff von der Polizei an nach welchem dieselbe nichts weiter als die Ausführung der Staats-Idee ist. Der Verfasser mag sich über den Begriff, den er mit diesen Worten verbindet, und der nach den bloßen Worten von der Fichteschen Idee weit abzuweichen scheint, selbst erklären. „Wer die Mittel zur Ausführung eines Begriffs herbeischafft, sagt er, führt hierin diesen Be-

griff noch nicht aus. Indem das Staatsoberhaupt von seinen Rechten auf das persönliche und auf das Realvermögen des Unterthans Gebrauch macht, so gewinnt er die Mittel, die Staatsidee auszuführen. Wenn aber wirklich jedermann seiner Rechte gegen jeden andern durch den Regenten theilhaftig gemacht wird, so wird die Staatsidee von ihm ausgeführt. Die Ausführung der Staatsidee heißt die Polizei“. Noch bestimmter sagt er gleich nachher: „Die allgemeine Versicherung, daß jede Übertretung eines Gesetzes ein Übel zur Folge hat, das die Lust vertilgt, die von der Übertretung erwartet werden kann, bringt eine allgemeine Folgsamkeit und die Unterwerfung des Willens eines jeden unter das Gesetz des allgemeinen Willens hervor. Die Existenz der Polizei bewirkt diese allgemeine Versicherung von der, den Übertreter der Gesetze treffenden, Strafe. Wenn man nicht selten von Verbrechen hört, zu welchen der Thäter unbekannt bleibt, oder nicht gefunden wird, oder nicht selten verurtheilte Verbrecher der Strafe entgehen, so ist die Polizei von schlechter Beschaffenheit. In dem Grade sie schlecht ist,

ist der rechtliche Zustand des Volks unvollkommen, und der Staat dem bloßen Namen nach vorhanden.“ *)

Es ist eine geringe Foderung, welche die Philosophie an jene Bestimmung machen wird, daß der allgemeine Begriff, den der Verfasser vom Zwecke des Staats gibt, mit demjenigen, den diese Erläuterungen enthalten, genau zusammenstimme. Wenn das Wesen der Polizei in der Ausführung der Staats-Idee liegen soll, so kann die Polizei nur den Zweck fördern wollen, welchen die allgemeine Idee des Staates aussagt. Wir erfahren aber (S. 401. ff.) von dem Verfasser, daß er, mit der Kantischen Bestimmung nicht zufrieden, diesen Zweck in den weitesten Begriff, der sich für denselben ausfinden läßt, in die allgemeine Wohlfahrt der Bürger setzen möchte. Nach dem Kommentar jener Definizion hingegen soll die Polizei hauptsächlich nur zu der allgemeinen Versicherung, daß jedermann seiner Rechte gegen jeden andern theilhaftig gemacht wird,

*) Grundsätze der Gesetzgebung. Leipzig, 1806. S. 341.

dafs kein Verbrecher im Staate seiner Strafe entrinnt, also nur zur Garantie eines vollkommen rechtlichen Zustandes da seyn; wenn das Volk mit Abgaben beschwert, wenn es zu persönlichen Diensten aufgefordert wird, so soll diefs in den Händen der Polizei mehr ein Mittel zur Herstellung der wahren Polizei, als ein Theil der Polizei selbst seyn. *) Der Verfasser hätte also entweder den Begriff des Staats enger beschränken oder den allgemeinen Begriff einer Staats-Idee nicht in seine Definition aufnehmen sollen.

Wenn man aber auch jene Bestimmung ohne Rücksicht auf die Idee des Verfassers vom Staate betrachtet, so bleibt doch immer noch der zweite grofse Mangel auf ihr haften, dafs sie durchaus keine Gränze zwischen der Justiz und Polizei zieht. Auch die Gerechtigkeit beschäftigt sich fast näher und unmittelbarer als die Polizei mit der Ausführung der Staatsidee oder des Staatszwecks — selbst

*) „Das Volk wird mit Abgaben beschwert und zu persönlichen Diensten aufgefordert, blofs damit eine Polizei vorhanden sey.“ S. 343.

in dem individuellen Sinne, in welchem der Verfasser nur die Polizei für diese Idee wirksam seyn läßt. Wenn sich die letztere ausschließend oder nur vorzüglich mit jener Ausführung befassen sollte, so müßten beide ungefähr wie der angewandte und reine Theil einer Wissenschaft, wie Theorie und Praxis verschieden seyn; eine Meynung, die sich von selbst widerlegt. Beide Wissenschaften haben ihren praktischen wie ihren theoretischen Theil. Endlich begreift diese Definizion, wie die Jakobsche, nur den einen Theil der politischen Geschäfte, der sich mit der bürgerlichen Sicherheit, nicht jenen andern, der sich mit dem erhöhten Wohlseyn der Bürger beschäftigt.

III.

Kein anderes Verhältniß als das der *Koordination* wird uns also drittens zurückbleiben. Sollten aber auch diejenigen Schriftsteller, die sich zu dieser Theorie — größtentheils ohne eine deutlich entwickelte Vorstellung von derselben, bekennen, noch kein sicheres Unterscheidungs-Merkmal zwischen

Justiz und Polizei angeben, so möchte die Schuld nicht an der Sache selbst, sondern daran liegen, daß sie die Polizei im Verhältnisse gegen das Recht entweder als eine bloße Nebensache betrachten, oder nach einer dunklen, von der Heiligkeit des Rechts eingegebenen, Ahndung schon von selbst zwischen beiden eine Kluft aufgeführt sehen, deren Gewisheit oder Umfang nach ihrer Meynung keiner neuen mühevollen Untersuchung bedurfte. Selbst die neueren Philosophen, die sich durch ihre direkten Äußerungen für die Kantische Idee vom Staate, und indirekt (durch ihre Bestimmung der Polizei) für dieses Verhältniß der Koordination erklären, scheinen nicht daran gedacht zu haben, daß schon in diesen beiden Äußerungen ein geheimer Widerspruch liegt, daß sie bei der Bestimmung des Staatszwecks durchaus zu einer höheren oder allgemeineren Idee als der eines rechtlichen Zustandes aufsteigen müssen, um zwischen Polizei und Justiz das Verhältniß einer wahren Koordination festzusetzen; ohne diese Erhebung müssen sie wieder zur Subordination zurückfallen. Zu einer regelvolleren

Übersicht des Ganzen wollen wir diejenigen Schriftsteller, welche unter diese Rubrik gehören, in einige Haupt - und Nebenklassen abtheilen.

1) Zur ersten Hauptklasse sind diejenigen zu rechnen, welche der Polizei einen gewissen *universellen* Zweck für den Staat zuschreiben, und zwar

a) einen *positiven*.

Diese Meynung setzt den Endzweck der Polizei in die Beförderung der *allgemeinen* Wohlfahrt, der Glückseligkeit des Ganzen. Vorausgesetzt auch, daß der Staat zu seinem letzten Zwecke erheben dürfte, was durch die zermalmenden Angriffe der kritischen Philosophie wenigstens für die *Moral* außer Umlauf gesetzt ist, aber von mehreren neuen Philosophen mit sichtbarer Vorliebe für den Staat ventilirt und wieder hervorgesucht wird — den Eudämonismus: so haben sich jene Gelehrten, deren größte Zahl in das vor-kritische Zeitalter fällt, doch schwerlich von dem Verhältnisse eines allgemeinen Wohls zu der Tendenz des Rechts die genaueste Rechenschaft zu geben gesucht; sie würden sonst

gefunden haben, daß die Begründung der menschlichen Wohlfahrt eben sowohl ein Geschäft der Justiz als der Polizei ist. Zwar scheinen die Objekte, welche das Recht sichert, auf der einen Seite nur die Bedingungen der Existenz und eben daher auch der Wohlfahrt zu seyn; aber sie sind auf der andern — noch mehr; Gesundheit, bürgerliche Freiheit, Ehre und zum Theil auch das Eigenthum sind wahre integrirende und zugleich wahre Ur-Bestandtheile des menschlichen Wohls. Einige Philosophen werden freilich die Wirksamkeit des Rechts nur eine Sicherung nennen, und für das Produkt derselben einen bestimmteren Begriff in der Sicherheit als in der Gründung des Wohls finden wollen; aber ob sie mit diesen Namen oder Ideen zur Rettung jener Ansicht etwas gewinnen? Sicherheit und physisches Wohl sind nichts weniger als spezifisch verschiedene Begriffe; nur ein Theil des sämmtlichen Wohls kann die Sicherheit seyn. Noch weniger wird diese Bezeichnungsart hinreichen, den eigenthümlichen Charakter der rechtlichen Thätigkeit von der polizeilichen zu unterscheiden; auch die Polizei sichert

die Bedingungen des Daseyns. Dafs aber die nächste, unmittelbare Wirksamkeit des Rechts auf das Physische gehe, ist überhaupt eine Wahrheit, welche hier eben so wenig eines umständlichen Beweises bedarf, als sie dem andern, erhabneren Standpunkte widerspricht, auf dem das Recht steht, und welcher allerdings der vorherrschende ist.

Wir wollen die Bestimmungen jener Schriftsteller in eine Note verweisen *). Nur

*) Nach Hertius (Elem. prudent. civil. P. I. Sect. 10. §. 19.) besteht die Polizei in „der Leitung des ganzen Volks zum Gemeinwohl.“ Nach Hohenthal (de polit. pag. 10.) ist sie „ein Inbegriff der Mittel, die zur Erhaltung und Beförderung des öffentlichen Wohls und der Glückseligkeit der einzelnen Bürger dienen.“ Nach Moser (von der Landeshoheit in Polizeisachen) soll sie die Absicht haben, „der Unterthanen äusserliches Betragen in Ordnung zu bringen und zu erhalten, wie auch ihre zeitliche Glückseligkeit zu befördern.“ Nach von Roth (Staatsrecht deutscher Reichslande. II, 142.) ist sie „der Inbegriff der Anstalten, welche das gemeine Wohl zum Gegenstande haben;“ nach Heumann (Geist der Gesetze der Deutschen. Kap. 8. §. 11.) „die Sorgfalt für den vollkommenen Wohlstand

Eine derselben, die einen Anstrich von philosophischer Gründlichkeit trägt, und daher mehrere verführt hat, sie anzunehmen, verdient hier ausgezeichnet zu werden. Nach von Justi ist die Polizei „die Einrichtung solcher innerlichen Verfassungen eines Staats,

des nach allen seinen Theilen betrachteten gemeinen Wesens.“ Nach Jung (Staatspolizeiwissenschaft. §. 9.) „die Anwendung der besten und zweckmässigsten Mittel, wodurch die regierende Gewalt alle Wirkungskreise der bürgerlichen Gesellschaft so leitet, einrichtet und ordnet, daß nicht nur jeder Bürger leicht und ungehindert, sondern auch so wirke und handle, daß dadurch nicht nur das einzelne, sondern vorzüglich das allgemeine Beste im höchsten Grade befördert werde.“ Nach Lamprecht (Enzyklopädie der ökonomischen, politischen und Kameralwissenschaften. Halle, 1785.) ist die Polizei „der Inbegriff derjenigen gröfseren und kleineren Regierungsgeschäfte, die nicht gerade die Erhebung und Verwaltung der Einkünfte, Schlichtung eigentlicher Rechtsstreitigkeiten und Anwendung rechtlicher Verhandlungen, oder das Verhältniß mit auswärtigen Staaten, sondern die ununterbrochene Unterhaltung der öffentlichen Wohlfahrt und Ordnung unmittelbar betreffen.“

wodurch die Wohlfahrt einzelner Familien mit dem allgemeinen Besten in Verbindung und Zusammenhang gebracht wird.“*) Untersucht man aber den Begriff einer Verknüpfung des Wohlseyns Einzelner mit dem allgemeinen Wohle genauer, so erhält man am Ende keine andere oder gründlichere Idee, als — die des Gemeinbesten. Beide Wohle können durchaus keine zwei abgerissene Ganze bilden, welche erst durch eine eigne Disziplin zusammengeschiedet werden sollten. Nur aus dem Besten der Einzelnen geht erst das allgemeine kollektivisch hervor; es ist nichts ohne jenes; schon an sich ein Zusammengesetztes, in welchem das Interesse einiger Individuen durch das Interesse aller oder der meisten beschränkt wird, ist es nur das Resultat eines gegenseitigen Kampfes und ewigen — Sieges, wobei der Kampf sich immer erneuert, der Sieg aber sich eben so ewig, durch eine moralische und physische Übermacht entschieden, nur auf die eine Seite hinneigt; die Polizei

*) Grundsätze der Polizeiwissenschaft.
§. 2.

und zum Theil auch das Recht sollen die Wissenschaften seyn, welche ihn immer zum Vortheil des Allgemeinen einleiten und beenden sollen. Zwar macht dieser Sieg die mannichfaltigsten Beeinträchtigungen des einzelnen Interesse nothwendig; aber selbst dann müssen wenigstens die meisten Mitglieder dabei gewinnen, weil solche Beschränkungen sonst keinen vernünftigen Zweck haben, und von keinem allgemeinen souveränen Willen ausgehen könnten. Auch mit dem Besten der Meisten erhalten wir also nur die Idee eines Gemein - besten; nichts würde unphilosophischer seyn, als diese Allgemeinheit bei einem so zusammengesetzten Ganzen, wie der gesellschaftliche Verein ist, in einem ausnahmslosen, absoluten Sinne zu nehmen. Nur das Mehr, was nach der Berücksichtigung und Abwägung aller einzelnen Wohle, als die weit größere Summe aus diesem polizeilichen Kalkul hervortritt, muß sich hier gegen das Minus des Einzelnen, als gegen eine kleine, fast verschwindende Differenz, zum Allgemeinen erheben, und die Idee eines gemeinen Besten wird als die Grund-Idee für jene Be-

stimmung des Herrn von Justi zurückbleiben, wie man auch die Worte desselben auslegen oder — abändern mag.

Ein *r e i n e s* allgemeines, von keinen mannichfaltigen Aufopferungen der Einzelnen durchkreuztes, Interesse, bei welchem gar kein Widerstreit statt hätte, würde für den Staats-Philosophen eben so wenig einen wahren szientifischen als praktischen Werth haben; die Wissenschaft, die sich mit ihm beschäftigen und die Idee desselben verwirklichen sollte, würde eine höchst einfache, armseelige Wissenschaft seyn, weil hier die ganze bewundernswürdige Komplizität der politischen Maschine aufhören und zu einer bloßen *K o m p o s i t ä t*, zu einem Aggregat von ähnlichen oder gleichen Theilen, von lauter parallel laufenden Willensakten werden, und die Sorgen der Polizei von ihrem wichtigsten Gegenstande, von dem Menschen, ableiten würde. Nur mit dem zufälligen Schicksahl und mit Natur-Ereignissen würde sie es in einem solchen Falle zu thun haben.

Eben so wenig wird man für diese Theorie des allgemeinen Besten etwas gewinnen,

wenn man mit einigen der angeführten Definitionen und mit anderen Gelehrten den Ausdruck öffentliche statt allgemeine Glückseligkeit setzt. Öffentliches Wohl — was kann der Philosoph darunter verstehen? Doch wol nicht nach der ursprünglichen Bedeutung des Worts, eine Glückseligkeit, wie sie offen und äußerlich dem Auge auffällt? Dann würde sie ihm nur zu oft eine hohle Maske, ein Schattenspiel von glänzendem Elende zeigen, das nur den seichten oder kindischen Beobachter anzieht, wiewohl es Staaten genug gegeben haben mag und noch gibt, deren Wohl nur in diesem Sinne öffentlich ist, deren größte Glückseligkeit nur in der lügenhaften Hülle und an den Außenlinien haftet. Öffentlich kann auch hier nur allgemein, gemeinsam bedeuten, wenn es einen vernünftigen Sinn geben soll. Eine öffentliche Glückseligkeit ohne das Wohl der meisten Privaten wäre schon nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche — ein Ganzes mit zerstückelten Theilen, und eine Anstalt, die das Aushängeschild, zum *Besten des Publikums*, an der Stirn trägt, würde schon in den Augen des

Volks für ihren Unternehmer oder Erfinder eine Prostitution seyn, wenn sie, selbst mit dem schreiendsten Pompe, nur einigen Wenigen nützte. Die lateinische Phrase *salus publica* hatte für den Römer einen weit bestimmteren Sinn, als für uns der ähnliche einheimische Ausdruck haben kann, der freilich aus jenem entlehnt ist, aber in einer rein philosophischen Sprache aufgegeben und mit der Benennung des Allgemeinen vertauscht werden sollte, weil diese gegen das, was hier allein ihr entgegengesetzt wird — das Einzelne, einen durchaus bestimmteren Gegensatz als der Begriff des Öffentlichen bildet. Wenigstens ist unsre deutsche Bezeichnung bei weitem nicht so sehr als der analoge Ausdruck: öffentliche Sicherheit zu rechtfertigen, welcher eine evidentere Opposition gegen den Begriff der Privatsicherheit macht; denn diese wird mehr durch Betrüger, Diebe, Falschmünzer, Meuchelmörder, jene mehr durch feindliche Mächte und öffentliche Räuber beeinträchtigt. Lassen wir dem deutschen Sprachgebrauche immerhin die philosophische oder etymologische Grille, sich bei

dem Ausdrucke des Öffentlichen keine anderweitige Idee neben der Vorstellung des Offenen, des Anschaulichen, des in die Augenfallenden aufdringen zu lassen, das bei dem Begriffe einer öffentlichen Sicherheit allerdings deutlicher als bei dem einer öffentlichen Wohlfahrt hervorspringt, weil selbst die Glückseligkeit der Meisten sich zuweilen in die Stille des Privatlebens zurückziehen, ihre bescheidenen Gefühle nur in dem Heiligthume der Natur oder in dem Schatten der Häuslichkeit ausströmen, und wenigen politischen Renomisten den kleinen Triumph lassen kann, mit — ihren Schellen zu rasseln.

Aber welche Bezeichnung man auch für den Begriff des Gemeinbesten wählen mag, so wird unser obiger Einwurf einer vernachlässigten Gränzscheidung zwischen Justiz und Polizei doch auf keine Weise von dieser Theorie entfernt werden können.

Zur Hälfte läßt sich auch Jakobs neueste Bestimmung, nach welcher „Sicherheit der Rechte und Beförderung des allgemeinen Wohls durch Bestimmung gewisser Handlun-

gen und Einrichtung öffentlicher Anstalten, Zweck der Polizeigesetzgebung ist,“*) zu dieser Rubrik zählen.

Man sieht, der Gesichtspunkt des Verfassers hat sich zum sichtbaren Vorthail der Sache erweitert; nicht bloß die Sicherheit der Rechte, sondern auch die allgemeine Wohlfahrt ist hier in den Begriff der Polizei aufgenommen. Uns kann hier nur das zweite Merkmal interessiren; über das erste haben wir uns schon oben erklärt. In sofern dieses Merkmal den Begriff des allgemeinen Wohls enthält, können wir auf unsre letzten Erörterungen zurückweisen, und in sofern der Begriff desselben durch den Zusatz: „Bestimmung gewisser Handlungen und Einrichtung öffentlicher Anstalten,“ beschränkt wird, finden wir auch in dieser Einschränkung, wie in der ersten Definizion des Verfassers, das rühmliche Streben, die Polizei von der Finanzwissenschaft zu unterscheiden; aber hier — mislingt die-

*) Grundsätze der Nazional-Oekonomie oder Nazional-Wirthschaftslehre. Halle, 1805. S. 4.

ses Bestreben; es mußte mislingen,*) wie jeder andere Scheidungsversuch, der für die Polizei keinen anderen, höheren Gesichtspunkt als den gegebenen aufsucht. Wir dürfen den würdigen Verfasser auf das Schwankende, was in solchen Bestimmungen liegt, nicht aufmerksam machen. Schon das Staatsrecht fördert das allgemeine Wohl durch Bestimmung gewisser Handlungen und durch öffentliche Anstalten; wie viel weniger werden diese Merkmale im Stande seyn, die Polizei von der Finanzlehre oder überhaupt von irgend einem Theile der Regierungswissenschaft zu scheiden!

b) einen *negativen*.

Dahin gehören diejenigen Schriftsteller, welche das Wesen der Polizei in der Abwendung aller gemeinschädlichen Übel vom Staate, in der Abwehrung derjenigen Hindernisse suchen, die dem Staatszwecke entgegenstehen. Die Polizei würde sich dann von der Justiz hauptsächlich dadurch unterscheiden müssen,

*) Hierüber glauben wir den Leser auf eins der nachfolgenden Resultate im dritten Abschnitte verweisen zu können.

daß die letztere für den Staatszweck mehr positiv, die erstere aber mehr negativ thätig wäre. Besonders seit der Erscheinung des Bergschen Handbuchs hat sich diese Meynung verbreitet, welche sogar aus den Äußerungen mancher Gelehrten hervorschimmert, die sich nicht ausdrücklich für sie erklärt haben. „Nur Abwendung von Übeln, könnte man sagen und von Berg hat es wirklich gesagt, paßt in den Begriff der Polizei, weil positive Beförderung der Glückseligkeit nicht erzwungen werden kann und darf, also auch nicht Gegenstand irgend eines Zwanges der Staatsgewalt seyn kann.“

Umgekehrt! Keine Philosophie wird dem Staate das Recht streitig machen, den Einzelnen zur Beförderung gewisser Anstalten oder zur Theilnahme an denselben zu zwingen, wenn sie gemeinnothwendig oder doch gemeinnützlich sind. Nie kann das Wohl des Ganzen ein Objekt seyn, was der Willkühr jedes Einzelnen anheim gestellt werden dürfte; die Bedingung (der Zwang) muß erlaubt seyn, wenn das Bedingte (die Erhaltung und Wohlfahrt des Ganzen) nothwendig ist. Auch wer-

den durch viele Polizei-Anlagen, bei welchen man unmittelbar mehr das Wohl des Einzelnen als des Ganzen berücksichtigen muß, diese Einzelnen nicht gezwungen, ihre Glückseligkeit zu befördern, sondern nur zur Benutzung wohlthätiger Einrichtungen veranlaßt. Schon von Drais hat fast dasselbe bemerkt.

Warum will man ferner nur die negative Seite der Polizei hervorheben, da sie zugleich eine positive Seite hat, und für den Staatszweck eine sehr lebendige Spontaneität äußert? Die Negative ergibt sich mit dem Setzen des Positiven von selbst; aber nicht umgekehrt. Eben daher sagt eine solche negative Bestimmung zu wenig. Man kann zur Verhinderung eines Übels sehr thätig seyn, ohne das entgegengesetzte Gute in einem ausgezeichneten Grade zu fördern. Es darf der Polizei aber nicht bloß daran gelegen seyn, das Ermatten der bürgerlichen Thätigkeit zu verhüten, sondern den regsamsten, feurigsten Geist der Industrie zu verbreiten, nicht bloß, den gemeinen Wohlstand nicht sinken zu lassen, sondern ihn zu immer höheren Graden und neuen Keimen

des Nationalwohls zu fördern, nicht bloß, den menschlichen Krankheiten vorzubeugen, sondern das lebendigste physische und geistige Kraft- und Gesundheitsgefühl zu erwecken. Wenn von Berg sagt: „Die Polizei sorgt für Erziehung und Unterricht der Bürger, damit sie nicht aus Rohheit, Unsittlichkeit und Unwissenheit, durch Unthätigkeit und Trägheit, oder durch Laster, Verbrechen, Betrügereien etc. sich und ihren Mitbürgern und dem Staate schädlich werden:“ so scheint es beinahe, als wenn die ganze physische und intellektuelle Kultur nur einen negativen Nutzen haben, als wenn der Mensch durch dieselbe nur vor gewissen Nachtheilen verwahrt, nicht zu den Vortheilen der eignen Vollkommenheit angeführt werden sollte. — Endlich zieht diese Bestimmung durchaus keine genaue Gränze zwischen der Polizei und Justiz. Durch ihre Verbote, ihre Zwangsmittel, besonders durch ihre Drohungen und Strafübel, mit Einem Worte, durch ihre Verhinderung des Unrechts, dieses größten unter allen Hindernissen gegen den Staatszweck, ist die Gerechtigkeit in einem noch höheren Sinne als die Polizei für den

Staat negativ (zur Abwehrung der größten, gemeinschädlichen Übel) wirksam.

Zu den Schriftstellern, welche den Zweck unserer Wissenschaft auf diese negative Art bestimmen, gehört besonders von Berg, der hierin größtentheils mit Pütter *) übereinstimmend gedacht zu haben gesteht. Er setzt das Wesen der Polizei in „die Sorgfalt der höchsten Gewalt, künftige gemeinschädliche Übel im Inneren des Staats zu verhüten und abzuwenden.“ **) Der Zusatz, „im Inneren des Staats,“ enthält nach den herrschenden Begriffen von dem Umfange der Polizei, ein sehr nöthiges Merkmal; aber überflüssig ist der Zusatz, künftige Übel; denn nur künftige Übel

*) Institut. jur. publ. §. 331.

**) Handbuch des deutschen Polizeirechts. Zweite verbesserte Auflage. IV Bände. Hannover, 1802 — 1804. Der Verfasser hat zwar im vierten Bande seines Handbuchs (in der zweiten Abhandlung: über den Begriff der Polizei) nach der etwas strengen Prüfung, welche der Freiherr von Drais (in den Blättern für Polizei und Cultur. Jahrgang 1803. St. 7. S. 576. ff.) mit seiner Defi-

lassen sich abwenden. Ich kann mit Drais nicht übereinstimmen, der dieses Merkmal für noch mehr, für unrichtig erklärt, und der Polizei auch das Recht oder die Möglichkeit zuschreibt, gegenwärtige Übel, zum Beispiel eine Feuersbrunst, abzuwenden. Jedes gegenwärtige, fortdaurende Übel läßt sich als ein Gehäufte von unendlich vielen kleinen Theilen ansehen, von welchen in jedem Zeitmoment ein neuer eintritt. Der eben eintretende Theil ist wirklich da, und läßt sich nicht weiter abwenden; was geschieht, ist nicht wieder ungeschehen zu machen. Nur das Fortschreiten eines daurenden Übels, das künftige Eintreten eines neuen Theils läßt sich bei einer Feuersbrunst, bei einer Krankheit, bei einer Überschwemmung abwenden. Die Sprache des gemeinen Lebens entscheidet hier nichts.

nizion vorgenommen hatte, von derselben mehreres zurückgenommen, oder vielmehr, er hat sie mit ganz neuen Zusätzen vermehrt, um sie wo möglich, noch bestimmter und erschöpfender zu machen. Aber was er auf der einen Seite gewonnen hat, ist auf der andern wieder verdorben. Wir werden weiter unten etwas mehr darüber zu sagen haben.

2) Zur zweiten Hauptklasse sind die Schriftsteller zu rechnen, welche die Polizei zu einem gewissen *partikulären* Zwecke im Staate wirksam seyn lassen, und zwar auch hier

a) *positiv*. Dahin gehören

aa) diejenigen, welche den Zweck derselben in der bloßen Erhöhung des *sämmtlichen Wohlbefindens* suchen, aber den wichtigern Theil des menschlichen Wohls, die wesentlichen Bedingungen der Existenz für das Recht aufbehalten. Man könnte in dieser Meynung das vorige Verhältniß der Subordinazion finden wollen, weil das bloße Wohlbefinden den nothwendigen Bedingungen der menschlichen Existenz untergeordnet seyn muß; es ist aber nicht jene tiefere Subordinazion, welche die geringere Wissenschaft als ein bloßes Mittel der höhern betrachtet, und ihr jeden eigenthümlichen Zweck raubt, sondern jene leichtere (des Ranges), bei welcher noch eine Koordinazion der Zwecke statt hat; denn die Erhöhung des Wohlbefindens gehört in keiner Rücksicht zu dem Zwecke des Rechts.

Zu dieser Ansicht wird hauptsächlich der Lehrer des Kriminalrechts geleitet. Indem er auf der Bahn seiner Untersuchungen nur den kriminellen Theil der Polizei findet, und daher keinem andern Zwecke nachgeht, als: dasjenige Unterscheidungszeichen zu suchen, was zwischen den rechtlichen und polizeilichen Vergehungen liegt, so wird es begreiflich, warum er gerade am meisten zu dieser einseitigen Rücksicht und zu der Meynung geführt wird, den ganzen Begriff der Polizei eben so sehr als ihre Gerichtsbarkeit beschränken zu dürfen; nichts wird ihm leichter begegnen, als die eigne Erscheinung zu übersehen, wovon wir erst weiter unten Rechenschaft geben können, daß die Polizei als Aufseherin und Gewalt - Inhaberin eine Sphäre begreift, worin sie keine Stimme als Gesetzgeberin und Richterin hat. Nur Feuerbach hat sich gegen solche Verführungen behauptet; Grolmann und Tittmann haben sich ausdrücklich für diese Ansicht erklärt. Nach Grolmann ist „Erhaltung und Erhöhung des physischen und intellektuellen gemeinen Wohlstandes Gegenstand der polizeilichen Vorsor-

ge.“*) Nach Tittmann ist „die Polizeiwissenschaft, im Gegensatz von der Strafrechtswissenschaft, die Wissenschaft von der Natur, Strafe und Bestrafung derjenigen Handlungen, welche bloß Störungen des Wohlbefindens im Freiheitsgebiete zur Folge haben.“**)

Am ausführlichsten hat Tittmann über dieses Wohlbefinden, dessen Bestandtheile hauptsächlich Annehmlichkeit, Bequemlichkeit und Ungestörtheit des Lebens seyn sollen, geredet. Er hat viel Richtiges darüber gesagt. Was er hier Polizeiwissenschaft nennt, hätte freilich nur polizeiliche Strafwissenschaft heißen sollen; denn wiewohl es jedem Schriftsteller frei stehen mag, für seine Gegenstände gewisse Gesichtspunkte und Gegensätze nach seinen vorliegenden Absichten zu wählen, so sollte doch der allgemeine Name einer Wissenschaft in keinem Zusammenhange, am

*) Grundsätze der Kriminalwissenschaft. Zweite Auflage. Gießen und Darmstadt, 1805. §. 366.

***) Ueber die Natur der Strafrechtswissenschaft. Leipzig, 1802. S. 55.

wenigsten in einer Definition auf einen einzelnen Theil dieser Wissenschaft eingeschränkt werden. Aber auch darüber weggesehen, sieht man dennoch aus einer Anmerkung deutlich, daß der Verfasser einen zu engen Begriff von dem Wesen der Polizei hegt. „Die Polizeiwissenschaft sagt er, ist freilich noch weitumfassender, als sie hier beschrieben worden ist. Denn sie begreift nicht allein die Grundsätze in sich, nach denen die, das Wohlbefinden im Freiheitsgebiete störenden, Handlungen durch Strafen gehindert werden sollen; auch auf solche Grundsätze erstreckt sie sich, nach welchen überhaupt hierauf abzweckende Anstalten getroffen und erhalten werden sollen. Allein zu unserem Zwecke war nichts weiter nöthig, als die Merkmale zu bestimmen, durch die sich die Polizeiwissenschaft von der Strafrechtswissenschaft unterscheidet.“ Auch dieser weitere Begriff von der Polizei bewegt sich nicht aus seinem engen Kreise des Wohlbefindens heraus, und berührt daher die höhere Region jener vorzüglichen Fürsorge für alle wesentlichen Bedingungen der menschlichen Existenz — der sogenannten Si-

cherheits-Polizei gar nicht. Dieß letztere gilt auch von der Grolmannischen Meynung.

bb) diejenigen Schriftsteller, welche andere einzelne bestimmte Theile des Staatszwecks durch die Polizei fördern lassen. Auch diese treffen den wahren Charakter der Polizei nicht. Denn jene Theile sind nicht allein gewöhnlich auch die wesentlichen Objekte des Rechts, sondern sie erschöpfen auf der andern Seite nicht den ganzen Umfang der Polizei, deren Sorgen nicht allein alle Gegenstände, welche das Recht schützt, sondern zugleich alle anderen Punkte der Staats- und Bürger - Wohlfahrt umfassen. Kant, Nettelbladt, Schaumann und andere gehören hierher.

Kant sagt *): „Hierauf (auf dem ursprünglich erworbenen Grundeigenthum des Oberbefehlshabers, als Obereigenthümers, des Landesherrn) beruht auch das Recht der Staatswirthschaft, des Finanzwesens und der Polizei, welche letztere die öffentliche Sicherheit, Ge-

*) Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. Königsberg, 1797. S. 185.

mächlichkeit und Anständigkeit besorgt; denn daß das Gefühl für diese (als negativer Geschmack, durch Bettelei, Lärmen auf den Straßen, Gestank, öffentliche Wollust, als Verletzungen des moralischen Sinnes) nicht abgestumpft werde, erleichtert der Regierung gar sehr ihr Geschäft, das Volk durch Gesetze zu lenken“.

Der unsterbliche Königsberger Philosoph, der manche Wahrheiten auch dann, wenn er sein schärferes Nachdenken nicht geradezu auf sie wandte, durch den Blitz seines Geistes so glücklich traf, scheint die Polizei, so wie die Kameral- und Finanzwissenschaft, im Verhältnisse gegen das Recht nur für eine Nebensache im Staate gehalten zu haben, welche auf der einen Seite zwar die öffentliche Sicherheit fördern, auf der andern aber nur als Erleichterungsmittel zu den Geschäften der Regierung beitragen sollte. In dieser Hinsicht läßt sich seine Bestimmung allerdings unter die Rubrik der Subordinazion zählen. Da aber ihre anderen vorzüglichern Merkmale, öffentliche Sicherheit und Gemächlichkeit, nicht als Erleichterungsmittel der Regierung betrachtet

werden können und hier auch nicht so aufgeführt sind, so gehört sie doch mehr zur Theorie der Koordination. Wir können es nicht bergen, auch diese Bestimmung befriedigt uns nicht. Denn außerdem, daß ihr ein Merkmal fehlt, was die Polizei von der Justiz streng unterscheidet (weil auch das Recht für die öffentliche Sicherheit sorgt), so beschäftigt sich die Polizei doch nicht bloß mit der öffentlichen Sicherheit, sondern auch mit der Privatsicherheit, der Sicherheit des einzelnen Bürgers. Überdem reichen die angeführten drei Merkmale bei weitem nicht hin, den Begriff der Polizei zu erschöpfen.

Nettelbladt sagt: *) „Res politica (das Polizeiwesen), a politia reipublicae distinguenda, est complexus omnium eorum in republica, quae concernunt securitatem publicam internam, ut et publicam vitae sufficientiam.“

Die Idee einer inneren öffentlichen Sicherheit überrascht den denkenden Leser sehr angenehm, indem sie die Polizei von einer ande-

*) Systema elementare universalis iurisprudentiae naturalis. Hal. 1777. §. 1266.

ren Wissenschaft unterscheidet, die sich mehr mit der äufseren Sicherheit des Staats beschäftigen soll. Nach den gewöhnlichen Begriffen von dem Umfange der Polizeiwissenschaft ist diese Unterscheidung durchaus nöthig. Die ganze Definizion gehört zu den vorzüglichern; sie begreift die beiden grofsen Haupttheile der Polizei mit ein paar ziemlich passenden Merkmalen. Schade nur, dafs die öffentliche Sicherheit auch unter den Objekten des Rechts liegen, und dafs der Polizei auch die Privatsicherheit theuer seyn mufs.

Nach Schaumann *) „kann der Zweck des Staats nicht erreicht werden, wenn nicht in dem Staate selbst Kräfte sind, die für seine Erreichung in Wirksamkeit gesetzt werden können, und wenn diese Kräfte nicht jenem Zwecke gemäfs gerichtet und gebildet werden. Dem Oberherrn mufs daher, vermöge seines Rechts, den Willen und die Kräfte des Staatsbürgers dem Staatswohl gemäfs zu bestimmen, auch das Recht zukommen, für die Erhaltung,

*) Wissenschaftliches Naturrecht. Halle, 1792. §. 586.

Richtung und Bildung der inneren Staatskräfte Vorkehrungen zu treffen. Dieß ist es, was man das Recht der Polizei nennt“.

Sch a u m a n n s Bestimmung sagt auf der einen Seite zu wenig: denn die Polizei hat auch andere Geschäfte als die bloße Bildung und Richtung der Staatskräfte; auf der andern zu viel: denn das Recht, für die Erhaltung und Richtung der inneren Staatskräfte Vorkehrungen zu treffen, ist ein Recht, was der Justiz nicht minder als der Polizei angehört. Der Verfasser mag unter diesen Staatskräften das Vermögen (die Güter) des Staatsbürgers, oder wahrscheinlicher, seine persönlichen Kräfte verstehen, so sorgt auch die Justiz zuerst für die Erhaltung derselben: sie sichert das Eigenthum und die Gesundheit; zweitens für ihre Richtung: sie vereinigt die Kräfte aller oder der meisten Einzelnen zur Realisirung eines rechtlichen Zwanges; nur die Bildung (die Vervollkommnung und Erhöhung) dieser Kräfte mag der Polizei überlassen bleiben. Der Zusatz, innere Staatskräfte, der wahrscheinlich zu einer Unterscheidung der Politik von der Polizei gewählt ist, in sofern jene die Kräfte

des Staats mehr gegen außen, gegen äußere Angriffe richten und erhalten soll, gibt uns schwerlich eine richtige Idee, weil auch diese Kräfte von dem Inneren des Staats ausgehen müssen; außer sich selbst hat der Staat gar keine Kräfte.

Eben so wenig ist Rössigs Angabe *) befriedigend, „die Polizei ist das Ordnungswesen im Staate, in Rücksicht auf innere Sicherheit, Schönheit, Bequemlichkeit, Bevölkerung, Sittlichkeit und den Nahrungszustand, in sofern diese Gegenstände durch Anstalten erhalten und befördert werden, und dadurch die innere Stärke des Staats begründet wird“.

Religion, Armen- und Schulwesen, Erziehung und noch andere Theile der Polizei hätten hier nicht unberührt bleiben sollen. Wenn aber auch solche Bestimmungen, wie diese, alles erschöpften, was irgend zu einer Wissenschaft gezählt werden darf, so sind sie doch als Definitionen verwerflich; eine Definition soll die einzelnen Merkmale ihres Gegen-

*) Lehrbuch der Polizeiwissenschaft.
S. 1.

standes zu einem Gattungs - Begriffe erheben, aber nicht, wie ein Rechenmeister, nach der Reihe vorzählen. Noch weniger möchten wir mit dem Verfasser die Polizei ein Ordnungswesen nennen, oder gar den Begriff derselben mit einigen neueren Sprachgelehrten durch den Ausdruck *Ordnungs - Aufsicht*, *Ordnungs - Anstalt* erschöpft glauben. Die Polizei hat sich noch um andere höhere Dinge als um die bürgerliche Ordnung zu kümmern, und eine bloße regelmäßige Ausführung dessen, was etwa ein anderer Theil der Staatswissenschaft anordnet, ist noch weniger das Objekt ihrer Sorgen. Freilich! wenn man auch die Sorgen für die Sicherheit des Staats und der Bürger, für den Erwerbsfleiß, für die Blüthe des Handels unter den Begriff einer *Ordnungs - Aufsicht* nöthigen will, dann lassen sich noch ganz andere Dinge — Bevölkerung und Steuern, National - Reichthum und Gesinde - Wesen, Religion und Findelhäuser, Raubmord und Invaliden - Anstalten und die pandemische Venus, Forstsachen, Finanzen, kameralistische Anlagen dazu werfen; zur Noth läßt sich auch die ganze Justiz hintennach schieben. Denn die

letztere mag als peinliche Gerechtigkeit, als Staats- als Privat- oder Civil-Recht auftreten: gleichviel! es geht doch aus ihrem sämmtlichen Streben am Ende eine gewisse Ordnung im Staate hervor, und die Handlungen der Bürger werden dadurch in jenen regelmässigen Gang, in jenes gerade Gleis eingeleitet, aus dem sie ordentlicher Weise nicht herausfallen sollen. Die ganze Sippschaft der Staatslehren wäre dann unter Eine Haube gebracht; wir besäßen ein Wort, unter dessen unermesslichen Umfang wir den grossen Gang der Weltsysteme wie den häußlichen Schlen-drian eines phlegmatischen Menschen, die heiligen Prozeduren des Rechts wie die Pflege der bürgerlichen Gemächlichkeit, die höchsten Angelegenheiten des Geheim-Kabinetts wie die Geschäfte des Nachrichters und Bettelvogts schieben könnten. In der That werden die Begriffe durch ein solches Verfahren bis zum Erstaunen verallgemeinert und wirklich — vereinfacht; aber es ist eine Einfachheit, welche zuletzt mit einer chaotischen Einheit endigen muß. Wenn die Philosophie mit einer genauen Bestimmung der Begriffe aufhören

und anfangen soll, so sollte nur eine sorgfältige, adäquate Nomenklatur der Anfang zu diesem Anfange seyn.

Wenn Schmalz *) die Polizeigesetzgebung zu „demjenigen Theile der höchsten Gewalt macht, der das Recht hat, die Handlungen der Mitglieder überhaupt zu bestimmen“: so verwirrt auch diese Bestimmung die Grenzen der Polizei und Justiz, und ist überhaupt zu schwankend gestellt, um auf die Aufmerksamkeit des Polizeigelehrten Ansprüche zu haben. Eben so wenig läßt sich eine andere, von dem Verfasser in seinem *Handbuche des deutschen Staats - Rechts* gegebene Ansicht der Polizei rechtfertigen, zu welcher wir erst nachher wieder zurückkehren werden.

Viel zu enge ist Beckmanns **) Bestimmung: „die Polizei ist die Wissenschaft, die verschiedenen Gewerbe nach den Absichten des Staats zu regieren“.

*) Reines Naturrecht. Königsberg, 1792.
§. 149.

**) Anmerkungen zu Justis Grundsätzen der Polizeiwissenschaft.

Auch von Drais und Thibaut gehören hierher, deren Meynungen uns aber weiter unten bei einem andern Gegenstande mehr interessiren werden.

b) *Gemischt*, positiv und negativ zugleich. Für einen rein negativen partikulären Zweck hat sich, soviel ich weiß, kein bedeutender Schriftsteller erklärt.

Nach Hoffbauer *) sind „Polizei-Einrichtungen solche Einrichtungen, welche darauf abzuwecken, die Hindernisse des Privatwohls aufzuheben, und den Einzelnen in den Stand zu setzen, sein Vermögen zur Beförderung seines Privatwohls zu gebrauchen“.

Auch hier sorgt die Polizei nur einseitig für Einen oder ein paar Theile des bürgerlichen Wohls, für die Abwendung der Hindernisse des Privatwohls, und für die Benutzung des Vermögens zur Förderung desselben. Aber das gemeinsame Wohl ist ein weit höherer Gegenstand der Polizei als alles einzelne. Hoffbauer selbst verbessert diese Einseitigkeit im

*) Naturrecht, aus dem Begriffe des Rechts entwickelt. Halle, 1793. §. 485.

§. 461. „Die Einrichtungen der Polizei erstrecken sich also auf die Privatsicherheit, auf den öffentlichen Vorrath etc“.

Auch Hufelands Bestimmung gehört gewissermaßen hierher. Aber richtiger läßt sie sich aus Gründen, die wir schon angeführt haben, zu dem System der Subordinazion zählen.

Nach Weber *) ist „die Polizeiwissenschaft die Wissenschaft, welche die Grundsätze lehrt, das Staatsvermögen durch Abwendung und Verhütung aller dasselbe im Innern des Staats betreffenden gemeinschädlichen Übel zu erhalten, zu sichern und das Beste desselben zu befördern“.

Die Grundzüge zu dieser Definizion sind aus der bekannteren Bergschen entlehnt; der Verfasser hat aber zugleich einige Änderungen an derselben gewagt, welche wahrlich — keine Verbesserungen sind. Nur das todte Staatsvermögen, nicht die regsame Masse der Staats-Bürger erscheint in dieser engen An-

*) Einleitung in das Studium der Kameralwissenschaften. Berlin, 1803.

sicht als Objekt der Polizeiwissenschaft; — das Staatsvermögen, dessen Erhaltung und Vermehrung doch nach der gewöhnlichen Theorie, von welcher sich auch der Verfasser nicht entfernt hat, gerade am wenigsten ein Geschäft der Polizei, sondern weit mehr der Finanzwissenschaft seyn sollte. Die ausführlicheren Erklärungen, wodurch er (S. 33. Nr. 3.) jene Bestimmung rechtfertigen und beinahe berichtigen will, können ihr wenig frommen; denn warum das Allgemeine dieser Berichtigungen nicht in die Definizion selbst aufnehmen, wenn sie deren bedurfte?.... Weber gehört mit Lüder, Beck, von Berg und anderen zu derjenigen Klasse von Staatsgelehrten, welche dem Staate durchaus keinen positiven Einfluß auf die Wohlfahrt seiner Mitglieder zugestehen, sondern ihm nur die Sorgen für die bürgerliche Sicherheit lassen, und dem Bürger allein die Thätigkeit für sein Wohl aufgeben wollen. Zwar räumt das letzte flüchtige Merkmal dieser Definizion dem Staate jenen direkten Einfluß noch ein, aber in seinem *systematischen Handbuche der Staatswirthschaft* hat sich der Verfasser nachher aus-

drücklich gegen alle solche positiven Eingriffe erklärt: „der Staat hat weder ein Recht noch eine Pflicht, das positive Glück der Bürger zu befördern und zu verbreiten.“ Was wir gegen diese Theorie bisher eingewandt haben, konnten nur einige Erinnerungen im Vorbeigehen seyn; eine umständlichere Entwicklung unserer Gegengründe gehört nicht für diesen Abschnitt.

Fischers Angabe *): „die Polizei besteht in der Aufsicht über die bürgerlichen Anstalten und niederen Staatseinrichtungen, daß sie der ursprünglichen Staatsverfassung gemäß erhalten werden, und beschäftigt sich mit der Hinwegräumung und Vorbeugung aller Ereignisse, die den National-Reichthum schwächen und die Unterthanen in Dürftigkeit bringen, ihr Gewerbe stören und ihre Gesundheit oder überhaupt die innere Sicherheit in Gefahr setzen könnten;“ diese Bestimmung ist zugleich zu weit und zu enge. Zu weit, weil sie Gesundheit und innere Sicherheit zu den wesentlichen Objekten der Polizei rechnet;

*) Kameral- und Polizeirecht. Band I. §. 4.

zu enge, weil sie auf Sitten, Erziehung, Religion u. s. w. keine Rücksicht nimmt. Das Schwankende, was aus der vernachlässigten Aufstellung und Festhaltung eines allgemeinen Begriffs folgt, drängt sich dem Beobachter bei wenigen Bestimmungen so fühlbar als hier auf.

Nur singular und frappant, aber gänzlich verfehlt ist Schlözers *) Gesichtspunkt: „der Zweck der Polizei ist: die, aus dem Zusammenrücken und Absondern der Staatsbürger in Massen und Völkerklassen und in Städte und Dörfer entstehenden, Unbequemlichkeiten zu heben, und die nun erst möglichen Bequemlichkeiten zu verschaffen.“

Schon an den Begriff von Unbequemlichkeiten wird sich hier die Kritik stoßen. Wenn diese Inkonvenienzen, welche uns wenigstens zur festeren Subsistenz eines Staates als unumgänglich nothwendige, oder doch als überwiegend wohlthätige Anstalten erscheinen, wahre (prädominirende) Unbequemlichkeiten oder Nachtheile wären, so hätte die Polizei oder die Politik nichts wichtigeres zu thun, als sie

*) Staatsgelahrtheit. I, 25.

aufzuheben, und eine ganz andere Ordnung der Dinge über den politischen Horizont aufzuführen. Dafs sie für einzelne Mitglieder nachtheilig sind, haben sie mit allen anderen Einrichtungen gemein. Überhaupt ist die ganze Ansicht des Verfassers zu enge. Die Polizei betrachtet den Bürger nicht blofs, in wiefern er mit seinen Mitbürgern durch Wohnort und Klassenabtheilungen in eine nähere Berührung gesetzt oder von ihnen entfernt ist, sondern nach seinen sämtlichen Verhältnissen zum Staate und zu den andern Mitgliedern. Überdem ist der Polizei eine viel zu unwürdige Sphäre angewiesen, indem ihre negativen Sorgen nur auf Unbequemlichkeiten, ihre positiven nur auf Bequemlichkeiten beschränkt sind. Sonderbar ist es auch, dafs die letzteren erst nach Aufhebung jener ersteren (doch immer nur partikulären) möglich seyn sollen.

*

*

*

Zu einer Übersicht des Ganzen mögen diese angeführten Bestimmungen, die sich noch um die Hälfte vermehren liessen, hinreichend seyn.

Wenn aber auch einige wichtigere Definizio-
nen übergangen seyn sollten, so wird es dem
systematischen Forscher nicht schwer fallen,
fast alle vorhergehenden, sogar noch alle künf-
tigen Versuche dieser Art unter eine von den
angegebenen allgemeinen Rubriken zu klassi-
fiziren.

Zweiter Abschnitt.

Dedukzion der Polizei. Bestimmung ihres allgemeinen Begriffs.

Wir fühlen das ganze misliche Geschäft einer Untersuchung, die sich nach so manchen abweichenden und vielleicht — fehlgeschlagenen Versuchen an die Bestimmung einer Wissenschaft wagen will, welche dem Philosophen so viele Proteus-Formen darbietet, und deren Idee ihm beinahe wieder unter den Händen entwischt, wenn er sie am besten fixirt zu haben glaubt. Gleichwohl haben wir uns selbst durch jene Erörterungen, durch eine versuchte Zerstörung dessen, was unsere Vorgänger aufgeführt haben, fast in die unnachlassliche Nothwendigkeit gesetzt, an die Stelle dieser Verheerungen wenigstens etwas Neues zu pflanzen; etwas Besseres — kann keine eigne Überzeugung verbürgen. Nur mit dem hohen, reinen Interesse, was die Wahrheit gibt

und allein geben kann, legen wir daher auch unsere Meynung in den Hallen der Wissenschaft nieder; überzeugt, daß dem partheilosen Forscher selbst der kleinste, bescheidenste Beitrag zur Wahrheit mehr als die Anhänglichkeit an eine gewisse Schule oder die Autorität der Person, gelten wird.

Es ist unmöglich, daß der Mensch ohne den Staat seine Bestimmung erreiche. Dieser Satz braucht hier nicht erwiesen zu werden. Die gepriesene Glückseligkeit des Naturstandes ist eine Schimäre, welche mehr in dem Gehirn einiger romanhaften Philosophen oder philosophischen Romanendichter als in der Natur selbst wohnt, und die sich der gemeinen Beobachtung wie der philosophirenden Vernunft schon frühe als eine trostlose Anarchie ankündigt, in welcher nur die Wuth des ungebändigten Egoism, das Faustrecht des Stärkeren oder die Politik der List gilt. Nur die Freiheit des Raubthiers gibt der Mensch mit dem Naturstande hinweg, um die edlere Freiheit des Menschen zu retten.

Mit seinem Eintritte in den Staat zieht er also nichts weniger als seine menschliche Na-

tur aus; er will die Bedingnisse derselben nur schützen. Seine Verhältnisse vervielfältigen sich zwar in der Gesellschaft, und seine rohen animalischen Wünsche werden im Staate mit mannichfaltigen Schranken umzogen; aber eben diese vielseitige Verkettung von Verhältnissen und Kräften ist es, wovon er für seine Schwächen die sicherste Hülfe, für seine Entwicklung die zweckmäfsigsten Mittel erwartet. Seine menschliche Existenz muß aber einen doppelten Werth für ihn haben; zuerst den Werth eines Guts, das die grofse Bedingung aller seiner anderweitigen Thätigkeit und Genußfähigkeit ist — des physischen Daseyns; zunächst aber, da er kein gemeines Produkt der animalischen Vegetazion, sondern der Ausdruck der höchsten Vitalität, das Emblem des Göttlichen — mit den Attributen der feinsten Sensibilität ausgestattet und bis zur Intelligenz potenzirt ist den Werth eines höheren menschlichen Daseyns. Die Sicherheit jenes einfachen Naturwesens wie die Ausbildung dieses höheren menschlichen Wesens sind daher die wesentlichen Zwecke, die er durch die Unterwerfung seines individuellen Willens

unter einen allgemeinen, konstitutionsmäßigen Willen, durch den geselligen Verein — als die einzige Einrichtung sucht, wodurch die vollkommene Begründung dieser Zwecke bedingt ist.

Zur Garantie derselben, welche nach den Geboten der praktischen Vernunft absolut realisirt werden soll, reicht aber die Justiz mit allen ihren Gesetzen und Zwangsmitteln nicht aus. Dieß muß hier gezeigt werden, um zugleich die eigenthümlichen Kriterien bemerklich zu machen, welche das Recht von der Polizei unterscheiden. Beide Argumentationen hängen unzertrennlich zusammen; denn wenn wir die Gränzen zu bestimmen vermögen, wo die Funktionen des Rechts aufhören, jenem Zwecke Genüge zu thun, so werden wir auch auf den Scheidepunkt treffen, wo eine neue Disziplin, die Polizei, anheben soll, um die Vollendung desselben auf einem neuen Wege zu fördern. Nur mit dieser Gränzscheidung, die aber das Recht bloß im Verhältnisse gegen die Polizei betrachten darf, und daher anders ausfallen würde, wenn sie das Eigenthümliche desselben in Rücksicht auf die Mo-

ral auszeichnen wollte, werden sich auch die wahren Charaktere eines rechtlichen und polizeilichen Verfahrens ergeben.

Zuerst hat es das Recht bloß mit Menschen zu thun; nur menschliche Handlungen gehören vor seinen Gerichtshof; alle Operationen der übrigen Natur liegen außer seinem Gebiete.

Aber die Existenz des Menschen hängt nicht bloß mit Menschen, sondern auch mit der allgemeinen Natur, mit der animalischen so wie mit der organischen und unorganischen zusammen, und die verderblichen Einflüsse derselben auf seine besondere Natur sind so mannichfaltig oder überwältigend, daß er als Einzelwesen zur Ableitung und Milderung derselben weder Macht noch Kenntnisse genug hat.

Zweitens: als ein Inbegriff von Gesetzen, welche durch die höchste moralische Gesetzgebung, durch die Vernunft sanktionirt sind, nimmt das Recht jeden Menschen für ein Subjekt, dessen Rechte schlechthin geschützt werden sollen. Da aber jedes menschliche Wesen, als reines Vernunftwesen, auf den

Schutz eines solchen Gerichtshofes gleiche Ansprüche hat, und die einzelnen Gesetze des Rechts, als die Aussprüche eines Vernunft-Tribunals, kein anderes Prinzip als Übereinstimmung mit sich selbst und mit ihrem höchsten Grundsatz haben, so verfolgt die Justiz — ohne Rücksprache mit einer gewissen Lebensklugheit, die ihre Maximen nach den äusseren Verhältnissen modellirt und ihre Handlungen nach den physischen Folgen berechnet, fast unter allen Verhältnissen ihre unwandelbaren, zuverlässigen Regeln.

Aber die Folgen, welche aus dieser rechtlichen, kategorischen Nothwendigkeit in einem sehr zusammengesetzten Ganzen entspringen, würden den eignen Gegenständen des Rechts im Großen oft eben so verderblich, als im Kleinen zuträglich seyn. Nicht alle einzelnen Rechte dürfen in ihrer ganzen Konsequenz und Reinheit durchgesetzt werden, wenn das Total der Rechtsobjekte nicht zu sehr gefährdet werden soll.

Drittens sichert das Recht nur negativ die wesentlichen Bedingungen des Daseyns ge-

gen wirkliche Zerstörungen und Angriffe; zur Erhöhung des Wohlseyns trägt es nicht positiv bei. Da auf jedem seiner Gebote der absoluteste Zwang ruhet, und keins derselben dem guten Willen des Menschen das Geringste anheim stellt, so würde es mit sich selbst in einen gewissen Widerspruch gerathen, wenn es sich durch die gewaltsame Erpressung solcher positiven Beiträge an einem Objekt vergreifen wollte, dessen Integrität eben nach seinen heiligsten Aussprüchen höchst - möglich geschützt werden soll — an der Freiheit des Menschen.

Es ist dem Menschen aber nicht bloß an den Bedingungen seiner physischen Existenz, an jener animalischen Vegetation gelegen, deren Organe ungestört in ihrer regelmässigen Normalität fortwirken; schon die feinere Organisation seines Gefühlvermögens gibt ihm auch Ansprüche auf höhere, feinere Befriedigungen desselben, und die unendliche Perfektibilität seiner intellektuellen Natur heischt einen Spielraum und eine Ausbildung, welchen das bloße Wohlseyn der thierischen Maschine so wenig genüget, daß es fast nur die Bedin-

gung dieser feineren Bildung, ein Mittel zu seinem edleren Zwecke seyn kann.

V i e r t e n s: mit jenem einfachen, edlen Geiste des Rechts, der die Freiheit moralischer Wesen aufs möglichste schont, und mit dem geraden, rücksichtslosen Verfahren desselben, welchem eine Menge vorsichtiger Nebenrücksichten und kleinlicher Ausspähungen nicht einheimisch sind, würde es nicht zu vereinigen seyn, wenn es den Menschen auch gegen die meisten möglichen Angriffe seines Mitbürgers in Schutz nehmen wollte. Die Gerechtigkeit erlaubt und gebietet zwar den zuvorkommenden Zwang, aber nur dann, wenn der Mensch schon im Begriff ist, ein Attentat an den Rechten des andern zu verüben, oder dann, wenn solche Verletzungen nicht blofs möglich, sondern schon wahrscheinlich sind, und wenn sie sich der Person eines verdächtigen Rechtsverletzers für ihre noch unvollendeten Prozeduren bemächtigen muß — bei der Kauzion und dem vorläufigen Gefängniß. Für die übrigen künftigen Vergehen begnügt sie sich mit ihren Strafgeboten; sie will keine tägliche, laurende Zuchtmeisterin machen.

Aber diese gelinderen Mafsregeln sind zu der vollen Realisirung des Staatszwecks nicht hinreichend. Gerade die schrecklichsten und verderblichsten Missethaten, Raub, grober Diebstahl, Mord, Rebellion, Meutereien würden den ganzen Staat so wie die Existenz des Privaten fast täglich zu erschüttern drohen, wenn man nicht durch Sicherung der Landstraßen, durch Ausstellung von Tag- und Nachtwachen, durch Reinigung des Landes von Vagabonden und durch andere Arten von scharfer Aufsicht diesen Übeln schon im voraus einen Damm setzen wollte.

Es ist daher in dem Staate eine Macht und eine Wissenschaft nöthig, welche den Menschen zuerst gegen die Angriffe der schädlichen Natur sichert, welche zweitens das Individuum mit dem Ganzen zusammenfaßt und die einzelnen kleineren Prozeduren des Rechts, die den Rechtsobjekten im Ganzen Eintrag zu thun pflegen, rektifizirt, welche drittens die Bedürfnisse seines intellektuellen und seines Gefühl-Vermögens befriedigt, welche viertens die Dauer des Staats so wie die Ruhe des Bürgers gegen mögliche Erschütterungen und

Zerstörungen schützt. Die partheilose, vollkommene Ausführung einer solchen vierfachen Aufgabe ist aber, wie die Begründung des Rechts, nur durch eine vereinigte Macht, durch die zusammenwirkenden Kräfte aller Mitglieder möglich. Diese Macht ist die *Polizei*; ihre Nothwendigkeit im Staate ist in vierfacher Rücksicht deduzirt.

Soll die Polizeilehre aber zu einer Wissenschaft erhoben werden, so geht mit dieser Deduktion zugleich die Nothwendigkeit einer andern hervor — die Aufgabe, den *allgemeinen Begriff* der Polizei zu begründen, und jene sämtlichen Merkmale unter die Gattung desselben zu ordnen; eine Aufgabe, deren Lösung durch den großen Umfang der Gegenstände, welche man längst unter diesen Begriff aufgenommen, durch die Analogie anderer, die man nach einer alten, unangefochtenen Observanz von ihm abgerissen hat, ohne von einem festen Trennungs-Prinzip auszugehen, und durch die Mannichfaltigkeit dieser Objekte, welche bald mit den Rechtsobjekten koinzidiren, bald sich wieder von ihnen entfernen — höchst mislich gemacht wird.

Von unsern aufgestellten Axiomen ausgehend, daß beide Wissenschaften, Justiz und Polizei, zuletzt auf einen gemeinschaftlichen Zweck, auf den Staatszweck hinwirken, und sogar in der Wahl einiger Mittel für dieses Ziel übereintreffen, daß die wesentlichen Gegenstände des Rechts zugleich Objekte der polizeilichen Fürsorge sind, und jenen wichtigen Haupttheil derselben bilden, der bei den Neuern mit Recht den Namen *Sicherheits-Polizei* führt — können wir das Hauptmerkmal jenes postulirten allgemeinen Begriffs, das zugleich die spezifische Differenz zwischen beiden Wissenschaften angeben muß, nicht sowohl in ihrer Materie als in ihrer Form, das heißt, mehr in den Grundsätzen, nach welchen beide verfahren, als in ihrem Objekt suchen.

Das Recht zeigt uns in allen angeführten Handlungsweisen seinen höheren ethischen Ursprung. Indem es bloß mit sittlichen Wesen zu thun hat, indem es nach den absoluten Gesetzen der praktischen Vernunft seinen steten, unveränderlichen Weg geht, indem es aus Achtung vor der Freiheit eines Vernunftwesens die Bedingungen der menschlichen Exi-

stenz nur negativ sichert, und diese Freiheit auch nur durch wenige Arten des zuvorkommenden Zwangs beeinträchtigt — verräth es unverkennbar seine moralischen Rücksichten. Zwar nicht im eigentlichen Sinne moralisch — was es auch nicht seyn soll, ist es mit seinem ganzen Verfahren doch für die Moral berechnet; es hängt unmittelbar mit ihr zusammen; es gibt uns gerade durch jene einzelnen, zu einem Ganzen begriffenen, Züge die Idee dessen, was recht heißt, und steht vermöge dieses Charakters zwischen der Moral und Polizei mitten inne.

Da aber die Polizei nicht auf eine noch höhere Art als das Recht (auf eine moralische) für den Staatszweck thätig seyn kann (denn sie würde sonst nicht Polizei seyn, und die Moral ist ein Selbstzweck, welcher keinem andern, selbst dem hohen Staatszwecke nicht subordinirt werden darf), da sie es ferner nicht auf eine rechtliche Art seyn soll (denn sie würde sonst mit dem Recht zusammen fallen): so bleibt ihr, als einer praktischen Wissenschaft, welcher noch weniger ein Verfahren nach logischen oder ästheti-

schen Grundsätzen verstattet ist, nichts übrig, als — ein Verfahren nach physischen Gesetzen. In der That ist dieser Charakter, den wir hier schon a priori durch eine bloße Subtraktion und eine Analyse dessen entdeckten,*) was uns nach einer logisch nothwendigen Verzichtleistung auf allen Antheil der Moral und

*) Aber keineswegs wollen wir durch diese Aeußerung Ansprüche machen, den Begriff der Polizei so wie die ganze Wissenschaft a priori deduzirt zu haben; denn dieser Begriff ist hier weder progressiv durch einen unmittelbaren Akt des Bewußtseyns, noch regressiv durch eine Zergliederung des reinen Erkenntnißvermögens, sondern bloß indirekt durch Syllogismen gefunden. Eine solche reine Deduktion gehört nach unserer Ueberzeugung unter die philosophischen Schimären, von deren allgemeiner Mode man allmählig zum großen Vortheil der Sache zurückzukommen scheint. Wenigstens möchten wir jedem Denker, der den unglücklichen Einfall haben sollte, eine ganz reine Ableitung der Polizeiwissenschaft zu versuchen, weissagen, daß es ihm nicht viel besser gehen würde, als jenem Gelehrten, der die Oekonomie nach den Prinzipien der Wissenschaftslehre deduziren wollte, und zum obersten Grundsatz derselben aufstellte: Ich bin ein bedürftiges Ich!!!

des Rechts an dem Staate für einen wichtigen Theil der Staatswissenschaft zurückblieb, zugleich derjenige, der sich durch die Erfahrung unwidersprechlich bestätigt. Wir erklären daher die *Polizei* für

denjenigen Theil der Staats-Disziplin, welcher den Staatszweck (nicht nach rechtlichen Grundsätzen, sondern) nach den Gesetzen des physischen Kausal-Zusammenhangs fördert.

Alle Finanz-Philosophen werden hier ihre Lippen zum Lächeln und zu dem Einwurfe öffnen, daß Aber wir bitten sie nur um eine kleine Suspension ihres Urtheils. In dem folgenden Abschnitte werden wir sehen, ob wir uns mit ihnen abfinden können.

Wir wählen den Ausdruck *Disziplin*, und nennen Staats-Disziplin diejenige allgemeine Wissenschaft, welche sich mit der Begründung des Staatszwecks überhaupt, theoretisch und praktisch, beschäftigt. Weder Staatsrecht noch Staatswissenschaft erschöpfen diese Idee. Eine Wissenschaft hat es mit Begriffen und Ideen zu thun; sie mag immer-

hin ihren praktischen oder angewandten Theil haben; als Wissenschaft handelt sie nicht. Der Name Staatsrecht bezeichnet aber nur einen Theil jener Idee, in welcher zugleich der Begriff der Polizei liegt. Da Disziplin schon nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche eine Wissenschaft, nach der ursprünglichen Bedeutung aber, wie das deutsche Wort Zucht, zugleich eine praktische gewaltsame Anwendung gewisser Grundsätze zum Behufe einer gewissen Ausbildung, bedeutet, so scheint der Name *Staats-Disziplin*, als Gattungs-Name für beide Wissenschaften, welche die Realisirung des Staatszwecks gemeinschaftlich besorgen, am meisten passend zu seyn. Auch mit dem Worte *Polizei* bezeichnet man bald eine Wissenschaft, bald eine thätige Fürsorge, eine praktische, durch Zwang vermittelte, Förderung des Staatszwecks; und das Wort *Recht*, als Sachwort, bedeutet sowohl allein, als in den Wörtern, welche mit ihm zusammengesetzt sind, bald eine Wissenschaft, einen Inbegriff rechtlicher Grundsätze, bald eine Befugniß, nach diesen Grundsätzen gewaltsam zu handeln; — ein Doppelsinn, welcher übrigens

für die Philosophie niemals erspriesslich seyn kann, aber hier beinahe nothwendig mit der Natur der Sache zusammenhängt.

Durch alle jene Eigenthümlichkeiten, wodurch sich die Polizei von dem Recht unterscheidet, läßt sich der angegebne Begriff durchführen.

Dafs sie zuerst nur nach physischen Rücksichten verfahren kann, wenn sie den Bürger durch allgemeine Anstalten gegen den schädlichen Einfluß der Natur sichert, leuchtet von selbst ein; sie hat es hier bloß mit den (physischen) Einflüssen der leblosen Materie auf den Menschen, als ein Naturwesen, zu thun.

Indem sie sich zweitens sogar herausnimmt, die Aussprüche des Rechts zu modificiren, handelt sie eben dadurch nicht nach rechtlichen, sondern nach physischen Rücksichten; sie entscheidet bloß nach den ausgebreiteten natürlichen Folgen, welche mit einer folgerechten Handhabung des Rechts eintreten würden. Das Recht gebietet, wie die Moral, nach Grundsätzen, die als unveränderliche Imperative gelten, was geschehen soll; die Polizei sagt, was geschehen muß, wenn

ein gewisser Zweck erreicht werden soll; sie befiehlt nach technisch - praktischen Regeln. Ob ihre Handlungen recht sind, ist niemals direkt und positiv, sondern bloß negativ ihre Sorge; sie begnügt sich in den meisten Fällen, dem Recht nicht zu widersprechen. Nachher werden wir uns etwas umständlicher über diesen Punkt auslassen.

Drittens werden jene physischen Rücksichten auch da sichtbar, wo sie über die Objekte des Rechts, über die wesentlichen Bedingungen des Daseyns hinausgeht, und zur Erhöhung des menschlichen Wohls beiträgt. Jedes Wohlseyn kann seinen Sitz nur in der Sinnlichkeit haben; als sinnliches und empfindendes Wesen ist der Mensch aber — Naturwesen. Da nun das Recht in dem Gebiete der positiven Wohl - Erhöhung keine Stimme hat, und das bloße Wohlseyn auch kein direkter Gegenstand der Moral ist, so läßt sich alles, was für diesen Zweck taugt, auch nur nach den Gesetzen des physischen Kausal - Zusammenhangs deuten. Selbst bei der Förderung des sogenannten intellektuellen Wohls schimmern diese physischen Rücksichten her-

vor, und lassen sich auch da nicht verläugnen, wo die Polizei sich in das höhere Gebiet der Moral zu versteigen scheint. Wenn sie als Sitten-Polizei alle anstößigen Erscheinungen der Barbarei und skandalösen Chronik entfernt, so ist es ihr nicht direkt um die Moralität selbst zu thun, sondern, indem sie durch die Schonung des sittlichen Zartgefühls überhaupt, zu einer größeren Empfänglichkeit für rechtliche Gesinnungen, durch die Einschränkung der öffentlichen Wollust insbesondere, zur Bevölkerung und physischen Kraftfülle der Generation, durch die Bezähmung oder Milderung aller Brutalität zur Lenksamkeit des ganzen bürgerlichen Sinnes beiträgt, will sie zunächst nur den Endzweck des Staats sichern. Sie mag dadurch allerdings zur wahren Moralität mitwirken; aber diese Wirksamkeit darf kein unmittelbarer, sondern nur ein polizeilicher Nebenzweck seyn; denn als Polizei ist sie durchaus keine Moral; sie kann dem Moralisten nur gelegentlich in die Hände arbeiten, und würde sogar einen Widerspruch gegen die Vernunft begehen, wenn sie unmittelbar durch Zwangsmittel eine Handlungsweise,

welche nur durch Freiheit bedingt ist, fördern, also das Bedingte durch Aufhebung der Bedingung bewerkstelligen wollte. — Eben so ist es mit dem, was sie für die Religion, was sie als Religions- und Kirchen-Polizei thut. Unser Zeitalter — wenigstens der philosophische Theil desselben, hat sich längst über den alten Gesichtspunkt eines trägen Dogmatismus erhoben, nach welchem die Moral nur zu einer Tochter oder Trabantin der positiven Religion gemacht wurde. Der Philosoph sieht in einer solchen Tochterschaft nur eine Bastardschaft; denn die Vortheile, welche dieser Glaube für gewisse kindische Epochen und Köpfe des Menschengeschlechts haben kann, dürfen ihm bei der Erforschung der Wahrheit nicht in den Weg treten. Für uns ist die Religion mehr ein Produkt der Moral. Wir räumen daher der Polizei auch in Absicht der Gotteslehre nicht mehr ein, als was wir ihr in Hinsicht der Moral zuschreiben konnten. Zwar könnten wir uns die Entscheidung dieser Frage sehr leicht machen. Die Religion von der Polizei bloß nach gewissen physischen Grundsätzen behandeln zu lassen, ist eine Idee,

deren Realisirung selbst dem kühnsten Politiker nicht so leicht und willkommen als einem Genossen der modernen Philosophie seyn müßte, der sich nur durch einen Akt der intellektuellen Begeisterung auf einen erhabnen Standpunkt der Natur heben, und die Religion selbst zu einer physischen Wissenschaft oder vielmehr zur höchsten Effloreszenz der Total-Physik machen darf. Er braucht die ganze reine Religionslehre nur in eine bloße Teleologie der Natur zu verwandeln, die Beurtheilung der Natur aber als eine Kunstanschauung derselben, und daher alle Religion als eine Schöpfung des ästhetischen Sinnes darzustellen; oder er kann nach den großen naturphilosophischen Apokalypsen des Zeitalters das wahre Göttliche in den Wechsel des Intensiven und Extensiven, des geistigen und natürlichen Prinzips, in das spielende Gleichgewicht zwischen beiden setzen, das Ungöttliche aber — das todte Stillstehen beider Prinzipien erst durch dieses Wechsel-Spiel göttlich werden lassen, und daher die Gottheit zum vollkommensten Spielenden machen; oder er kann sie — ernsthafter, mit dem erhabnen Ur-Prin-

zip der ganzen Naturphilosophie verschmelzen, ihr Wesen in das Absolut-Ideale, in den Abgrund aller Differenzen, in die wahre Subjekt-Objektivität setzen, diese Apotheose nur zu einem Geheimnisse gewisser esoterischen Philosophen machen, oder in das Dunkel der alten Mysterien zurückziehen, und, indem er jede Popularisirung derselben für eine Entgötterung ausgibt, der ganzen Gotteslehre für den Gebrauch, den die Polizei davon machen soll, nur eine sehr physische, exoterische Seite in der Mythologie, der Poesie und Kunst anweisen Aber wir bekennen es gern, unser Geist wie unsre Sinne fühlen sich auf diesem höheren Standpunkte so wenig erhaben, daß sie vielmehr — zu schwindeln anfangen. Leicht möglich, daß wir uns durch dieses Geständniß dem Vorwurfe einer platten Unwissenschaftlichkeit und anderen, derberen Ausfällen der eingeweihten Jünger aussetzen; aber wir wollen uns lieber an unsre schlichte, exoterische Vernunft, als an die poetische Ur-Vernunft, das Sonnen-Wesen des ganzen Wissens, das wahre Ur-Wissen halten, dessen ganze Qualität nur Licht und Durchsichtigkeit ist. — Wenn die Reli-

gion aber auch nicht ein ganz reines Produkt der Ethik seyn sollte, so ist sie es doch für uns in der Hauptsache; sie kann daher, so wie die Moral, der Polizei zunächst für keinen wesentlichen Zweck, sondern nur für ein Mittel zum Staats - Zwecke gelten. Die Polizei aber entwürdigt dadurch weder sich selbst noch den Menschen; denn sie kann sich über ihr eigenthümliches Gebiet nicht erheben; die Religion, als höherer Zweck, ist Sache des Religionslehrers wie des denkenden und empfindenden Menschen. Dafs es manche polizeiliche Einrichtungen gibt, welche auf einen höheren Endzweck als den des Staats hinweisen, ist nicht zu läugnen; wir freuen uns vielmehr dieser Erscheinung, als einer Zeugin, welche für die grofse Sache des Menschenthums feierlich spricht, welche dem eingefleischtesten Politiker einen unverkennbaren Wink gibt, dafs der Staat nicht der höchste Zweck der Menschheit, sondern nur ein Mittel zu demselben seyn kann, dafs daher auch die Polizei, gegen die Lehre dieses eminenten Endzwecks gehalten, nur eine subalterne Wissenschaft ist. Wenn sie also ihre sämt-

lichen eigenen Zwecke erfüllt hat, so mag sie immer zuweilen, von der Wissenschaft des Hoch-Zwecks *) (der Ethik) gehoben, über ihre gewöhnliche Sphäre hinausgehen, oder falls sie mit dieser Lehre gar in Kollision geräth, voll bescheidner Entsagung mit ihren eigenen Ansichten zurücktreten, und nach adoptirten Grundsätzen handeln. Aber dann handelt sie doch nur als das Organ einer fremden Instanz, nicht als selbstständige Lehre; als Polizei haftet sie an ihren physischen Rücksichten. Man zerstöhrt die Individualität einer Wissenschaft, indem man sie auf Kosten der Wahrheit veredeln, und verwirrt ihre Gränzen, wenn man sie in eine schönere, aber fremde Region hinüberführen will.

Wenn die Polizei viertens den Menschen gegen den Menschen selbst durch ihre zukommende Gewalt sichert, so darf sie nur deswegen zu diesen gewaltsamen, freiheitstöhrenden Mafsregeln greifen, weil sie von einer

*) Ich glaube diesem Worte eben so füglich das deutsche Bürgerrecht wünschen zu dürfen, als man dasselbe so vielen anderen, neu geprägten Wörtern zu geben anfängt.

minder zarten, moralischen Achtung als das Recht durchdrungen, den Bürger hier nach seinem Instinkt und seinen Leidenschaften, wie ein bloßes animalisches Wesen oder wie andere physische Potenzen berechnet, deren giftige, korrosive Eigenschaften für die ganze thierische Welt eben das sind, was der Mensch für seines Gleichen durch seine bösertige Sinnlichkeit ist.

Also nur, was physisch auf gewisse Erscheinungen oder Handlungen folgt, und bisher immer darauf gefolgt ist, das gilt der Polizei als einzige Norm, das hat für sie eine praktische Gewissheit, wovon sie sich keine Ausnahmen erlaubt. Sie kümmert sich weder um die Aussprüche der Transzendental - Philosophie, nach welchen die Empirie keine Gewissheit geben soll, noch um den logischen Kausal-Zusammenhang, der bloß im Denken zwischen Grund und Folge statt findet. Durch diesen Charakter des Physischen, aber auch nur durch diesen, ist sie des nahen Zusammenhangs ungeachtet, worin sie übrigens mit der Gerechtigkeit steht, doch groß und ewig von ihr geschieden.

Bisherige Deduktionen der Polizei.

Vielleicht herrscht in wenigen Theilen der ganzen Staats-Disziplin so viele Verwirrung und schwankende Schiefheit der Begriffe, als in den meisten Deduktionen, wodurch man bisher die Nothwendigkeit oder ein gewisses Recht der Polizei zu begründen gesucht hat. In dem Bergschen Handbuche wird man den Gang, den unsere Polizeigelehrten bei diesen Ableitungen gewöhnlich nahmen, am bestimmtesten dargestellt finden.

„Durch die Übertragung der höchsten Gewalt im Staate, sagt von Berg (Th. I. S. 14), wird der Inhaber derselben verpflichtet und berechtigt, für die Abwendung künftiger, gemeinschädlicher Übel im Inneren des Staats Sorge zu tragen, das heißt, die Polizei zu verwalten. Diefs Recht der höchsten Gewalt heißt *Polizeigewalt*, *Polizeihöhe*, das *Recht der Regierung* im engsten Sinne. In ihm sind alle Rechte enthalten, die zu der wirksamen Thätigkeit der Polizei erforderlich sind.“

Von Berg läßt also das Polizei-Recht durch die Polizei-Gewalt begründet werden.

Dies ergibt sich noch deutlicher aus seiner Bestimmung des Polizeirechts selbst (Th. I. S. 16.), wornach dasselbe nichts anders ist, als „der Inbegriff sowohl der, die Polizeigewalt selbst betreffenden, als auch der, durch sie bestimmten, Rechte und Verbindlichkeiten.“

Ohne der Achtung zu nahe zu treten, die wir den Verdiensten des würdigen Verfassers um die Polizeiwissenschaft bereitwillig zollen, müssen wir gleichwohl gestehen, daß jene Darstellung zu den mislungensten gehört, welche zur Grundlage eines wissenschaftlichen Systems gebraucht werden können. Ein Recht aus einer Gewalt abzuleiten!.... Gewalt ist — nichts anders als Überwindung einer physischen Kraft durch eine andere, ein Natur-Phänomen, eine materielle Anwendung.... wovon? immer nur von etwas Physischem, aus dessen Kreise wir gar nicht herauskommen. Aber freilich! wir ahnden es schon, der Ausdruck Gewalt soll hier einen anderen, eminenteren Sinn führen. Wir wollen daher jener Darstellung auch nicht vorwerfen, daß sie den hohen Begriff des Rechts... einer moralischen Wissenschaft, einen Inbegriff von Vernunftge-

setzen, aus der äußeren Gewalt ableitet. Aber mag man ihr auch den mildesten und scheinbarsten Sinn unterschieben, den der Scharfsinn des Philosophen oder Rabbulisten ausfinden vermag: sie läßt sich gegen den Vorwurf einer gewissen Verkehrtheit nicht retten. Wollte man das Recht, die polizeilichen Geschäfte zu handhaben, für eine bloße Folge der Hoheitsgewalt, welche der Staat einer bestimmten Instanz überträgt, für ein Merkmal erklären, das in dem Begriffe derselben schon liegt: so bleibt die Gewalt doch auch hier der Mittelpunkt, von dem alle Radian der Regierungsrechte ausgehen, der allgemeine Begriff, in welchem mehrere Arten höchster Rechte als wesentliche Bestandtheile liegen. Allein, genauer betrachtet, liegt kein Recht als einzelner Theil in jenem Total, was höchste Gewalt heißt; alle Zweige der Regierungs-Gewalt sind erst Folgen des Regierungs-Rechts, Ausflüsse aus der Hoheit desselben. Keinem Einzelwesen und keinem Repräsentanten kann der gesellige Verein einräumen, was er — nicht selbst hat. Er besitzt aber die Hoheits-Gewalt nicht, weil er durch die Vereinigung

aller einzelnen Kräfte die wirkliche höchste Macht hat; denn das hiesse, das Recht der Regierungs-Gewalt von dem Rechte der Stärke ableiten; sondern, weil er von seinem universellen und durch diese Universalität geheiligten Willen, dem Majestäts - Willen der allgemeinen Vernunft, zu dieser Gewalt autorisirt wird. Jeder Gewalt muß daher ein Recht (eine Legitimazion der Vernunft) vorhergehen, wenn sie erlaubt und gesetzmäßig seyn soll; es muß ihr eine allgemeine Einstimmung der einzelnen Mitglieder vorhergehen, wenn sie konstitutionsmäßig seyn soll. Was aber diese Gewalt als ursprüngliche Befugniß des geselligen Vereins ist, das und nichts mehr ist sie als übertragene Gewalt; der Repräsentant darf nicht über den Repräsentirten hinausragen, und eine Übertragung kann keine Vergrößerung seyn. Gibt es daher ein wirkliches Polizeirecht, so kann man nur den umgekehrten Weg nehmen, und die Polizeigewalt aus dem Polizeirechte ableiten, wie man den rechtlichen Zwang nur aus dem Begriffe des Rechts selbst ableiten darf.

Auch die Dichotomie in jener Bestimmung, „das Polizeirecht sey der Inbegriff sowohl der, die Polizeigewalt selbst betreffenden, als der, durch sie bestimmten Rechte und Verbindlichkeiten,“ enthält dieselben schwankenden, unhaltbaren Begriffe, welche zugleich undeutlich und schief ausgedrückt sind. Wenigstens wird der Begriff dessen, was die Polizeigewalt selbst betreffen soll, den scharfsehendsten Leser nicht leicht auf etwas, „aus dem Wesen der Polizeigewalt selbst Abgeleitetes,“ führen.

Aber versuchen wir alles, um jene Deduktion durch eine gewisse andere Wendung zu retten, und setzen voraus, daß sie das Polizeirecht aus einem wirklichen Recht der höchsten Gewalt ableiten wolle. Ein Recht der höchsten Gewalt ist in einem strengen Sinne nichts anders, als eine Befugniß zur Ausübung derselben, bestimmt durch rechtliche Grundsätze. Das Polizeirecht würde hiernach ein Akzidenz oder eine Folge der höchsten, durch rechtliche Grundsätze bestimmten Gewalt, also ein Resultat rechtlicher Prinzipien seyn. Da unsere Philosophie aber den geläuterten Begriff der Polizei von jeder Beimischung des

Rechtlichen freihalten muß, so dürfen wir auch von dieser Erklärung wenig Befriedigung hoffen. Wollte man endlich in jene Bestimmung statt eines Rechts den Begriff einer bloßen Befugniß aufnehmen, so setzt dieselbe wieder eine Befugung durch etwas Höheres voraus, und die höchste Gewalt kann, als Gewalt, auch hier nicht das Ur-prinzip für die Polizei seyn.

Nur aus ihrem Verhältnisse zu dem hohen, durch die praktische Vernunft aufgegebenen, Zwecke, der durch die Errichtung des Staats realisirt werden soll, aus ihrer Nothwendigkeit zur Begründung desselben, nicht aus gewissen Grundsätzen des Rechts, welche hier keine Anwendung finden, noch aus einem faktischen Prinzip, das dem Philosophen nichts gilt — der Hoheitsgewalt, läßt sich die Polizei als Wissenschaft und als Gewalt deduziren.

Eben daher dürfen wir kaum erinnern, daß wir der Kantischen Deduktion, nach welcher das Recht der Polizei auf dem ursprünglich erworbenen Grundeigenthum des Oberbefehlshabers als Obereigenthümers, des Landesherrn beruhen soll, in keiner Rücksicht

beistimmen können. Nur jener beschränkte Begriff einer Nebenrolle, welche die Polizei nach der Kantischen Ansicht im Staate spielt, konnte den großen Philosophen verleiten, die Polizeibefugnis für ein bloßes Akzidenz der Oberbefehlshaber - Rechte zu nehmen.

Überhaupt scheint uns die gewöhnliche vielseitige Spaltung der Hoheitsrechte noch zu den wahren Erbmängeln der Staats-Philosophie zu gehören, wodurch man dem ersten Grundsatz aller wissenschaftlichen Tendenz, der Einheit, geradezu entgegenarbeitet. Unsere Theoretiker gehen hier zuweilen mit der Kunst eines wahren Taschenspielers zu Werke. Man zerstückelt vor unseren Augen allmählig die ganze Hoheit, und siehe! durch ein paar Phrasen ist sie wieder zusammengezaubert. Kaum daß der Philosoph diese entgliederte Majestät noch erkennt, wenn er sie in so viele Theile aufgelös't sieht, als sich einzelne Arten ihrer Gewalt denken lassen. Selbst der achtungswürdige Gönner hat sich von diesem Fehler nicht frei zu halten gewußt, indem er (in seinem *deutschen Staatsrecht*) sogar neun Hoheitsrechte annimmt. Nur drei solche Rech-

te kann es in einem strengen Sinne geben, das gesetzgebende, das richterliche und das vollziehende; unter diese einzigen müssen alle denkbaren Regierungs-Rechte und -Gewalten gebracht werden, und alle anderen Arten sind daher nur Unter-Gewalten oder Gewalt-Arten, keine Neben-Gewalten. An jene drei Hoheiten ist auch die Polizei-Gewalt vertheilt, so wie das Recht an sie vertheilt ist, mit dem die Polizei auch hier parallel geht. Im Grunde geben die Bezeichnungen: richterliche und gesetzgebende Gewalt nicht einmal einen philosophisch-richtigen Begriff, weil beide Gerichtshöfe weder durch die Anwendung einer physischen Kraft, noch vermöge eines anderen höheren Rechts handeln, von dem ihnen diese Gewalt mitgetheilt würde; nur die vollziehende Macht operirt durch Gewalt. Weit besser würden die Worte Befugniss und Hoheit zur Bezeichnung einer Sache gebraucht werden, deren schiefe oder unbestimmte Andeutung eine vorzügliche Ursach jener schiefen Deduktionen gewesen zu seyn scheint. Schmalz hat neulich auch die Eintheilung der Staatsgewal-

ten in die gesetzgebende, richterliche und vollziehende seltsam gefunden, und an die Stelle der richterlichen die aufsehende Gewalt setzen wollen. *) Aber weder seine Gründe, noch die Gegengründe seines Rezensenten, **) der sich mit Recht gegen diese Neuerung auflehnt, haben uns Genüge gethan. Man braucht die Idee eines Richters nur genau zu zergliedern, um zu finden, daß hier der Begriff einer Justiz-Vollziehung, den Schmalz für die richterliche Gewalt aufstellt, und diese Vollziehung daher für einen Theil der exekutiven Macht ansieht, ganz unstatthaft ist. Der Richter vollzieht die Aussprüche der Justiz (des rechtlichen Gesetzgebers) nicht, sondern er wendet sie bloß auf einzelne vorkommende Fälle an, und läßt seine eignen Aussprüche erst wieder durch die vollziehende Macht ausführen. Man schiebt dem Begriffe der Exekution einen ganz falschen Sinn unter, wenn man sie auch auf die bloße Anpassung

*) Das natürliche Staatsrecht. 2te Aufl. Königsberg, 1804. §. 96. Note.

**) (Hall.) Allg. Liter. Zeitung. Nr. 116. 1806.

eines konkreten Falles auf einen allgemeinen Satz ausdehnt. Die Benennung Gewalt für jene drei Arten der höchsten Befugniß wird übrigens auch nicht durch die Bemerkung des Rezensenten gerechtfertigt: „Gewalten heißen diese Bestandtheile der politischen Trias, weil jede derselben eine Macht besitzt, die jeder anderen im Staate überlegen ist.“ Wenn es außer dieser Trias noch andere Gewalten im Staate gibt, so kann durch den bloßen Ausdruck Gewalt noch keine Eminenz der ersteren angezeigt werden. Überdem scheint man nicht immer bedacht zu haben, daß zwischen diesen drei Hoheiten im Verhältnisse gegen einander keine Koordination, sondern eine wahre Subordinazion statt findet; die richterliche Hoheit ist der gesetzgebenden, und die vollziehende ist beiden untergeordnet; die letzte kann nur das Organ der beiden ersteren seyn. In der richterlichen und gesetzgebenden Hoheit offenbahrt sich nur die Überlegenheit der Staats - Intelligenz; ihre Superiorität liegt in der Vernunft, und kann physisch nicht anders als mit Hülfe der exekutiven Macht geltend gemacht werden. Im strengsten Sinne

läßt sich daher nur der Gesetzgebung die Majestät, der richterlichen Würde die Hoheit, der Vollziehung die Gewalt zuerkennen. Über die Frage, zu welcher Hoheit die aufsehende Befugniß klassifizirt werden müsse, wird ebenfalls nur eine genaue Zergliederung ihres Begriffs entscheiden. Staats-Aufsicht ist nichts anders als Anhaltung der Bürger zur Befolgung der Staatsgesetze, besonders aber Sicherung gegen Verletzungen derselben durch zukommende Anstalten. Beides kann nur durch Gewalt vermittelt werden, und gehört daher zur vollziehenden Macht. Da die Justiz aber von dem zukommenden Zwange einen sehr eingeschränkten Gebrauch macht, so spielt die aufsehende Befugniß im rechtlichen Fache nur eine unbedeutende, in der Polizei aber eine sehr wichtige Rolle, und der Begriff einer Staats-Aufsicht ist sogar im gemeinen Leben mit dem Polizei - Begriffe gemeinbedeutend geworden.

D r i t t e r A b s c h n i t t .

R e s u l t a t e .

Unsere Ansicht der Polizei-Wissenschaft wird den Leser auf einige Resultate führen, welche gegen die meisten herrschenden Systeme der Polizei, gegen alle Grundsätze der gewöhnlichen Politiker, vielleicht gegen eine mehr als hundertjährige Observanz anstossen werden. Aber gleichviel! Die Philosophie darf vor keinen Folgen erzittern.

I.

Idee einer Natur - Polizei.

Man wird es auffallend finden, daß wir bei einer Wissenschaft, deren ganze Wirksamkeit sich endlich nur auf den Staatszweck, wie auf ihren Mittelpunkt, vereinigen soll, von diesem Zwecke noch keine deutliche Bestimmung darzulegen gesucht haben. Noch auffallender vielleicht, wenn wir die ganze Frage

hier offen — zurückweisen; nicht aus der geheimen Neigung, auf diesem Felde eine dorrichte Stelle mit Manier zu umgehen, sondern, weil eine gründliche Lösung jener Aufgabe fast eben so weitläufige Entwicklungen als der ganze vorliegende Gegenstand fodern, weil alle kurzen Erklärungen über eine Sache, für deren genaue Bestimmung der philosophirenden Vernunft noch so manches zu thun übrig bleibt, sich nur als unerwiesene und absprechend hingeworfene Behauptungen ankündigen würden. Wir haben von unsern Ideen über diesen Punkt so vieles verrathen, als zur Aufklärung der gegenwärtigen Untersuchung nothwendig scheint; eine Ausführung derselben würde nur eine zwecklose Ausgeburt seyn.

Nur folgende Bemerkungen dürfen wir uns nicht ersparen. Wenn die Polizei dem Rechte nicht, wie eine Hülfswissenschaft einer höheren, untergeordnet seyn soll, und die Zwecke beider Wissenschaften, zu Einem Ganzen vereinigt, doch unter dem allgemeinen Begriffe des Staatszwecks zusammengefaßt werden können: so möchte es dem Philosophen

höchst wichtig seyn, für diesen Zweck einen noch allgemeineren Begriff als d e n eines rechtlichen Zustandes zu finden; einen Begriff, unter welchen sich auch die sämtlichen Rücksichten der Polizei bringen ließen. Wenigstens kann die Kantische Bestimmung, welche den Staat für „die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechts-Prinzipien“ erklärt, wiewohl sie schon in die Lehrbücher und Überzeugungen der berühmtesten Rechtsphilosophen übergegangen ist — für den universellen Begriff desselben nicht befriedigend seyn, wofern man die Polizei nicht für eine bloße Hülfswissenschaft der Justiz erklären oder gar von dem Staatszwecke ausschließen will.

Die reine Idee dieses Zwecks geht aller Entstehung der Staaten vorher; denn der Staat ist nicht das ursprüngliche, gesetzgebende Tribunal, sondern nur das Organ zur Ausführung derselben, weil keine heilige Vernunft-Idee durch das bloße Zusammentreten einer Gesellschaft erzeugt werden kann. Wenn aber Justiz und Polizei, als integrirende Theile, unter jener Idee enthalten seyn sollen, so

müssen auch die ersten Gründe der Polizei, wie des Rechts, allem Daseyn der Staaten zugehen; es muß eine Natur - Polizei geben, wie es ein Recht der Natur gibt; der Widerspruch in dem Namen begründet keinen Widerspruch in der Sache. Wenn die polizeilichen Vorschriften nur im Staate, wenn viele polizeiliche Einrichtungen allein durch den Staat realisirt werden können, so gibt es auch eine Menge bürgerlicher und konventioneller Rechte, welche erst mit dem Staate entstehen, und die Realisirung des gesammten Rechts kann erst durch eine vollendete Staatsverfassung erreicht werden.

Unsere Untersuchungen würden einen unnöthigen und weitreichenden Nebengang nehmen, wenn wir uns hier auf die Kritik eines Zustandes, dessen Idee seit Jahrhunderten zu den mislichsten gehört hat, des Naturstandes einlassen wollten. Die Philosophie macht es auch mit diesem Begriffe, wie mit tausend anderen: sie gefällt sich in den Extremen. Statt daß sie sonst eine große und undurchdringliche Kluft zwischen jenem Stande und dem Staate aufzurichten suchte, fängt sie jetzt an,

den Staat für den wahren Naturstand zu erklären. Wir begnügen uns hier, auf den einfachen Satz zu provoziren, daß eine Wissenschaft, die in ihrem Hauptzwecke mit dem Recht zusammenstimmt, wie die Polizei, auch in den letzten Gründen, welche diesen Zweck absolut setzen, mit dem Recht übereintreffen müsse. Daß sie in ihren nächsten Prinzipien und folglich in ihrer spezifischen Handlungsweise sich von ihm entfernt, macht so wenig einen Einwurf dagegen, daß beide Wissenschaften vielmehr auf einem wirklich verschiedenen Wege zu demselben Ziel führen sollen, eben weil dieses Ziel nur auf einem abweichenden Wege erreicht werden kann. Es ist eine Polarität, die der naturphilosophischen gerade entgegengesetzt ist. Hier soll sich die absolute Identität aus einem gemeinschaftlichen Mittelpunkte nach entgegengesetzten Polen trennen, und sich mit jedem neuen Entfernungspunkte in größere Differenzen verlieren. Dort fallen die beiden äußersten Punkte, die Anfangs- und Endpunkte beider Wissenschaften zusammen; der erste Befehl zum Auslaufen und das Ziel der

Laufbahn sind für beide dieselben; nur die Medien divergiren, welche zu diesem gemeinschaftlichen Ziel führen. Eine tiefere Verfolgung dieser Unterschiede wird aber nur nach und mit einer Deduktion der letzten Gründe des Rechts ihren Platz finden können.

Aber vielleicht, daß sich gegen den Obersatz dieser ganzen Schlußfolge, nach welchem die Idee des Staatszwecks dem Staate selbst vorhergehen soll, desto wichtigere Zweifel erheben lassen. Der Zweck einer Sache, könnte man sagen, läßt sich nur aus der Natur derselben ansehen; Zweck und Bestimmung des Menschen gehen nur aus seinem eignen Wesen hervor. Auch die Idee eines Staatszwecks scheint daher erst mit dem Staate selbst zu entstehen, und der Versuch, eine Wissenschaft, welche auf den Staat als ihren letzten Endzweck bezogen werden soll, als eine vorpolitische Doktrin aufzustellen, hebt sich selbst durch einen Widerspruch auf.

Es liegt einiges Wahre in dieser Ansicht. Aber zur vollen Aufhellung derselben werden folgende Bemerkungen dienen.

Man kann dem Begriffe des Staatszwecks einen engeren und weiteren Sinn zuschreiben; einen engeren in demjenigen Zwecke, der dem Staate als zu erreichender Zweck vorliegt. Auch in diesem Begriffe lassen sich wieder zwei andere Merkmale unterscheiden; zuerst ein reiner Zweck für den Menschen an sich, zweitens für eine gröfsere Gesellschaft von Menschen, das heifst, ein Zweck für den Menschen an sich, modifizirt durch ein Ganzes von Menschen. Im weiteren und vollen Umfange des Sinnes wird aber unter dem Staats - Zwecke zugleich derjenige verstanden, welcher durch den Staat, als durch eine gröfsere Menschenmenge, durch die Vereinigung vieler einzelnen Kräfte erreicht werden soll — eine hinreichende, durch Zwang vermittelte Begründung dessen, was ihm als jene Idee vorschwebt. Hier wird sich der Staat zwar selbst Mittel für jenes Ziel, aber der Gebrauch dieses Mittels liegt zugleich in seinem Zwecke. Ein zu Begründendes und wirkliche Begründung desselben — nur diese beiden Merkmale bilden vereinigt die volle Idee eines Staatszwecks, zu welcher für sich

allein keins derselben hinreichen würde; denn das erste könnte sich eben sowohl zu einem bloßen Zwecke der Moral eignen, und der Begriff einer Begründung ohne etwas, das realisirt werden soll, ist ein gehaltloser Begriff.

Nun läßt sich in diesem letzten Sinne allerdings kein Zweck des Staats ohne den Staat selbst denken, weil der aktuelle Verein früher als die Anwendung seiner sämtlichen Kräfte vorhanden seyn muß. Selbst in der zweiten Bedeutung des engeren Sinnes muß der Staat seinem Zwecke vorhergehen; denn der Endzweck für ein gesellschaftliches Ganzes, in wiefern es ein Zusammengesetztes ist, und durch seine Komplikation das Einzelne mannichfaltig beschränkt, kann nicht früher als die Zusammensetzung selbst da seyn. Aber in des engeren Sinnes erster Bedeutung geht der Zweck des Staats jedem wirklichen Staate vorher. Der gesellige Verein ist — zwar keine unnatürliche, aber auch keine mit der Natur unmittelbar gesetzte Einrichtung; wiewohl durch Vernunft geboten, ist er doch nicht, wie die Vernunft und moralische Natur des Menschen, schon mit dem reinen menschli-

chen Daseyn gegeben. Nur, was unmittelbar durch die Natur gesetzt ist, gibt seinen Zweck durch sich selbst zu erkennen, und es bleibt daher eine ewige Wahrheit, daß Zweck und Bestimmung des Menschen nur aus dem Wesen desselben hervorgehen. Aber der reine Zweck einer komplizirten menschlichen Einrichtung — einer großen Gesellschaft, des Freimaurer - Vereins, des Tempelherrn - Ordens, muß früher als dieser Orden, als dieser Verein da seyn: denn nur für ihn wird sie errichtet; er muß außer ihr liegen: denn sonst bedürfte es keines mühsamen Entwurfs und keiner weisen Gesetze, um die Kräfte aller Theilhaber für diese Eine Idee in Bewegung zu setzen; etwas Inhärirendes würde sich mit jeder Gesellschaft von selbst finden.

Auch das Recht kann nur in jener ersten Bedeutung früher als der Staat da seyn; weder das gemeinsame Recht, was die rechtlichen Verhältnisse eines großen Ganzen zum Einzelnen und des Einzelnen zu diesem Ganzen bestimmt (das Staatsrecht), noch das durch den Staat zu realisirende Recht (die Begründung desselben) kann dem Staate vorhergehen.

Aber wenn die Idee einer Natur-Polizei auch keine verwerfliche Idee seyn kann, so räumen wir doch gern ein, daß sie keine fruchtbare Idee ist. Das Recht hängt so unmittelbar an der menschlichen Natur und erscheint in seinen Grundzügen so einfach, daß es nach seinen Hauptmomenten auf den einfältigsten Naturstand, auf das Zusammenseyn von ein paar Menschen anwendbar ist. Die Polizei sinkt jenseit des Staats beinahe zu einer Nullität; ihre meisten Sorgen beziehen sich auf größere Menschenmengen, auf geschlossene Gesellschaften, und setzen die Produkte derselben — einen gewissen Grad von bürgerlicher, geselliger und wissenschaftlicher Kultur, Handelsverhältnisse, landwirthschaftliche Einrichtungen, Handwerksgesellschaften, Ansiedelungen an einen gewissen Ort, Künste, Religion, Schulen u. s. w. voraus. Besonders derjenige Theil unserer Wissenschaft, der sich mit der Erhöhung des menschlichen Wohls beschäftigt, geht, als das Resultat und Korrelat einer vielseitigen ästhetischen und konventionellen Kultur, größtentheils für den Naturstand verloren. Ihr anderer Theil aber,

der die Sicherung der Rechtsobjekte betrifft, wird von der Vernunft zwar fast eben so nothwendig als das Recht selbst postulirt; da die Polizei aber mehr die ausgebreiterten Folgen der Handlungen als die Handlungen selbst, mehr den ganzen Verein als den einzelnen Menschen berücksichtigt, und daher in einem weit höheren Sinne als das Recht wegen eines Ganzen, nicht so sehr wegen des Einzelnen da ist: so kann die Idee einer Natur-Polizei nicht einmal für den Staats-Philosophen eine sehr fruchtbare Idee seyn, wiewohl es ihm höchst wichtig seyn wird, bis zum ersten Ursprunge derselben zu dringen, und die Elemente der ganzen Polizei mehr in einem Prinzip, was außer dem Staate liegt, als in einer Einrichtung, welche erst in der Zeit entsteht, aufzusuchen. Wir lassen daher die Idee einer Natur-Polizei für die Folge unserer Untersuchungen größtentheils fahren, und versprechen uns von dem Versuche eines Systems derselben bei weitem nicht die reiche Ausbeute, welche dem Philosophen die Idee eines Natur-Rechts gewährt hat. Eben daher haben wir schon bei unserer Bestimmung des

Begriffs von Polizei auf den Staat Rücksicht genommen, und glauben den Begriff einer Staats-Polizei, der entweder bis zur aufgefundenen Idee einer Natur-Polizei die seichteste Tautologie seyn mußte, oder doch keinen so reinen und großen Gegensatz gegen die Privat- (die sogenannte Stadt - Dorf- und Zunft-) Polizei, als das Staatsrecht gegen das Privatrecht bildet — noch jetzt völlig entbehren zu können.

2.

Koordinazion, das einzige wahre Verhältniß zwischen Justiz und Polizei. Folgerungen.

Wenn wir die Koordinazion für das einzige richtige Verhältniß erklärt haben, was zwischen der Justiz und Polizei statt finden kann, so scheint diese Bestimmung gegen eine andere, öfters angedeutete Erklärung zu zeugen: daß die Polizei auch insbesondere wegen der Objekte des Rechts da sey. Allein wir verwerfen die Folgerung, daß sie nun auch wegen des Rechts selbst vorhanden seyn müsse. Diese Behauptung wird ein Paradoxon seyn. Wir müssen uns näher erklären.

Wir unterscheiden zwischen einem Objekt des Rechts und einem rechtlichen Objekt, oder zwischen einem Gegenstande des Rechts und einer Rechtssache. Nicht jeder Gegenstand, der ein Objekt des Rechts ist, wird deswegen auch zu einer Rechtssache; jener ist ein Objekt, das von dem Recht nur geschützt, aber nicht nach seinem Wesen bestimmt werden soll — etwas Materielles; dieser ein solches, das auch seine Form durch die Rechtswissenschaft erhält, das durch rechtliche Grundsätze bestimmt wird — etwas Wissenschaftlich-formelles. Die Unverletztheit der natürlichen Funktionen des Körpers (die Gesundheit) ist ein Objekt des Rechts, aber nicht ausschliessend ein rechtlicher Gegenstand; sie ist auch ein Objekt der Polizei, der Diätetik, der Medizin, der Chirurgie; zu einer Rechts-sache wird sie nur dann, wenn sie zum Gegenstande eines rechtlichen Verfahrens gemacht wird. Eben so wird das Eigenthum erst dann zu einer wahren rechtlichen oder Rechts-sache, wenn die Gränzbestimmung oder Gewissheit desselben in menschlichen und bürgerlichen Ver-

hältnissen nach den Grundsätzen des Rechts ausgemacht werden soll; übrigens ist es auch ein Objekt der Polizei, der Nahrungssorgen, der kaufmännischen und usurpatorischen Spekulation. Mit Recht läßt sich also behaupten, daß alle Gegenstände der Justiz auch Objekte der Polizei sind (nicht umgekehrt); die wesentlichen Charaktere beider Wissenschaften werden durch diese Behauptung keineswegs zusammengeworfen.

Von allen Arten jenes Verhältnisses, wie es von anderen Schriftstellern festgesetzt ist, unterscheidet sich unsere Neben - Ordnung. *) Alle Gelehrte, welche die Polizei nicht zu einer Dienerin der Gerechtigkeit machten, haben ihr immer ganz verschiedene Objekte, einen ganz anderen Zweck als der Justiz angewiesen. Bei der Bestimmung desselben hat

*) Nur beiläufig sey es gesagt, daß mir dieß neu - versuchte Wort für Koordination weit passender als das von Campe vorgeschlagene: Zu - ordnung zu seyn scheint, welches (wie bei Zugabe, Zusatz etc.) mehr auf den Begriff von etwas Neu - hinzugeordnetem, als von einer Nebeneinander - Ordnung zweier schon vorhandener Sachen hindeutet.

man sich bald der Wahrheit genähert, bald von ihr wieder entfernt; einige haben ihn zu allgemein, andere zu partikulär aufgefaßt. Kein Einziger ist darauf gefallen, die eigenthümliche Verschiedenheit zwischen beiden Wissenschaften mehr in der Form ihrer Grundsätze als in der Differenz ihrer Objekte zu suchen. Da wir aber die Polizei mit dem Rechte zu einem, in der Hauptsache gemeinsamen, Zwecke thätig seyn lassen und selbst für diejenige Verschiedenheit, in welche sich die Wirksamkeit beider nach ihren Objekten theilt, doch zuletzt einen gemeinschaftlichen Vereinigungspunkt in dem Begriffe des Staatszwecks finden: so werden wir mit Recht unsere Koordination eine konvergirende nennen, dahingegen die Neben-Ordnung aller anderen Schriftsteller eine divergirende ist.

Die Unterscheidung zwischen einem rechtlichen und einem Rechts-objekt scheint uns nicht bloß zur Aufhellung jenes Verhältnisses nöthig zu seyn; vielleicht wird sie uns auch für andere Gegenstände der Staats-Disziplin manche wichtige, noch unbeachtete Aussichten eröffnen. Wir suchen hier nemlich den

Punkt, von dem der Staats-Philosoph ausgehen muß, um jene misliche Frage aufzuklären: ob die Polizei in manchen Fällen befugt sey, die Aussprüche des Rechts zu modifiziren und zu beschränken?

Sowohl theoretisch als empirisch hat man diese Frage längst bejahend beantwortet. Zwar hat sich die Gerechtigkeit in der Theorie zuweilen dagegen gesträubt; aber sobald die Wirklichkeit dem Geschäftsmanne diese Frage vorlegte, so fand kein Bedenken mehr statt; der gesunde Menschenverstand lös'te den Knoten durch einen Schwerdtschlag. Das ewige Murren der Gerechtigkeit mußte indessen manche Köpfe zum Nachdenken reizen, und ihnen die Aufgabe ans Herz legen, ob jene Frage nicht zur vollen Befriedigung der rechtsgebietenden Vernunft gelös't werden könnte? Man hat es versucht.

Zuerst berief man sich auf ein Ober-Eigentumsrecht. Wenn die Rede von Privatrechten, besonders vom Privateigenthum war, und das allgemeine Wohl eine Aufopferung desselben zu fodern schien, so bedurfte es nach dieser Meynung nur einer Appellazion auf das

Ober-Eigenthumsrecht des Landesherrn, um die Forderungen des Privaten zur Ruhe zu weisen; denn ein Ober-Eigenthümer mußte zugleich die letzte Instanz für alles mögliche Eigenthum seyn, und ein subalternes Recht mußte gegen ein höheres resignirend zurücktreten. Bei der Aufstellung dieser Grundsätze bedachte man schwerlich, daß hier dem Despotismus eine herrliche Hinterthür gezeigt wurde; denn um die unbedeutendsten Nothfälle geltend zu machen, um die schwierigsten Aufgaben durch einen flüchtigen Machtspruch zu lösen, und das, was recht oder politisch-gut heißen soll, nach den Geboten der Willkühr zu stempeln wessen bedurfte es dazu? Nur einer Berufung auf das höchste Eigenthumsrecht, bemäntelt mit einer leichten Vorspiegelung des Gemeinbesten. Man vergaß, daß alle Ober-Eigenthumsrechte ursprünglich nur von der Souveränität der Nation ausgehen können, daß der gesellige Verein kein Recht übertragen kann, was er nicht selbst hat, daß alle Hoheits-Vorrechte desselben, wie das Recht überhaupt, nur durch die höchste Gesetzgeberin des Menschen, durch

die Vernunft gegeben und motivirt sind. Die Vernunft aber kann keine Unterdrückung ihrer eignen Gesetze zugeben; räumt sie eine solche Abweichung ein, so geschieht es nur kraft eines höheren Gesetzes; sie muß die Ausnahme vor sich selbst rechtfertigen können.

Eine andere denkendere Parthei berief sich auf die allgemeine Wohlfahrt des Staats. Sobald das Gemeinwohl entscheidet, sagte diese, muß das Wohl und Recht des Privaten zurückstehen; das Einzelne kann nie so wichtig seyn als das Ganze. Es liegt etwas Wahres in dieser Entscheidung, wiewohl ihr noch immer jene Bestimmtheit abgeht, welche zur vollen Aufklärung dieser Frage nöthig seyn wird. Denn, wie weit darf die Polizei mit dem Grundsatz des Gemeinbesten gehen, wenn sie nicht zu weit greifen, wenn sie diese Idee nicht zu einem aristokratischen Götzen erheben und ihr die ehrwürdigsten Vorrechte des Individuums hinopfern will? Wird sie über dem Staate nicht den Menschen vergessen? Gibt es überhaupt kein allgemeines Prinzip, das zwischen ihren verwerflichen Eingriffen und den Rechten des Individuums eine heilige

Gränzlinie zieht, aber auch die Fälle bestimmt, wo sie die Beeinträchtigung des Einzelnen für Pflicht halten darf? Das Gemeinwohl ist ein weitschichtiger Begriff, unter den sich mit einigem Scharfsinn zur Noth alles verstecken läßt, was ihm nicht offenbar widerspricht. Diese Schwierigkeiten sind dem vortrefflichen Grafen von Soden nicht entgangen. Er führte ein Gebäude der Nazional - Ökonomie *) auf, forschte nach einem höchsten Prinzip dieses Systems, und glaubte dasselbe in der *höchsten Vollkommenheit des physischen Zustandes* oder in der *Beförderung des physischen Wohls der geselligen Menschheit* zu finden. Die Ethik dieses Prinzips suchte er darin, daß der physische Wohlstand ein nothwendiges Mittel der ästhetischen und moralischen Kultur sey; dadurch war ihm zugleich die Rechtmäßigkeit der Einmischung der Staatswissenschaft und der Leitung der Gesellschaft zu ihrem physischen Wohlstande gefunden. Denn der eben

*) Die Nazional - Oekonomie. Ein philosophischer Versuch über die Quellen des Nazional - Reichth. etc. von Jul. Graf von Soden. Leipzig, 1805. 1ster Band.

erwähnte Gegenstand der Nazional-Ökonomie erschien ihm als der allgemeine Zweck der Nasion. Nach diesen einleitenden Ideen setzt er hinzu: „die Einführung des Privateigenthums kann nur, in wiefern es als ein, für den Zweck der ganzen Gesellschaft (die Erhöhung ihres physischen Wohlstandes) zuträgliches Mittel gedacht wird, rechtlich seyn. Eigenthum ist also stets ein bedingtes Recht. In wiefern also das Herkommen oder die Gewalt solche persönliche oder sächliche positive Rechtsverhältnisse eingeführt hat, welche die beste Benutzung der Kräfte zur Vermehrung des Reichthums offenbar verhindern, kann niemand durch Berufung auf sein erworbenes Recht den Staat hindern, dergleichen nachtheilige Rechtsverhältnisse (jedoch nach dem Prinzip der Schadloshaltung) so abzuändern, daß die Möglichkeit des größtmöglichen Vorthells des Nazional - Wohls ferner nicht gehindert werde.“

Wie sehr wir uns über die zarte Achtung erfreuen, womit der Graf, trotz dieser Unterordnung des Privateigenthums unter seinen Grundsatz der Nazional-Ökonomie, die Rechte

des Privaten übrigens schont, und wie sehr wir mit ihm in dem Hauptsatze eins sind, daß die Befugniß des Staats zu Eingriffen in die Privatrechte des Bürgers ungekränkt bleiben müsse, wofern der Zweck des ganzen Vereins nicht in manchen herrlichen Theilen gekränkt werden soll: so wenig können wir mit jenem Prinzip und mit jener Deduktion einstimmen, welche gleichwohl einen einsichtsvollen Rezensenten *) verführt haben, „das Privateigenthum mit dem Verfasser als ein bloßes Mittel des Nazional-Wohls“ zu betrachten. Wir müssen auf's feierlichste gegen ein solches Axiom protestiren, wornach das Recht auf einmal zu einem bloßen Mittel des physischen Wohls sinkt; denn das Eigenthum ist ein wesentlicher Theil des Rechts überhaupt. Noch weniger kann das Privateigenthum, wie der Graf behauptet, als Mittel für den Zweck der Gesellschaft eingeführt seyn; die Idee des Rechts geht schlechthin jedem geselligen Vereine vorher, und die Ge-

*) Hallische Allgemeine Literatur-Zeitung. 1805. Nr. 187. 188. 189.

sellschaften sind vielmehr zur Sicherung des Eigenthumsrechts, so wie aller übrigen Rechte, errichtet. Nur in einer anderen Rücksicht, deren Entwicklung nicht hierher gehört, aber keineswegs in diesem Sinne kann das Eigenthumsrecht ein bloß bedingtes (hypothetisches) Recht seyn. Die Justiz, als moralische Wissenschaft und zugleich als Bedingungs-lehre des Ur-Wohls ist eine durchaus höhere Disziplin als die Lehre dieses, von der Nazional-Ökonomie abhängigen, erhöhten Wohls. Wir erklären uns daher geradehin gegen beide Grundsätze des Grafen; gegen den ersten, wonach der Gegenstand der Nazional-Wissenschaft zum allgemeinen (letzten) Zwecke der Nation erhoben, und gegen den zweiten, wodurch das Privateigenthum zu einem bloßen Mittel des Nazional-Wohls herabgesetzt wird. Beide Sätze hängen freilich zusammen; aber beide schmälern die Würde des Rechts.

Zur Deduktion jener Befugniss des Staats gehen wir vielmehr, mit besonderer Hinsicht auf unsern oben aufgestellten Unterschied zwischen einem rechtlichen und Rechts-objekt, von folgendem Grundsätze aus. Das Recht

ist nur in einem gewissen, nicht in dem strengsten Sinne ein Selbstzweck; nicht zur Begründung einer rechtlichen Prozedur oder Form, zur endlichen Befriedigung einer gewissen juristischen Vernunft, wie Feuerbach ehemals glaubte (ungefähr wie die Ästhetik zur Befriedigung des ästhetischen Sinnes), sondern wegen der Gegenstände ist es zuletzt da, welche zu einem andern (ethischen) Zwecke geschützt werden sollen. Sobald es aber mit dieser Garantie, die es seinen Objekten im Einzelnen und Kleinen gewährt, den nehmlichen oder gar anderen wichtigern Gegenständen im Großen schädlich werden sollte, so muß eine Macht, welche dieselben ebenfalls schützt, aber ihr Verfahren mehr nach den physischen Folgen im Ganzen als im Kleinen berechnet, auch vollkommen befugt seyn, die Gerichtsbarkeit des Rechts aufzuheben. Nur die Polizei ist diese Macht. Das Verhältniß der Neben-Ordnung zwischen beiden Wissenschaften springt vielleicht nirgends so deutlich hervor, als bei diesen Entscheidungen; denn die Polizei verfolgt hier dieselben Objekte, welche in einer höheren Bedeutung dem

Recht angehören; allein abgesondert von ihm, nicht seinentwegen; es ist ihr nur um die Sache, nicht um die Grundsätze zu thun. Immerhin mag das System dieser Grundsätze absolut nothwendig seyn, um eine Wissenschaft zu begründen, die sich in einem vorzüglichen Sinne mit der Realisirung jener Objekte beschäftigen soll, aber sie werden suspendirt, wenn andere Prinzipien dasselbe auf eine direktere und allgemeinere Art leisten; die Form wird zerbrochen, wenn sie nicht mehr für ihren Zweck taugt.

Um daher den Punkt zu bezeichnen, wie weit die Regierung bei dem vorliegenden Problem gehen darf, ohne die zarte Gränze zu überschreiten, hinter welcher die Gerechtigkeit unantastbar seyn muß, stellen wir folgendes allgemeine Prinzip auf: nur dann darf sich die Polizei erkuhnen, die Gesetze der Justiz aufzuheben oder zu ändern, *wenn dieselben durch ihre physischen Folgen im Großen einen ausgemachten, überwiegenden und beständigen Nachtheil für die eignen Objekte des Rechts haben.* Alle diese Merkmale müssen beisammen seyn, um die Eingriffe der Poli-

zei zu sankzioniren; nur das Merkmal des *Beständigen* darf bei außerordentlichen Nothfällen fehlen. Aber nie sollte man den Begriff eines bloßen physischen Wohlseyns zur Abweisung der rechtlichen Aussprüche gebrauchen; ohne zu erinnern, daß dieser Begriff etwas zweideutig ist, daß er bald das gesammte Wohl des Menschen, bald nur das erhöhte Wohlseyn der geselligen Menschheit (wie bei dem Grundsätze der Nazional - Wirthschaft) bezeichnet, so darf er doch, als der Begriff von etwas Physischem, nie der Idee des Rechts an die Seite gesetzt werden.

So gern wir zugeben, daß die Anwendung unseres Grundsatzes in einzelnen vorkommenden Fällen oft von den reifsten politischen Erfahrungen, von sehr feinen Rücksichten, von den eindringendsten Entwicklungen mislicher Verhältnisse abhängt, so muß er sich doch auf alle denkbaren Fälle anwenden lassen; denn er vereinigt die Vorzüge einer sicheren allgemeinen Vorschrift und einer genauen Gränzbestimmung für das Verfahren der Polizei mit einer Schonungs - Regel für die volle Würde des Rechts. Einige praktische

Belege zu demselben wird sich der Leser in mehreren Anstalten, die den Bürger an der vollen, rechtlich - freien Benutzung seines Eigenthums hindern, in der Taxazion gewisser Waaren, welche Hauptbedürfnisse des Unterhalts sind, in dem Ausfuhrverbot gegen dieselben, in der Beschränkung des Vorkaufsrechts, des natürlichen Erbrechts und in anderen polizeilichen Einrichtungen, wodurch die natürlichen Privatrechte beeinträchtigt werden — von selbst suchen. Auf ein näheres Detail dürfen wir uns nicht einlassen.

Sobald aber jene physischen Folgen im Großen, die wir durch deutliche Merkmale zu bezeichnen gesucht haben, nicht eintreten, so behauptet das Recht auch hier, wie immer, seinen Vorsprung. Die Polizei muß schweigen, wenn jener Nachtheil nur das ästhetische Wohlseyn, nicht die eignen Objekte des Rechts angeht, oder wenn er nur zufällig, nicht wesentlich ist, wenn er nur unter gewissen Verhältnissen, in gewissen Lagen, bei gewissen Personen eintritt; hier schreitet das Recht seinen unveränderlichen Weg fort. Sie darf nichts erinnern, wenn die Gerechtigkeit einem

Schlemmer, einem Trunkenbolde, einem Spieler den Gewinn eines Prozesses zusichert, ungeachtet sie vermuthen kann, daß diese Leute den schädlichsten Gebrauch davon machen werden. Sie darf höchstens murren, nicht trotzen, wenn der reiche und grausame Geizhals einen fleißigen, bescheidenen, nützlichen Arbeiter, der ihm seine Schulden nicht bezahlen kann, ins Gefängniß werfen läßt, wiewohl sie fast mit Gewißheit vorhersieht, daß die zahlreiche, edle Familie desselben darüber an den Bettelstab gerathen wird. Eben daher sollte sie sich nie so weit vergessen, ein wichtiges Rechtsobjekt, das sie selbst schützen soll, die Freiheit des Bürgers allzutief zu verletzen, und, indem sie ihre Schlingen in jede bürgerliche oder Privat-Unternehmung, ihr Ohr an alle Thüren, Fenster, selbst an die unschuldigsten Handlungen legt, zu einer fühllosen Stöhrerin der Bürger-Freude und -Ruhe, oder deutlicher, zu einer niedrigen, von kleinen Leidenschaften bestochenen, Spionin zu werden. Jede Regierung, welche die ewigen Gesetze des Rechts in den unbedeutendsten Fällen durch eigensüchtige Machtsprüche oder

polizeiliche Flug-Anstalten aufhebt, ist schon in Despotismus übergegangen.

Ungeachtet wir daher die Polizei mit der Justiz in kein anderes Verhältniß als das der Koordination setzen konnten, so wollten wir dadurch hauptsächlich nur die Eigenheit ihres Zwecks sichern, und dürfen ihr in Hinsicht auf ihren Rang nur eine untergeordnete Stelle anweisen. Denn die Gerechtigkeit ist eine wirkliche Tochter der höchsten menschlichen Disziplin, der Moral, aus ihrem innigsten Wesen erzeugt; die Polizei ist auf einem minder edlen Boden entsprossen. Es ist daher einer der unseligsten Gedanken, auf welchen jemals die reformirende Philosophie unserer Zeiten fallen konnte, „die Rechtswissenschaft der allgemeinen Wohlfahrtskunde unterzuordnen,“ wie Erhard *) vor einigen Jah-

*) Ueber die Einrichtung und den Zweck der höheren Lehranstalten. Berlin, 1802. Die neuen Vorschläge und Ideen dieses Werks haben übrigens selbst bei denkenden Gelehrten mehr Aufsehen erregt, als sie uns zu verdienen scheinen. So scheint uns die neue Eintheilung der Wissenschaften und Bestimmung der Fakultäten, die der Verfasser

ren versucht hat. Die Wohlfahrtskunde kann bloß nach den Gesetzen des physischen Zusammenhanges urtheilen, weil sie, als Glückseligkeitslehre, von allen apodiktischen Imperativen der praktischen Vernunft abstrahirt. Wenn daher jene Unterordnung durchgreifend seyn soll, so ist sie eine wahre Vernichtung des Rechts; denn auch dieses wird dann von physischen Prinzipien ausgehen müssen; soll sie es aber nicht seyn, so bleibt sie doch eine Versündigung an der Moral, deren Toch-

hauptsächlich aus dem Gesichtspunkte des Staatszwecks vorschlägt, eben so unglücklich als jene Unterordnung des Rechts unter die Wohlfahrtskunde zu seyn. Wir finden hier die herrlichste Gelegenheit, einen obigen Grundsatz anzuwenden, welchem zufolge die Polizei nicht nach eignen, sondern nach adoptirten Grundsätzen handeln soll, sobald sie mit der Wissenschaft des höchsten Zwecks kollidirt. Nicht alles, was im Staate ist, kann um des Staats willen da seyn. Eine erschöpfende Eintheilung und Gränzbestimmung der Wissenschaften, so wie der einzelnen Fakultäten, muß schlechterdings von einem höheren Prinzip als dem des Staatszwecks ausgehen, wenn sie nicht gegen die einfachsten Gebote der praktischen Vernunft anstoßen soll.

ter - Wissenschaft keiner Art von Physik nachstehen darf.

Wir schliessen diesen Unter-abschnitt mit der eignen, vielleicht nicht unfruchtbaren Bemerkung, daß sich die Polizei in gewisser Hinsicht eben so zu dem Rechte, als das Recht zur Moral verhält, in sofern die Pflichten der niederen Wissenschaft gleichwohl heiliger als die der höheren sind. Auch die Pflichten der Justiz gehen denen der Moral vor, ungeachtet die letzte entschieden die höhere Wissenschaft ist; sie haben sogar das bekannte Prädikat der vollkommenen Pflichten erhalten. Doch ist es hier nicht der Ort, diese interessante Erscheinung weiter zu verfolgen.

2.

Polizei-Recht.

Unsere vorigen Äußerungen haben es vielleicht schon verrathen, daß wir kein wahres Polizei-Recht, sondern nur eine Polizei-Befugniß oder -Gewalt annehmen können. Da man unter Recht bei solchen Zusammensetzungen, wie bei Staats-Recht, Privat-Recht, Civil-Recht immer nur einen Inbegriff von

rechtlichen Grundsätzen versteht, so ergibt es sich von selbst, daß es gar kein wahres Polizei-Recht geben könne; die Polizei ist ein Inbegriff von gewissen physischen, nicht von rechtlichen Grundsätzen. Schon Gönners Scharfsinn hat dies geahndet, aber nicht zu deuten gewußt. Er verwirft das Polizeirecht, „weil es kein, als besondere Wissenschaft oder als besonderer Rechtstheil bestehendes Polizeirecht gebe, weil Staats- und Privatrecht ohne Noth in solche verschiedene Rechtstheile zersplittert, Polizeiwissenschaft mit Polizeirecht verwechselt, und schädliche Wiederholungen veranlaßt würden.“*) Eine tiefere Analyse des Polizei-Begriffs würde ihm gezeigt haben, daß die Aufstellung eines Polizei-Rechts nicht bloß eine solche unnöthige Zersplitterung und Veranlassung zu schädlichen Wiederholungen, sondern eine wahre Sünde gegen alle philosophische Konsequenz sey.

Alles, was von Berg **) aufbietet, um die Realität eines Begriffs, den sein Handbuch

*) Deutsches Staatsrecht. S. 328. Not. a.

**) Handb. d. teutsch. Polizeir. Th. IV, Erste Abh.

schon an der Stirn führt, gegen G ö n n e r durchzufechten, kann uns von seiner Meynung nicht überzeugen. „Die verschiedenen Theile der Rechtsgelehrsamkeit, sagt er, werden durch einzelne, aus den Gesetzen herausgezogene und in einen systematischen Zusammenhang gebrachte Grundsätze von Rechten und Verbindlichkeiten gebildet. Auf diese Art entstehen insonderheit auch besondere Rechte oder Rechtstheile, wenn man die auf gewisse Gattungen (Arten) von Handlungen und Geschäften sich beziehenden rechtlichen Grundsätze zusammenstellt und abhandelt. Geschieht dieses in Rücksicht auf die Polizei, so entsteht ein besonderer Rechtstheil, P o l i z e i r e c h t genannt. Je größer der Umfang und je wichtiger der Inhalt der auf die Polizei sich beziehenden Rechtsgrundsätze ist: desto mehr wird sich die Bildung eines besonderen Rechtstheils aus denselben rechtfertigen lassen.“

Wenn der Verfasser nur aufrichtig genug ist (wie er denn schon durch die edle Offenheit, womit er manchen Einwürfen des Freiherrn von Draï gegen seine erste Definition ihr volles Recht widerfahren ließ, be-

wiesen hat, daß er diese Wahrheitsliebe in einem hohen Grade besitzt), den Begriff des Rechtlichen in einem strengen Sinne zu nehmen, so wird er es unmöglich finden, gewisse, sich auf die Handlungen und Geschäfte der Polizei beziehende, rechtliche Prinzipien zusammenzustellen, und daraus besondere Rechte oder Rechtstheile zu bilden. Nur dadurch ist die Polizei, was — sie ist, daß sie keine rechtlichen Grundsätze befolgt.

Wollte man aber auch den Begriff eines Polizei-Rechts in einem beschränkteren Sinne zulassen, und darunter bloß „die Befugniß nach polizeilichen Grundsätzen zu zwingen,“ verstehen, so wird sich die philosophische Sprache doch richtiger auf eine Polizei-Befugniß oder -Gewalt einschränken.

Der bekannte, noch unbeendigte Streit, ob das Polizeirecht zum Staatsrecht oder Privatrecht gehöre, scheint daher ein wahrer Streit *de lana caprina* zu seyn. Sollte aber in der That ein polizeiliches Recht existiren, so müßte es zu beiden gehören; in einem vorzüglichern Sinne zum Staatsrecht, weil die Polizei mehr als das Recht wegen eines Ganzen

da ist; aber auch zu dem Privatrecht, weil mehrere wechselseitige Verhältnisse des Privaten, in sofern die Berücksichtigung derselben dem Ganzen nicht schadet, ebenfalls in dem weiten Gebiete der Polizei liegen.

3.

Verhältniß der Finanz - und Kameral-Wissenschaft zur Polizei.

Das Verhältniß der Staats - und National-Wirthschaftslehre zur Polizei-Wissenschaft kann kein anderes als das Verhältniß der Arten zur Gattung, des Besonderen zur Universalität seyn. Man hat sehr unrecht gethan, von der Polizei beide Lehren zu trennen, welche mit ihr durchaus nach den nehmlichen letzten Grundsätzen handeln, und nach deren Absonderung es schlechthin unmöglich ist, einen allgemeinen, scharf begränzten, positiven Begriff für die Polizei, als Wissenschaft, zu erhalten. Selbst diejenigen Schriftsteller, die bei ihren Bestimmungen der Polizei mit besonderer Sorgfalt darauf ausgingen, dieselbe von jenen beiden Lehren zu scheiden, haben durch ihre eignen Definitionen die Wahrheit dieser Behauptung

bestätigen müssen; denn sie haben uns nur einen negativen oder vielmehr indirekten Begriff von der Polizei aufgestellt; sie wollen sogar die Unmöglichkeit einer ausreichenden positiven Bestimmung behaupten. Der Freiherr von Drais ist, so viel ich weiß, der erste, der diese indirekte Methode eingeführt hat; nachher ist ihr auch Thibaut beigetreten, und selbst von Berg hat manches von ihr zur Berichtigung seiner ersten Definizion aufgenommen. „Einmal wissen wir, sagt von Drais, *) daß die Polizei in ihrem ersten und Hauptsinne sich nicht auf die Staatsverfassung, nicht auf die innere Organisation, auch nicht auf die Handhabung dieser Integrität des Staats und seiner Theile, noch auf die Staatsverwaltung in irgend äußeren Angelegenheiten, sondern auf die Verwaltung im Inneren bezieht. Zum andern wissen wir, daß im Inneren die öffentlichen Veranstaltungen für Religion und für Kameralfach, so wie für Kriminal- und Civil-Justiz eigene, auch wis-

*) Blätter für Polizei und Cultur. Jahrgang 1803. St. 7.

senschaftlich eigene Fächer der Administration bilden. Alle nicht dahin gehörigen Supplemente nun in der Veranstaltung für Menschenwohl machen das Polizeifach aus, oder: die Polizei im weitern Sinne des Worts ist derjenige Theil der nicht gerichtlichen exekutiven Staatsgewalt im Inneren, welcher außer den kirchlichen und Kameral - Gegenständen die anderweitigen Vorkehrungen für Menschenwohl begreift.“ Durch diese Bemerkungen veranlaßt, sagt Berg: *) „Vielleicht könnte man also sagen: die Polizei sey derjenige Theil der Staatsgewalt, welcher nicht nur im Allgemeinen für Verhütung und Abwendung gemeinschädlicher Übel im Innern des Staats Sorge trägt, sondern auch die Sicherheit und Wohlfahrt der Staatsbürger in allen Fällen, wo die anderen besonderen Zweige der Staatsgewalt ihrer eigentlichen Bestimmung nach nicht wirksam sind, zu befördern sucht.“ Kürzer, obwohl etwas unbestimmter, sagt Thibaut: **) „der Begriff des Polizeirechts, worunter nach

*) Th. IV. S. 19. in seinem Handbuche.

**) System des Pandekten-Rechts. §. 304.

der Etymologie eigentlich das ganze Regierungsrecht verstanden werden sollte, aus welchem man aber nach und nach einzelne Theile unter einem besonderen Namen, nemlich das Kriminal- Kameral- Finanz- und Prozeß-Recht herausgerissen hat, läßt sich eben deswegen nur negativ dahin definiren: es begreift alle denkbaren Arten der Regierungsgesetze mit Ausnahme der vorhin genannten.“

Indem alle solche Definizioni schon eine ziemlich genaue Kenntniß des Definirten voraussetzen, und uns den wirklichen Gehalt desselben bloß durch eine Ausschließung des Verwandten, des Ähnlichen andeuten, thun sie nicht einmal der Wifs-begierde genug; wie könnten sie der Wissenschaft frommen? Bei einem genaueren Nachdenken aber sieht man, daß Drais und Thibaut hier — zwar nicht Recht haben (denn eine positive Bestimmung des Begriffs einer Wissenschaft ist dem philosophischen Forscher nicht zu erlassen), aber doch sehr zu entschuldigen sind. Vielleicht verrathen ihre Definizioni sogar eine sorgfältigere Untersuchung der Sache, als manche andere tiefsinnig scheinende Bestimmungen,

welche nur eine, weniger bemerkbare Seite der Polizei hervorziehen, und über die Schwierigkeiten des Ganzen wegschlüpfen.

Die meisten anderen Gelehrten haben sich nicht einmal davor sichern können, in ihre Definitionen von der Polizei auch die Finanz- und Kameral-Wissenschaft — gegen ihren eigenen Willen unstreitig, mit einzuschließen. Zuerst Feuerbach; denn beide Lehren beschäftigen sich eben sowohl als die Polizei mit den entfernteren Mitteln zum Staatszwecke, in sofern diese Mittel in eine Art von Gegensatz gegen die näheren des Rechts gebracht werden. Hofbauers Definition schließt wenigstens die Nazional-wirthschaft mit ein, weil die Polizei den Einzelnen in den Stand setzen soll, sein Vermögen zur Beförderung des Privatwohls zu gebrauchen; an einem andern Orte (§. 416.) nimmt er sogar die Staatswirthschaft in seine Idee der Polizei auf, indem er die Einrichtungen der Polizei auch auf den öffentlichen Vorrath ausdehnt. Hufelands Bestimmung kann die Kameral- und Finanz-Wissenschaft nicht zurückweisen; denn beide beschäftigen sich mit der Erhaltung und Ver-

mehrung der Mittel, die zum Hauptzwecke gebraucht werden können. Das nehmliche gilt von der Grolmannischen Meynung; beide Lehren tendiren zum gemeinen physischen Wohlstande. Eben so wenig wird sie Tittmann aus seinem gegebenen Begriffe der Polizei herauswerfen können; die Verletzungen der kameralistischen und Finanz-Gesetze sind bloße Störungen des Wohlbefindens, keine Entsetzungen aus dem Freiheitsgebiete. Nettelbladts publica vitae sufficientia kann weder die Kameral- noch die Finanzlehre entbehren; Weber hat sogar mehr den Begriff der letzten als der Polizei in seiner Bestimmung getroffen, und Fischer darf bei der Rücksicht, die er auf den Nazional-Reichthum und die Gewerbe nimmt, beide Lehren nicht ausschließen. Schaumann läßt uns gar keinen Zweifel über seine Meynung zurück, indem er (§. 586. Not. 1.) in seinem *Naturrecht* sagt: „Hierher (zu dem ersten Theile des Polizeirechts) gehört das Recht, für die Sicherheit der Bürger vor Menschen, Thieren und leblosen Sachen zu sorgen, u. s. w., über das Forst-Jagd-Ökonomie-Wesen Verfügungen

zu treffen.“ Beckmann hat auf die Gewerbe allein Rücksicht genommen. Rössig bedarf für sein Merkmal des Nahrungszustandes auch die Nazional-Wirthschaftslehre. Endlich braucht kaum erinnert zu werden, daß alle diejenigen Bestimmungen, welche die allgemeine Wohlfahrt des Staats zum Objekt der Polizei machen, in ihren Begriff auch die Kameral- und Finanz- lehre aufnehmen; nicht einmal Bergs frühere Definizion läßt sich gegen diesen Vorwurf retten, wofern es ein Vorwurf ist; die Abwendung vieler gemeinschädlichen Übel liegt offenbar in der Tendenz beider Lehren. Nur von der Kantischen, Beckschen, Fichteschen und Jakobschen früheren Definizion läßt sich behaupten, daß sie die Polizei von der Finanz- und Kameral-Wissenschaft durch sichere Merkmale scheiden; aber dafür haben sie desto weniger die Polizei von der Justiz unterschieden; Kant hat zudem den Begriff der Polizei nicht einmal nach seinem halben Umfange erschöpft. Entweder Einmischung beider Wissenschaften in die allgemeine Idee der Polizei, oder Vermischung der Polizei mit der Justiz...

einer von diesen beiden Fehlern bleibt unvermeidlich, sobald man einen allgemeinen positiven Begriff von der Polizei nach dem gewöhnlichen engeren System aufstellen will. Die neueste Jakobsche Definition kann sich dieser Scheidung nicht einmal rühmen; sobald sie die Idee eines allgemeinen Wohls in ihren Begriff der Polizei aufnahm, aber zugleich das alte Verhältniß der Nebenordnung zwischen der Finanz-Wissenschaft und Polizei stehen liefs, so mußte sie alle wahren Gränzsteine zwischen beiden Disziplinen verrücken. Jakobs eigener späterer Vorschlag in Absicht der Terminologie neigt sich zu unseren Grundsätzen hin. In der angezogenen Rezension des Sodenschen Werks, wozu er sich selbst bekannt hat, wünscht er den Ausdruck Staatswirthschaft blofs für die Finanzverwaltung aufbehalten (ein Vorschlag, dem wir unsern vollen Beifall geben), die Staatssorge für das Nationalwohl aber durch national-wirthschaftliche Polizei bezeichnet zu sehen. Wenn wir einmal eine national-wirthschaftliche Polizei haben, warum sollen wir dann nicht auch eine staats-wirthschaftliche zulassen, da der

Grundbegriff einer Wirthschaft bei beiden der nehmliche ist, da beide zu einem gemeinschaftlichen letzten Ziele, zum bürgerlichen Wohlseyn streben, und zugleich nach denselben letzten Grundsätzen handeln?

Eine andere Bestimmung, nach welcher Schmalz in seinem *Handbuche des deutschen Staatsrechts* der Justiz-Hoheit die Kameral-Hoheit an die Seite stellt, und die letzte wieder in die Polizei- und Finanz-Hoheit scheidet, ist als Neuerung durch keinen hinreichenden Grund motivirt. Wenn auch der Name Polizei nach seinem Ursprunge nicht schon einen viel weiteren Begriff als ein Wort ankündigte, das bloß von dem Sitze gewisser Staatsverhandlungen, von der Kammer entlehnt ist, so dürfte die Erscheinung, daß die wichtigsten Verfügungen der Polizei, besonders der sogenannten höheren, von diesen Kammern ausgehen, daß in denselben die ersten Präsidenten und Minister des Staats, also die wahren höchsten Polizeiräthe sitzen, für die Richtigkeit einer wissenschaftlichen Nomenklatur nicht viel beweisen; Kammer und Regierung machen ohnehin in unsern

meisten Staaten einen gewissen Gegensatz, der durch den szientifischen Gebrauch wenig begünstigt wird; die meisten Regierungsräthe sollten Justizräthe heißen. Noch unzureichender wird jene Bestimmung durch den Begriff, den uns S c h m a l z von dem eigentlichen Geschäft der Kameral - hoheit gibt: „sie soll bestimmen, was dem Staate aus allgemeinen Bürgerpflichten gebührt.“ Kaum eine Hindeutung auf den wahren Unterschied derselben von der Justiz! Eben so wenig kann die Analyse der Polizei in die eigentliche, in die staats - wirthschaftliche und in die Volksbildung durch Religion und Unterricht befriedigend seyn. Wozu neben der eigentlichen Polizei noch eine Art von uneigentlicher einführen? Nur reine, direkte Bestimmungen können das Ziel der Wissenschaft seyn. Auch hätte der Verfasser, wofern er konsequent seyn wollte, statt der s t a a t s - wirthschaftlichen die n a z i o n a l - wirthschaftliche Polizei in seinen Begriff derselben aufnehmen sollen; da er die Polizei - hoheit mit der Finanz - hoheit in das Verhältniß der Koordination stellt, was bleibt ihm dann für die letzte außer der Staats -

wirthschaft übrig, wenn er sonst nicht alle gewöhnlichen richtigern Bezeichnungen umkehren will? Es scheint daher sehr unzweckmässig, die Polizei in bloßen Lehrbüchern oder Grundrissen der Kameral - wissenschaft als einen partikulären untergeordneten Theil der letzten abzuhandeln, wie mehrere Schriftsteller gethan haben. Nur diejenigen Bezeichnungen, welche den Begriff einer Theil - Wissenschaft der ganzen Regierung andeuten, die Namen der Staats - wirthschaft für Finanz - verwaltung und der Nazional - wirthschaft für Kameral - wesen, werden für beide in jeder Rücksicht die passendsten seyn.

Was hätte man auch der Behauptung, daß beide Lehren von der Universal - Polizei nicht getrennt werden dürfen, mit Grunde entgegenzustellen?

Daß das Polizeifach zu weitläufig werde?... Aber die Bestimmung des allgemeinen Begriffs einer Wissenschaft darf nicht von dem Umstande abhängen, ob ein einziger Mensch im Stande ist, sich mit umfassender Einsicht in alle einzelnen Fächer derselben zu werfen. Und für die Fassungskraft eines gro-

Isen, selbstthätigen Geistes wer mag es wagen, hier seine winzige Alltags-Elle des Brodtfleisses und Brodtgenies anzulegen? Die allgemeine Philosophie ist eine Kolossal-Doktrin gegen die Staatswissenschaft; nur von Einem Geiste, wenn auch nicht von Einem höchsten Grundsatzte beseelt, faßt sie die Moral-, die Religions- Rechts- Staats-, die Natur-Philosophie und Ästhetik zu einem Ganzen zusammen, wogegen die Polizei in ihrer höchsten Ausdehnung nur einen kleinen, einzelnen Theil bildet. Indem unsre Klassifikation die ganze Staats-Disziplin nur auf zwei grofse Haupttheile zurückführt, dürfte sie mehr zur Vereinfachung als zur Verwicklung der Wissenschaft beitragen.

Dafs diese Meynung gegen das herrschende System und gegen alle Autoritäten verstofse?... Aber Mode und Autorität haben in der Philosophie keine Stimme. Das Geschäft der Letzten ist das Geschäft der Chemie: zu scheiden, und zugleich das grofse Geschäft der Natur: zu verbinden. Beides vollführt sie durch ihre eigenthümlichen Medien, durch allgemeine Begriffe. Sobald sie nicht mehr

das Recht haben soll, zu trennen, was nicht zusammengehört, und zu vereinigen, was unter Einen gemeinschaftlichen Begriff paßt, und was Unwissenheit oder Gemächlichkeit, Leichtsinn oder Oberflächlichkeit von einander gerissen haben: so ist es mit aller Philosophie zu Ende, so mag das Ungefähr die Wissenschafts-lehrerin und die Verjährung das Prinzip aller Philosophie seyn. Alle negativen oder indirekten Definitionen, die man von der Polizei versucht hat, sind ein geheimes Geständniß der Ohnmacht, daß sich dieselbe gar nicht definiren, daß heißt, nicht unter einen allgemeinen Begriff bringen läßt, mit deutlichern Worten, *daß sie gar keine Wissenschaft seyn kann.*

Sie wird aber zu einer Wissenschaft erhoben, wenn man ihren spezifischen Charakter auf alle Theile der Regierung, welche den Staatszweck nach den Gesetzen des physischen Kausalzusammenhangs fördern, ausdehnt. Offenbar gehören Kameral- und Finanz-Wissenschaft zu diesen Theilen. Man wird uns wenigstens einräumen müssen, daß eine Lehre, die den Endzweck des Staats auf einem phy-

sischen Wege besorgt, zur vollkommenen Erreichung dieses Zwecks nothwendig ist. Wie man diese Wissenschaft nennen will?... In der That! dieß könnte uns gleichgültig seyn. Da aber der gemeine Gebrauch einmal durch ein besonderes Ungefähr der Polizei die meisten und wichtigsten dieser Sorgen angewiesen hat, warum sollten wir dann einen bekannten Namen über der bloßen Erweiterung und genaueren Bestimmung seines Begriffs aufgeben, und was sollte nachher die Polizei werden?

Wagner redet in seinem *Grundrisse der Staats-wissenschaft und Politik* von einer physischen Polizei; er versteht darunter diejenige Sorge derselben, wie das Ganze gegen Klima, zufällige physische Einflüsse und schädliche Thiere in Absicht des Lebens, der Gesundheit und des Besitzes zu sichern sey. Wir dürfen nicht läugnen, daß uns der Begriff einer physischen Polizei nicht bedeutender als der einer rechtlichen Justiz ist; die ganze Polizei ist eine gewisse Physik. Wollte man daher den Namen Polizei für unsere Idee nicht gelten lassen, so würden wir

ohne Bedenken das Wort Staats-Physik vorschlagen, wofern dadurch nicht die Idee einer Natur-Polizei von unserer Wissenschaft ganz ausgeschlossen würde, was sie wenigstens nicht darf, wenn man die Idee der Polizei nicht schon in der Geburt verstückeln und den Untersuchungsgeist schon durch Namen einengen will. Dürfen wir daher unsre Aufmerksamkeit noch einige Augenblicke von der Sache selbst wegkehren, um sie auf die äußere Form zu richten, so wüßten wir für unsere Wissenschaft keinen passendern Namen, als Telo-Physik, das heißt, eine Lehre, welche durch alle möglichen physischen Operationen (durch allgemeine physische Anstalten und ein Handeln nach physischen Grundsätzen) zu dem höchsten Zwecke der Menschheit (zu dem ethischen) hinwirken soll. Das Recht gebraucht zu demselben Behufe nur physische Mittel, und nur ein paar derselben, keine physischen G r u n d s ä t z e. Der verwandte Ausdruck Teleologie (richtiger Telologie) wird durch unser Kunstwort nicht im mindesten in seiner gewöhnlichen Bedeutung gestöhrt.

Nichts war natürlicher, als daß die Meynung von einer angeblichen Unmöglichkeit, die Polizei durch einen anderen als negativen Begriff zu bestimmen, bei den Anhängern derselben, falls sie sonst konsequent seyn wollten, manche unwürdige Begriffe von dem ganzen Wesen der Polizei veranlassen mußte. „Da diese (die Polizei), sagt von Berg (Th. IV. S. 18.), keinen ihr eigenthümlichen Gegenstand hat, wie die Justiz - die Kameral- und Militär-Gewalt etc., so scheint es zweckmäfsig, ja nothwendig zu seyn, ihre Verschiedenheit von den in dieser Hinsicht bestimmten Zweigen der Staatsgewalt negativ zu bezeichnen, und da sie überall suppletorisch wirkt, wo die anderen Zweige der Staatsgewalt wegen ihrer Beschränkung auf einen gewissen Gegenstand nicht hinreichen, so wird diese ihre eigenthümliche Wirksamkeit vorzüglich herausgehoben werden müssen.“

Was wäre also diese ganze Eigenthümlichkeit? Nichts weiter, als: einen Lückenbüsser zu machen, eine Nachlese mit dem zu halten, was die anderen bestimmteren Gewalten des Staats übrig lassen. Die Polizei gewährt uns

dann das seltne Schauspiel einer Lehre, von deren originellen Dürftigkeit es fast keine andere gibt — einer Wissenschaft ohne bestimmte wissenschaftliche Objekte, eines Systems von Grundsätzen, ohne ein festes einziges Ziel, wohin diese Grundsätze führen. Der Praktiker mag sich im gemeinen Leben zuweilen mit einer solchen zusammengerafften Komposition von Haus- und Lebens-regeln behelfen; aber was soll dem Philosophen dieses Fragment von Wissenschaft gelten, dessen einzelne Theile er durch keine philosophische Kunst nur unter ein Analogon von allgemeinem Begriffe schieben kann? Nicht einmal Abwendung der gemeinschädlichen Nachtheile vom Staate kann hiernach das eigenthümliche Kriterium des Polizei-Begriffs, selbst nicht einmal nach der Bergschen Theorie seyn; denn dieses hat die Polizei mit den anderen Regierungsgewalten gemein. Der Verfasser überhebt uns in dieser Hinsicht aller Zweifel, indem er gleich nachher sagt: „Übersehen darf man dabei nicht, daß es immer zu ihrem Hauptzwecke gehört, im Allgemeinen Schaden und Noth abzuwenden, da diess bei

anderen Regierungsrechten nur in Ansehung der ihnen eigenen, besonderen Gegenstände der Fall seyn kann.“ Keine Gewalt kann allgemein wirken, neben welcher noch andere Gewalten zu demselben Zwecke wirksam seyn sollen. Der Verfasser hätte „in Absicht mehrerer unbestimmter Gegenstände,“ statt „im Allgemeinen“ sagen sollen. Dafs aber durch solche Bestimmungen oder vielmehr Unbestimmungen die ganze Polizeilehre im eigentlichsten Sinne entwissenschaftet wird, dürfen wir kaum wiederholen. Es mag übrigens seyn, dafs schon Tafinger diesen Begriff einer suppletorischen Bestimmung der Polizei vorbereitet hat, wie von Berg scharfsinnig bemerkt. Kein Polizeigelehrter braucht auf die Ehre einer solchen Erfindung eifersüchtig zu seyn.

Aus allen diesen Erörterungen ergibt sich zuletzt, dafs dasjenige allgemeine Prinzip, was Soden für die Nazional-Ökonomie aufgestellt hat, viel zu weit ist. Vervollkommnung des physischen Zustandes oder Beförderung des physischen Wohls der geselligen Menschheit ist bei weitem nicht blofs Zweck

der Nazional - Wirthschaft, sondern auch der Staats - Wirthschaft, groſsentheils auch der Polizei, in gewisser Hinsicht sogar des Rechts, in sofern dieses zunächst und unmittelbar auf das physische Wohlseyn und zwar auf das Urwohl der Menschheit tendirt. Überhaupt scheint uns der Begriff eines physischen Wohls eine leichte Tautologie zu seyn. Jedes Wohlseyn kann seinen Sitz nur in der Sinnlichkeit haben, und ist daher physisch in seinem innigsten Wesen. Selbst das sogenannte intellektuelle Wohl ist, genauer untersucht, zuweilen physischer Art, weil man darunter oft blofs das Wohl der feineren, ästhetischen Empfindungen oder das empirisch-psychologische versteht. Will man es aber auf den höheren geistigen oder gar auf den moralischen Zustand des Menschen beziehen, so sollte man nicht von einem Wohl, sondern von einer Vollkommenheit reden, und der ganze Ausdruck scheint in der letzten Hinsicht noch ein Residuum aus der eudämonistischen Schule zu seyn.

Wenn jenem Prinzip aber auch seine volle logische Richtigkeit eingeräumt werden müſste,

so wird die Nazional - Wirthschaft, als ein geschlossenes System, doch nicht auf drei verschiedenartigen Grundsätzen, welche dem Ganzen zu einer bestimmteren Basis dienen und als die nächsten Axiome aus jenem Prinzip unmittelbar fließen sollen, auf *e t h i s c h e n*, *juridischen* und *physischen*, aufgeführt werden können, wie der würdige Graf von *S o d e n* versucht hat. Wofern das Resultat seiner ethischen Grundsätze seyn soll: dafs der Staat nicht blofs verpflichtet sey, für die innere und äufserer Sicherheit, sondern auch für den allgemeinen Wohlstand der Nazione zu sorgen, so ist dieser Satz für die Nazional - Ökonomie nur ein *L e h n s a t z*, der zunächst aus dem Begriffe des Staatszwecks, ursprünglich aus der Lehre des Hoch-zwecks entlehnt ist. Nur die praktische Vernunft postulirt diese Idee, und übergibt sie zur *B e g r ü n d u n g* dem Staate; von diesem erhalten Justiz und Polizei zu jener Ausführung einen Antheil, der sich wieder in die Unter-Wissenschaften beider Lehren, wie in kleinere Ramifikationen vertheilt, und wobei jeder niedere Theil zwar seine eigne Art von *Assimilations -* und *Pro*

dukzions - Geschäft hat, aber in der wesentli-
 chen Beschaffenheit desselben doch von seiner
 Stamm - Wissenschaft abhängt. Da ferner dem
 Staate nur die Realisirung der nothwendigen
 Mittel zum höchsten Zwecke, nicht dieser
 Zweck selbst obliegt, so wird nicht einmal
 die Staats - disziplin von wahrhaft ethischen,
 sondern nur von den Prinzipien einer mora-
 lischen Mittel - lehre, von juridischen und
 physischen, belebt; noch weniger darf sich
 ein niederer Theil jener Wissenschaft solche
 Grundsätze aneignen. Die j u r i d i s c h e n
 Prinzipien aber könnten wir der Nazional -
 Wirthschaft schon durch die einfache Bemer-
 kung entziehen, daß diese Lehre keine hö-
 heren Grundsätze als die ganze Polizei haben
 kann, wenn wir auf einen Beweis, der bloß
 aus unserem Gesichtspunkte geführt ist, ein
 großes Gewicht legen wollten. Desto eher
 dürfen wir uns erlauben, jene Prinzipien selbst
 einer leichten Täuschung zu zeihen. „Da kein
 Stand durch gesetzliche Unterdrückung des
 andern nach den Geboten des allgemeinen
 Willens reich werden soll, so darf auch kein
 Verhältniß der Person und des Eigenthums

als rechtmäßig geduldet werden, was diesem Verhältnisse widerspricht. Das Privateigenthum ist nur in Beziehung auf den Zweck der ganzen Gesellschaft, auf die Erhöhung ihres Wohlstandes rechtlich, und kann daher, als Recht, nur durch den Endzweck des Ganzen bedingt seyn.“ Dieß sind die juridischen Hauptsätze der Nazional-Ökonomie. Die ganze Täuschung liegt in dem Begriffe des Rechts. Was der Graf hier *recht* und *Rechtmäßigkeit* nennt, sollte nur *polizeilich-zweckmäßig*, *zum allgemeinen Wohlstande*, oder bestimmter, *zum Staatszwecke förderlich und nothwendig* heißen. Daß der Schutz, welchen das Recht durch seine folgerechten, rücksichtslosen Gesetze dem Privateigenthum, wie überhaupt den Rechten des Bürgers gewährt, zuweilen dem allgemeinen Wohlstande nachtheilig wird: dieß kann jenen Gesetzen ihren Charakter des Rechtlichen keineswegs rauben. Sie werden nur suspendirt, weil sie den Objekten des Rechts im Ganzen hinderlich sind, weil sie in einzelnen Fällen für den Staatszweck nicht passen. Immerhin mag die Abänderung solcher juridischen Gesetze zum Theil ein Ge-

schäft der Nazional - Ökonomie seyn ; aber eben diese Modifikation des Juridischen beweist, daß sie keine Prozedur aus juridischen Prinzipien ist. Nur an dem inneren Wesen des Rechts, nicht an den Objekten, kann das Rechtliche haften. Schon oben bei der Anführung des allgemeinen Sodenschen Prinzips zeigte sich der Boden, in welchem die Ideen des Verfassers von Recht oder Rechtmäßigkeit erzeugt und gepflegt sind; es war die Idee des Gemeinwohls, wodurch ihm nachher auch die Unterordnung des Rechts unter sein Prinzip der Volks - Wirthschaft so nahe gelegt wurde. Die allgemeine Staats - disziplin hat zwar auch zuweilen verschiedene, juridische und physische, Prinzipien; aber sie vertheilt beide an zwei abgesonderte Lehren, und wenn sie die höhere dieser Wissenschaften durch die niedere berichtigen läßt, so geschieht es nur durch eine Art von fremdem Auflösungsmittel, was beide Wissenschaften freundlich versöhnt, durch eine dritte Vermittlerin — die Moral. Es kann daher nur eine Physik, keine Ethik oder Jurisprudenz des Nazional - Reichthums geben; denn hier ist nicht von

einem moralischen Erlaubtseyn des Reichthums, sondern von den zweckmässigsten Mitteln zur Erwerbung desselben die Rede, und die Gränzen, in welchen sich die allgemeine Wirthschaftslehre halten muß, wenn sie keine heiligen Rechte beschädigen will, können ihr nur von einer höheren Wissenschaft gesteckt werden. Auf den Begriff einer solchen Physik wird übrigens schon der oberflächlichste Denker durch den Begriff einer Ökonomie hingewiesen.

4.

Politik — Staatskunst und Staatsklugheit.

Die Frage, was dem Staate neben der Polizei die Politik gelten solle, gehört zu den schwierigsten, welche dem Philosophen vorgelegt werden können. Nach den Bestimmungen unserer neuesten scharfsinnigern Gelehrten, zum Beispiel Feuerbachs, *) ist Politik „die Wissenschaft der tauglichsten Mittel zum Staatszwecke.“ Nun soll die Polizei

*) Kritik des natürlichen Rechts. Altona, 1796. S. 42.

nach eben demselben Schriftsteller die Wissenschaft der entfernteren Mittel zum Zwecke des Staats seyn; sie könnte sich folglich, wie wir oben sahen, bloß dadurch von der Justiz unterscheiden, daß die letzte mehr die näheren und direkteren Mittel für jenen Zweck wählt. Die Politik wäre also die Gattung; Polizei und Justiz wären die Arten. Aber außerdem, daß schon der gegebne Begriff von der Polizei nach unsern obigen Erläuterungen nicht ausreichend war, so ist die Justiz von der Politik doch schwerlich wie die Art von der Gattung verschieden, sondern eine ganz differente, ihr nebengeordnete Wissenschaft, welche sogar nach dem gewöhnlichen Sinne des Worts noch höher als die Politik selbst steht.

Ohne uns länger bei anderen Bestimmungen aufzuhalten, welche noch minder befriedigen, oder auf einige etymologische Untersuchungen einzulassen, welche zu nichts führen würden, scheuen wir uns nicht, laut zu erklären: die Politik in jenem gewöhnlichen Sinne behauptet in dem Register der Staatslehren eine Stelle, von der sie auf immer ver-

drängt werden sollte. Zu einer bedeutenden Wissenschaft konnte sie sich nur in jenen Zeiten erheben, in welchen die Vernunft von der Würde des Rechts, und der hohen, darauf gegründeten Würde des Staats noch nicht jene besseren, veredelten Begriffe errungen hatte, die ihnen gebühren, wo die Gesetze des Staats noch für ein bloßes Aggregat von Klugheitsregeln und Kunstvorthelen, für das einzig-mögliche Resultat einer langen, geübten Empirie galten, wodurch die Thätigkeit des Bürgers gespornt oder gezügelt, seine Leidenschaften eingeschläfert oder befeuert, und sein ganzer bürgerlicher Sinn nach Mandevillescher Manier — d r e s s i r t werden sollte. Dieß und nichts mehr ist die Politik fast bis auf die neuesten Zeiten gewesen; dieß und nichts mehr war sie, wenn auch in einer viel einfacheren Form, in den Zeiten ihrer ersten Entstehung, wiewohl sie schon frühe durch den idealischen Geist eines Plato zu einer Reinheit erhoben wurde, für welche die meisten folgenden Generationen nur eine geringe Empfänglichkeit gezeigt haben. Schon bei Aristoteles, dessen Philosophie überhaupt den

hohen Schwung seines Lehrers nicht nahm, sank sie von dieser Würde zurück. Aber in dem schönen platonischen, nur zu oft mit Unrecht angefochtenen, Musterbilde einer Republik wird sie in einem solchen richtigen Zusammenhange mit den höchsten Zwecken der Menschheit, als eine so edle Erzieherin für bürgerliche und häusliche Vollkommenheit aufgeführt, daß diesen Ideen fast nichts weiter als eine richtige Basis, eine erschöpfende Begründung des Rechts und Bestimmung des Rechts-Begriffs (worin die alten Philosophen überhaupt sehr zurückblieben) fehlt, um der Philosophie nur wenig zu wünschen übrig zu lassen. Man darf aber nicht vergessen, daß die ältere Philosophie die meisten Theile der rechtlichen Gesetzgebung, die Grundsätze der Politik und dessen, was wir Polizei nennen, zu Einem Ganzen verschmolz, was sie mit dem allgemeinen Namen Politik umfalste.

Das späte raffinirtere, wenn auch nicht immer weisere, Zeitalter hat beide Wissenschaften, die Politik und Polizei von einander geschieden; sogar unsre deutsche Sprache, welche sonst auf den Ruhm stolz seyn darf,

dafs sie den Bestechungen der blofsen Raffinerie und Galanterie nicht so viele schwache Seiten als andere kultivirte Sprachen darbietet, hat sich nicht enthalten können, ein Wort dafür zu münzen, was ihr freilich nach ihrer herrlichen Kompositions-fähigkeit sehr leicht werden mußte, wobei ihr aber zugleich die Sache sehr leicht geworden zu seyn scheint — die Staatskunst. Wir haben jetzt die unlautere Erscheinung, dafs sich die Politik bis zu einem Grade geläutert hat, wo sie die höchste, vollendeteste Kunst zu seyn scheint, und nach Überstehung aller Läuterungs-proben zu einer Feinheit gelangt ist, die für uns freilich nichts weiter als — die Verfeinerung eines übergoldeten Ringes seyn kann, der durch das allmähliche Abgreifen wirklich verfeinert, aber auch um seinen edelsten Werth gebracht ist. Selbst die Staats-kunst ist schon in manchen Staaten aus der Mode gekommen; sie hat sich zu einer Staats-künstelei, zu einem eingefleischten *Macchiavelism* sublimirt.

Jede Kunst beschäftigt sich mit einer gewissen Zubereitung, Appretirung, Gestaltung

des Gegenstandes, worauf sie wirkt, oder mit der Komposition, Mischung und Aufführung einzelner Theile zu einem Ganzen. Als allgemeiner Begriff ist sie ein Ideal, dem jeder Künstler nachstreben soll; in den Händen des Arbeiters ist sie nur dann eine Kunst, wenn sie fähig ist, ihren Gegenstand jenem Ideale in einem gewissen Grade praktisch zu nähern. Eben deswegen setzt sie eine gewisse Geübtheit in der Handhabung ihres Materials voraus; denn sie hat ihren Namen vom Können. Jede Kunst braucht ihr Material als ein bloßes Mittel für ihren Zweck, wie der Mahler seine Farben, wie der Dichter seine Gesichte und Bilder, wie der Bildhauer Blöcke und Steine; denn es ist ihnen bloß um die Produzierung eines Kunstproduktes zu thun, dem daher alles, was dazu beiträgt, als Mittel untergeordnet seyn muß.

Was ist nun die Staatskunst? Die Kunst, gewisse Dinge im Staate als Mittel für gewisse Zwecke zu bilden und zu gebrauchen. Was sind diese Dinge?... Hier muß jede vorsichtige Philosophie stutzen; es sind vorzüglich Menschen. Fast alle Künste verar-

beiten todte, leblose Produkte, oder wenn sie, wie die Erziehungs- und katechetische Kunst, den Menschen verarbeiten, so bilden sie ihn oder sollten ihn doch größtentheils für seinen eignen Zweck, für seine physische und intellektuelle Vervollkommnung bilden. Allein wofür bearbeitet die Staatskunst den Bürger? „Für den Staat, werden die Staatskünstler sagen, für das Gemeinbeste, also im Grunde für den Menschen selbst, weil der Theilhaber des Staats doch nichts mehr und nichts weniger als Mensch ist.“ Bedarf es aber dafür einer Kunst? Der Bürger soll durch Gesetze, durch Verbote gelenkt, der ganze Staatskörper soll durch zweckvolle Anstalten, durch Benutzung aller möglichen physischen Vortheile in Bewegung gesetzt werden, die Gebote des Rechts sollen die vorzüglichsten Lebensorgane des Staats und Präservative gegen alle Verletzungen seyn. Dazu gehört allerdings eine tief greifende, weit reichende und sehr vereinzelte Einsicht, aber nicht eine Kunst, die das Recht hätte, den Menschen als bloßes Mittel zu brauchen. Wenn uns zudem die Gewandtheit in der Anwendung allgemeiner Grundsätze auf

einzelne Fälle zu dem Namen einer Kunst berechtigen könnte, so müßte auch das Geschäft des Gesetzgebers oder noch mehr des Richters eine Kunst heißen; denn der erste muß die allgemeinen Grundsätze des Rechts auf individuelle Verhältnisse anwenden, und einige unwichtigere Theile desselben nach temporellen und lokalen Verhältnissen, nach dem Grade der Barbarei oder Aufklärung seines Volks modifiziren; der letzte muß jeden einzelnen Fall unter die allgemeinen Regeln des Rechts subsumiren. Wir haben aber weder eine Richter- noch eine Rechtskunst,*)

*) Wir haben sie freilich! Unsere gewöhnlichen Geschäftsführer der Gerechtigkeit (die Advokaten) wissen den Stoff, den ihnen ihre ehrwürdige Göttin darreicht, oft so zu formen, zu verdrehen, zu übertünchen, in so viele Falten und Misgestalten zu werfen, sie wissen nach ihren jedesmaligen Bedürfnissen, wie die erfahrensten Wachskünstler, so viel davon zu nehmen oder dazu zu legen, daß ihre Gewandtheit nicht bloß eine Rechts - k u n s t , sondern eine wahre Rechts - m a c h e r - k u n s t ist. Aber dafür hat sie auch den gemeinsten Menschenversand gegen sich; sie ist schon zu einem entehrenden Sprichworte — sogar unter den Laien geworden.

oder sollten sie nicht haben. Wenn die Staatskunst freilich eine reine Pädagogik des jungen Bürgers für den Staat wäre, ungefähr wie sich Plato die bürgerliche Erziehungskunst des Jünglings für das Ideal seiner Republik dachte, dann möchte sie immer eine achtungswerthe Kunst bleiben; aber das ist sie nicht; sie ist es weder nach den Begriffen noch nach dem Willen unserer Staatskünstler; eine Technik der systematischen, selbstsüchtigsten List ist sie geworden, welche die Ehrsucht, den Eigenwillen, die Launen eines gefürchteten Einzelwesens oder weniger Aristokraten mit dem hohen Zwecke des Staats identifizirt, und die Nachtheile, die aus dieser egoistischen Richtung der Staatskräfte entspringen, durch politische Taschenkünste und Rodomontaden so fein zu verdecken oder die nüchterne Aufmerksamkeit des großen Haufens durch Vor Spiegelungen, durch Volks - bacchanalien so künstlich abzuleiten und zu ersäufen versteht, daß der Bürger zu dem blinden oder doch resignirenden Glauben geführt wird, sich in dem Staate, worin er lebt, wenn auch nicht hoch beglückt, aber doch leidlich zufrieden zu

fühlen. Dieß mag allerdings eine Kunst seyn; denn sie setzt eine gewisse Gewandtheit in der Menschenbehandlung, eine Benutzung aller zahmen und wilden, brausenden und furchtsamen Leidenschaften voraus, und Politik heißt daher im gemeinen Leben oft weiter nichts, als die Handlungsweise einer schlaunen, vorsichtig kalkulirenden Klugheit. Nur eine ehrwürdige Wissenschaft ist sie nicht. Die Polizei hingegen soll eine achtungswerthe Doktrin seyn, und wir glauben dem Genius der Wissenschaft eher einen Dienst zu erweisen, als eine Majestäts-verletzung an ihm zu verüben, wenn wir eine achtungswürdige Wissenschaft an die Stelle einer unwürdigen, durch keine Vernunft geweihten, Kunst setzen.

Jene Politik ist ein Bastard, der sich in das Reich der Wissenschaften eingeschlichen hat, der freilich in der Wirklichkeit ewig in unseren Staaten herumschleichen, und in die Handlungen vieler Direktorien sein Gift spritzen wird; aber dieß gibt ihm eben so wenig eine Beglaubigung zu dem ehrwürdigen Recht einer Wissenschaft, als die Glückseligkeitslehre den Namen einer Sittenlehre verdient, unge-

achtet die größte Triebfeder des menschlichen Handelns nur der Eigennutz bleiben wird.

Recht und Polizei allein erschöpfen die Geschäfte des Staats. Wir brauchen die Politik zuerst nicht in rechtlicher Hinsicht; sie ist hier unnütz und unerlaubt zugleich. Wir brauchen sie nicht in polizeilicher Hinsicht; denn die Polizei wählt schon als Polizei die tauglichsten Mittel zur Erreichung des Staatszwecks.

Aber vielleicht, daß der Begriff einer Staats-Klugheit desto mehr Realität hat, wenn die Idee einer Staats-Kunst vor der praktischen Vernunft keine Gnade finden sollte. Wenigstens sucht Schmid *) jenen Begriff hauptsächlich durch eine Unterscheidung der Staatsklugheit und Staatsweisheit zu begründen.

„Die philosophische Staatslehre (Naturrecht), sagt er, gründet sich auf höchste gemeinschaftliche Prinzipien mit der Ethik und ist diejenige praktische Wissenschaft, wodurch die vernunftmäßige Anwendung praktischer Begriffe auf Errichtung eines bürgerlichen Ver-

*) Versuch einer Moralphilosophie. 4te Ausgabe. Jena, 1802 Band I. S. 43.

eins durch äußere Gesetzgebung bestimmt wird. Die Klugheitsbegriffe müssen zwar ebenfalls auf den Begriff von einem Staate und von äußeren Gesetzen angewandt werden, aber nur dann, wenn erst die Frage über das Recht entschieden ist. Folglich hat in politischen Materien das Naturrecht zuerst, und dann erst die Klugheit zu entscheiden. Die philosophische Staatslehre beruht also theils auf praktischen Rechtsbegriffen, theils auf theoretischen Klugheitsbegriffen; sie hat also einen reinen Theil, Staatsweisheitslehre, und einen empirischen, Staatsklugheitslehre.“

Es ist unmöglich, die Gültigkeit eines Begriffs zu würdigen, ohne seine einzelnen Bestandtheile aus einander zu legen. Was wäre aber eine Klugheit des Staats? Ohne subjektive Maximen und Zwecke läßt sich keine Klugheit denken; die Subjektivität der Maximen fließt aus dem subjektiven Wesen des Zwecks. Nur zweckmäßige Wahl der Mittel für einen subjektiven Zweck ist — Klugheit; in diesen Merkmalen muß zugleich ihre eigenthümliche Differenz von der Weisheit liegen, von der sie sich mit ihren Mitteln,

noch mehr mit ihrem Zwecke entfernt. Die bloße Auffassung eines allgemeinen (moralischen), und wegen seiner Allgemeinheit durch die Vernunft gebotenen, Zwecks ist weder Weisheit noch Klugheit, sondern Tugend, ein reiner Akt oder eine Gesinnung des höheren Begehrungsvermögens. Die Weisheit ist ein Produkt des reinen Willens und höheren Denkvermögens zugleich; sie verbindet zweckmäßige und edle Mittel mit einem absolut edlen, objektiv gültigen Zwecke. Nur für den reflektirenden Verstand und für die Sinnlichkeit kann also die Klugheit zurückbleiben; sie hat mit der Weisheit nur die Zweckmäßigkeit der Mittel gemein, aber den Adel derselben und noch mehr den Adel der Zwecke gibt sie verloren. Dafs ihr auch der wahre Adel der Mittel gleichgültig seyn müsse, ergibt sich aus der Qualität ihres Zwecks. Jede Handlungsweise, die sich in dem Höchsten (im Zwecke) von kleinen, subjektiven Maximen der Sinnlichkeit, und im Niederen (in der Wahl der Mittel) von erhabnen ethischen Grundsätzen bestimmen liesse, wäre ein Verfahren, das eine Art von Galimathias enthielte;

denn sie würde in den Mitteln ihres Endzwecks wieder einen Zweck suchen, den sie in jenem letzten Ziele selbst gerade verschmähete. Unsere Sprache hat keinen Namen dafür, weil sie die Sache nicht findet. Die einzigen Attribute, welcher die Klugheit für ihre Mittel bedarf, sind Zweckmäßigkeit und eine gewisse Legitimazion der Erlaubniss; — ein morales und rechtliches Erlaubtseyn; das erste, weil sie sonst in eine niedere Eigenschaft ausarten, und das letzte, weil sie bei der Wahl unrechtlicher Mittel mit einem kleinen gegenwärtigen Vortheile einen gröfseren künftigen Nachtheil erkaufen würde, was dem berechnenden Geiste der Klugheit widerspricht. Sobald sie über jene zarte Linie des sittlichen Erlaubtseyns ausschweift, so sinkt sie auch schon durch allmähliche Stufen zur Schlaueit, zur List, und von der List endlich zum Betruge hinab. Es liegt nicht in unserem Plane, diese Mittelstufen genau zu bezeichnen. Mit dem letzten Gliede der Kette, mit dem Betruge, hängt sie noch immer durch ein gemeinschaftliches Medium zusammen, wie sehr sie auch übrigens von ihm verschieden seyn mag:

durch die Subjektivität des Zwecks. Aber zwischen der Weisheit und Klugheit finden keine solchen Mittelglieder, keine leisen Übergänge, keine Gradationen mehr statt; eine grofse, ewige Scheidewand liegt zwischen beiden: die spezifische Differenz ihres Ziels.

Schmid selbst muß unsere Behauptung, dafs für die Klugheit nur subjektive Zwecke gehören, bestätigen, indem er (S. 276.) von dem klugen Menschen sagt: „Er wird einen einzelnen Trieb in bestimmten Fällen beherrschen, aber nur um anderer Triebe, um seines Genusses oder Vorthails im Ganzen willen, nicht aus Pflicht oder aus Achtung für die Vernunftmässigkeit selbst.“ Gleich nachher setzt er hinzu: „der Kluge handelt vernunftmässig, nicht um der Vernunftmässigkeit willen, wie der Weise und Gute, sondern um der Sinnlichkeit willen.“

Nun ist der Begriff des Staatszwecks etwas objektiv Gültiges, das durch die praktische Vernunft selbst gegeben und sankzionirt ist. Da aber die Klugheit, als solche, nie über ihre eigentliche Sphäre der Subjektivität und Sinnlichkeit hinausgehen kann, so hebt sich

die Idee einer Staatsklugheit, als einer Eigenschaft, welche zwei kontradiktorisch entgegengesetzte Merkmale, die subjektive Einzelheit und objektive Universalität vereinigen soll, von selbst auf.

Ob aber durch diese Behauptung nicht auch der Begriff einer moralischen Klugheitslehre, deren Möglichkeit und Gültigkeit selbst von der kritischen Philosophie anerkannt werden, verwerflich gemacht würde? In einem gewissen Sinne allerdings; wenigstens kann kein analoger Schluß von derselben auf die Realität der Staatsklugheit gelten. Indem die Beschaffenheit eines Geschöpfs, das aus zwei verschiedenen Naturen, aus Sinnlichkeit und Vernunft zusammengesetzt ist, den Philosophen auch auf die Möglichkeit einer Lehre hinführt, die eine Komposition von sinnlichen und vernünftig-praktischen Maximen seyn soll, so läßt sich der politischen Klugheit weder eine ähnliche Basis noch dieselbe Tendenz vindiziren. Dafs eine solche Lehre ihre grofsen Schwierigkeiten hat, ist nicht zu verkennen; denn wie läßt sich eine vernunftmäfsige Zusammensetzung solcher ver-

schiedenartigen Prinzipien, als die Intelligenz und Leidenschaft sind, denken? Da diese Frage mit unserer vorliegenden Hauptfrage in dem innigsten Verhältnisse steht, so können wir der Auffoderung nicht widerstehen, uns hier eine kleine Abschweifung über diesen Punkt zu verstatten — desto mehr, weil selbst die kritische Philosophie wenig Befriedigendes darüber gesagt hat. Das Wesen der moralischen Klugheit müßte entweder erstlich durch eine zweckmäßige Verbindung und Ausgleichung der Foderungen, welche von beiden Naturen ausgehen, bestimmt werden; beide Theile müßten von ihren wesentlichen Eigenheiten gleich viel fahren lassen, um eine Verbindung einzugehen, deren Resultat ein drittes, von beiden Elementen verschiedenes, Produkt wäre. In der Chemie mag eine solche Prozedur anwendbar seyn; die Verbindung von Alkalien und Säuren gibt uns ein reines, konsistentes Mittel-Produkt. Allein wenn solche Analogieen auch überhaupt für die Möglichkeit eines ähnlichen geistigen Verfahrens angeführt werden könnten, so passen sie wenigstens hier nicht; denn zwi-

schen den angeführten differenten Stoffen findet sich doch eine genaue Verwandtschaft, aber Sinnlichkeit und Vernunft sind ein paar entgegengesetzte heteronomische Prinzipien, zwischen welchen eben so wenig eine Ausgleichung oder gegenseitige Anziehung und Auflösung, als zwischen zwei unvereinbaren chemischen Körpern, statt findet. Die disparatesten Elemente würden sich hier in ewiger Zwietracht bekämpfen, und durch ihre Verbindung eben so wenig ein eigenthümliches Erzeugniß, als das alte Chaos, ohne Absonderung der Grundstoffe, aus seinem Schoofse eine schöne Weltordnung geben. Ihr ganzes Resultat müßte eine wahre Zwitter-Wissenschaft seyn, die es im Ernste nie darauf anlegen könnte, dem Menschen Gesetze zu geben, oder wenn sie es thäte, nur einen zweideutenden Willen, einen doppelseitigen Charakter, ein unstetes Mittel-Geschöpf bilden würde, das von einer Parthei zur andern hinwankte, das in den meisten Fällen, wie Buridams Esel, nicht wüßte, wozu es sich entschließen sollte, und, von den Grundsätzen einer festen Vernunft verlassen, am Ende von

der Moral nur den Schein, von der Lust aber den wahren Zweck nehmen würde.

Oder zweitens müßte bei einer solchen Mischung das prädominirende Element, worauf sich alles, als auf einen letzten Endzweck bezöge, die Glückseligkeit seyn. Darauf scheint auch der Name jener Lehre hinzudeuten; sie wäre sonst keine Lehre der Klugheit. Der Antheil, den die Moral daran nimmt, könnte also nur sekundär und nachfolgend seyn. — Allein in jeder Lehre, an welcher die Moral Antheil haben soll, darf die Glückseligkeit nicht als letzter Zweck vorherrschen. Wo Moral ist, da ist auch Souveränität, da hat kein Zurückdrängen des sittlichen Prinzips statt; denn als eine Wissenschaft des Hochzwecks, kann sie ihre Einheit nicht differenziren oder ihr Hoheitsrecht an ein subalternes Gericht abtreten. Die ganze Moral ist keine Moral mehr, sobald sie nicht diese eminente Wissenschaft seyn soll, und die Vernunft hört auf, praktisch zu seyn, wenn sie nicht mehr die letzte, gesetzgebende Instanz ist. Wofern die Ethik zu einem bloßen Mittel herabgesetzt wird, das den Instinkt nur

verständlich machen, das die Genüsse nur destilliren, vervielfachen, von ihren Schlacken läutern, und unsre Empfänglichkeit gegen frühe Abstumpfungen oder kränkliche Verzärtelungen sichern soll, so erhalten wir am Ende gar keine moralische, sondern nur eine feinere, bedachtsamere, umfassendere Klugheit, der die Vernunft als Erzieherin und Kupplerin dient, einen Epikureismus der Vernunft, wie ihn die meisten Popularphilosophen vor der kritischen Philosophie aufzustellen und nachher zuweilen zu vertheidigen gesucht haben.

Drittens: Eine moralische Klugheitslehre ist also nur in sofern denkbar, als sie die Sinnlichkeit der Vernunft subordinirt, als sie eine Lehre derjenigen Bedingungen ist, unter welchen der Mensch auch für seine Sinnlichkeit sorgen und die Foderungen des Glückseligkeitstriebes befriedigen darf. Wir sagen darf; denn von einem Sollen kann hier die Rede nicht seyn. Wo keine Vernunft ist, da muß auch das Sollen aufhören, und wo das Sollen aufhört, da treibt nur die Neigung und freieste Willkühr ihr Spiel, da gilt,

was der Instinkt will, und was die physische Macht kann. Ob der Mensch überhaupt glücklich seyn darf.... kann gar die Frage nicht seyn; das bloße Daseyn seiner Sinnlichkeit lös't diese Frage. Nur, wie er genießen darf, ist das Problem, das durch die moralische Klugheitslehre entschieden werden soll. Auf den Antheil zurücksehend, den die Moral an dieser Klugheit nehmen soll, und von der höheren Autorität der Vernunft überzeugt, kann der Mensch diese Bedingungen, unter welchen ihm die praktische Vernunft das Genießen verstattet, nur in der Subordinazion der Sinnlichkeit unter die Moral, in der Verzichtleistung auf einen absoluten Zweck des Genusses, in der Anerkennung aller Glückseligkeit, als eines Nebenzwecks gegen den Hauptzweck, den moralischen, suchen. Statt jenes Epikureismus wird hier die einzige ächte Klugheitslehre, ein Stoizismus des Gefühls gebildet, der die hohen Ansprüche der Intelligenz nicht über dem Empfinden vernachlässigt. Man wird uns nicht einwerfen, daß eine solche Klugheitslehre mit der Moral selbst koinzidiren würde. Die wesentlichsten

Unterschiede liegen noch zwischen beiden; denn die Moral dringt aufs Sollen, die Klugheitslehre kann es blofs mit dem Dürfen zu thun haben; jene hat zu ihrem Gegenstande die Tugend, diese die Glückseligkeit; jene lehrt handeln, diese geniessen.

Alle Arten von moralischen Klugheitsregeln, die sich nicht unter diesen allgemeinen Begriff der Subordinazion und Beziehung auf die Moral bringen lassen, sind schlechterdings keine moralische, sondern blofs physische, sinnliche Klugheitsregeln, Vorschriften einer feineren Klugheit (zum Beispiel, eine Mäfsigung des Genusses, welche blofs den geheimen Zweck hätte, die Fähigkeit für neue Genüsse in ihrer ganzen Stärke zu erhalten). *)

*) Nichts kann freilich dem Philosophen leichter begegnen, als beide zu vermischen, und es scheint, dafs sich sogar bei Schmid unter die einzelnen Regeln seiner moralischen Klugheitslehre (II, 256) einige Lehren einer Klugheit eingeschlichen haben, welche nicht moralisch, sondern nur feiner spekulativ, oder seinem eignen (nach unserer Ueberzeugung nicht passenden) Ausdrücke zufolge nur eine gewisse empirische Vernunft ist.

Klugheit, sondern nur Weisheit zuschreibt. In einem strengen Sinne gibt es daher nur eine moralische Weisheit.

Nur noch einige flüchtige Rücksichten auf das Recht aus diesem Gesichtspunkte geworfen! und die Wahrheit jener Ansichten wird uns vielleicht noch mehr überraschen. Als sinnlich-vernünftiges Wesen wird sich der Mensch nie zu einer reinen, sondern nur zu einer gemischten, durch die Sinnlichkeit modifizirten Tugend erheben; auch kann er seine wahre Moralität nur durch sich selbst besorgen. Mit dem Recht ist es anders. Recht handeln kann zwar jeder Bürger, jeder einzelne Mensch; aber als sinnlich-vernünftiges Geschöpf und als Einzelwesen das Recht handhaben — darf er nicht. Hier kündigt sich die Trennung schon deutlicher an; hier muß sich die Vernunft von aller Subjektivität, von allen parziellen Rücksichten losreißen, um ihre Grundsätze in einem Gerichtshofe niederzulegen, dessen Geschäftsführer, als die Repräsentanten dieser allgemeinen, über alle Sinnlichkeit erhabnen Instanz, das rechtliche Forum in seiner ganzen objektiven Gültigkeit

aber diese Gewandtheit ist mehr Rechts - Erfahrung als - Klugheit, und als Benennung einer allgemeinen Wissenschaft, wie der bekannte lateinische Name, ist sie schlechthin zu verwerfen. Es gibt auch hier nur eine Rechts - Weisheit.

Nicht anders ist es bei dem Staate. Denn wiewohl der letzte nicht ein solches Tribunal als die Gerechtigkeit bildet, so ist der Zweck desselben doch eine eben so heilige, allgemein gültige Idee der Vernunft als die des Rechts selbst; auch kann sie eben so wenig, wie diese, etwas Subjektiv - objektives seyn. Wenn der Repräsentant eines Staats auch zuweilen seine sinnlichen Zwecke verfolgt, und die subjektiven Regeln einer gewissen Staats - Klugheit in Ausübung bringt; so handelt er als ein bloßes Privatwesen, das seine Bestimmung in seinen Neigungen vergiftet, nicht als das sichtbare Organ eines großen Gesammt - Willens. Auch hier gibt es nur eine Staats - Weisheit.

Die Begriffe von einer Staats - und Rechts - Klugheit haben also, wie die Idee einer Staats -

Kunst, ihren Ursprung nur einer Vernunft, welche die Würde des Staats und des Rechts noch nicht geahndet hatte, zu danken, und alle vielfältigen Versuche, die von manchen vorzüglichen Köpfen zu einer vernunftmäßigen Komposition der Politik und Moral gemacht, die zuweilen mit einem bewundernswerthen Aufwande von Scharfsinn weiter geführt sind, werden auf immer die Versuche einer, sich selbst und ihren Gegenstand verkennenden, Philosophie bleiben. Die Staatsweisheit ist selbst ein Theil oder ein Produkt der Moral; als Weisheit dringt sie ohnehin schon auf einen absolut höchsten (moralischen) Zweck, und für diese bedarf es keiner künstlichen oder gelehrten Argumentazion, um den nahen Zusammenhang zwischen beiden nachzuweisen. Aber schon die Mühe, welche sich die Staatskunst oder Staatsklugheit bisher gegeben hat, um ihren innigen Zusammenhang mit der Moral zu behaupten, oder neue Berührungs-seiten mit derselben ausfindig zu machen, kann der Vernunft wenigstens eine Ahndung für die Mislichkeit jeder Art von solchen Versuchen geben.

Wenn aber der Begriff einer Staatsklugheit auch wirklich eine haltbare Idee wäre, so ist er als Begriff einer besonderen Staatslehre doch eine unnütze Idee. Justiz und Polizei machen die beiden allgemeinen Theile der Staatsdisziplin. Nun bedürfen wir für das Recht schlechthin keiner Klugheit; sie bleibt uns also bloß für die Polizei übrig. Da aber die Polizei schon als Polizei die zweckmäßigsten (physischen) Mittel zur Erreichung des Staatszwecks gebraucht (denn diese Zweckmäßigkeit muß bei jeder praktischen Lehre vorausgesetzt werden, weil sie als Wissenschaft nicht anders als in ihrer höchsten Vollkommenheit gedacht werden kann): so ist neben der Polizei jede andere Staatsklugheit unütz, und der Begriff der letzten muß, wofern er sonst Realität hat, bloß auf die Polizei eingeschränkt werden. Indem aber auch diese, so wie das Recht, nach einem objektiv-gültigen Zwecke strebt, ist sie ebenfalls für den Begriff der Klugheit zu hoch, und der Begriff einer besonderen Staatsklugheitslehre ist auf keine Weise zu retten. Selbst die Staatsweisheit kann nicht eine eigne, für

sich bestehende Wissenschaft, wie die Politik seyn soll, sondern nur ein nothwendiges Prädikat der allgemeinen Staats - disziplin (des Rechts und der Polizei), oder in gewisser Hinsicht die ganze Staats - disziplin selbst, in ihrer höchsten Vollendung gedacht, seyn.

Eben so wenig wird man endlich zur Apologie des Begriffs einer Politik etwas Wichtiges sagen, wenn man sie als eine Regierungskunst oder Regierungsklugheit darstellt, und darunter die Kunst, das Volk zu regieren, versteht. Der Staat ist ein moralisches Wesen, und die Verhältnisse des Bürgers zum Oberhaupte sollen ebenfalls nur durch sittliche Prinzipien bestimmt werden. Es ist aber nicht die Kunst oder Wissenschaft, zu herrschen, welche der Repräsentant eines Volks mit festgehaltener, reiner Konsequenz durchführen soll (denn dieß würde endlich zu dem System der wahren Leibeigenschaft, nicht zu einem moralischen Ziel führen), sondern die Wissenschaft, der Nation ihr Hinstreben zum Staatszwecke möglich zu machen und zu erleichtern. Für diesen Zweck handeln und regen sich unter seiner

Aufsicht Justiz und Polizei; es bedarf keines dritten. Ein eignes hohes Kollegium, oder gar einen hohen Gerichtshof der Justiz Regierung zu nennen, verräth den niedrigen deutschen Sinn; der Grieche hatte einen Areopag, der Römer einen Senat, der Russe hat noch jetzt seinen Senat, der Britte ein Parlament und der Franzose einen gesetzgebenden oder diplomatischen Körper. Überhaupt beruhet jene, nur zu gemeine Meynung von einer Regierungs-klugheit auf der eben so gemeinen empirischen Ansicht, nach welcher sich zwischen den Bürgern und der Majestät eine solche wirkliche Kluft erhebt, wie sie in der Erscheinung vor den geblendeten Augen liegt. Der Staats-Philosoph zerbricht diese Kluft; er sieht in dem bürgerlichen Individ selbst einen gewissen, wenn auch unbedeutenden, Theil dieser Hoheit. Nur aus dem Zusammentreten aller einzelnen Staatsglieder kann die Majestät ihren vollen Nimbus erhalten, wie die Sonne ihre Strahlen-Fülle wahrscheinlich nur aus dem Reflex ihrer Irrsterne sammelt.

*

*

*

Indessen ist der Name und Begriff einer Politik schon so allgemein in unsere Schriften, in unsere Toiletten-Gespräche und Gedankensysteme übergegangen, daß jeder Versuch, sie ganz zu verdrängen, nur eine Eitelkeit oder vergebliche Anmaßung seyn würde. Die Philosophie hat also nichts weiter zu thun, als dieser verirrtten Wissenschaft eine bestimmtere und würdigere Sphäre anzuweisen. Am zweckmässigsten wird sie den Begriff derselben auf einen Gegenstand einschränken, den man schon jetzt sehr häufig, zuweilen ausschliessend mit dem Worte Politik bezeichnet, und der ihrer Thätigkeit noch immer ein weites, fruchtbares Feld übrig läßt — auf diejenigen Verhandlungen des Staats, die sich auf ein feindseliges oder friedliches Verhältniß mit anderen Staaten beziehen, auf die Wissenschaft des Krieges und Friedens. So wird auch dem Sprachgebrauche keine Gewalt angethan, der die Gespräche über Krieg und Frieden überall nur politische, die Nachrichten darüber politische Nachrichten heisst. Nur hier ist endlich der Begriff, den man gewöhnlich mit der Politik verbindet, an seinem Orte; hier mag

sich der Staat einen Spielraum für andere Prinzipien und ungewöhnlichere Formen und komplizirtere Operationen, als die der Weisheit, eröffnen. Denn solange unsere Staaten das höchste, heiligste und überschwenglichste Problem — nicht der Staatskunst; denn eine solche Tendenz ist für jede Staatskunst zu hehr; sondern — eines völkerrechtlichen Weltbürger-Vereins, die Aufgabe eines ewigen Friedens noch nicht praktisch gelöst haben, solange sie gegen einander noch in keinem anderen Verhältnisse stehen, als in dem anarchischen Verhältnisse des Naturstandes, solange die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Mächten nicht durch eine höchste, unwandelbar - partheilose, rechtliche Instanz, sondern durch das Recht der Waffen ausgeglichen oder nur abgebrochen werden: solange bleibt den Menschen auch eine Disziplin nöthig, welche mehr nach dem Tarif der physischen Stärke und nach den Kombinationen der List als nach den Imperativen des Rechts rechnet. Sie wird bis dahin beinahe eine achtungswerthe Wissenschaft heißen; denn sie allein kann die Stellvertreterin und Vorläufer-

rin jenes höheren, weltbürgerlichen Gerichtshofes seyn, in dessen Hände sie einst nach den ewigen, wenn auch tausendmal verhöhn-ten und millionenmal vereitelten, aber immer erneuerten, immer laut mahnenden, aus der Mitte aller kriegerischen Greuel hervortönenden, Geboten der Vernunft ihre Insignien und ihre Maximen niederlegen soll; sie mag uns provisorisch und fragmentarisch leisten, was sie nicht definitiv und absolut leisten kann; sie mög uns einen möglichst dauerhaften Frieden erringen, wenn sie keinen ewigen zu begründen vermag. Mit immer reger Behutsamkeit, mit der Delikatesse der Freundschaft und mit der Vorsicht der Sanftmuth, soll sie alle Keime der Zwietracht zwischen den Staaten entfernen, die völkerseitigen Verhältnisse den rechtlichen nähern, und durch die Bande der Klugheit oder des Schreckens befestigen, was die Bande des Rechts nicht anziehen wollen; nur in der letzten, verzweifeltsten Noth soll sie sich zum Kriege entschließen, und selbst dann die Menschheit mit ihren blutigen Machinationen dadurch aussöhnen, daß sie aus diesem ver-

heerenden, durch einander stürzenden Chaos
 eine bessere Ordnung der Dinge und die Ele-
 mente zu einem dauerhafteren Frieden her-
 vorruft. Dafs zu einem solchen Geschäft eine
 aufsergewöhnliche Kunst und eine Vereini-
 gung der seltensten Talente gehört, welche
 an sich schon die höchste Bewunderung ver-
 dienen, eine tiefe, gründliche Kenntnifs der
 menschlichen Seele und ihrer verborgensten
 Regungen, eine durchdringende Einsicht in
 die Kräfte, Hülfquellen und Eigenthümlich-
 keiten anderer Staaten, ein Muth, den Ge-
 fahren und Hindernisse mehr herausfordern als
 wegscheuchen, temperirt durch eine Kälte und
 Gegenwart des Geistes, welche im Gewühl
 der erschütterndsten, stürmendsten Katastro-
 phen und zwischen den Schleichwegen der
 feinsten Intriguen, das Steuer jener Besonnen-
 heit, jenes ruhigen Urtheils behauptet, das
 einen überlegten Plan zwar unerschütterlich
 weiter verfolgt, aber auch geschmeidig genug
 ist, um seine besten Mittel von der schnell
 ergriffenen Gegenwart, von den kleinsten Feh-
 lern des Feindes, aus dem ganzen reichen Ge-
 biete des Zufalls zu entlehnen.... diels ergibt

sich von selbst. Die Politik mag sich hier in alle Formen werfen; sie mag als Staatskunst, alt Staatsklugheit, und sogar als Regierungskunst operiren; sie ist dadurch gerechtfertigt, daß sie alles gethan hat, was sie zur Erhaltung eines wohlthätigen Friedens thun konnte, und daß ihr Gegner für rechtliche oder freundschaftliche Ausgleichungen kein Ohr hat.

Aus allen diesen Bemerkungen geht aber zuletzt deutlich hervor, daß die Politik zu denjenigen Theilen der Staats-disziplin gehört, die unter dem allgemeinen Begriffe der Polizei stehen. Weder rechtliche noch moralische Grundsätze können hier gelten. Eine Wissenschaft, welche die Leidenschaften in ihr Interesse ziehen und bei der Wahl ihrer Mittel den Rücksichten der Klugheit huldigen darf, die sich im Nothfalle den Krieg und das Recht der Stärke verstattet, handelt bloß nach dem physischen Zusammenhange, in welchem ihre Maßregeln mit dem Zwecke des Staats stehen. Es würde vergeblich seyn, umgekehrt zu behaupten, daß die Polizei ein untergeordneter Theil der Politik wäre. Als Gattungswissenschaft müßte die letzte außer

der Polizei noch andere subalterne Theile der Staatswissenschaft (die Volks- und Staats-Wirthschaftslehre etc.) unter sich haben, und wir würden dann zu jener vagen Ansicht zurückkehren müssen, wornach der Polizei, als einer Doktrin ohne fest-bestimmte Objekte, nur eine gewisse suppletorische Bestimmung im Staate angewiesen werden könnte. Man erhält nur unsichere, prekäre Ideen, wenn man mit dem Prinzip jener Umkehrung eine genaue Gränzbestimmung zwischen den bisherigen vereinzelt Staatslehren versucht.

Da diese Verhandlungen des Krieges und Friedens unter die wichtigsten, schwierigsten und folgereichsten aller Staatsgeschäfte gehören, da sie eine glückliche Mischung von den seltensten Talenten und Kenntnissen voraussetzen, da sie zugleich nur von den höchsten geheimen Kabinettern ausgeführt werden können: so werden wir der Politik allein auch mit Recht den Namen der höheren Polizei geben. Alle anderen Gegenstände, die man gewöhnlich unter diesem Namen begreift, verdienen ihn minder. So möchten wir unsere Theorie zugleich mit dem Glaubenssy-

stem derjenigen Staatsmänner aussöhnen, welche von der Wichtigkeit einer alten, theuren Wissenschaft nichts aufgeben wollen.

5.

Peinliches Recht.

Irren wir uns nicht, so liegen in der schärferen Begränzung, die wir zwischen der Justiz und Polizei zu ziehen versucht haben, die Keime einiger Ideen, die ein philosophischer Geist nur weiter zu verfolgen braucht, um zu einer Theorie des Strafrechts zu gelangen, welche den Genius des Rechts vielleicht mit aller Anwendung von peinlichen Prozeduren und Martern aussöhnt. Weit entfernt, die großen Verdienste herabzusetzen oder nur zu verkennen, die sich einige unserer berühmtesten Rechts-philosophen um diesen Theil der Rechtslehre erworben haben, sind wir vielmehr geneigt, den großen Einsichten, den seltenen Geistesgaben, sogar der ausgezeichneten Schöpferkraft des Genies, welche sich in ihren Arbeiten spiegelt, volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir brauchen hier keine Namen zu nennen; wer nicht ein

Idiot in der juridischen Literatur ist, wird an die ehrenvollen Namen eines Feuerbachs und zunächst eines Grolmanns von selbst denken. Allein wie sehr sich auch die Feuerbachische Theorie durch den kühnen Geist, der in ihren neuen Ansichten athmet, durch die Vernichtung mancher Vorurtheile und alter Wahnbegriffe, durch die scharfsinnige, zerstörende Anwendung der Kantischen Freiheitstheorie auf das Strafrecht, sogar durch ihren folgerechten Rigorismus empfiehlt, wie sehr sie nach von Almendingen die Einführung einer philosophischen Gesetzgebung zu einem dringenden Bedürfnisse der Menschheit erhebt, und sich nach der Weissagung desselben Gelehrten durch ihre eigne psychologische Wahrheit verherrlichen wird; wie sehr sich auf der anderen Seite die Grolmanische Theorie mehr dem Geiste der Karolina so wie dem gemeinen Menschenverstande anschmiegt, und auf einen höheren Beifall des Kriminalrichters rechnen darf, indem sie seiner Beurtheilung einen größeren Spielraum eröffnet: so können wir doch nicht umhin, zu gestehen, daß beiden Theorieen

von dem rechtlichen Gesichtspunkte zu wenig beigemischt ist.

Nach Feuerbach soll das Strafgesetz mehr durch seine Androhung als durch seine Exekution, und zwar auf alle Bürger gegen alle mögliche Rechtsverletzungen wirken; nach Grolmann soll durch die ausgeführte Strafe mehr die Abhaltung des Verbrechers von künftigen, wegen eines begangenen Verbrechens schon wahrscheinlichen, Vergehungen intendirt werden. Nach Feuerbach ist die Androhung des Gesetzes Hauptmittel und die Abschreckung aller Hauptzweck; nach Grolmann ist Zufügung der Strafe Hauptmittel, und die Abschreckung des strafbaren Subjekts, welches durch sein Vergehen schon eine Präsumzion für künftige Rechtsverletzungen gegeben hat, Hauptzweck; die Abschreckung aller kann erst aus diesem Hauptzwecke als ein Nebenzweck resultiren.

Ohne uns hier im mindesten in eine ausführliche Erörterung beider Theorien einzulassen, oder über die physischen Folgen zu verbreiten, welche mit einer konsequenten Anwendung beider Systeme für den Staat ein-

treten würden, und worüber Thibaut, besonders über die strenge und folgerechte Anwendung des ganzen Feuerbachischen Systems, in seinen *Beiträgen* manche herrliche Fingerzeige gegeben hat, wollen wir bloß erinnern, daß beide Theorien, trotz ihrer übrigen Verschiedenheit, welche hier nur in ihren Hauptpunkten berührt werden konnte, gleichwohl darin übereintreffen, daß sie die Abschreckung, eine abschreckende Wirkung auf den Bürger, zum Hauptzwecke der bürgerlichen Strafe aufstellen. Sowohl die Androhungstheorie, wie ich die Feuerbachische nennen möchte als die Prävenzionstheorie machen das ganze peinliche Recht zu einem System, in welchem man bloß nach physischen Gesetzen rechnet und handelt. Daß durch die kriminelle Gesetzgebung nach Feuerbach eigentlich nur ein psychologischer Zwang konstituiert werden soll, macht keinen Einwurf gegen diese Behauptung; denn das Psychologische bildet keinen eigentlichen Gegensatz gegen das Physische, sondern nur eine Art desselben; auch hier werden nur Leidenschaften, Instinkte, Furcht, also — Natur-er-

scheinungen, Produkte des niederen Begehrungsvermögens berechnet. Nur das höhere Begehrungsvermögen ist von dem Physischen ausgeschlossen, und das Moralische allein kann gegen das letzte einen wahren Gegensatz machen.

Man kann die ganze Feuerbachische Theorie einen Versuch nennen, alles Intelligible, alles, was dem Menschen in sittlicher Rücksicht gehört, alle moralischen Ansichten des Verbrechers aus der Straftheorie zu verbannen, und ihn bloß als Naturwesen vor den peinlichen Richterstuhl vorzuladen. Wie wirken gewisse Drohungen oder die Zufügung gewisser Übel auf die Sinnlichkeit des Menschen; welches sind die zweckmäfsigsten Mittel oder Strafübel, um ihn von Beleidigungen des Rechts abzuhalten? Dieß ist der Text und der letzte Zweck aller peinlichen Abschreckungs-lehren. Was ist hier recht oder gerecht? Nur, was den möglichen Verbrecher am meisten zurückschreckt; denn für geschehene Verbrechen gibt es keine Schrecknisse mehr. Die Strafwürdigkeit wird hier nicht nach der Würdigkeit des strafbaren Subjekts selbst, sondern

nach der Wahrscheinlichkeit des Erfolgs, das Verhältniß der Strafe zu dem Vergehen nicht nach dem wirklichen, sondern nach einem künftigen, ungewissen Vergehen, und die Gerechtigkeit zum Theil nach dem Kalkul der Klugheit gemessen. Schon in dem bloßen Begriffe einer Androhungs- und Prävenziionslehre springt die Tendenz auf die Zukunft als einzige oder doch als Hauptrücksicht hervor. Der rechtliche Gesichtspunkt, der zwischen dem moralischen und physischen liegt, ist hier ganz unbeachtet gelassen; bloß der physische ist hervorgehoben. Beide Theorien sind daher in einem strengen Sinne keine Straf- r e c h t s- wissenschaften, sondern bloß polizeiliche Straf- wissenschaften. Daß durch die bürgerlichen Strafen die Rechtsobjekte der Bürger nach der Absicht dieser Lehren gesichert werden sollen, kann sie noch nicht zu eigentlichen Rechts- theorien erheben; denn die Frage, durch welche Mittel jene Objekte am zweckmässigsten garantirt werden, gehört eben sowohl vor ein physisches Forum — die Polizei als vor das Recht; rechtlich wird ein peinliches, wie jedes andere,

Verfahren nicht durch seine Folgen, sondern durch den Geist, der in seinen Prinzipien herrscht; nur die Form stempelt das Recht. Fichte's Abbüßungs-vertrag kömmt daher wenigstens dem Geiste des Rechts schon näher, als eine bloße Abschreckungs-lehre, wiewohl wir uns durch diese Äußerung weder für das Fichtesche System noch für eine eigentliche moralische Vergeltung erklärt haben wollen. Wir müssen uns hier mit bloßen Andeutungen begnügen; eine Ausführung dieser Ideen gehört nicht für den Plan unserer Schrift. Es ist zwar unangenehm, Probleme hinzuwerfen, die man nicht lös't, aber noch schlimmer, diese Auflösung zu übereilen, zumal wenn die Bahn, welche zu solchen Entscheidungen führt, so schüpfzig oder durch eine Menge der herrlichsten Vorarbeiten schon so geebnet ist, daß man fast bei jedem Schritte Gefahr läuft, auszugleiten und Verbesserungen zu wagen, welche nur — Verschlimmerungen oder leere Verzierungen sind. Wir können es daher bloß der Zukunft anheim stellen, ob sie uns Kräfte und Muße genug verleihen wird, diese Bahn so weit zu

verfolgen, daß wir selbst mit den Resultaten, auf welche wir treffen, zufrieden genug sind, um sie der Mittheilung an ein achtungswerthes Publikum würdig zu finden.

Wofern unsere meisten neueren Rechtsphilosophen (auch Schmid II, 104.), um den Unterschied zwischen einem Gewissensgericht und äußerem Gericht recht auffallend zu machen, behaupten, daß die Wörter Schuld und Moralität im juridischen Gebrauche eine absolut andere Bedeutung als in der Moral hätten, wenn sie zwischen der moralischen und juridischen Beurtheilung eine Scheidewand aufzurichten suchen, welche eben so wenig eine Berührung oder Annäherung, als die Moral und Physik, zuläßt: so fühlt man sich geneigt, an die alte Warnungsregel zu denken, *incidit in Scyllam, qui vult vitare Charybdim*. Sie hatten recht, die Klippen des kanonischen Pietismus zu meiden. Aber um der Seichtigkeit oder Schiefheit dieser Ansicht, die sich mit ihrer Buße, ihrer Reue, ihrer moralischen Imputazion und Versöhnung vor dem Strahle einer besseren Philosophie nicht

mehr retten konnte, zu entgehen.... was hat man gethan? Man ist auf das andere antimoralische Extrem übergegangen; man hat das Recht übersprungen. Der Mensch wird in diesen Theorieen beinahe entmenscht, sobald er einmal zum Verbrecher geworden ist; bis zur Überstehung der Strafe steht er nicht mehr in der Reihe moralischer Wesen. Was die Rechtslehre sonst immer ist — eine moralische oder von der Moral abhängige und mit ihr zusammenhängende Wissenschaft, das hört sie sogleich auf, zu seyn, sobald sie mit einem rechtlichen Sünder zu thun hat. Nicht einmal eine polizeiliche Straf-wissenschaft ist sie mehr; nur eine Marter-Experimentallehre scheint sie zu seyn, die mit dem Menschen, wie der Physiker mit gewissen materiellen Objekten verfährt, welche für die Zukunft unschädlich gemacht werden sollen. Wer blofs die Furcht beschäftigen und den Menschen blofs abschrecken will, der sollte sich wenigstens nicht rühmen, ihm sein Recht, das heißt, was er verdient, oder wessen er sich als moralische Person würdig gemacht hat, widerfahren zu lassen.

Justiz- und Polizei-Sachen.

Unsere Theorie wird zugleich einiges Licht über den berufenen, mislichen Unterschied zwischen den sogenannten Justiz- und Polizei-Sachen verbreiten, an dessen Bestimmung der Scharfsinn mancher berühmten Gelehrten so gänzlich scheitern mußte, daß Hommel endlich die ganze Frage für eine verzweifelte zu erklären geneigt war. *) In der That hat er sehr recht, wenn er behauptet, daß alles, was Stryk, Struben, Schreiber, Darjes und Rechenberg unter den Älteren darüber gesagt haben, mehr geeignet sey, den Freund der Wahrheit zu verwirren als aufzuklären. Er hat für seine

*) Rhapsod. Vol. IV. Obs. 502. „Perlecta hanc ob causam scripta de causarum Iustitiae et Politiae conflictu et differentia, Stryckii, Struberii, Schreiberi, Dariesii, Rechenbergii, aliorumque dissertationes, nos ex incertis fere incertioris reddiderunt; imo hoc opus adeo videtur desperatum, ut propemodum verear, ne mihi, qui hoc scribo, idem lectores dixerint, quod de his ego scriptoribus notavi.

eigne Meynung richtiger geweißagt, als mit derselben die Wahrheit getroffen; denn sowohl das, was er selbst, als was nach ihm Zwierlein, von Hohenthal, Neurath, Scheidemantel und von Berg zur Aufhellung jenes Unterschiedes versucht haben, und was Gönner sehr scharfsinnig geprüft hat, ist sehr unzureichend ausgefallen. Nur dem verdienstvollen Gönner schien es nach dem Urtheile vieler Gelehrten aufbehalten zu seyn, diesen schweren Unterschied zu entdecken und in seinem vortrefflichen Handbuche *) auf feste Grundsätze zu führen. Wirklich sind seine Unterscheidungen so scharfsinnig, seine Angaben und die Anwendung seiner Grundsätze auf einzelne Fälle zum Theil so richtig, daß man wünschen sollte, er hätte den ganzen gordischen Knoten gelöst. Aber eben weil er den wahren, einfachen Unterscheidungspunkt zwischen Justiz und Polizei nicht entdeckte, so konnten es nur einzelne

*) Handbuch des deutschen gemeinen Prozesses. IV. Bände. 2te Aufl. Erlangen, 1804 — 05. (Th. II. Adhandl. XXVI.)

Theile seyn, die er aufgeklärt, nur einzelne Beobachtungen, die er richtig aufgefaßt hat.

Vorläufig und nebenhin wollen wir anmerken, daß der Ausdruck Justiz- und Polizei-Sachen den Begriff, den er hier anzeigen soll, nur unvollkommen bezeichnet. Man versteht darunter, und hauptsächlich unter den erstern, bloß streitige, vor den Richter gehörige Sachen, oder Justiz-Klagesachen, wie ich sie nennen möchte, nicht Justizsachen überhaupt, welche vor das allgemeine Forum des Rechts gehören, und zu welchen eben sowohl die einfachsten, unbezweifeltesten Prinzipien des Naturrechts, wo weder Kläger noch Beklagter und Richter, sondern bloß Gesetzgeber ist, gezählt werden müssen. Gönner erklärt sich (II, 22.) sehr bestimmt über die Einschränkung jenes Begriffs auf die bloßen Objekte der richterlichen Gewalt. Wir wollen ihn daher auch in diesem Unter-abschnitte nicht weiter ausdehnen.

Zuerst hat Gönner keine genaue Gränze zwischen den Polizei- und zwischen den Kameral-Regierungs- und anderen Sachen gezogen, die er dennoch gleich anfangs, als

besondere Theile der Staatsgeschäfte, mit den ersten nicht vermischt wissen will. Selbst in seinem deutschen Staatsrecht werden wir eine adäquate, ausreichende Bestimmung der Polizei umsonst suchen. Die wenigen positiven Bestimmungen, die er von derselben in diesem Handbuche fallen läßt (wo er sich fast bloß mit einer positiven Erklärung der Justizsachen beschäftigt), und wodurch man erfährt, daß Beförderung des Gemeinwohls so wie Abwendung gemeinschädlicher Übel die eigentlichen Gegenstände der Polizei seyn sollen, reichen zu jener Unterscheidung nicht hin. Sogar diejenigen Merkmale, die er als unterscheidende Kennzeichen der Justizsachen anführt, befriedigen uns nicht. Wie umständlich er sich auch darüber erklärt, wie sehr er den Begriff einer Justizsache zu ergründen und durch folgende Umrisse aufs schärfste zu begränzen gesucht hat, daß erstlich ein **streitiges Recht** an einem gewissen Objekt; zweitens, das Vorhandenseyn eines **Klägers** und **Beklagten** (weil sich ohne beide kein Streitiges Recht denken lasse); drittens, die **Auffoderung der richterlichen Hülfe**

zur Erhaltung der Rechte, das Vorhandenseyn eines Richters, dazu gehöre: — so ist doch nur das erste Merkmal den Justizsachen wahrhaft eigen; das zweite und dritte kann auch bei Polizeisachen vorkommen. Ein Bürger kann als Kläger auftreten, und eine niedere Polizeibehörde bei einer höheren verklagen, daß sie aus Nachlässigkeit, aus einem geheimen Eigennutz gewisse Unordnungen zulasse, welche sowohl dem bürgerlichen Wohlbefinden als der gemeinen Sicherheit nachtheilig sind. Schon die Verletzung eines leichten polizeilichen Gesetzes begründet vor dem Polizeigericht eine Klage, welche durchaus keine rechtliche seyn kann. Auch gibt es im Polizeifache sehr viele, zuweilen misliche Fälle, zu deren Entscheidung ein richterliches Urtheil vonnöthen ist, und man beschränkt den Begriff eines Richters zu enge, wenn man ihn bloß auf Entscheidungen im rechtlichen Fache anwendet. Subsumzion eines einzelnen (konkreten) Falles unter ein allgemeines Gesetz ist das allgemeine Kriterium des Richtergeschäfts.

Auf die einfachste Art wird unsere Theorie diesen ganzen Unterschied aufklären. Eine

Justizsache (sie mag Justizsache überhaupt oder Justiz - Klagesache seyn) ist eine solche, worauf sich nur diejenigen Prinzipien, die wir oben als eigenthümliche Grundsätze der Justiz darzulegen suchten, mit Einem Worte, nur rechtliche Prinzipien anwenden lassen; bei einer Polizeisache hingegen kommt es bloß auf den physischen Zusammenhang des Gegenstandes mit dem Staatszwecke an. Erst aus diesem allgemeinen Kriterium wird es deutlich — was Gönner gleich anfangs als ein unterscheidendes Axiom aufgestellt hat, daß bei Polizeisachen kein streitiges Recht vorkommt, daß hier kein Richter zur Erhaltung der Rechte da ist. Man braucht nur alle möglichen, selbst die verwickeltsten denkbaren Fälle zu prüfen, um zu finden, daß unsere Unterscheidung durchgreifend ist. Der vortheilhafte Verkauf eines abgenutzten, und der nützliche Ankauf eines neuen Gemeinde - oder Schulgebäudes gehört, solange es bloß auf eine Einsicht in die physische Beschaffenheit der Gebäude und auf die physischen Folgen eines solchen Verkaufs für die Gesundheit, die Erziehung u. s. w., ankommt, bloß vor

die Polizei. Die Sache ändert sich sogleich, wenn die Frage entsteht, ob eine gewisse Landesverordnung und überhaupt die rechtliche Form bei dem Ver- und Ankauf beobachtet sey. Diefs ist Justizsache.

Was Gönner über die Erscheinung sagt, warum eine Sache zugleich Justiz- und Polizeisache seyn könne, und in wiefern ihre Entscheidung in polizeilicher Hinsicht öfters der rechtlichen vorgehen müsse, ist zwar richtiger und scharfsinniger gedacht, als alles, was seine Vorgänger gesagt haben, aber schwerlich erschöpfend. „Wer wird behaupten, sagt er, daß die Eigenschaft einer Justizsache alle übrigen Eigenschaften eines Objekts, alle seine übrigen Verhältnisse vernichte, daß alle übrigen Staatsgewalten gelähmt seyen, wenn ein Objekt von der Seite des Rechts der richterlichen Gewalt zum Ausspruche untergelegt ist.“ Gleich nachher setzt er hinzu: „Gesetzgebende, vollstreckende und richterliche Gewalt, wenn man sie als wissenschaftliche Abtheilungen der Rechte der obersten Gewalt betrachten will, sind koordinirte Gewalten, deren jede in ihrer Sphäre unabhängig von der andern, und ohne

die andere in ihrem Kreise zu stören, wirkt. Jede hat ihre besonderen Zwecke, ihre eigenen Bestimmungsgründe, ihre eigenen Mittel zu ihrem Zwecke; es würde also der größte Widerspruch seyn, wenn man einen Gegenstand, welcher nach einer Seite zu einer dieser Gewalten resortirt, dieser Gewalt nach allen Seiten zutheilen und die Wirksamkeit aller anderen Gewalten auf den Gegenstand nach anderen Rücksichten vernichten wollte. Als wenn der Staat keine gesetzgebende, keine vollziehende Gewalt hätte, weil es jemand gefällig war, die richterliche Gewalt aufzufodern!“

Aber auch die richterliche Befugniß gehört zu den landesherrlichen Vorrechten, und wir erfahren durch diese Argumentazion nicht, welche von jenen angeblich koordinirten Gewalten in einem vorkommenden Kollisionsfalle zurücktreten, oder nach welchem Prinzip eine derselben alsdann ihre höheren Ansprüche beglaubigen solle. Auch zeigt sich hier der gewöhnliche, allen solchen Gönnerschen Behauptungen zum Grunde liegende Irrthum, daß die richterliche Befugniß der Justiz allein

eigenthümlich sey. Die Polizei würde für ihre letzte Bestimmung ganz untauglich seyn, wenn sie nicht mit dem Recht darin parallel ginge, daß sie ebenfalls eine gesetzgebende, richterliche und vollziehende Befugniss hätte. Ehe wir aber unsre eigne Meynung über jene Erscheinung sagen, wollen wir nur einige von den interessanten Fällen mittheilen, die Gönner angeführt hat, und die sehr vieles zur anschaulichen Darstellung des Ganzen beitragen.

„Zwei Bürger streiten, wer verbunden sey, eine Mauer repariren zu lassen; es gilt dem Rechte, der Gegenstand ist eine Justizsache. Aber von der schleunigen Reparatur hängt die Erhaltung zweier Gebäude ab, welche den Einsturz bedrohen. Soll der Staat müssig zusehen, wie die Gebäude während des Prozesses einfallen, und den vorübergehenden Bürger erschlagen? Über die Verbindlichkeit, einen Wasserbau zu unterhalten, ist ein Streit, es ist eine Rechtssache; aber bis sie im Rechtswege geendigt ist, durchbricht der Fluß den schadhafte Damm und verwüstet eine ganze fruchtbare Gegend. Soll der Arm der Polizei ganz

gelähmt seyn, weil zwei Bürger es für gut fanden, über den Gegenstand einen Prozeß zu führen? Ein Weinhändler wird wegen verfälschter Weine von der Polizei untersucht. Er glaubt, die Untersuchung, wornach sein Wein für unächt erklärt, und der Verkauf verboten wurde, sey nicht in gehöriger Ordnung gepflogen; er klagt über Verletzung seiner Rechte, der Gegenstand ist in soweit eine Justizsache. Allein soll er bis zu Ende des Streits den Wein verkaufen dürfen? Der Landesherr verbietet die Ausfuhr des Getraides, weil er Mangel an Lebensmitteln in seinem Lande besorgt. Die Landstände behaupten, daß ohne ihren Konsens der Landesherr das Gesetz nicht machen könne; sie klagen also über verletzte landständische Rechte; die Sache ist in soweit eine Justizsache. Aber soll der Staat, während der Streit im Rechtswege unter mannichfaltigem Verzuge verhandelt wird, der Gefahr einer Hungersnoth preis gegeben werden?“

Es ist einleuchtend, daß der Arm der Polizei nicht bis zur ausgemachten Sache des Rechtsstreits unthätig ruhen darf. Und warum nicht? „Man müßte sonst den absurden Grund-

satz annehmen, sagt Gönner, daß jeder Unterthan die landesherrliche Gewalt durch eine gegründete oder ungegründete Klage bei dem Richter wenigstens so lange suspendiren könne, bis die Klage vom Richter für unstatthaft erklärt würde.“ Diese Antwort kann nichts entscheiden; denn sie enthält keinen Grund, weswegen die richterliche Befugniß, die doch ebenfalls eins der höchsten landesherrlichen Vorrechte ist, bis zu diesem vollen Verwerfungsurtheil des Richters zurückgesetzt werden soll. Nur ein Akt der Willkühr würde sich in einer solchen Suspension offenbaren. Nicht einmal dieses Urtheil der Unstatthaftigkeit darf der rechtliche Richter hier fällen; vor seinem Gerichtshofe und nach seinen Grundsätzen kann eine solche Klage nichts weniger als unstatthaft seyn. Er soll sich bloß bescheiden, einem anderen Gerichtshofe das höhere Entscheidungsrecht einzuräumen. Nach welchem Prinzip? diess ist die einzige Frage.

Der aufmerksame Leser wird es schon ahnden, von welchen Grundsätzen unsre einfache Entscheidung der ganzen Sache abhängt. Wenn wir nemlich jemals von dem Unter-

schiede, den wir oben zwischen einer Rechts-
 sache und einem Gegenstande des Rechts fest-
 setzten, einen passenden Gebrauch machen
 können, so ist es bei der Lehre von Polizei-
 und Justiz-Klagesachen, und wenn die Polizei,
 als eine Macht, welche die Objekte des Rechts
 ebenfalls, aber mehr nach den physischen
 Folgen im Großen als im Einzelnen schützt,
 jemals befugt seyn darf, die Gerichtsbarkeit
 des Rechts zu suspendiren, so ist es in den
 angezeigten Fällen. Gegen den nahen und dro-
 henden Schaden, den eine Weinverfälschung
 dem Staatszwecke im Großen zufügen würde,
 darf die langsame und säumende Frage der
 Justiz, ob bei dem Verbote, das die Folgen
 dieser Verfälschung sogleich hemmt, alles nach
 dem regelrechten Gange des Rechts verhandelt
 werden könne, gar nicht in Anschlag gebracht
 werden. Der Durchbruch eines schadhaften
 großen Dammes ist für die meisten Objekte
 des Rechts so viel wichtiger und entschei-
 der als die kleine Frage, wer von zweien Par-
 theien den schadhaften Damm ausbessern soll,
 daß die schnelle, aber einzig mögliche Verhü-
 tung dieses Durchbruchs sogar dann durch-

gesetzt werden müßte, wenn sie ein ausgemachter Fehler gegen die Regeln des Rechts wäre.

7.

Zwei grofse besondere Theile — als Haupttheile der Polizei.

Die Unterscheidung zweier grofsen Haupttheile der Polizei, zuerst desjenigen, der sich blofs mit den wesentlichen Bedingungen der menschlichen Existenz, mit den Objekten des Rechts beschäftigt, und zunächst desjenigen, der über diese Objekte hinaus auf die Förderung des höheren menschlichen Wohls geht, drängt sich schon dem gemeinen Menschenverstande auf, der für jenen ersten Theil bereits einen passenden Namen erfunden hat, wiewohl er den Umfang und die Wichtigkeit der Gegenstände, die unter denselben gehören, nicht immer in ihrer ganzen Klarheit gedacht zu haben scheint: den Namen der Sicherheits-Polizei. Aber für den zweiten Theil dieser Wissenschaft hat man in dem gewöhnlichen Worte: Wohlfahrts-Polizei einen durchaus unpassenden Namen ge-

braucht; denn die Sicherheit aller Bedingungen des Lebens ist gerade ein Haupttheil der Wohlfahrt. Der Name für die zweite Art wird hier wieder zu einem Gattungs-Namen für die erste erhoben. Eine Polizei, die eine Art von Gegensatz gegen die Sicherheits- und folglich gegen die Urwohls - Polizei machen soll, kann sich nur mit der Erhöhung des bürgerlichen Wohls beschäftigen, und sollte daher Wohl - erhöhungs - Polizei heißen. Da aber auch diese Terminologie den Forderungen eines strengen philosophischen Sprachgebrauchs nicht willfahren möchte — denn die intellektuelle Natur des Menschen, deren Ausbildung ebenfalls unter diesen Begriff gehört, ist für keine Empfindungen, und folglich für kein Wohlseyn geeignet: so sollte man den erschöpfendern Ausdruck Vervollkommnungs- oder Vollkommenheits-Polizei wählen, der die physische und intellektuelle Kultur mit Einem Begriffe umfaßt, und zugleich den Gegensatz, der zwischen einer höheren Ausbildung und der bloßen gesicherten Existenz des Menschen liegt, in seiner höchsten Schärfe darlegt.

Andere Eintheilungen sind weder umfassend noch den Forderungen der philosophischen Bestimmtheit genügend. Sehr häufig hat man die Polizei in die hohe und niedere getheilt. Aber unsere Polizeigelehrten sind über beide Begriffe nicht immer einig gewesen, und schon von Berg hat richtig bemerkt, daß man sich hier gewöhnlich mit der Aufzählung einzelner Fälle, ohne Aufstellung allgemeiner Kennzeichen, begnügte. Nach Hufeland soll die höhere Polizei auf den ganzen Staat, die niedere aber auf die kleineren Gesellschaften gehen, wozu er die Dorf- Stadt- und Zunft- Polizei rechnet. Auf eine ähnliche Art bestimmt von Berg diese Begriffe, nach welchen „das Eigenthümliche und Unterscheidende der niederen Polizei darin besteht, daß sie nur in einzelnen Bezirken des Staats die Polizei unmittelbar verwaltet, dahingegen die Verwaltung der hohen Polizei sich über das ganze Staatsgebiet erstreckt, obgleich auch sie auf einzelne Theile nach ihren besonderen Bedürfnissen, jedoch immer nur durch die niedere Polizei, mithin mittelbar wirkt.“ Diese Unterscheidung ist zum Theil

in der Natur der Sache gegründet; die niedere Polizei muß eine Dienerin der höheren seyn. Da aber die hohe Polizei sich zugleich mit den einzelnen Gegenständen der niederen, nur nicht unmittelbar mit der Ausführung derselben, beschäftigen soll, so kann auch in dieser Bestimmung kein adäquater Eintheilungsgrund für ein paar speziell verschiedene Zweige der Polizei liegen. Überhaupt sollten die verschiedenen Haupttheile der Polizei nicht einzig oder nur hauptsächlich von den Direktionen, von welchen sie ausgeübt werden, ihren Namen erhalten; die Angelegenheiten der höchsten Polizei-Kollegien sind nicht deswegen die höchsten, weil sie von diesen Direktionen zu ihren eigenthümlichen Geschäften gewählt werden, sondern sie werden von ihnen gewählt, weil sie an sich die höchsten und folgewichtigsten sind. Wir glaubten daher nur der Politik (in unserer engeren Bedeutung des Worts) den Namen einer höheren Polizei geben zu müssen, so wie man von einer höheren Mathematik spricht, ohne diese Benennung zu einem erheblichen Eintheilungsgrunde oder zu einem scharfen Ge-

gensatz gegen eine niedere Mathematik zu machen. Richtiger würde man schon die Polizei in die öffentliche und Privat-Polizei, wie das Recht in das Staats- und Privat-Recht, abtheilen, wiewohl auch diese Abtheilung zwischen den einzelnen Haupttheilen derselben keine so bestimmte und natürliche Gränze als jene andere zieht.

Einseitig und unphilosophisch ist es indessen, denjenigen Theil der Polizei, der es nicht mit Menschen, sondern mit leblosen Dingen zu thun hat, aber die Objekte des Rechts ebenfalls sichert, von der Sicherheits-Polizei auszuschliessen. Da die Polizei durchaus nach physischen Rücksichten handelt, so betrachtet sie den Menschen als einen Theil der materiellen Natur, als ein Naturwesen; sie sichert den Staat und den einzelnen Bürger vor dem Menschen, wie vor anderen schädlichen Dingen. Jeder individuelle Theil dieser Sicherung muß unter dem allgemeinen Begriffe einer Sicherheits-Polizei stehen. Von Berg hat daher unrecht, dem Prokanzler Gönner diese Eintheilungsart als einen Fehler vorzuwerfen; sie zeugt vielmehr von Gönners

philosophischem, richtig subsumirendem Geiste, und durch das gegentheilige Verfahren werden, wie bei Berg, nur unnöthige Wiederholungen und Spaltungen allgemeiner Begriffe veranlaßt.

Doch ist es nicht sowohl die Richtigkeit der E i n t h e i l u n g, die uns bei diesem Unterabschnitte beschäftigen soll, als vielmehr ein Gegenstand dieser Abtheilung selbst — die Frage, ob der zweite grofse Haupttheil der Polizei nicht vielleicht gar ein polizeiliches Hirngespinnst ist, das durch keine gesunde Philosophie zu einem Gegenstande der Staatsweisheit gemacht werden kann, mit anderen Worten, ob der Staat auch zu einem positiven Einflusse auf das Wohl, auf die Vervollkommnung seiner Bürger befugt ist? Es hat grofse und berühmte Gelehrte gegeben, welche allen diesen Einfluß schlechthin verwerfen, und Beck will schon in dem Namen der Sicherheits - Polizei eine leere Tautologie finden.

Am stärksten haben sich Adam Smith, Beck und Lüder gegen jene positive Theilnahme des Staats erklärt; vorzüglich Lüder,

dessen Gründe in einem Auszuge anzuführen, für unseren Zweck nicht unnöthig seyn wird. „Eine Regierung überschreitet ihr Ziel, sagt er, *) wenn sie für die Glückseligkeit des Volks positiv sorgen will. Die Bestimmung des Menschen ist Sittlichkeit, welche nur in dem Schoosse der Freiheit gedeihen kann; diese Freiheit wird aber vernichtet, sobald sich der Mensch zum Schöpfer einer fremden Glückseligkeit aufwirft, und sobald diejenigen Handlungen, welche keine fremden Rechte angreifen, von dem Urtheile eines andern, und sollte er der Herrscher selbst seyn, abhängig gemacht werden. Viele Fürsten haben ihr Volk bloß deswegen unglücklich gemacht, weil sie es absolut glücklich machen wollten; dieß läßt sich mit einer Menge Beispiele aus der Geschichte belegen. Durchaus sollte kein Fürst die unselige Idee haben, ein Landesvater werden zu wollen. Das Volk wird dann zum Kinde, und eine Menge unglück-

*) Ueber National-Industrie. Nach Adam Smith bearbeitet. III Theile. Berlin, 1800-04. Man vergleiche das vierte Buch.

licher Eingriffe in das Nazional-Wohl, in die Gewerbe, in die Privat-Glückseligkeit sind die Folgen dieser Idee. Sie verträgt sich sogar mit einer sklavischen Bedrückung des Volks; denn wer vermag zu bestimmen, was die Einbildung oder Laune eines Despoten für die Glückseligkeit seiner Unterthanen zuträglich findet? Das System einer positiven Wohlförderung führt uns also durch allmähliche Stufen endlich bis zu dem scheuslichsten Zustande der Menschheit, zu dem Grabe aller bürgerlichen Wohlfahrt, zur Sklaverei hin.“

„Nicht minder schädlich ist der positive Einfluss des Staats auf die intellektuelle Kultur. Nie sollte sich der Staat um Lehrstellen kümmern. Die Lehrstühle der hohen Schulen wurden bloß wegen dieses Staats-Einflusses mit Geistlichen und Mönchen besetzt, die besten Köpfe wurden nur deswegen ausgeschlossen, weil sie keine Glaubensartikel beschwören wollten; ein schädlicher Innungszwang ist durch diese Kuratel eingeführt; die Dotirung der Schulen und Universitäten ist die vornehmste Quelle des zwecklosen höheren Unterrichts; denn feste Gehalte machen

den Lehrer nur nachlässig und träge. In keinem Gewerbe ist das Verhältniß der ganz oder halb Verunglückten zu den Gelungenen so unglücklich als hier. Man überschauet die Schaaren von Jünglingen, die auf ihren Müssensitzen ihr und ihrer Eltern Vermögen und die kostbarsten Jahre verschleuderten, die mit heillos verdorbenen Sitten, mit zerstörter Gesundheit, verwahrloßt an Geist und Körper, in den Schoofs ihrer Familien zurückkehrten. Die vielen frommen Stiftungen und Stipendien vermehren das Übel; sie verleiten eine Menge untauglicher Subjekte zum Studiren. Weit besser daher, wenn der Bedürftige selbst für seinen Unterricht sorgt. Der Unterricht wird dadurch keineswegs so sehr vertheuert, wie *Meiners* glaubt, noch weniger aber verschlechtert. Die schlechteren Lehrer können sich dann gar nicht mehr auf ihren Lehrstühlen halten, und müssen andere Gewerbe ergreifen; die besseren aber dürfen auf vollere Hörsäle rechnen, und die Menge wird ihnen einbringen, was vormals der fixe Gehalt eintragen mußte. Die Zahl der Studirenden wird sich zum wahren Vortheil der ächten Kultur

vermindern, und das Kapital, was die Besoldung der Lehrer erfordert, kann besser genützt werden. Auch die Schüler müssen sich dabei besser befinden, weil alsdann mehrere in der Nähe finden, was sie sonst in der Ferne suchen mußten, weil sie für keinen unnützen Unterricht etwas auszugeben brauchen, weil sie sich bei der etwas gröfseren Theurung des Unterrichts zum Fleiß angespornt fühlen, und daher auch die Lernzeit möglichst abkürzen werden. Grofse Bibliotheken lassen sich noch besser anschaffen, wenn die Lehrer selbst nicht bezahlt werden dürfen. An Roms und Athens Beispiele zeigt es sich deutlich, daß der Unterricht ohne Staats-Besoldung sehr vortrefflich seyn kann. Blofs die Volksschulen bedürfen der Aufmerksamkeit des Staats, und die Lehrer derselben müssen eine kleine Besoldung geniessen, weil man der ärmeren Klasse die Bezahlung des Unterrichts erleichtern muß.“

„Eben so nothwendig ist es endlich, die Religion und Kirche von dem Staate zu trennen. Auch nicht ein einziger Grund läßt sich anführen, aus dem das Recht oder die Noth-

wendigkeit der Einmischung des Staats in die Religionsangelegenheiten hervorginge. Es ist eben so unnatürlich und schädlich, wenn die Kirche den Staat, als umgekehrt, wenn der Staat die Kirche beherrscht. Der Staat kann ein ruhiger Zuschauer bleiben, auch wenn die Religion seiner Unterthanen eine ungesellige, tadelhaft strenge Sittenlehre predigt, wenn eine Religionsgesellschaft ausschliessend das Volk Gottes sich nennt. Hat nun der Staat unwiderruflich beschlossen, jede Sekte sich selbst zu überlassen und sie zu nöthigen, daß sie die übrigen ungestört lasset, so kann der blinde und übertriebene Eifer einer jeden wenig oder nichts schaden.“

So weit L ü d e r. Eine richtige Beurtheilung dieser Gründe so wie der ganzen vorliegenden Frage dürfte von folgenden Punkten abhängen.

Z u e r s t läßt sich keineswegs beweisen, daß der Staat nicht ein Recht, oder richtiger, eine Befugniss zu solchen positiven Eingriffen in das Wohl seiner Bürger haben sollte. Vielmehr wird diese Befugniss begründet

a) durch die praktische Vernunft selbst auf eine gedoppelte Art —:

aa) In Hinsicht auf die reinen Bedürfnisse des Menschen. Was soll die einzige oder vorzüglichste Tendenz dieses positiven Einflusses seyn? Ästhetische und intellektuelle Kultur; denn die Sicherung des bloßen physischen, animalischen Seyns gehört der Sicherheits-Polizei an. Beide Bildungsgeschäfte sind aber wesentlich-nothwendige Förderungsmittel der moralischen Vollkommenheit, weil ohne Verfeinerung des Gefühlvermögens überhaupt, auch keine Zartheit des moralischen Gefühls, und ohne Ausbildung des geistigen Vermögens auch keine moralische Einsicht oder Beurtheilungskraft statt findet. Indem daher dieser zweite Haupttheil der Polizei ebenfalls eine gewisse Klasse von Bedingungen, von Mitteln der Ethik begründet, hängt er zugleich durch einen gemeinschaftlichen Mittelbegriff mit dem Sicherheits-Theile derselben zusammen; das ganze System erhält dadurch seine wahre szientifische Einheit, und seine sämtlichen Theile vereinigen sich zu einem Ganzen, für dessen Idee unsre versuchte Be-

stimmung desselben, wie die Bezeichnung T e l o - P h y s i k, mit dieser Ansicht noch bedeutender wird.

bb) wegen der zusammengesetzten Bedürfnisse eines Ganzen. Wenn unsere Gegner, hauptsächlich nach S m i t h, der diese Behauptung zuerst auf die Bahn gebracht hat, den positiven Einfluß des Staats auf das Wohl seiner Bürger als einen unbefugten Eingriff in die menschliche Freiheit, auf welcher doch zuletzt alle Sittlichkeit beruhe, und sonach in die heiligen Rechte der Menschheit darstellen: so gründet sich diese Behauptung auf eine mangelhafte, wenig durchdringende Ansicht des Rechts. Wir provoziren auf unsre Theorie über das Verhältniß der Justiz zur Polizei in Kollisionsfällen. Keine einzige polizeiliche Handlung, welche in das Wohl des Privaten eingreift, und wodurch der Staat zugleich die Privat-rechte zu beleidigen scheint, darf auf eine wahre Unterdrückung der Menschenrechte angelegt seyn; die Polizei hat auch hier immer das große Ganze im Auge; sie beschränkt nur, um zu erweitern; ohne einige Fesseln für den Einzelnen läßt

sich das Ganze nicht lüften. Die vorliegende Frage ist daher auch nichts weniger als eine Rechtsfrage, wie mehrere Schriftsteller geglaubt haben; nur polizeiliche Rücksichten können hier gelten. Smith selbst läßt, sobald er es auf eine gründliche Überzeugung des Lesers anlegt, jenes angebliche Recht fahren, und räsonnirt bloß aus politischen (polizeilichen) Gründen. Diese Appellazionen an die Justiz erscheinen daher in seinem berühmten Werke nicht sowohl als bloße Einschiebsel, wie ein gewisser Rezensent meynete, *) sondern mehr wie Parade-Sätze, welche nur aufgeführt seyn möchten, um zugleich mit den einfachen, durchfahrenden Machtgeboten des Rechts zu erzwingen, was die gewöhnliche Politik mit ihren langen, fein gesponnenen Entwicklungen nur mühsam und unsicher erringt. Wenn derselbe Rezensent hinzufügt, daß die ganze Frage durch eine Übertragung ins Feld der bloßen Politik (Polizei) weit mislicher gemacht werde, daß es äußerst

*) Hallische Allgem. Literat. Zeit. Nr. 51. 1807.

schwer sey, die Wirkung einer politischen Maßregel nach allen Seiten und in ihrer ganzen Ausdehnung zu bestimmen: so kann die bloße Schwierigkeit der Sache niemals ein Grund seyn, der eine philosophische Taschenspielererei — das Hinübertragen eines mislichen Problems in ein fremdes Gebiet, begünstigen könnte. Noch verwerflicher dürfte dieser rechtliche Gesichtspunkt werden, wenn es sich zeigen sollte, daß nicht allein wirkliche Eingriffe in das Wohl und Kulturgeschäft des Privaten, sondern vielmehr weise Erleichterungen derselben, für das System jenes positiven Einflusses gehören. Nachher einige Belege zu diesen Behauptungen.

b) konstitutionsmäßig, durch den Willen des bürgerlichen Vereins. Für uns bedarf diess kaum eines Beweises; er liegt schon in dem vorigen Punkte. Was die praktische Vernunft gebietet, und was nur durch eine bürgerliche Verfassung ausführbar ist, das muß auch ein heiliges Gesetz für den gesellschaftlichen Vertrag seyn. Zwar ist ein Konstitutions-Verein nothwendig, um diesen Geboten durch eine allgemeine Einstimmung

der Bürger eine höhere Verpöhnung zu geben, und dem Individ keine Ausflüchte oder Ansprüche auf Ausnahmen zu lassen; aber diese Sankzion gehört nur unter die sekundären, weil die Konstituzion selbst nur eine subalterne Instanz ist; sie muß wollen, was die Vernunft will. Wenn der bloße gemeinschaftliche Wille einer Gesellschaft hinreichend wäre, zu begründen, was bürgerlich-konstitutionsmäfsig ist, so könnte auch jede grofse, einhellig beseelte Räubergesellschaft ein Staat heifsen. Selbst eine minder strenge Philosophie, welche die Vernunft — nicht herabwürdigen, sondern nur entbehren möchte, um gewisse Gegenstände zu den Objekten eines verfassungsmäfsigen Willens zu machen, wird für das System unseres positiven Einflusses stimmen. Jedes Individ, wird sie sagen, denkt auf sein Wohl; was aber jeder Einzelne wünscht, und was keinem höheren, ethischen Gesetz widerstreitet, darin darf er sich auch mit seinen Mitbürgern vereinigen, darin darf er sie zu einer thätigen Unterstützung auffordern, und ihnen wieder seine eigne Mithülfe versprechen, darin wird er sich endlich, wo-

fern er nur den größten Theil seiner Wünsche zu retten vermag, auch denjenigen Einschränkungen bereitwillig hingeben, die von der Zusammengesetztheit eines Ganzen herühren. Doch möchten wir auf diesen Grund keinen höheren Werth als auf einen Neben- grund legen, weil die Würdigung und Deduktion aller einzelnen Einrichtungen des Staats, als eines moralischen Wesens, ursprünglich von ethischen Prinzipien, nicht von der Sinnlichkeit ausgehen muß.

Zweitens hat man bei der Entscheidung dieser Frage zu sehr auf empirische Grundsätze gefußt. Dafs die Resultate, welche sich aus den positiven Bemühungen vieler Staaten ergeben, oft das gerade Gegenteil von dem sind, was sie seyn sollten, dafs man aus dem Verfahren mancher Höfe in dieser Hinsicht eine ganze Chronik von polizeilichen Misgriffen, wie aus dem sittlichen Verfall mancher Hauptstädte eine Chronik von skandalösen Zügen zusammentragen könnte, diels haben die Sicherheits-Philosophen unwidersprechlich bewiesen. Aber ihre meisten Waffen.... woher sind sie genommen? Aus dem Arsenal der

gewohnten Erfahrung. Die Geschichte berichtet uns freilich, daß Bürger und Staat gewöhnlich gegen einander Parthei machen, daß sie sich unablässig zu überlisten, zu bevortheilen, aus dem Wege zu gehn suchen. Der Bürger kehrt bei seinen Handlungen ewig zu dem kleinen, isolirten Punkte zurück, von dem er ausgeht, zu sich selbst, und verlernt bei dieser mikrologischen Ansicht, sich für den bloßen Theil eines gröfseren Ganzen zu nehmen. Der Staat aber handelt selten wie ein hohes ethisches Wesen, wie ein Gemeinwesen; ein geheimer aristokratischer Egoismus streckt seine Hände hinter den Koulissen hervor, deren Vorderseiten mit den stolzen Bildern und Namen des Gemeingeistes, der Publizität, des allgemeinen Wohlstandes behängt sind, und die pomphaften National-Anstalten sammeln nicht immer für die Nation, sondern zuweilen für die kleinlichsten Rücksichten. Was aber Engherzigkeit und Leidenschaften nicht thun, das thun gewöhnlich Unwissenheit, verkehrte Ansichten, Vorurtheile, Anhänglichkeit an das Alte, Mangel an Erfahrung, Mangel an Umsicht, und hun-

dert andere Mängel, die sich in dem einzigen Begriffe von geistiger Ohnmacht vereinigen.

Ein anderer, schönerer Horizont wird indessen über den Beobachter an diesem Himmel aufgehen, wenn er die Sachen nicht nach dem prüft, was wirklich ist, sondern was wirklich gemacht werden soll. Der wahre Philosoph wird seinen Glauben an die Menschheit nie so weit verlieren, daß er ihre Veredlung im Ganzen wie im Einzelnen aufgeben, und das Hinaufrücken unserer Staaten zu dem höchsten Ziel, dem sie sich ewig nähern sollen, für ein Hirngespinnst, für eine fromme Sehnsucht nach dem unbekannten Eldorado halten dürfte. Noch kein Gegner hat uns genügend bewiesen, daß hier der Gebrauch ohne den größeren Misbrauch nicht statt haben könne. Der Staats-Philosoph nimmt den Staat, wie er seyn soll und seyn kann. Was gewisse Staats-formen, oder, möchten wir sagen, Staats-launen gewesen sind und noch sind, kümmert ihn nicht; er erhebt sich über Zeit, Ort, über die ganze Geschichte der Welt, und sieht bloß das Ewige, das Absolut-

wahre; denn er bauet für ein Ewiges und durch ein Ewiges die Vernunft.

Mag es daher seyn, daß unsre Staaten auch hier gethan haben, was der Mensch bei allen Sachen, für die er sich lebhaft interessiert, zu thun pflegt — zu viel; oder daß viele Direktorien den Bürger zu sehr als ihren Unterthänigen betrachten, und sich bloß deswegen in tausend Privatsachen mischen, weil es ihrem Ehrgeize schmeichelt, selbst die kleinsten bürgerlichen Angelegenheiten von ihrem stolzen Einflusse abhängig zu machen. Beides kann eben so wenig gegen ein lauterer System jenes positiven Einflusses beweisen, als die weibisch - zärtliche, überladene Sorgfalt eines Erziehers, der seinen Zögling fast zum Automaten erniedrigt, gegen die Möglichkeit einer ächten Erziehungs - kunst, oder die ehemalige Sucht der Geistlichen, sich in alle Welthandel zu mischen, gegen den Nutzen der Geistlichkeit überhaupt zeugt.

Drittens liegen den Behauptungen der Sicherheits - Philosophen manche einseitige Ansichten zum Grunde. Sie vergessen zuerst, daß eine Menge wichtiger Genuß - und Voll-

kommenheits - Mittel nicht einmal in der Gewalt des Privaten stehen; es müssen größere Hebel, höhere Kräfte, es muß die Macht des ganzen Vereins dazu in Bewegung gesetzt werden. Man wird uns sagen, daß die großen Anlagen des Staats (die Anlegung von Kunststraßen, von Handwerks - oder Handels- von Kunst - Anstalten und - Schulen, von großen Transport- und anderen Einrichtungen) durch die Vereinigung einiger begüterten Staatsglieder sehr wohl ausgeführt werden könnten; aber die Folgen dieser Privat-verbrüderungen.... man hat sie erfahren! Hier hat ein reicher Ehrlüstling seine Hände im Spiele gehabt, der sich allmählig zum machthabenden Diktator der ganzen Verbindung aufwarf, dort wollen die Nachkommen bei veränderten Verhältnissen nicht leisten, was zur Unterhaltung solcher Anstalten gehört, und wozu sich ihre Vorfahren anheischig gemacht haben, oder ein einzelner Theilhaber verarmt; er wird von seinen mächtigern Genossen verdrängt. Wenigstens werden die reichen Unternehmer diese Anstalten schlechthin als ihre eignen betrachten und auch den ein-

z i g e n Nutzen davon ziehen wollen. Dieß führt uns auf das zweite wichtigere Geschäft, was dem Staate bei jenem Einflusse obliegt: nicht sowohl die Herbeischaffung neuer Quellen des Wohls und neuer Genußmittel, als vielmehr eine ebenmäßige Gleichung, eine möglichste Vertheilung derselben unter alle Glieder des Volks. Überläßt man die Erhöhung des Wohls und die Vermehrung des National-Reichthums bloß der Willkühr des Privaten, so mögen daraus allerdings einige schnellere und erstaunenswerthere Anhäufungen von Reichthümern entstehen; denn wo die Aussicht auf Gewinn, auf große Vortheile ist, da ist auch Reiz zum Handeln, und dieser Reiz wird sich immer in direkten Verhältnissen mit der Freiheit, der Unbeschränktheit jener Aussicht vermehren; jeder fremde Einfluß wird — nicht immer zerstörend aber doch lähmend in ein Geschäft greifen, bei welchem der Bürger die leichteste Fessel desto mehr fühlt, je mehr er durch Genie, Klugheit und Welterfahrung zu seltenen, kostenspieligen, geheimen Spekulationen gereizt wird. Aber die Früchte dieser Freiheit wer-

den nur parzielle Bereicherungen seyn; sie werden auch nur als parzielle Reichthümer fort-dauren. Wenn das einmal erworbene Vermögen nachher auf den glücklichen Erben übergeht, wenn dieser nichts braucht, als den ruhig ererbten Reichthum zum Mittel eines neuen Reichthums zu machen, das heist, mit dem vorhandenen Kapital auf eine Art, die zugleich der Gemächlichkeit und dem Genusse wenig vergibt, fortzuwuchern, wenn er sich im stolzen Besitz seiner Vorthelle nur zu sehr zu dem eitlen und selbstsüchtigen Wunsche hinneigt, den Unbegüterten, dessen ganzer Reichthum in seinen Händen, in seinen täglichen Arbeiten liegt, zu drücken: dann heischt es die höchste Noth, diese Angelegenheiten der alleinigen Disposition des Privaten zu entreißen, und sie zur Sache eines partheilosen Gerichtshofes, zu einer polizeilichen Sache zu machen, oder vielmehr, allen Misbräuchen dieser Art schon von fern zu begegnen. Mag daher die Gewerbslust des einzelnen seltenen Genies in der Sphäre einer absoluten Freiheit am besten gedeihen, mag seine unerschöpfliche Erfindung sogar die wichtigern Nachhül-

fen des Staats zu entbehren wissen und durch eigne, kühn berechnete Hülfsmittel ersetzen: so kann jene weise Zerstreuung des zwecklos Angehäuften, jene umfassende Thätigkeit, welche die Säfte des Staatskörpers in seine feinsten lymphatischen Gefäße, in seine äußersten Arterien treibt, und jeder Stockung zuvorkömmt, jene edle Sorgfalt für die ärmere Klasse, welche, sich selbst überlassen, zu sehr zurückbleiben würde, mit Einem Worte, jener Eifer für das Universal-beste der Nation nur das Resultat einer leidenschaftlosen, allseitigen Spekulation, des Staats selbst seyn. Zwei wichtige Rechte gehen durch seine Nachlässigkeit in dieser Hinsicht verloren: Freiheit und Eigenthum. Der Reiche ist auch der Mächtigere; der Arme feilscht und handelt ewig um seine Freiheit, denn er muß sein Daseyn erhandeln. Schon durch eine weise Vertheilung der Abgaben, durch eine ehrenvolle Hervorziehung des erfindungsreichen Genies aus dem niedrigsten Staube, durch Belohnungen, durch eine zweckmäßige Ermunterung der Industrie kann der Staat in dieser Sache unglaublich viel thun. Zu welchem anderen Be-

hufe will Lüder alle, für die bessere Kultur nachtheiligen, Pachtkontrakte erschwert wissen; um anderer Vorschläge nicht zu gedenken, welche offenbar in das Wohlerhöhungs- nicht in das Sicherheits- Fach gehören? Der Staat zeige sich als den allgemeinen Vater aller Bürger, ohne partheiische Vorliebe für Einen; der Fürst Sorge mit eignen Aufopferungen für alle; darin hauptsächlich soll sich sein väterliches Verhältniß zu den einzelnen Bürgern bewähren. Die Erbitterung, welche Lüder gegen den Ausdruck Landesvater blicken läßt, hängt freilich mit seinen Grundsätzen zusammen, und wir wollen nicht sagen, daß dieser Ausdruck, als eine bloße Metapher, nicht viel für die Sache beweise; denn er führt auch als Bild eine sehr bestimmte Bedeutung. Aber, richtig verstanden, wird er wenig Anstößiges haben. Man hat den Vater dem bloßen Herrscher, dem Despoten entgegengesetzt, und ein Volk wird sich noch immer lieber ein Gängelband als eine Zuchtrüthe wünschen. Ihr Väter des Volks, solltet ihr nicht auch das erstere wegwerfen, wenn ihr sehet, daß ihr es mit keinen Un-

mündigen zu thun habt? solltet ihr gar unväterlich genug seyn, eine Sklavengeißel daraus zu machen? Umgekehrt, nur eure Vaterliebe ist die beste Ägide der Freiheit.

Noch weniger erheblich ist daher, was Beck in seinen *Grundsätzen der Gesetzgebung* anführt, um seinen engen Begriff von der Polizei zu retten. „Unter dem Namen Hauswirthschafts-Polizei, sagt er, pflegen die Aufwandsgesetze genannt zu werden, welche die Verschwendung durch Kleiderpracht, Bedienten, Equipage und dergleichen verbieten, und sich auch wol herausnehmen, die Zahl der Schüsseln und Gäste, die man zu Gastmahlen bitten darf, nach Beschaffenheit des Standes, den man in der Gesellschaft hat, zu bestimmen. Diese Gesetze haben das Eigenthümliche, daß ihre Übertretungen sich weder als Rechtsverletzungen noch als Polizeivergehungen denken lassen.“ Oder an einer anderen Stelle: „Eben so verwerflich sind unserm Bedünken nach die Gesetze, welche das körperliche Wohlbefinden der Staatsbürger betreffen, wenn sie mehr bewirken sollen, als die Möglichkeit der Verletzungen

der Rechte, und zwar der Verletzungen des angebohrnen Seinen eines Menschen, durch Handlungen eines anderen zu erschweren. Ein Gesetz, das jedem, der sich an einem Orte aufhält, wo eine ansteckende Krankheit herrscht, verbietet, Orte zu besuchen, wo sie noch nicht ist, ist ein wahres und wohlthätiges Polizeigesetz. Man sieht aber wohl den Unterschied, der vorhanden ist zwischen Gesetzen dieser Art und demjenigen, welches die Art der Bekleidung in verschiedenen Jahreszeiten vorschreibt, oder über Elswaaren verfügt, deren und welcher Kompositionen aus den Stoffen der Naturreiche sich jedermann zu enthalten habe.“

Der Verfasser kämpft hier gegen luftige Feinde; die Beispiele, die er zur Bestätigung seiner Theorie wählt, sind wenigstens lauter Extreme. Wo ist die gesunde Polizei, die dem Bürger durch Gesetze vorschreiben wird, welche Gäste er zu seinen Gastmahlen bitten, wie viel Schüsseln er auftragen soll? Gleich nachher erwähnt der Verfasser auch einer Gesinde-Polizei, welche den Herrschaften das Gesindelohn bestimmt und ihnen zugleich verbietet,

dem Gesinde außerordentliche Geschenke zu geben. Die Philosophie hat gar keine Mühe, eine solche Polizei aus dem Staate zu bannen. Wo ist ferner die polizeiliche Gesetzgebung, welche den Bürgern, wie die Göttin der Mode, ihre abwechselnden Trachten, oder wie eine karge Hausmutter, die Materialien zu ihren Speisen, oder wie ein eigensinniger Koch, auch die Zubereitung ihrer Gerichte vorschreiben wollte? Allein andere Gesetze, welche das Wohlbefinden betreffen, sind keineswegs unnütz, und liegen allerdings in ihrem Gebiete. Dahin zählen wir das Gebot der Kuhpocken - Impfung in einem vorurtheilsvollen Lande, in welchem alle Vorstellungen der Ärzte, alle milderer Ermahnungen des Staats nichts fruchten wollen (was auch einige Staats - oder Rechtsgelehrten, die solche Sachen immer aus dem strengen Gesichtspunkte des Rechts betrachten, und niemals bedacht haben, daß es auch eine Disziplin gibt, welche den Staatszweck bloß nach physischen Gesetzen zu fördern befugt ist, dagegen sagen mögen); die Sorge für gewisse wohlfeile und doch nahrhafte Gerichte in

den Zeiten der Theurung, hauptsächlich für die ärmere Klasse u. s. w. Nur ein enger Systemgeist kann solchen Anstalten das Verdammungswort sprechen.

Eben so ist es mit der *Fruchtsperre*. Alles, was man über die Unterdrückung des Fleißes, der durch solche Sperren um seine besten Früchte gebracht werde, über die Zurücksetzung des Landbauers, der bei zu wohlfeilen Preisen verarme und sogar die Kräfte zur Ausbreitung oder Fortsetzung seiner landwirthschaftlichen Thätigkeit einbüße, über die eigne Beschaffenheit des Fruchthandels, dem man die unbeschränkteste Freiheit zusichern solle, weil das Getraide wie eine Waare zu betrachten sey, und weil bei der Gewinnung desselben gewöhnlich ein noch größeres Risiko als bei den meisten anderen Handelsoperationen statt habe, über die Fruchtlosigkeit aller Sperrgebote, welche gewöhnlich den umgekehrten Erfolg hätten, und zuletzt über die Unausführbarkeit derselben gesagt hat — alle diese Gründe beweisen vortrefflich gegen öftere, leichtsinnige Anwendungen, aber nicht gegen die Anwendbarkeit des Sperrsystems

überhaupt. Sobald die Möglichkeit eintritt, daß der grössere Theil der Bürger oder die ärmere Klasse dem entschiedensten Mangel, vielleicht gar einem langsamen Hungertode hingegeben, oder nur den Folgen des Mangels, manchen langsamen und verzehrenden Krankheiten ausgesetzt wird: dann muß die scheinbarste Theorie an der Wirklichkeit scheitern, dann wird der entschiedenste Theoretiker nicht vermessen genug seyn, die Bündigkeit jener Gründe durch ein verzweifelttes Experiment zu erproben. Erst muß der Staat Gesundheit und Leben in Sicherheit bringen, ehe er sich um Freiheit und Eigenthum kümmern darf; es bedarf weder hier noch in anderen dringenden Fällen der unphilosophischen Ausflucht, daß das Recht, welches im metaphysischen Sinne figurire, in der wirklichen Welt öfters aufgegeben werden müsse. Schon bei einer wahrscheinlichen Theurung, nach einem vorhergegangenen Miswachs im Auslande, wo alle Güterbesitzer, durch die theuren auswärtigen Preise gelockt, ihre sämtlichen Vorräthe dahin zu verkaufen bemüht wären, oder bei der Gefahr, daß der unbeschränkten Frei-

heit des Getraidehandels eine zu grofse, für die Konsistenz des Staats nachtheilige Ungleichheit der Güter zwischen der produzierenden und konsumirenden Klasse nachfolgen möchte, ist der Staat zu solchen einschränkenden Mafsregeln befugt. Die vielen widersprechenden Urtheile über diesen Punkt rühren hauptsächlich daher, dafs man blofs nach einigen, oder — was wir gern zugeben wollen, nach vielen einzelnen Fällen geurtheilt, aber nicht alle möglichen und wirklichen Fälle berücksichtigt hat. Welch' ein Unterschied zwischen einem dürren und unfruchtbaren Lande! noch mehr zwischen einem solchen, wo einige reiche Produzenten den Grofs- oder beinahe den Allein-handel des Getraides besorgen, wie in Irland, und zwischen einem Lande, wo die Produktion mehr zwischen vielen kleinen Produzenten getheilt ist, wie in Sachsen! Dafs die meisten Produzenten bei einer Fruchtsperre sehr leiden, bleibt ausgemacht; aber es soll eben die Absicht des Staats seyn, dafs sich kein Theil auf Kosten des anderen zu sehr bereichere, und derjenige Theil, der mehr produziert, als er verzehrt, macht in

den meisten Staaten nicht die Hälfte, in anderen nicht einmal ein Drittheil der Nation aus. Wenn man sich aber auf die Unausführbarkeit und Fruchtlosigkeit solcher Sperrgebote beruft, so sollte man vorher die Ausfuhr zu Schiffe und auf der Axe unterscheiden. Im letzten Falle muß freilich das Sperren mislicher seyn. „Aber große Frachtstraßen, sagt ein sehr einsichtsvoller Rezensent,*) können beachtet, und die Wasserfahrt kann sehr nachdrücklich gesperrt werden. Dazu bedarf es nur einer strengen Aufsicht, die durch wenige zuverlässige und gut bezahlte Diener geführt wird. Die Verbote der Ausfuhr auf Strömen sind von so ganz unmittelbar einleuchtender Wirksamkeit, daß man in den Kurhannöverischen Staaten mehreremal die Erfahrung gemacht hat, daß, sobald Weser und Elbe gesperrt werden, die Preise des Getraides sehr ansehnlich fallen. Gegen solche Thatsachen, wobei gar keine Komplikazion der Umstände eintritt, ist nichts einzu-

*) Hallische Allgem. Literat. Zeit. Nr. 5.
1806.

wenden. Noch im laufenden Jahre, da wegen der Versorgung eines grossen feindlichen Heers die Ausfuhr verboten war, ist, ungeachtet dieser vermehrten Anzahl von Konsumenten, Mangel und Theurung bei weitem nicht auf den Grad gestiegen, als in den Provinzen, wo man, den grossen und reichen Produzenten zu gefallen, die freie Ausfuhr allzulange verstattet hatte.“ Übrigens sollte den Polizei-Direktorien die Rücksicht auf die Ausführbarkeit ihrer Gebote (besonders bei allen Verordnungen und Auflagen, bei welchen die Möglichkeit der Defraudationen ebenso leicht, als der Reiz zu denselben vorherrschend ist) allemal eine der ersten, und die Sorgfalt, jenen verzweifelten Nothlagen des Volks durch weise Anstalten zu vorzukommen, weit wichtiger, als die Maxime seyn, ihnen durch verzweifelte Mittel zu helfen.

Auch jener unseligen, öfters einreissenden Neigung des Bürgers zur Anlage von neuen Brannteweins-Brennereien und zur willkührlichen Vervielfältigung derselben — einer Neigung, welche oft nur die letzte Zuflucht verdorbener Hauswirthe oder das Produkt einer

faulen Spekulation ist, die ohne den Schweifs ihres Angesichts reich werden möchte, müssen von einer weisen Polizei mächtige Schranken, ohne Nachsicht gegen das Geschrei einiger Afterpolitiker, gesetzt werden, welche die Sache nur nach der beschränkten Ansicht ihres dürftigen Lokale zu würdigen wissen, und die Nachtheile, die aus der laxen Begünstigung jener Getraide - Schlünde entstehen, kurzichtig genug, durch die Menge der Zufuhr wieder ausgleichen wollen.

Soviel von dem positiven Einflusse des Staats auf die eigentliche Wohl-erhöhung der Bürger. Jetzt noch einige Worte von seinem Einflusse auf ihre geistige Vollkommenheit.

Zwar, das meiste — muß der Mensch selbst für seine geistige Ausbildung thun, und die höheren Grade derselben hängen sogar beinahe allein von seiner Selbstthätigkeit ab. Doch kann der Staat auch hier unglaublich viel leisten. Zuerst muß ihm unendlich viel daran liegen, daß jedes Individ über seine wichtigsten Obliegenheiten als Mensch

und als Bürger aufgeklärt werde; der vollkommene Mensch fördert den vollkommenen Bürger; kein Gesetzgeber hat die geistige und moralische Bildung der Nation für gleichgültig gehalten; selbst der Usurpator pflegt davon sein großes Interesse zu ziehen. Aber diese Aufklärung dem bloßen guten Willen des Menschen zu überlassen, könnte höchstens die Sache eines barbarischen Staats oder eines unverzeihlichen Indifferentism seyn. Nicht allein liegen die meisten Früchte des Unterrichts so entfernt und reifen so langsam, daß sie nur für wenige seltne, weit sehende Köpfe einigen Reiz zu haben pflegen, sondern der Mensch ist auch gerade in den Jahren, wo die ersten Keime zu jener Frucht in seine Seele gelegt werden müssen — in der Kindheit und Jugend, so sehr Sinnen- und Thier-wesen, daß er gegen eine Kultur, die er nie ohne einigen Kampf mit seinen mächtigsten Trieben, ohne mühevollen Anstrengungen seiner höheren Kräfte erringt, nicht sowohl gleichgültig ist, als sich vielmehr gegen sie sträubt. Hier also oder nirgends ist eine Nöthigung des jungen Bürgers zum Gebrauch dieser Aufklä-

rungsmittel hohes Bedürfnis; der Staat muß eine Vormundschaft geltend machen, welcher das unmündige Alter bedarf, und zu deren Ausübung viele Eltern zu unverständlich oder zu faul sind. Lüder selbst wagt es nicht, die positive Theilnahme des Staats von der Bildung der jungen Generazion auszuschließen, indem er ihm die Aufsicht über die Volks- und Bürgerschulen nicht erlassen will. Sollte er sagen, daß die bürgerliche und moralische Ausbildung des Volks vielmehr zur Sicherheits-Polizei gehöre, weil dadurch eine Menge Verbrechen schon in der Geburt erstickt oder doch nicht zum Ausbruche gelassen würden, so ist nichts wahrer als dieses; so wahr, daß es sogar das ganze System der Sicherheits-Philosophen — vernichtet. Man braucht uns für unser System nur die Möglichkeit einer solchen öffentlichen Bildung einzuräumen; wir wollen nichts mehr. Man würde dadurch anerkennen, was man eben zu läugnen, und durch die stärksten Argumente als unstatthaft darzustellen gesucht hat: daß der positive Einfluß des Staats für die wahre Bildung des Geistes höchst wirksam seyn könne.

Aber nicht bloß durch ihre unmittelbare Nöthigung zum Gebrauche der Bildungsanstalten wird diese positive Theilnahme nothwendig, sondern noch mehr durch ihre Erleichterungsmittel. Wir zählen dahin hauptsächlich die öffentlichen Besoldungen der Lehrer. Wenn schon jetzt so viele Eltern nicht einmal das geringe Schulgeld aufbringen können und wollen, so würden noch weit mehrere Menschen fast allen Unterricht bei einer Vertheuerung desselben entbehren. Nicht allein die Bildung des Kindes, sondern auch des aufstrebenden Jünglings würde ohne alle Besoldungen der Lehrer und ohne Akademien noch schlechter besorgt werden. Bloß nach den Orten, wo der Unterricht am einträglichsten wäre, nach den großen Städten würden sich dann die geschickten Lehrer hinziehen; denn hier ist der Zufluß von allen Arten von Menschen, hier der Reiz zur Auszeichnung und Bildung der größte; die Provinzialen würden ihrem Unterrichte oft noch viel weiter nachgehen müssen, als jetzt. Alle Gymnasien würden beinahe ganz einschlafen; die Lehrer vom mittleren Range, welche für

die gewöhnlichen Bürger - und Elementar-Schulen zu gut, aber für den höheren Unterricht nicht befriedigend, und dennoch zur wahren Ausbildung des Jünglings eben so nothwendig wären, als die höheren Lehrer (weil diese eben so wenig geneigt als geeignet sind, sich mit der Grund- oder Mittel-bildung des Jünglings zu befassen, und weil viele Köpfe nur auf den rechten Weg geführt zu werden brauchen, um ihre weitere Bildung zu vollenden), diese achtungswerthe Klasse von Lehrern würde sich nur selten halten können. Die vorschnelle Jugend, welche nichts weniger als den langsamen Stufengang der Natur liebt, würde sich gewöhnlich schon zu reif für ihren Unterricht dünken, und zu anderen berühmteren Lehrern hineilen; Überzeitigung, Naseweisheit, Treibhausfrüchte würden die Folgen dieser gepriesenen Unbeschränktheit seyn; die Entblößung von allem legalen Ansehen und die gröfsere Abhängigkeit jener Lehrer würde die Jugend in ihrem vorschnellen Taumel bestärken, die Nichtachtung der erstern vermehren, und sie oft in Eine Klasse mit den gewöhnlichen Schulmeistern werfen.

Die Zurechtweisungen der Eltern können kein allgemeines Korrektiv für diesen jugendlichen Muthwillen seyn; gegen die Fähigkeit, die Weltkenntniß, den guten Willen von tausend edlen Vätern und Müttern lassen sich mehrere tausend unedle oder träge, mit Vorurtheilen behaftete und durch schwache Zärtlichkeit geblendete Eltern aufführen. In Griechenland, wo sich der junge Bürger nur in Athen eine vorzügliche Bildung geben konnte, wie viele Schwierigkeiten hatte er oft zu bekämpfen, ehe er zu den Vorzügen einer solchen Bildung gelangte? Gerade die Beispiele von Rom und Athen widerlegen, was sie bestätigen sollen. Fast alle anderen Städte Griechenlands und des weiten römischen Gebiets lagen in einem tiefen wissenschaftlichen Schatten; ihre beiden Sonnen warfen in die Ferne nur matte, einzelne Strahlen, und verschlangen ihr meistes Licht in sich selbst; sogar auf ihrer eigenen Fläche beleuchteten sie nur wenige Punkte; denn selbst in jenen Hauptstädten war die Aufklärung bei weitem nicht so allgemein, wie bei uns, weil der theure Unterricht nur von den Begüterten bezahlt werden konnte.

Einzelne Ausnahmen gelten für keine Regel. Nur die Besoldung der Lehrer, kann man dreist behaupten, ist für viele Örter das beste Aufklärungsmittel geworden. Indem sie auch den besseren Lehrer an mehrere kleine Orte bindet, wird sie für das Ganze der geistigen Vervollkommnung, was die ebenmälsige Vertheilung der Güter für das menschliche Wohl ist. Ohne sie würden die Genies den literarischen Groß- und Allein-handel an sich reißen, wie die Reichen und kaufmännischen spekulativen Köpfe die materiellen Genußmittel an sich ziehen würden; die mittelmälsigen Köpfe, die geistig- und körperlich - Armen würden verkümmern. Wenn sich endlich der meiste und wichtigste Unterricht mit den berühmtesten Lehrern nach den großen Städten hinzöge, so würde sich hier die moralische Verderbnis und Gelegenheit zu Verführungen für den Jüngling noch tausendmal mehren. Falsche Begriffe von Ehre, Irrwege des jugendlichen Leichtsinns, die Reize einer ungezügelten Freiheit, die traurigen Fehden zwischen den Musensöhnen und Söhnen des Mars, Renommisten - Ton und Renommisten - Ideen, Auf-

wärterinnen, Freudenmädchen, Gauner, Gastwirth, Trinkgesellschaften, Leihhäuser, gefällige Juden, dekorirte Aktrizen, Kupplerinnen, Wundärzte und Konsorten würden hier erst ins Grofse und Tiefe treiben, was sie auf den bisherigen Akademieen nur im Einzelnen und Kleinen operirt haben. Es bedarf keiner Appellazionen auf wirkliche Beispiele; sie liegen jedem flüchtigen Weltkenner vor Augen. Die hohen Schulen und Akademieen nicht in Hof- und grofse Handelsstädte zu verlegen, ist gerade ein Hauptmittel, was dem Jüngling die Leichtigkeit der Verführungen abschneidet; es sollte zugleich eine Maxime der kameralistischen Staatsweisheit seyn, weil an diesen Orten die Nahrung ohnehin grofs genug ist.

Wenn Beck sogar die Aufsicht über die öffentlichen Sitten von der Polizei trennen, und die gewöhnlichen Begriffe über diesen Punkt nur aus den unbestimmten Ideen über Polizei und Polizeigesetze herleiten will, wenn er hier alles von dem Beispiel des Fürsten erwartet: so müfste er zuörderst im Stande seyn, uns für die musterhafte Sitt-

lichkeit des jedesmaligen Volksrepräsentanten Bürgschaft zu leisten — eine Bürgschaft, die durch die Nero's, Calligula's und Borgia's fürchterlich widerlegt wird. Kein Einzelwesen kann als ein zuverlässiges Surrogat an die Stelle dessen gesetzt werden, was eine große, öffentliche Anstalt im Staate seyn soll. Selbst das edelste Muster der erhabensten Regententugend ist für diese Wirkung zu ohnmächtig; die meisten Menschen leben zu entfernt vom Throne, als daß sie an diesem weitentlegenen Ideal mit daurender Theilnahme hinaufsehen könnten. Ein Beispiel wirkt am meisten durch seine Anschaulichkeit; seine Wirksamkeit in die Ferne verliert sich gradweise wie die Wirksamkeit des Feuers und Schalls.

Eben so wenig können wir dem Staate jede positive Einmischung in die Angelegenheiten der Religion untersagen. Freilich darf er sich nicht in bloße Meynungen mischen und über Dogmen absprechen wollen; aber diejenige Religion besonders zu begünstigen, welche dem Staatszwecke am meisten entspricht, dazu hat er nach unserer Meynung

nicht allein die reinste Befugniss, sondern zugleich die Auffoderung einer heiligen Pflicht; denn von einer solchen Lehre kann er, unbekümmert um alle spekulative, metaphysische Fragen, welche nur für den Religionsphilosophen gehören, mit hoher Überzeugung erwarten, daß sie außer ihrer relativen Güte (der Angemessenheit zur Staatsidee) auch den Vorzug der absoluten Vortrefflichkeit habe, weil die beste Religion nur ein Produkt der Ethik, und die Idee des Staatszwecks zugleich nur eine ethische seyn kann. Alle bekannten Religionen haben zwei Seiten: eine dogmatische und moralische; nichts ist wichtiger, als beide zu unterscheiden, wenn man den Einfluß des Staats auf ihre Förderung oder Nichtförderung würdigen will. Eine Gotteslehre, welche die menschliche Thätigkeit lähmt, welche ebenso viel Empörendes für die Vernunft als Abschreckendes für die Bürgerpflicht hat, welche vom frühen Morgen bis zur späten Nacht die öffentliche Wirksamkeit durch unnütze Vorschriften einschläfert, und den menschlichen Sinn nie aus dem dumpfen Zustande einer

gewissen Unmündigkeit entläßt, wie die jüdische — eine solche Religion darf sich mit Recht nicht solcher bürgerlichen Vorrechte erfreuen, als eine vernunftmäßigere, freiere Lehre. Sanfte Toleranz, Enthaltung von Verfolgungen, von spöttischen Herabwürdigungen ist das Einzige, worauf sie wahre Ansprüche hat. Nie sollte man den Staat zu jener unseligen, kalten Gleichgültigkeit, welche zuletzt die zügelloseste Lehr- und Glaubens-Lizenz systematisirt, sondern immer zu einer leisen Aufsicht über die religiöse Bildung der Jugend, zur Begünstigung eines Glaubens auffodern, dessen vorzüglichste Unterlage eine reine Moral ist. Was auch Bayle gesagt haben mag... eine große Sekte von Atheisten darf dem Staate nie gleichgültig seyn. Überhaupt ist die Bildung neuer Sekten in seinem Schoofse eins der mislichsten Ereignisse, was er nur unter gewissen Bedingungen (deren Entwicklung hier nicht statt haben darf) einräumen sollte; denn die Religions-spaltungen geben, zumal im Anfange der Trennung, wo das Feuer einer gewissen fanatischen Begeisterung in den Gemüthern noch lodert, auch zu bür-

gerlichen, öfters blutigen Spaltungen Anlaß. Schon die unvorsichtigen Angriffe der öffentlichen Religionslehrer auf herrschende, noch für heilig geltende Meynungen dürfen ihm nicht indifferent seyn; er hat recht, dem Lehrer Behutsamkeit zu empfehlen. Vorzüglich aber sollte sich der äußere Kultus der statutarischen Religion seiner Aufmerksamkeit rühmen dürfen, und durch die zweckmässigsten Mittel in seiner Achtung erhalten werden. Es muß also im eigentlichsten Sinne auch eine Religions- und Kirchen-Polizei geben.

Endlich *viertens* soll der Staat auch nach unserer Überzeugung einen sehr beträchtlichen Theil seiner Sorgfalt für die bürgerliche Vervollkommnung auf eine bloße *Negative*, auf den Grundsatz einschränken, dem Fortschreiten der Nation zur Vollkommenheit keine Hindernisse in den Weg zu legen. Zwar ist es eine der schwierigsten Aufgaben, die Gränze zu finden, wo jene allgemeine Sorgfalt aufhören und dem Einzelnen ihre Geschäfte überlassen, wo sie in ruhiger Eingezogenheit, mit der Resignazion eines väterlichen Greises, der die Lebhaftig-

keit seiner Kinder zu einer edlen Selbstthätigkeit, ihren Verstand zu einer trefflichen Reife angeführt hat, dem rastlosen Streben und Weben ihrer Bürger zusehen soll. Selbst eine allgemeine Regel, welche dem unruhigen Forscher auf diesem düstern Pfade einige Lichtpunkte zeigen könnte — wofern die Philosophie sonst glücklich genug wäre, einen solchen Grundsatz zu finden, würde jene Schwierigkeiten nur erleichtern, nicht heben; denn die jedesmalige Anwendung derselben hängt von so vielen grossen, durchdringenden Einsichten in das ganze Gewebe des Staats ab, dafs wir beinahe für jeden speziellen Fall eine spezielle Regel bereit halten müßten, um die Nebel, die auf diesem Problem schweben, ganz zu zerstreuen. Da aber für die Handlungsweise der Weisheit nichts wichtiger als die Aufstellung allgemeiner Grundsätze seyn kann, so dürfen wir uns mit folgendem Prinzip so lange begnügen, als kein besseres an seine Stelle gesetzt ist: „der Staat thue mit seiner positiven polizeilichen Sorgfalt lieber zu wenig als zu viel, so lange er nicht durch ausgemachte Berechnungen der Ver-

nunft oder durch ausgemachte Erfahrungen von der Nothwendigkeit oder Zuträglichkeit derselben zum Staatszwecke überzeugt ist.“ Allerdings geht die energische Kraft des Handelns verloren, wenn der Bürger in seinen Unternehmungen zu sehr gehemmt, wenn er nur zu viel durchkreuzt und beengt wird. Er fühlt es sogleich, daß er dann nicht für sich selbst, sondern für ein fremdes, entlegenes Wesen handelt, das er nicht liebt, das er sogar zu hassen anfängt, wenn er zu einem bloßen Mittel für die Absichten desselben gebraucht werden soll; je mehr sich der Staat über ihn anmaßt, desto mehr entfernt er ihn von sich, desto mehr divergirt sein Interesse von dem Interesse des Bürgers. Die hohe Springfeder des menschlichen Handelns, welche der Polizei, als Polizei, nie gleichgültig seyn darf, der Eigennutz wird hier gelähmt, statt daß er nur geleitet, er wird unterdrückt, statt daß er nur in seinen Unterdrückungen gehemmt werden sollte. Besonders bei dem Handelsauflagen- und Akzise-wesen ist mit großer Behutsamkeit zu verfahren, und eine Polizei, die ihre Auflagen auf alle mögliche

Genufsmittel legt, sollte bei der Beobachtung, wie sehr sie den menschlichen Freiheitstrieb gegen sich reizt, allemal nachdenkend werden. Vor allem aber sollte der Staat nicht übersehen, dafs sein Zutritt zu allen Sachen, wobei der Gewinn grofs und nahe vor Augen liegt, bei weitem nicht so wichtig und nöthig als bei anderen ist, deren Früchte entfernt liegen. Dafs durch seine arroganten positiven Einwirkungen zugleich in den Handlungen der Bürger ein gewisser anstößiger Geist der **Einförmigkeit** hervorgebracht wird, ist mehr ein Fehler der eigenthümlichen Regierungsform, als dieses Einflusses, und gehört nicht hierher.

Aber selbst diese Bemerkungen werden keine einzige von unsern vorigen Behauptungen umstofsen. Wahr bleibt es: keine gröfsere Erscheinung für den denkenden und fühlenden Menschen in der Natur und Geschichte, als ... der Adlersflug des Genies. Nichts scheint daher ein edleres, würdigeres Geschäft für den Staat zu seyn, als dem Elemente, worin dasselbe seine Bahnen vollendet, die ausgedehnteste Freiheit zu sichern. Aber womit

wird dieser Flug endigen? Wird der niedere Bürger nur den Schwung seiner Fittige, seine gigantische Kraft, seinen exzentrischen Aufflug bewundern? Befragt die Jahrbücher der Welt. Bald werden auch seine Klauen anfangen, ihre Rolle zu spielen; der königliche Vogel wird erbeuten, erdrücken, zerreißen, vernichten; die ganze Nation oder einzelne Bürger werden sich bald auf dem Gange zur Sklaverei, auf einem Rückschritte befinden, der durch das Maximum der Freiheit selbst herbeigeführt wird.

Nichts würde ungerechter seyn, als wenn man diesen Äußerungen den geheimen Sinn unterschieben wollte, daß sie es auf eine Unterdrückung des seltnen, ausgezeichneten Talents, auf eine Hervorziehung der mittelmäßigen Köpfe anlegten. Man braucht das erste nicht zu drücken, indem man die letzten begünstigt; Nachhülfe für diese und möglichst freier Spielraum für jenes, keine Bedrückung des Einzelnen als wegen des höheren Ganzen — ist die beste Weisheit des Staats.

Da aber selbst diejenige Sorgfalt desselben, welche nicht positiv seyn darf, doch

viel zu wenig für den Zweck des Staats thun würde, wenn sie ihm bloß keine Hindernisse in den Weg legte: denn für diesen Behuf brauchten wir im Grunde gar keine höchsten Direktionen; da sie noch vielmehr alle möglichen Hindernisse, welche jenem Zwecke von der Natur und von einzelnen Bürgern gelegt werden, aus dem Wege räumen soll: so müssen wir neben diesem *negativen* noch einen viel wichtigern, einen *indirekten* Einfluß des Staats annehmen, so wie wir diejenige Erziehungskunst, welche Rousseau zuerst zu begründen suchte, lieber eine *indirekte* als eine *negative* nennen möchten; denn sie macht oft die lebendigste, berechnetste Thätigkeit nöthig.

8.

Polizei - Gesetze. Polizei - Vergehen. Kriminal - Polizei. Polizei - Strafen.

Man mag unter den *Gesetzen* einer praktischen Wissenschaft die reinen Gebote (*Imperativen*) der praktischen Vernunft, oder die öffentlich bekannt gemachten, für die bürgerliche Handlungsweise festgestellten *Nor-*

men derselben (von welchen hier allein die Rede seyn kann) verstehen: so werden sie nur die Idee der Wissenschaft selbst aussprechen. Von dieser Idee wird daher auch bei jedem Philosophen die Bestimmung eines Polizeigesetzes abhängen; G r o l m a n n und T i t t m a n n werden den Begriff desselben nur auf das bürgerliche Wohlbefinden, Beck, Fichte und L ü d e r hingegen auf die Verhütung gewisser Verletzungen des Rechts einschränken. Nach unserm System können Polizeigesetze keine andere als solche öffentlich aufgestellte Normen der bürgerlichen Handlungsweise seyn, nach welchen der Staatszweck, den Gesetzen des physischen Zusammenhangs gemäß, gefördert werden soll. Da die Polizei selbst aus zwei großen Haupttheilen besteht, so müssen sich auch ihre sämtlichen Gesetze unter diese beiden Hauptrubriken bringen lassen; es muß sowohl Gesetze der Sicherheits- als der Vollkommenheits-Polizei geben. Eine gründliche Untersuchung würde hier freilich noch tiefer ausholen, und vorzüglich von jenen vier Punkten, die wir oben als Unterscheidungspunkte zwischen der Justiz und Polizei festsetzten,

ausgehen müssen, um eine erschöpfende Ansicht dieser sämtlichen Gesetze zu erhalten; sie würde hiernach in der Rektifikation der einzelnen reinen Prozeduren des Rechts, in der Sicherung der Rechtsobjekte gegen mögliche Störungen von Seiten der Menschen, und zugleich gegen die schädliche Natur, in sofern diese den Rechtsobjekten gefährlich ist, die Grund-Momente für die Gesetze der Sicherheits-Polizei finden. Aber bald nachher werden wir sehen, daß weder der größte Theil von möglichen Störungen der Rechtsgegenstände, noch die schädliche Natur ein Objekt dieser Gesetze seyn kann. Nur die Rektifikation mancher einzelnen Prozeduren des Rechts und ein kleiner Theil von jenen möglichen menschlichen Störungen bleibt uns für die Gesetze der Sicherheits-Polizei übrig. Nicht so viel Schwierigkeiten hat es mit den Gesetzen der Vollkommenheits-Polizei.

Mit den Polizei-Gesetzen hängt die Lehre von der polizeilichen Gerichtsbarkeit (der Kriminal-Polizei) und von Polizei-Vergehen zusammen. Es liefs sich erwarten, daß

der Untersuchungsgeist unserer Polizeigelehrten vorzüglich darauf ausgehen würde, eine genaue Gränze zwischen den polizeilichen und sogenannten peinlichen Verbrechen zu ziehen; es liefs sich eben so sehr voraussehen, dafs jeder Philosoph diese Gränzscheidung ganz nach seinen eignen Ideen von der Polizei ausführen würde. Wir können uns hier sehr kurz fassen. Die Kritik anderer Bestimmungen dürfen wir dem Leser selbst überlassen; sie kann keine Schwierigkeiten haben, weil die Richtigkeit jener Bestimmungen mit der Idee von der Polizei selbst stehen und fallen mufs. „Vergehen gegen denjenigen Theil der Staatsdisziplin, der den Staatszweck nach den Gesetzen des physischen Zusammenhangs fördert,“ kann nach unserer Ansicht der einzige richtige Begriff solcher Vergehungen, und zugleich der einzige seyn, der auf Allgemeinheit Ansprüche hat. Auch diese Vergehen sind daher, wie die ganze Polizei, von gedoppelter Art; entweder Vergehen gegen die Sicherheits- (unter den nachher anzugebenden Einschränkungen), oder gegen die Vervollkommnungs - Polizei.

Was gehört also in die Polizei-Gesetzgebung und vor die Kriminal-Polizei? Man könnte lächeln zu dieser Frage, die wenigstens für unser System unnöthig ist. Alles, was den Staatszweck (nicht nach rechtlichen, sondern) nach physischen Gesetzen zu fördern vermag, ist zu der ersten, und alles, was sich unter den angegebenen Begriff von Polizeivergehungen bringen läßt, ist zu der letzten zu zählen. Wir könnten die ganze Frage mit dieser Antwort als geschlossen ansehen, wenn sie nicht neuerdings von Beck in seinen *Grundsätzen der Gesetzgebung* zur Sprache gebracht, revidirt, entwickelt oder — verwirrt, und wenn seine Bestimmungen nicht von einem unserer angesehensten kritischen Journale für sehr beherzigungswerth erklärt wären.

Beck unterscheidet zwischen Polizei-Vergehen und zwischen wahren Kriminal-Vergehen. Schon diese Nomenklatur ist unstatthaft; es müßte hiernach gar keine wahre Kriminal-Polizei geben. Er hat überdem bald zur Justiz gezählt, was nur der Polizei angehört, bald zu dieser, was nur zur Justiz ge-

zählt werden sollte. Indem er einer Feuer-Polizei gedenkt, sagt er: „Ehe von dem Recht der Polizei, ein Haus niederzureißen, um der Wuth eines Feuers Einhalt zu thun, die Rede seyn kann, muß ein Civilgesetz bestimmen, daß das Recht des Privatgebrauchs einer Sache für jeden aufhört, wenn ihre Erhaltung und Schonung andere Staatsbürger mit dem Verlusste des Ihrigen bedroht.“ Bei einer Feuer-Polizei ist bei weitem nicht von dem Einreißen eines Hauses allein, sondern auch von der Zweckmäßigkeit der Feueranstalten überhaupt, von der guten Einrichtung der Löschwerkzeuge, von der Vertheilung der Geschäfte unter die Bürger die Rede; alles dieß gehört nicht vor die Justiz. Selbst die Niederreißung eines Gebäudes zur Rettung anderer ist eine direktere Angelegenheit der Polizei als des Rechts, weil die erste mehr die Folgen eines Verfahrens für die Rechtsobjekte im Großen berechnet. Wollte uns Beck aber wegen desjenigen Theils der Feuer-Polizei, der sich mit den bloßen Anstalten beschäftigt, auf eine andere Stelle verweisen, wo er sagt: „die Einrichtung und Verwaltung der Feueranstal-

ten, der Rettungsanstalten bei Feuer- und Wassergesfahr, der Brodtversicherungs - anstalten, der öffentlichen Anstalten zur Verhütung der Wassergesfahr, des Postwesens und anderer Dinge mögen sehr nützliche Unternehmungen von Seiten des Staatsoberhaupts seyn: der Begriff von Polizeianstalten kann sie doch nicht begreifen:“ so sieht man schon hier, welche Gewalt der Verfasser den herrschenden und richtigern Begriffen von der Polizei anthun muß, um seine beschränkte Ansicht zu retten. Das Staatsoberhaupt kann, als solches, nichts weiter thun, als was der allgemeine Bürgerverein nach den Gesetzen der praktischen Vernunft thun würde. Diese Gesetze sind keine andere als rechtliche und polizeiliche. Alle öffentlichen Handlungen des Volksrepräsentanten gehören unter diese beiden Begriffe; was er aber als höchste Privatperson thut, liegt außer dem Kreise dieser Untersuchungen.

„Ob das Verbot der Ausfuhr des Getraides, sagt der Verfasser ferner, beim Steigen des Getraidepreises dem allgemeinen Interesse zuträglich sey, diese Frage fällt in die Untersuchung der Grundsätze des peinlichen Rechts,

und ein Gesetz, das diese Ausfuhr verbietet, ist ein Kriminal- und kein Polizeigesetz. Denn wenn es wahr ist, daß die Getraideausfuhr das Leben vieler Staatsgenossen nothwendig kümmerlich macht, und sie dem Hungertode aussetzt, so ist ein Gesetz, das sie verbietet, gegen mögliche Rechtsverletzungen gerichtet, und ist mit Kriminalgesetzen, welche den Mord und den Diebstahl verbieten, von einerlei Art.“

Keineswegs! Die letzten Verbrechen bleiben ewig, unter allen Verhältnissen, zu allen Zeiten, an allen Orten — Verbrechen, weil sie geradezu ein paar wichtige Rechtsobjekte verletzen. Aber die freie Getraide - Ausfuhr gehört selbst unter die Rechte des Bürgers; denn sie steht unter dem Rechte der freien Eigenthums - Nutzung. Ein Gesetz, was diese Ausfuhr, und zwar nur in außerordentlichen Fällen verbietet, kann nicht von demselben Gerichtshofe ausgehen, der sie gebietet; nur ein Tribunal, was bei seinen Urtheilen fast immer das Ganze des Staats berücksichtigt, kann hier entscheiden. Zudem hat der Verfasser auch hier wieder die schlimmste Seite

der Sache herausgehoben. Nicht bloß als wesentliche Rettungsmittel des Lebens, sondern schon als nothwendige Anstalten zur physischen Vollkommenheit, als Bedingungen einer gleichmäßsigen Gütervertheilung erhalten die Sperrgebote die Legitimazion der Vernunft.

Mislicher ist freilich das Problem, was der Verfasser S. 394. berührt: „Von Prodigalitäts-erklärungen gegen Verschwender spricht jedes Polizeirecht. Aber die Frage, ob Gesetze, welche die Sachen- und persönlichen Rechte verschwendrischer Personen beschränken, dem allgemeinen Interesse entsprechen, und diese Gesetze gehören in das Civilrecht. Sind solche Gesetze vorhanden, so gehört zum Rechte der Polizei nichts mehr, als die Ausführung des öffentlichen Urtheils nach diesen Gesetzen.“ Beck ist nicht der einzige, der die Prodigalitätssachen dem Civilrechte zutheilt; schon im gemeinen gerichtlichen Gange werden sie nur vor die Justizhöfe gebracht, und empfangen nur von denselben Tribunälen ihr Urtheil. Auch das preussische Gesetzbuch scheint nicht einmal zu ahnden, daß solche Angelegenheiten vor einen anderen als den Justizrichter

gehören könnten, und läßt sie daher von dem Fiskal immer zu einer förmlichen rechtlichen Klage einleiten. Aber selbst der systematisch-kritische Versuch über die Lehre von juridischen Verschwendern, den wir neulich von Hoppe erhalten haben, kann uns nicht abhalten, in dieser Phrase einen leisen Widerspruch, und in jener ganzen Prozedur ein unrechtliches Verfahren zu finden. Jedes Gesetz, das dem Verschwender die Freiheit raubt, mit seinem Vermögen nach Gefallen zu schalten, widerspricht einem offenbaren Gesetze des Rechts — demjenigen, welches jedem Privaten eine willkührliche Benutzung seines Eigenthums zusichert. Nur dann kann das Staats- oder Civil-recht, einstimmig mit seinem Geiste, den einzelnen Bürger in dem freien Gebrauche seines Eigenthums beschränken, wenn andere dadurch unmittelbar beeinträchtigt werden, oder wenn der mittelbare Schaden einen Grad von Wahrscheinlichkeit hat, der für Gewisheit angenommen werden kann. Der Verschwender schadet aber zunächst nur sich selbst. Allerdings fällt er zuletzt gewöhnlich dem Staate als Bettler zur Last, und wir wol-

len nicht darauf bestehen, daß dieser Fall immer nur höchst wahrscheinlich ist, daß sich der leichtsinnige Wüstling noch an dem Abgrunde, der ihm die Aussicht auf eine schreckenvolle Zukunft eröffnet, plötzlich ermannen und zu einer edlen Sparsamkeit heben könne. Allein, wenn die bloße Wahrscheinlichkeit der Folgen hier entscheiden sollte, so müßte das Recht auch alle diejenigen Handlungen, welche dem größeren Theile der Bürger durch ihre Folgen fast immer oder doch unter gewissen Verhältnissen gewöhnlich schaden, ohne an sich widerrechtlich zu seyn, vor seinen Richterstuhl ziehen dürfen; viele ausgemachte polizeiliche Sünden, die Anmalsung einer unbeschränkten Getraide-Ausfuhr, eines freien Vorkaufrechts in Hinsicht der nothwendigsten Lebensmittel, das Tragen gefährlicher Gewehre an zahlreich besuchten Orten, und ähnliche Handlungen müßten zu förmlichen Angelegenheiten des Rechts werden. Indem einige derselben sogar zur Theurung beitragen, vermehren sie noch weit mehr, als einzelne Verschwendungen, die lästigen Betteleien. Nicht einmal als herabgesunkener,

wirklicher Bettler verletzt der Verschwender ein Recht; was ihm seine Mitbürger geben, wird ihm gutwillig mitgetheilt, und seine wüste Lebensart läßt sich daher auch nicht als eine Ursach künftiger Rechtsverletzungen darstellen. Mit ein paar Worten: die Prodigalitätssachen können nur polizeiliche Gegenstände seyn, weil sie nur nach den Gesetzen des physischen Kausal-Zusammenhangs mit dem Staats-Zwecke beurtheilt werden dürfen; sie gehören daher nur vor den polizeilichen Richter. Die rechtlich-prozessualische Form, welche einmal bei diesen Sachen eingeführt ist, kann als Observanz bloß für den Gewohnheitsgelehrten ehrwürdig seyn; für unser System hat sie keine Bedeutung, und führt nur den Schein, nicht einmal das Wesen der rechtlichen Form.

Es ist ferner interessant, den großen Widerspruch zu bemerken, der sich zwischen Beck's und Grolmann's Ideen über die sogenannten fleischlichen Verbrechen findet. Nach Beck gehören alle diese Vergehen zu den rechtlichen. „Die Vereinigung der Familien zu einem Volke und ihres Privat-Inter-

esse zu einem Nazional-Interesse ist Zweck dieser Gesetze. Dafs das Privat-Interesse eines jeden sich nicht isolire, sondern zugleich ein Interesse an dem Wohle anderer sey, dafür ist ein allgemeines Interesse vorhanden. Strafgesetze, welche die fleischliche Verbindung unter zu nahen Verwandten verbieten, sind daher wahre Kriminalgesetze, weil die Übertretung derselben ein Gut schmälert, für dessen Existenz ein allgemeines Interesse vorhanden ist.“ Grolmann hingegen will sogar eins der schwersten dieser fleischlichen Vergehen, den Ehebruch unter die polizeilichen Sünden gezählt wissen. „So wichtig nemlich, sagt er zur Rechtfertigung seiner Ansicht, *) dem Staate das Institut der Ehe immerhin seyn muß, so darf er doch die Natur desselben nicht so sehr verkennen, dafs er die Aufrechthaltung ehelicher Treue von der, aus dem bürgerlichen Strafkodex ausgehenden, Furcht erwarten, oder vergessen könnte, dafs dem, in dem Beischlafe mit anderen, sich

*) Grundsätze der Kriminalrechtswissenschaft. §. 385. Note.

sinnlich äussernden Ehebruche der wahren Ehebruch — Entziehung der Liebe, welche keine Strafgesetze erhalten können, nothwendig vorausgegangen seyn müsse.“ Hier haben wir also ein paar direkt gegen einander laufende Meynungen. Die Wahrheit liegt zwischen beiden. Jene Allgemeinheit des Staats-Interesse, auf welche sich Beck ewig zur Hervorhebung seines rechtlichen Gesichtspunktes beruft, beweis't mehr gegen als für seine Meynung, weil alle diese allgemeinen statistischen Rücksichten in einem weit höheren Sinne der Polizei als der Justiz eigen sind; wir glauben dieß unwidersprechlich bewiesen zu haben. Alle Fleisches-verbrechen (außer dem Ehebruche und der Nothzucht) beleidigen nicht die Rechte einer Person, und sind daher durchaus nur polizeiliche Sünden. Grolmanns Ansicht aber verirrt sich offenbar in die Moral. Da es dem Rechte durchgehends, und der Polizei wenigstens bei allen Vergehen nur um den äußerlichen Akt, nicht um die Gesinnung zu thun ist, so paßt das, was der Verfasser den wahren Ehebruch, die Entziehung der Liebe nennt, gar nicht hierher.

Mit der äußerlichen Handlung gilt es hier aber eine wirkliche Beleidigung der Rechte; denn es wird ein Kontrakt gebrochen, und in sofern bleibt die Handlung immer ein rechtliches Vergehen. Dafs sie auch für mehrere Objekte der polizeilichen Fürsorge schädlich wird, ist ihr mit einer Menge anderer rechtlicher Vergehungen gemein. Richtiger hat Feuerbach den Ehebruch unter die rechtlichen Vergehungen klassifizirt, und dadurch angedeutet — was für uns wenigstens längst ausgemacht ist, dafs der Gesichtspunkt des Rechts in solchen Fällen, zumal in peinlich-rechtlichen Lehrbüchern, dem polizeilichen allemal vorgehen müsse.

„Verbrechen gegen Personen, sagt Beck ferner, die nicht klagen können, sind öffentliche Verbrechen der dritten Klasse. Kinder und ihrer Vernunft beraubte Menschen vermögen nicht, sich als Personen zu führen. Es gehört zu den Pflichten der Polizei, von Verbrechen gegen Menschen, die ihre Persönlichkeit nicht selbst vertreten, Kunde zu nehmen, und durch Klage gegen den Verbrecher zu verfahren. Menschenraub und Mord

sind Verbrechen dieser Klasse. Schwächung der Geisteskräfte eines Menschen durch Gift oder auf andere Weise steht unter diesem Begriffe.“ Die Polizei hat von diesen Verbrechen, wenn sie einmal geschehen sind, weder Kunde zu nehmen, noch Klage gegen den Verbrecher zu führen; sie gehören insgesamt nur vor die Justiz, weil sie wirkliche und bedeutende Verletzungen des Rechts sind. Wenn die beleidigten Subjekte ihre Persönlichkeit nicht selbst zu vertreten oder zu klagen vermögen, so hebt diese Unfähigkeit jene Persönlichkeit noch nicht auf, und macht diese Menschen noch nicht zu bloßen Natur- oder animalischen Wesen, mit welchen die Polizei allein zu thun haben könnte. In den unmündigen Kindern schlummert wenigstens der Keim der Persönlichkeit, und entfaltet sich immer mit der Vernunft; bei den Wahnwitzigen aber findet mehr eine Unterdrückung als gänzliche Vernichtung der Vernunft statt, und niemals läßt sich mit absoluter Gewissheit entscheiden, daß nicht irgend ein Mittel oder ein plötzlicher, unberechneter Zufall den Gebrauch ihrer Vernunft wieder

herstellen könnte. Wenn aber in dem zweiten Falle das ermordete Subjekt nicht selbst Klage zu führen im Stande ist, so macht dieß einen geschehenen Mord noch nicht zu einem Gegenstande der Polizei. Die Gerechtigkeit selbst muß sich hier zur Klägerin aufwerfen. Gewohnt und verpflichtet, an allen Rechtsverletzungen, als erste Schutzgöttin des rechtlichen Zustandes, ein großes, unmittelbares Interesse zu nehmen, soll sie auch die Aufsuchung eines Verbrechers zunächst als ihre eigene Sache betrachten. Dafs diese Aufsuchungen gewöhnlich von Polizeidienern geschehen, ist auch hier nur, was oben eine ohnmächtige Einwendung war — eine Sache der Observanz, nicht des Systems. Da die Polizei - dienerschaft an den meisten großen Orten die zahlreichere ist, da sie sich zugleich mit der Verhütung möglicher Verbrechen, mit der Aufsuchung blofs verdächtiger Menschen auf eine offizielle Art beschäftigen muß, und dadurch in dem Geschäft des Aufspürens eine Fertigkeit erlangt, die sich nur selten bei den trägeren und leider! minder geachteten Dienern der Gerechtigkeit findet: so mag sie auch

zu jenen verwandten Geschäften gebraucht werden. Aber sie ist dann doch nur für die Justiz, nicht für ihre eigne Disziplin thätig.

Mit diesen Bemerkungen bietet sich uns zugleich das oben angedeutete Problem wieder dar: warum die Polizei als Richterin und Gesetzgeberin nicht eine so weite Sphäre berühren könne, als sie durch ihre Gewalt und Aufsicht begreift; ein Problem, das wir zum Theil auf das Sicherheitsfach, welches sie mit dem Rechte gemein hat, einschränken müssen. Nur in folgenden zwei Rücksichten kann sie in diesem Fache die Befugniss zu einer gesetzgebenden und richterlichen Macht haben: zuerst bei dem Modifikations-geschäft der einzelnen Prozeduren des Rechts (bei dem Verbot der Getraide-Ausfuhr, des Vorkaufs der ersten Lebensbedürfnisse, bei der Bestimmung gewisser Taxen etc.); zweitens, nicht bei wirklichen Rechtsverletzungen, sondern blofs bei solchen Handlungen, welche, ohne an sich selbst ein Recht anzutasten, doch zu wahren, nicht selten bedeutenden Verletzungen der Rechtsobjekte leicht Veranlassung geben (das Tragen

geladener Feuergewehre oder das Reiten und Fahren an gewissen öffentlichen, häufig besuchten Plätzen, das Tobaksrauchen an Orten, wo gefährliche, feuerfangende Materien liegen, das leichtsinnige Ausgeben gefährlicher Arzeneien an Unkundige u. s. w.).

Übrigens hat sie mit ihren Gesetzen und ihren Richtersprüchen in dem Sicherheitsfache nichts zu thun. Wenn sie durch ihre Landreuter auf den öffentlichen Heerstraßen Raub und Mord, durch ihre nächtlichen Wachen Einbruch, Diebstahl und Brandstiftung, durch ihre Aufsicht an öffentlichen Orten Duelle und grobe Beleidigungen der Ehre zu verhüten sucht: so kann sie doch gegen diese Verbrechen selbst weder Gesetze geben, noch dieselben, wenn sie geschehen sind, vor ihren peinlichen Richterstuhl ziehen; sie würde einen Eingriff in das Gebiet des Rechts thun, wenn sie Gesetze aufstellen und Strafen ausführen wollte, deren Hoheitsrecht der Gerechtigkeit allein angehört. Dafs die Objekte des Rechts nicht von Menschen verletzt werden sollen, ist im eigentlichen und höchsten Sinne schon ein Gebot der Justiz, und nichts würde

unphilosophischer seyn, als: die Einheit gewisser Gesetze, deren ganzes System von den Prinzipien Einer höchsten Instanz abhängt, und zu deren Publikazion oder Sankzion jede fremde Instanz unnöthig ist, dadurch zu zersplittern, dafs man sie an verschiedene Dikasterien vertheilte.

Nicht minder hört die Gesetzgebung der Polizei da auf, wo sie es mit der leblosen Natur zu thun hat. Ein Gesetz ist ein Gebot, das ein Sollen vorschreibt; aber jedes Sollen hat für die unmoralische Natur keinen Sinn mehr. Nicht der Natur selbst, sondern nur für und wider die Natur lassen sich Gesetze vorschreiben. Eben so wenig läfst sie sich vor ein Kriminal-Gericht ziehen; wer nur schaden, nicht sündigen kann, kann auch nicht gerichtet und gestraft werden. Auch die Vollkommenheits-Polizei steht gegen die leblose Natur in eben diesem Verhältnisse.

In beiden Fällen muß die Polizei also allem, was Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit heißt, entsagen, und sich mit dem, was hier allein für sie anwendbar, aber auch ihrem innigsten Wesen eigenthümlich ist, mit

einer bloßen physischen, zuvorkommenden Gewalt und Aufsicht, das heißt, mit Vorkahrungen und Anstalten begnügen.

Beck scheint von diesem Verhältnisse der Polizei zu dem Rechte etwas geahndet zu haben, indem er S. 390. sagt: „Die Polizei darf aber nie die Funkzionen der richterlichen Würde sich anmaßen. Das Vergehen eines Menschen mag ein Polizeivergehen oder eine wirkliche Rechtsverletzung seyn, so muß ein richterliches Urtheil der Vollziehung der Strafe vorhergehen, und die Polizei ist Richter in ihrer eigenen Sache, wenn sie dieses Urtheil fällt. Denn sie kann ihr Interesse nicht verläugnen, ihre Meynung über den Thäter eines öffentlichen Verbrechens zu einem vollen Urtheile zu bringen, und dieses Interesse wird oft der subjektive Grund seyn, der sie überredet, dieses Urtheil zu heben.“ Aber auch nur jene Ahndung schimmert aus diesen Gedanken hervor; den einzigen wahren, eben angeführten Grund jener Erscheinung, daß der Polizei bei einer Menge bürgerlicher Vergehen kein richterliches Urtheil zustehe, ist uns der Verfasser schuldig geblieben. Sein ganzes

Räsonnement wie seine Behauptung, daß sich die Polizei nie die Funktionen der richterlichen Würde anmaßen dürfe, sind schlechthin zu verwerfen. Daß der Polizei eine gesetzgebende Befugniß gebühre, darüber sind alle Staatskundigen, von dem höchsten Philosophen bis zu dem geringfügigsten Polizeidiener, einig; sie wäre sonst keine Hoheit, und der Verfasser selbst hätte dann über ihre Gesetze nicht so weitläufig seyn können. Aber keine Gesetzgebung ohne Richter! Legislazion und Strafgerichtsbarkeit stehen in einem Verhältnisse, das sich nicht aufheben läßt, ohne die erste zu einer leeren, vernunftlosen Anstalt zu machen, und ein praktisches Gesetz, das befiehlt, ohne zu drohen, würde nur eine Geburt der Schwäche oder des Blödsinnes seyn. Wo die Befugniß zu Gesetzen ist, da muß auch die Befugniß wohnen, einzelne Fälle dem Inhalte des Gesetzes unterzulegen, und wenn die Polizei über eine gewisse Sphäre von Handlungen, die sie mit ihren Gesetzen begreift, ihre richterliche Hoheit nicht ausdehnen, wenn sie nicht beurtheilen sollte, was sie verbietet, so müßte es auch ver-

gönnt seyn, nach andern Prinzipien Gesetze zu geben und nach andern zu richten. Es gibt durchaus keinen Maßstab für den Richter als den Ausspruch und den eigenthümlichen Geist seines Gesetzgebers. Wer befangen oder eigenwillig genug ist, die ganze richterliche Funkzion von der Justiz im Staate nicht trennen zu wollen, der braucht nur folgerecht zu seyn, um auch die Möglichkeit eines moralischen und ästhetischen Richters zu läugnen. Auch diese wenigen Bemerkungen werden es bis zur Evidenz entscheiden, vor welches Gericht die Prodigalitätssachen gehören. Man lasse den Fall eintreten, daß ein Staat sich genöthigt sähe, gegen manche unsinnige, gemeinschädliche, von einer tollen, ephemerischen Mode begünstigte Verschwendungen durch Einschränkungsgesetze zu wirken: von welchem Gerichtshofe würden diese Gesetze ausgehen? Von der Polizei... kein Zweifel! nur ein Idiot könnte die Justiz nennen. Was die Polizei hier im Großen gegen ein allgemeines Laster ist, das muß sie auch gegen den einzelnen Sünder seyn; die Art muß sich unter die Gattung, die Individualität unter den

allgemeinen Begriff beugen. Die Polizei aber erst als Gesetzgeberin auftreten und nachher in ihre eigensten Angelegenheiten einen Richter eingreifen zu lassen, der von ihren Gesetzen keine Wissenschaft nimmt... wenn dieß keine Inkonsequenz, keine philosophische Usurpation, keine praktische und theoretische Pfuscherei ist, so — sind sie nirgends zu finden.

Wofern der Verfasser behauptet, daß die Polizei hier deswegen kein richterliches Urtheil fällen dürfe, weil sie nicht Richterin in ihrer eignen Sache seyn könne, so würde dieser Grund nur dann etwas gelten, wenn sie Parthei und Richterin zugleich wäre. Sollte sie aber auch das größte Interesse haben, ihre Meynung über den Thäter eines öffentlichen Verbrechens zu einem vollen Urtheil zu bringen, so wird sie dadurch so wenig zu einer Parthei, daß man erst alle gesunde Begriffe von dem Wesen eines Gerichtshofes zerstören müßte, um dieß zu behaupten. Auch die Gerechtigkeit hat ein ähnliches Interesse, kein rechtsbedürftiges Subjekt unbefriedigt, keine streitige Rechtsangelegenheit unentschieden,

kein Rechtsverbrechen ungeahndet zu lassen; läßt sich deswegen ihre Befugniss zum Urtheilen in ihren eignen Sachen bezweifeln?

Aber warum übernimmt das Recht selbst, könnte man fragen, nicht jenen letzten Zwang (die Mafsregeln der Sicherheits-Polizei gegen den Menschen), da er doch in die eigentliche Sphäre desselben zu gehören scheint, da er die menschliche Freiheit mehr negativ als positiv einschränken und sie nur von wirklichen Verletzungen abhalten soll, da endlich die Gerechtigkeit selbst zu diesem Behufe gewisse Arten der zuvorkommenden Gewalt erlaubt und gebietet? Unsere Antwort liegt schon in einigen obigen Sätzen. Eine Aufsicht, die sich auf so viele menschliche Handlungen erstreckt, als die Aufsicht der Polizei, würde mit den sittlich zarten, schonenden Rücksichten des Rechts im Widerspruche stehen; die Gerechtigkeit soll keine tägliche, laurende Zuchtmeisterin machen. Auch hier hat also der gemeine juridische Menschenverstand wenigstens vortrefflich gehandelt, indem er beide Verfahrungsarten zu trennen gewußt hat. Doch dürfen wir nicht unbemerkt lassen, dafs hier

derjenige Punkt ist, wo sich Justiz und Polizei am nächsten berühren, wo ihre einzelnen Sorgen beinahe in einander übergehen, weil nur der geringere oder höhere Grad von Wahrscheinlichkeit eines künftigen Rechtsvergehens die Gränze zwischen der rechtlichen und polizeilichen zuvorkommenden Gewalt macht.

Was endlich die Polizei-Strafen betrifft, so müssen wir den Praktiker vor demselben Extrem warnen, zu welchem wir dem Theoretiker eine grössere Annäherung empfehlen möchten; denn wenn jener manche nichtswürdige polizeiliche Fehler nur zu grausam und zuweilen eben so hart als schwere rechtliche Verbrechen zu strafen pflegt, so sieht dieser in den polizeilichen Sünden gewöhnlich nur leichte, unwichtige Fehler, und will den Charakter derselben bloß durch Vergehen, nie durch Verbrechen ausgedrückt wissen. Der vorsichtige Polizeigelehrte wird zuerst zwischen den leichteren Vergehen gegen die Vollkommenheits-Polizei und den schwereren gegen den Sicherheits-Theil derselben, zunächst aber in dieser letzten Hin-

sicht wieder zwischen denjenigen, welche die Rechtsobjekte im Großen verletzen, und zwischen denen unterscheiden, welche bloß zu Rechtsverletzungen Anlaß geben können. Die ersteren sind oft schwere Verbrechen, und verdienen auch keine leichte Bestrafung; die gewöhnliche Unterscheidung zwischen peinlichen und polizeilichen Strafen gehört daher noch zu der großen Menge von polizeilichen Vorurtheilen. Auch die letzten sollten oft peinlich genug seyn. Noch weniger paßt eine andere Unterscheidung zwischen polizeilichen und bürgerlichen Strafen; als wenn die ersten den Bürger nicht ebenfalls trafen! Nur rechtliche und polizeiliche Strafen lassen sich unterscheiden, wie sich die beiden Wissenschaften, von welchen die Gesetze dieser Strafen ausgehen, bestimmt unterscheiden lassen. Über das Prinzip dieser Strafen so wie der Strafwissenschaft überhaupt, über die Beschaffenheit und Zweckmäßigkeit der Polizeistrafen dürfen wir uns hier nicht weiter erklären.

*Tabellarische Übersicht des Ganzen
der Polizeiwissenschaft.*

Eine tabellarische, systematisch geordnete Übersicht des ganzen Polizeiwesens wird für den Schriftsteller eben so nöthig zur Vollen- dung seiner Theorie als für den Leser zur leichteren Entscheidung der Frage seyn, ob sich in das Ganze der Polizeiwissenschaft mehr System und wissenschaftliche Vereinfachung nach den Prinzipien der vorliegenden Schrift oder nach irgend einem anderen vorhandenen System bringen läßt. Nur ein paar Bemerkungen mögen diese Übersicht einleiten.

Zuerst wird es dem gründlichen Forscher nicht auffallen, wenn in der folgenden Tabelle zuweilen dieselben Objekte unter verschiedenen Rubriken vorkommen. Da es manche Gegenstände der Polizei gibt, welche zwei und mehrere differente Beziehungen zum Staatszwecke haben, so müssen sie auch unter mehrere verschiedene Gesichtspunkte gebracht werden. Die Sicherung der Landstraßen und die Anlagen gegen Überschwemmungen sind sowohl für das Leben als für das Eigenthum

der Bürger nothwendig, und die Entfernung der öffentlichen Wollust ist zunächst der öffentlichen Sittlichkeit, nachher aber dem ehelichen Leben und dadurch der Bevölkerung zuträglich. Die ersten Anstalten müssen daher eben sowohl zur Lebens- als zur Eigenthums-sicherheits-Polizei, und die letzten nicht allein zur Sitten - sondern auch zur Bevölkerungs-Polizei gezählt werden. Das Postwesen ist als ein Mittel zur Erleichterung aller möglichen Gewerbsarten ein Gegenstand der National-wirthschaft, als eine Spekulation zur Vermehrung der Staatseinkünfte eine Finanzsache. Ein gewaltsamer Angriff auf das menschliche Leben, der durch einen schlecht berechneten Grad von Heftigkeit, durch unvorhergesehene Zufälle, durch die starke Körperbeschaffenheit des Angegriffenen mislingt, bringt doch gewöhnlich eine arge Verletzung der Gesundheit hervor. Alle Anstalten gegen diese Angriffe stehen daher sowohl unter dem Begriffe der Lebens- als der Gesundheits-sicherheits-Polizei.

Zweitens: so wichtig es aber auch ist, die Eintheilungsglieder einer Wissenschaft zu erschöpfen, und die mannichfaltigen Abstufun-

gen ihrer einzelnen Theile durch Divisionen und Subdivisionen bemerklich zu machen, so würde es doch auf der anderen Seite sehr unlogisch seyn, die allgemeinen Gesichtspunkte, von welchen der Wissenschaftslehrer ausgehen muß, zu zerstückeln und beinahe eben so viele Polizeien einzuführen, als es einzelne Gegenstände dieser Doktrin gibt. Es ist schon sonderbar, von einer Wasser- und Berg-Polizei zu reden; man könnte eben sowohl von einer Luft- Erden- und Thal-Polizei sprechen. Wenn man aber von einer Freitisch- oder Hunde- oder Tanz-Polizei hört, so könnte man solche und ähnliche Bezeichnungen im bloßen Scherz, wo sie zuweilen einen angenehmen Effekt machen, leicht hingehen lassen; aber wenn sie im wissenschaftlichen Vortrage gebraucht, wenn sie sogar als Rubriken aufgestellt werden, so möchte man zuweilen auf den Gedanken gerathen, daß das ganze Polizeiwesen nur eine Spafsvogel-Polizei wäre, und zuletzt gar eine Narren- oder Tollhaus-Polizei werden könnte.

Drittens: wenn wir Gründe haben, einen wichtigen Theil der Vollkommenheits-Polizei

unter der Rubrik einer Wohl-erhöhungs-Polizei aufzuführen, so darf man nicht übersehen, daß das sogenannte physische Wohl hier nicht der einzige und letzte, sondern nur der nächste, am meisten in die Augen springende Gegenstand einer solchen Polizei seyn kann. Wiewohl es ungereimt wäre, alle physischen, sinnlichen Zwecke aus dem Staate zu verweisen, so können wir doch, dem edleren Gesichtspunkte getreu, den der Staats-Philosoph nie aufgeben darf, den höheren Zweck jener Wohls - Polizei nur in der ästhetischen Vervollkommnung, in der Ausbildung (Humanisirung) des ganzen physischen Menschen, besonders in der Veredlung und zweckmäßigen Verfeinerung seines Gefühlvermögens — als in Objekten, welche in der sorgenfreien Lage des Wohlstandes weit herrlicher als unter dem Drucke des Jammers und in der Schule der Rohheit gedeihen — und den letzten Zweck jener polizeilichen Sorgfalt nur in dem Gegenstande der Staatsidee selbst, in einem moralischen Ziel suchen. Daß die ganze Polizei nach unserer Ansicht eigentlich nur eine ethische Mittel-lehre ist, haben wir schon

oben erwähnt; es kam hier nur darauf an, den Zusammenhang gewisser einzelnen, entfernter liegenden, Theile derselben, mit dieser Bestimmung zu zeigen. Doch ist jene ästhetische Kultur bloß in dem allgemeinsten Sinne zu nehmen, und von einer ästhetischen Bildung im engeren Sinne zu unterscheiden, die wir auch bloß unter diesem Namen und mit der Hinweisung auf bestimmte Gegenstände in der folgenden Tabelle anführen werden.

Übrigens wird diese Übersicht auf nichts weniger als eine absolute Vollständigkeit in der Angabe aller einzelnen, zur Polizei gehörigen Theile Ansprüche machen, sondern ihre Absicht völlig erreicht haben, wenn ihr der Versuch, die Eintheilungsglieder selbst zu erschöpfen und systematisch zusammenzureihen, nicht gänzlich mislingen sollte.

U N I V E R S A L - P O L I Z E I.

A. *Sicherheits-Polizei.*

I. *Äußere — Politik, höhere Polizei.* Krieg und Frieden. Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Mächten. Kriegsmanifeste. Daurende und vorübergehende Bündnisse.

Waffenstillstände. Friedens - präliminarien.
 Friedens - bedingungen und - Schlüsse. Kan-
 tonirungswesen. Werbung, Bekleidung, Be-
 köstigung der Armeen. Gröfse der Kriegs-
 macht im Verhältnisse zur Gröfse der Bevöl-
 kerung. Land- und Seekriege. Taktik. Kriegs-
 schulen. Übungen der Krieger. Revuen. Ar-
 tillerie - und Ingenieur - Wesen. Festungen.
 Verschanzungen.

II. *Innere.*

1) *Staats (öffentliche) - sicherheits - Polizei.*

Revoluzion. Rebellion. Verschwörungen.

Tumulte. Gährungen. Geheime Gesell-
 schaften. Anwachsende Räuberhorden.

2) *Privat - sicherheits - Polizei.*

a) *Lebens - sicherheits - Polizei.* Raubmord.

Todschlag überhaupt. Meuchelmord.

Das ganze Banditen - wesen. Duell.

Selbstmord. Brandstiftung. Vergiftung.

Zubereitung der Gifte. Tollheit der

Hunde. Vorkehrungen gegen schädli-

che Naturfälle. Blitzableiter. Einfassung

von Gräben, Erdlöchern, Brücken.

Aufsicht beim Wasserbau. Leichenhäu-

ser zur Verhütung des Lebendigbegrä-

bens. Rettungsanstalten. Geleite. — Das leichtsinnige Ausgeben gefährlicher Arzneien und Waaren an Unkundige oder Ungeschickte. Das Reiten, Fahren und Tragen geladener Feuer-
gewehre an öffentlichen Plätzen. Das Tobacksrauchen in der Nähe gefährlicher, feuerfangender Materien. Unter manchen Umständen: Fruchtsperre, Vorkauf, Dardanariat.

b) *Gesundheits-sicherheits-Polizei.*

a) Sicherung gegen gewaltsame Angriffe auf die Gesundheit. Mehrere Gegenstände der vorigen Rubrik gehören hierher, besonders Straßensraub und schädliche Naturfälle. Stadterleuchtung. Aufsicht beim Röhrenlegen. Warnungszeichen bei gefährlichen Stellen.

ß) gegen unvermerkte und langsamer wirkende Angriffe, gegen alle sogenannten schädlichen Potenzen — *Sanitäts-Polizei.* Die nächsten Objekte derselben sind Sanitäts-Kollegien, Kreisärzte, Kreiswundärzte, und

die Prüfungen derselben. Apotheken. Taxe der Arzeneimittel. Güte derselben. Die weitläufigern Sorgen dieser Polizei aber, welche erst grossentheils von jenen Gegenständen, als von wesentlichen Bedingungen abhängen, theilen sich wieder in die Geschäfte

aa) der *diätetischen Polizei*. Aufsicht auf alle gewöhnlichen Speisen, sowohl inländischen als ausländischen (Getraide, Mehl, Brod, Fleisch, Gemüse etc.), Getränke (Bier, Brantewein, Wein, Wasserleitungen, öffentliche Brunnen), Gefässe (auf die Schädlichkeit derselben durch Grünspan, Bleiglasur), auf die Reinheit der Luft (durch Anlegung weiter Strassen, Reinigung derselben, Austrocknung von Sümpfen und Pfützen, Wegschaffung von Kadavern, Aufsicht auf Flachsrotten etc.), auch zuweilen auf Wohnungen. Spielsachen und Eiswaren der Kinder. Gesundheits-schädliche Waren. Gottesäcker. Be-

grabung der Todten. Gesunde Beschaffenheit der Gefängnisse.

bb) der *medizinischen Polizei*. Epidemische und endemische Krankheiten, besonders die Pocken. Viehseuchen. Krankenhäuser. Irrenhäuser. Lazarethe. Besichtigung der Verunglückten und Gemordeten. Besichtigungsberichte. Bade- und Brunnenanstalten. Entbindungsanstalten. Hebammenwesen Quacksalber. Wunderkuren. Herumziehende Zahnärzte, Augenärzte und Wurmdoktoren.

c) *Freiheits - sicherheits - Polizei*. Seelenverkäuferei. Kinderdiebstahl. Zigeunerwesen. Gewaltsame betrügliche Werbungen. Herren - dienste. Leibeigenschaft. Despotism gegen das Gesinde.

d) *Eigenthums - sicherheits - Polizei*. Sicherung der öffentlichen Heer- und Stadt - strassen gegen Räubereien und Diebstähle. Nächtliche herumziehende Wachen. Stehende Wachen vor Häusern, in welchen Sachen von Werth

aufgehäuft sind (als bei Postexpeditionen etc.). Nachtwächter, Feldwächter. Stadterleuchtung. Wasserschadens-Anstalten. Verhütung der Feuersgefahr. Feuerlöschungs - Anstalt. Häuser - Assekuranzen. Postsicherheit. Leihhäuser. Judenwucher. Zinswucher. Muthwilliger Bankerut. Münzverfälschung. Nachdruck. Beutelschneiderei. Gaunerei. Vagabunden. — Maß und Gewicht, *Tarifs - Polizei*. Brodtaxen. Fleischtaxen, etc.

e) *Ehren - sicherheits - Polizei*. Bestimmung und Erhaltung des bürgerlichen Ranges. Aufsicht an öffentlichen Orten gegen grobe Anfechtungen der Ehre. Verhütungs - mittel gegen den Zweikampf. Akademische und militärische Ehrensachen. Ehrengericht. Vorurtheile in Absicht der Ehre. Unehrlüche Stände. Spott - und Schandgemälde. Pasquille.

3) *Kriminal - Polizei*. Strafgesetze zur Erhaltung der bürgerlichen Sicherheit. Alle Vergehen und Verbrechen gegen diesel-

ben. Polizeistrafen. Zuchthäuser. Straf-
Arbeitshäuser.

B. *Vollkommenheits - Polizei.*

I. *Allgemeine Vollkommenheits - (Staats - ver- vollkommnungs -) Polizei.*

1) *Staatswirthschafts - oder Finanz - Polizei.*

Vermehrung und zweckmäßige Benutzung
der Staatsgelder und Staatsgüter. Alle Arten
von Abgaben und Auflagen. Kopfsteuer. Ak-
zise. Zölle. Domänengüter. Hoheitsregale.
Münzwesen. Forstwesen. Jagd. Bergwerke.
Postwesen. Kunststraßen. Alle öffentlichen,
die Verbesserung des Fiskus betreffenden
Anlagen.

2) *Bevölkerungs - Polizei.* Beförderung des
ehelichen Lebens überhaupt. Brautkassen.
Ermunterung fruchtbarer Ehen. Verminde-
rung des Luxus, der öffentlichen Wollust.
Sorge für Schwangere und Gebährende.
Verhütung der Auswanderungen. Erleichte-
rung der Einwanderungen. Verbot fremder
Werbungen.

II. *Privat - vollkommenheits - Polizei.*

1) *Intellektual - vollkommenheits - Polizei.*

a) *Sitten - Polizei.* Wohlanständigkeit des Betragens an öffentlichen Orten. Tanzlustbarkeiten. Rohe und lärmende Trinkgelage. Trunkenheit überhaupt. Öffentliche Wollust. Freudenhäuser. Kuppelei. Ausstellung schändlicher Gemälde. Puppenspiele. Verschwendungssucht. Akademische Sitten. Sittlichkeit des Gesindes. Stadterleuchtung.

b) *Religions- und Kirchen-Polizei.* Religiöse Bildung der Jugend. Anstellung und Hervorziehung ausgezeichneteter Kanzelredner. Seminarien zur Bildung junger Geistlichen und Religions-Schullehrer. Sekten. Toleranz. Vorsicht in Begünstigung gewisser Religionen. Unverschämte Religionspötker und Gottesläugner, Öffentlicher Gottesdienst. Religiöse Gebräuche. Konsistorien. Fromme Stiftungen.

c) *Unterrichts-Polizei.* Alle Unterrichtsanstalten. Besoldungen der öffentlichen Lehrer. Akademien. Gymnasien. Bürgerschulen. Elementarschulen. Pädagogik überhaupt. Volksunterricht. Industrie-schulen. Schulzucht, Schulzwang. Besondere An-

stalten für höhere Stände. Lese-bibliotheken.

d) *Zensur - Polizei.* Pressfreiheit. Grenzen derselben.

2) *Physische Vollkommenheits - Polizei.*

a) Bloße Erleichterung des physischen Daseyns — *Lebens - erleichterungs - Polizei.* *)

α) für die Bürger überhaupt — *Tagnothdurfts - Polizei.* Beförderung der Wohlfeilheit. Hinlänglichkeit der Lebensbedürfnisse. Fruchtsperre. Vorkehrungen gegen den Vorkauf, den Kornwucher. Untersuchung der Vorräthe. Erndteberichte. Getraide - Magazine. Anstalten bei vorhandener Theuerung. Lokaltheurung.

β) für die bedürftigern Staatsglieder.

aa) für die dienende Klasse — *Gesinde - Polizei.* Vermiethungsanstalten. Miethzeit. Gesindemäkler. Herrschaftliche Zeugnisse.

*) Die Pflichten dieser Polizei unterscheiden sich eben so sehr von den indirekten Pflichten der Sicherheits - Polizei, als von den Sorgen einer wirklichen Wohl - erhöhung, und machen den Uebergang von jenen zu diesen.

bb) für die Armen — *Armen-Polizei*.

Das ganze Almosen-Wesen. Milde Gabensammlungen. Bestimmte Zwangsbeiträge. Armenkassen. Beiträge des Staats. Milde Armen-Stiftungen. Wittwen und Waisen. Kassen für beide. Waisenhäuser. Armen-Arbeitshäuser. Verpflegung kranker Armen. Bettler.

b) Wohl-erhöhung im eigentlichern und vorzüglichern Sinne — *Wohl-erhöhungs-Polizei*.

a) in Hinsicht auf die allgemeinen und insbesondere auf die höheren Lebens-Bedürfnisse.

aa) Produktion, Veredlung und Verbreitung der allgemeinen wie der höheren Lebensbedürfnisse, und Erwerbs-vermehrung des allgemeinen Tauschmittels — *Nazionalwirthschafts-Polizei*.

αα) Produktion und Veredlung der sämtlichen Lebensbedürfnisse — *Produktions-Polizei*.

aaa) Stadtwirthschaft. Städtische Gewerbe. Manufakturen. Fabriken. Menge, Güte, Mannichfaltigkeit und

Schönheit der Produkte. Handwerke. Innungen. Monopole. Bildung junger Handwerker. Handwerksschulen. Handwerksgesetze. Brauwesen. Branntweinsbrennereien.

bbb) Landwirthschaft.

aaa) Landbau. Urbarmachung öder Felder. Veredlung des Bodens und der Früchte. Getraidebau. Futterbau. Bekanntmachung und Anpflanzung nützlicher Gewächse. Vorkehrungen gegen schädliche Thiere und Insekten, gegen manche Arten des Unkrauts. Weinbau und Weingärten.

βββ) Viehzucht. Verbesserung derselben. Weideplätze. Viehseuchen und Viehkrankheiten. Bienenzucht. Seidenbau. Fischnahrung.

ββ) Umlaufs - Vermehrung der allgemeinen, besonders der höheren Bedürfnisse und des allgemeinen Tauschmittels; das ganze Kommerzialwesen — *Gewerbs-Polizei*. *) Schiffahrt. Kanäle. Postwe-

*) Die Gewerbs - Polizei hat es bloß mit schon fabrizirten oder produzierten Sachen zu

sen. Öffentliche Heerstraßen. Jahrmärkte. Messen. Handelsfreiheiten. Monopole. Handelsgesellschaften. Handelsgesetze. Handelsgerichte. Kommerztraktate. Hanseatische Bündnisse. Einführung nützlicher Gewerbe. Durchfuhrhandel. Aus- und Einfuhrhandel. Erhaltung des öffentlichen Kredits. Schulanstalten. Kaufmannsschulen. Buchhandel. Handelseinschränkungen. Handelsverbote. Handelsauflagen. Alle Arten der Defraudationen. Kontrebande.

bb) Beförderung einer gleichmäßigen Gütervertheilung durch unmittelbare Anstalten des Staats (nicht mittelbar durch Begünstigung des Handels). Zweckmäßige und den bedürftigen Theil weni-

thun. Wäre es nicht ihre erste und hauptsächlichste Absicht, durch ihr Gewerbe etwas zu erwerben, so könnte man die Produktions-Polizei mit einem einheimischen Ausdrucke Erwerbs-Polizei nennen. Aber die letzte hat es zunächst nicht mit der Erwerbung, sondern mit der Erzeugung eines Eigenthums oder vielmehr nur eines Eigenthums-mittels zu thun.

ger drückende Auflagen. Besteuerung der Bedürfnisse des Luxus. Begünstigung des natürlichen Erbrechts. Abneigung gegen alles Feudalwesen, gegen Herren (Sklaven) - dienste. Nachtheilige Pachtkontrakte. Ackergesetze. Fruchtsperre. Beschränkung des Vorkaufs. Hervorziehung jedes unbekannten, im Staube schmachtenden Talents. Besondere Gelegenheitsmittel zum Erwerb für die bedürftigere Klasse.

ß) in Hinsicht auf die G e s c h m a c k s - Bedürfnisse — *ästhetische Polizei*.

aa) für die Nation überhaupt. Geschmackvolle Anlage der Städte, der Straßen. Steinpflaster. Schönheit der Lustgänge, der Kunststraßen. Öffentliche Kunstsachen. Kunstkabinetter. Pantheons. Museen. Ausstellung von Kunstprodukten. Öffentliche Prachtgebäude. Fürstenhäuser. Würde und einfache Schönheit der Kirchen. Landschaftsgebäude. Rathhäuser. Zeughäuser. Freie Plätze. Brücken. Stadterleuchtung. Aufsicht gegen Beschädigungen. Entfernung alles dessen, was

den Geschmack und die feineren Sinne empört und beunruhigt, aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaften (des Schlächterhandwerks, geräuschvoller Professionen und solcher, welche mit stinkenden Materien zu thun haben etc.).

bb) für einzelne Klassen. Ermunterung der schönen und freien Künste. Bildungsschulen für junge Künstler. Kunst-Privilegien. Belohnungen.

c) Wohl-erhaltung, Konservazion eines schon vorhandenen höheren Wohlstandes. Fortdaurende, unermüdliche Aufmerksamkeit auf die harmonische, lebendige und rastlose Wirksamkeit aller, zum höheren Wohl beitragenden Anstalten. Gute Besoldung der höheren und niederen Polizeidiener. Besonders aber gewisse indirekte Sorgen der physischen Vollkommenheits-Polizei:

a) Einschränkung eines ausschweifenden Genusses der höheren Lebensbedürfnisse. Verminderung des Luxus. Zuweilen Einschränkungsgesetze gegen Verschwendungen. Abneigung gegen die Vervielfältigung

der öffentlichen Reize zu Verführungen.
Kredit-Gesetze (Konto-Mandate).

β) Einschränkung vorurtheilsvoller, wohlstand- untergrabender, ungewisser Spekulationen und Künste. Goldmacherei, Wahrsagerei. Schatzgräberei. Lotto. Lotterien. Hazardspiele.

γ) Einschränkung gewisser, durch lokale und temporelle Verhältnisse, durch eine höhere Nazionalbildung, oder durch ihre Anhäufung schädlich werdender Anstalten. Akademische Theater. Monopole. Innungen. Gilden. Gehäufte Branteweinsbrennereien etc.

III. *Kriminal - Polizei.* Strafgesetze der Vollkommenheits - Polizei. Alle Vergehungen gegen dieselbe. Ihre Bestrafung.

*

*

*

Wer sich die Mühe nehmen will, zu untersuchen, wie sehr diese Tabelle in der Aufstellung, Bestimmung und Unterordnung der meisten Eintheilungsglieder von allen bisherigen Eintheilungen abweicht, und wie beträchtlich dem Verfasser die Schwierigkeiten dersel-

ben eben sowohl durch die seltne Komplika-
 zion, als durch seine umfassendere Ansicht
 des ganzen Polizeiwesens vermehrt wurden,
 dem dürfen wir nicht erst sagen, daß sich
 über die Anordnung einzelner kleiner Theile
 vielleicht nicht ohne Grund rechten läßt. Nur
 ungern unterdrücken wir einige Bemerkungen
 über die Unstatthaftigkeit einer Haus- oder
 Hauswirthschafts-Polizei, die man sonst ge-
 wöhnlich in den polizeilichen Lehrbüchern
 aufstellt, und ihr die Gesinde-Polizei subor-
 dinirt, über die Gesinde-Polizei selbst, die wir
 von einigen Gegenständen, welche bald vor die
 Justiz, bald gar nicht unter eine öffentliche
 Aufsicht gehören, reinigen mußten, über die
 ästhetische Polizei, deren erster Theil nur eine
 Nazional-, keine Staats-Ästhetik seyn und da-
 her nicht der allgemeinen Vollkommen-
 heits-Polizei untergeordnet werden kann, über
 die Kriminal-Polizei, die ebenfalls nicht unter
 den Begriff der letzten gehört, weil sie eben
 sowohl den Privatbürger als das Gemeinwesen
 des Staats mit ihren unmittelbaren Folgen be-
 rührt, über die indirekten Sorgen der Wohl-
 erhaltungs-Polizei, welche das Eigenthümli-

che haben, daß sie nicht gegen Mangel und Elend, gegen die Stockungen des Wohls, sondern vielmehr gegen das Zurücksinken desselben durch Überspannung, gegen das andere Extrem, gegen denjenigen Fehler des Wohlstandes gerichtet sind, den die Erregungsärzte in Absicht der Gesundheit nach Brown indirekte Schwäche genannt haben, und welche besonders ausgezeichnet werden mußten, weil es — was zugleich aus jener Eigenschaft folgt, an entgegengesetzten direkten Pflichten fehlte, zu welchen sie, wie die anderen indirekten polizeilichen Pflichten, hätten sogleich mitgezählt werden können.... alle diese und andere rechtfertigende Bemerkungen unterdrücken wir jetzt, um zu einigen interessanteren Betrachtungen zu eilen. Die Tabelle mag also ihre Rechtfertigung — selbst führen.

Vierter Abschnitt.

Individuelle und feinere Rücksichten des polizeilichen Gesetzgebers.

Es gibt wenige Wissenschaften, deren Regeln so wandelbar als die Gesetze der Polizei zu seyn scheinen. Das Recht ist bei allen Menschen, deren Vernunft aus dem Schlummer einer kindischen oder barbarischen Unmündigkeit zum Selbstbewußtseyn gehoben, und durch keine unseligen äußerlichen Einflüsse für falsche Ansichten empfänglich gemacht ist, an der Newa und dem Guadiana, am Kaukasus und Teneriffa, bei den Britten und Malthesern — dasselbe; die Polizei scheint ein Chamäleon zu seyn, das mit den Graden der Aufklärung, mit der geographischen Breite, mit ein paar neuen Gränzsteinen seine Gestalt wechselt, und sich an der Elbe oder Seine mit den Menschen veredelt, wie es an der Wolga und am Oronooko mit ihnen verwildert. Mit einer vollständigen Ansicht der ein-

fachen Bedingungen, an welchen die menschliche Existenz hängt, ist die Rechtslehre nach ihren wesentlichen Theilen geschlossen, wenn auch nicht in allen einzelnen Punkten vollendet; das Feld der Polizei ist, wie der Spielraum der menschlichen Vollkommenheit, unbegrenzt, und der Geist ihrer Wissenschaft entwickelt fast eben so viele neue Regeln, als der Genius der fortschreitenden Menschheit neue Blüthen entfaltet. Was an dem Rechte wandelbar ist, sind nur einige unwichtigere Theile, besonders einige Grundsätze des peinlichen Rechts, das von der Einheit seiner Strafen manches aufgeben muß, wenn es von der Zweckmäßigkeit derselben nichts aufopfern will; die Polizei verwandelt sich fast in allen Theilen mit den Gesetzgebern und Staaten; denn sie ist ein Miniaturbild der großen Natur, im Staate verwirklicht, und nach den mannichfaltigen Formen ihres Urbildes zusammengesetzt. Das Recht hat es bloß mit den Verhältnissen des Menschen gegen den Menschen zu thun; die Polizei faßt ihn in seinen Total-Verhältnissen zur ganzen materiellen Welt auf, und wenn jene nach den

einfachen Regeln der Ethik gebietet, so nimmt diese zugleich die ganze Physik in ihre Gesetzgebung auf.

Weder Montesquieu noch Rousseau haben diesen Unterschied zwischen den Gesetzen der Polizei und des Rechts hinlänglich ins Auge gefasst, wie trefflich sie auch über die Mannichfaltigkeit der Gesetze und über die Anpassung derselben an den Geist der verschiedenen Nationen philosophirt haben; sie reden fast immer von der Gesetzgebung überhaupt, wo sie bloß von der Gesetzgebung der Polizei sprechen sollten. Nur in dem bekannten, und — wie es großen Geistern gewöhnlich geht, öfters nachgesprochenen Urtheile Montesquieus über die Polizei selbst ist eine Ahndung dieses Unterschiedes enthalten: „Dans l'exercice de la police c'est plutôt le magistrat, qui punit, que la loi, dans le jugement des crimes, c'est plutôt la loi, qui punit, que le magistrat.“ Es geht mit vielen Urtheilen des geistvollen Montesquieu wie mit vielen Rousseauschen Sätzen; sie überwältigen den Verstand oder die Einbildungskraft mehr durch ihren ästhetischen Glanz und durch eine ge-

wisse epigrammatische, absprechende Kürze, als sie die Vernunft durch ihre einfache Wahrheit gewinnen. Als Bestimmung des eigentlichen Begriffs der Polizei kann dieses Urtheil gar keinen Werth haben; nur in der Andeutung jener höheren Würde des Rechts, welche von keiner einzelnen obrigkeitlichen Instanz abhängig, selbstständig und in ewigen Gesetzen thronend, den Werth einer Wissenschaft, deren Gesetze nur von der Willkühr des jedesmaligen Staatsoberhaupts auszugehen scheinen, weit überstrahlt — hat der hellsehende Geist, der den Geist der Gesetze entwarf, eine schöne Beobachtung niedergelegt, wiewohl jede bessere Philosophie auch in der Deduktion der polizeilichen Gesetze nicht bei einer bloßen Zwischenquelle, dem Willen der Magistratur, stehen bleiben, sondern das einzige Gesetzbuch dieses Willens wieder in dem Zwecke des Staats aufsuchen wird.

Der Mangel an Einfachheit, der sich in der polizeilichen Gesetzgebung findet, liegt aber nicht in ihrem Geiste, in dem zusammenhanglosen, unsystematischen Wesen der

Wissenschaft selbst, deren Einheit durch unsere Theorie hinlänglich gesichert seyn dürfte, sondern bloß in der Anwendung ihrer Grundsätze auf wirkliche, vorkommende Fälle. Von der Polizei verlangen, daß sie in dieser Anwendung eben so einfach als die Gerechtigkeit seyn sollte, hiesse, ihr ganzes Wesen verkennen oder zerstören. Aber selbst in dem Spiele ihrer Mannichfaltigkeiten wird sich die Einheit, in den schneidendsten Gegensätzen das Prinzip ihrer Verbindung, und in dem ewigen Wechsel ihr Hinstreben nach Einem ewigen Ziele bewähren.

Da der Philoloph bei seinen abweichendsten Forschungen nichts angelegentlicher als dieses beharrliche Eine und Ewige aufsucht, so möchte der Versuch, die Gegenstände, in welchen die Polizei veränderlich seyn soll, auf gewisse festere Grundsätze zu führen, und diese Axiomen mit einigen allgemeinen, weniger beachteten Regeln zusammenzufassen, nicht unwichtig seyn, um die ersten schwachen Grundlinien für die individuellen und feineren Rücksichten der Polizei - lehre zu zeichnen.

Das erste, was der polizeiliche Gesetzgeber berücksichtigen muß, sind die besonderen Verhältnisse seines einzelnen Staats. Mächtige und schnelle Ergreifung der Zeit, des Zufalls, des Glücks, des Moments ist nicht allein das erste Kunststück, aller großen Köpfe gewesen; es sollte zugleich eine der höchsten Regeln derjenigen Weisheit seyn, welche ihren Grundsätzen Leben einhauchen und wahrhaft pragmatisch seyn will. Zwar ist es keine starre, reglose Masse, welche der Gesetzgeber zu bearbeiten hat, aber auch kein Wachs, das sich in alle Launen der schaffenden Hand schmiegt. Was an ihr biegsam ist, sind nur die menschlichen Herzen, Sitten und Thorheiten; die materiellen Umgebungen, welche den Staat und die Menschen berühren, die Elemente, die Natur-Eigenheiten beugen sich nicht unter seine Gewalt; selbst die menschlichen Thorheiten und Neigungen ertragen keine Reform, welche nur brechen, erschüttern und einreißen will. Ein Universal-Kodex der Polizei, der für alle Staaten tauglich seyn soll, ist eine eben so ungeheure Schimäre, als eine Universal-Essenz für das zahllose Heer der

menschlichen Krankheiten. Wofern eine vollständige Analyse und Anwendung dieser Grundsätze nicht für die vorliegende Schrift paßt, so würden doch jene allgemeinen Behauptungen, ohne ein paar einzelne Ausführungen, gar keinen Werth haben. Wir leiten die Aufmerksamkeit des Gesetzgebers daher

a) auf lokale Verhältnisse. Die Verschiedenheit des Bodens, der Lage, des Himmelsstrichs, die Nähe oder Entfernung des Meeres, der Mangel oder Überfluß an schiffbaren Flüssen macht entweder ganz verschiedene Gesetze nothwendig, oder wird die einzelnen Rücksichten der Gesetzgebung schärfen. Bei Gebirgsbewohnern und ackerbauenden Völkern braucht die Sitten- und Bevölkerungs-Polizei nicht den seltnen Grad von Sorgfalt aufzuwenden, dessen große Städte und Provinzen bedürfen, wo sich die Masse der Einwohner auf einzelne Punkte hindrängt, wo das gegenseitige Reiben und Annähern mehr zum Luxus, zu den Künsten der Galanterie, zum Wohlleben auffodert; die Fruchtbarkeit der Weiber ist bei Gebirgsvölkern und ackerbauenden Nationen am größten. In den heißeren

südlichen Ländern, wo die todten animalischen Körper schnell gähren und faulen, sollte die Polizei wenige dringendere Geschäfte kennen, als die Sorgen der Reinlichkeit, der sorgfältigen Begrabung der Todten, der Anlegung geräumiger Strafsen. Batavia ist ein trauriges Beispiel, wie fürchterlich die Natur an dem Menschen die Vernachlässigung dieser Thätigkeit rächt. Nur jene lokalen Rücksichten dürfen auch über eine Aufgabe entscheiden, welche die politischen Ökonomen seit den letzten Dezennien mehr als jede andere beschäftigt, und durch die Namen eines Smith, Garnier, Say, Lüder, und Lauderdale einen Ruf erhalten hat, der ihre Gegenstände allein verewigen müßte. Wir eilen über die beiden Fragen, ob sich zu einem bleibenden Maßstabe für den Werth der Dinge die Arbeit oder gewisse reine Produkte am besten eignen; eine Frage, welche durch Smith berühmt geworden, und deren bejahende Entscheidung für die Arbeit, richtig verstanden, gegen alle Einwendungen der französischen Ökonomen wie gegen die Sophistereien des Grafen Lauderdale geschützt ist; — ob die Landarbeit

allein einen reinen Ertrag gebe; eine Meynung, welche sich bei einer tieferen Untersuchung als unstatthaft zeigt, weil es bei dem Ertrage und Nazional-Reichthum nicht so sehr auf den Umfang, auf die Masse des Guts, als auf die Tauglichkeit desselben zur Befriedigung eines Bedürfnisses ankommt, weil das Wesen des Reichthums mehr in der Form als in der Materie liegt.... über diese, mehr wissenschaftlichen als praktischen Probleme eilen wir hinweg, um sogleich zu der interessanteren Frage überzugehen, ob der polizeiliche Gesetzgeber mehr das System des sogenannten reinen Ertrages oder den Handel und die Kunstgewerbe begünstigen solle. Fast alle französischen Staatsgelehrten haben für das physiokratische System, fast alle englischen für das technokratische*) gestimmt. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. England mag seinen Technokratism, Frankreich seine physiokratischen Grundsätze behalten.

*) Man wird uns diesen neuen Ausdruck verstat-
ten, der das, dem Physiokratism entgegenge-
setzte System nicht unpassend zu bezeichnen
scheint.

Schon der unsterbliche Sully hat diese Aufgabe praktisch gelöst. Von der Lieblingsmaxime beseelt, daß Feldbau und Viehzucht die beiden Brüste des Staats wären, suchte er vorzüglich diesen beiden Zweigen der Nationalwirthschaft aufzuhelfen; Wohlstand und blühende Nahrung waren die Folgen seiner glücklichen Anschläge. Unglücklicher fing Colbert sein Ministerium mit der Vermehrung der Fabriken auf Kosten der Agrikultur an, verschlimmerte die Sache durch das Verbot der Getraide-Ausfuhr noch mehr, und konnte es nicht hindern, daß selbst seine Fabrikanten allmählig über Mangel und Noth klagten. Die siebenzig Millionen Septiers Getraide, welche Frankreich unter Sully gebau't hatte, fielen unter Colbert bis auf vierzig Millionen herunter. Englands Lage und Handelssystem heischen andere Rücksichten; Hollands nationalwirthschaftliche Grundsätze können kein Muster für die Schweiz und Sachsen abgeben.

b) auf temporelle Verhältnisse, auf den jedesmaligen Grad der physischen, wissenschaftlichen, moralischen Bildung, und auf die äußeren Verhältnisse der Zeit. Der Ge-

setzgeber und Schriftsteller befinden sich hier fast in der nehmlichen Lage. Kein Schriftsteller darf für die Genossen der folgenden Jahrhunderte schreiben, wofern er nützlich seyn will. Zwar würde er zu dem Trosse der gemeinen Büchersudler gehören, wenn das Publikum nichts durch ihn gewinnen, wenn es in seinen Darstellungen keinen Reiz, in seinen Gedanken keinen Stoff finden sollte, sich über den gewohnten Ideenkreis zu erheben. Aber um den Menschen heraufzuziehen, muß man sich erst zu ihm hinablassen; man muß das Medium seiner Veredlung in seinen Gesichtskreis hinschieben, und alle Neigungen, welche der umbildenden Hülfe bedürfen, zuerst bei ihren Eigenthümlichkeiten anfassen. Der Gesetzgeber gehe den Gang seiner großen Erzieherin und Mutter — der allgemeinen Natur; die Natur geht aber niemals in Sprüngen, und eine plötzliche Heilung ist, im Physischen wie im Ethischen, gewöhnlich der Anfang oder die Hülle einer neuen Verschlimmerung. Nach ein paar Generationen, höchstens nach ein paar halben Jahrhunderten sind die schönsten Früchte einer überzeitigen Bildung verloren.

Die frühreifen Völker sind, was die frühreifen Kinder zu seyn pflegen; die Frucht fault, ehe sie reif wird; die Nazion versinkt in Kraftlosigkeit, und wird in der Blüthe ihrer höchsten scheinbaren Aufklärung den rohesten, aber von Muth und Feuer beseelten, Barbaren zum Raube. Nie sollte sich ein Gesetzgeber dem stolzen Dünkel hingeben, für die Ewigkeit schreiben zu wollen; nur in seine stillen, bescheidneren Rechnungen sollte er die reiche Folgewelt aufnehmen und sich die Fälle vergegenwärtigen, welche einst eine Abänderung seiner Gesetze nothwendig machen; selbst durch diese Gesetze sollte er eine solche Epoche vorzubereiten suchen, und die Winke dazu, als den ehrwürdigsten Kodex der Nazion, für einen künftigen Solon, in dem Allerheiligsten des Staats niederlegen, aber auch als eine Mysterie hinlegen; denn es taugt nicht, mit einem Knaben über den langen, mühevollen Gang, auf welchem er zum Manne geführt werden soll, umständlich zu rechten; man wird ihn nur zur Tadelei, zu vorschnellen Widerspenstigkeiten verleiten; er wird die Zwischenwege überspringen, die Bedachtsamkeit hohnneckend,

und sogleich s e y n wollen, was er nur w e r-
d e n kann.

Wenn der Gesetzgeber daher unter seinem Volke eine Religion und Moral findet, in welcher sein höherer Geist Vorurtheile, vernunftlose Satzungen, Abscheulichkeiten entdeckt, so befolge er am wenigsten die stürmischen Maximen des Kriegers; nur den Natur-Ungeheuern, den Hydern lassen sich die Köpfe abschlagen; die geistigen Auswüchse können von der Seele nur abgelös't werden, weil zwischen dem inneren Glauben und der äufseren Gewalt keine Brücke liegt, welche der letzten die Möglichkeit eines Übergangs zeigte. Vorzüglich auf die jüngere Generazion, von welcher allein eine ächte moralische und intellektuelle Bildung ausgehen kann, richte er hier seine bessernden Anlagen; er ziehe den Volkslehrer, den aufgeklärten Jugendlehrer in sein Interesse, und lasse durch die sanfte Macht der Überredung, durch die leisen Eroberungen der Wahrheit vermitteln, was keine rauen Gesetze, keine Drohungen und Exekutionen ausrichten können. Nur bei der Jugend wird er jenen reinen Sinn der Empfäng-

lichkeit, welcher noch nicht, wie das höhere Alter, für alles Neue ersteift, jene Bereitwilligkeit, welche ohne den Stolz oder die Launen des Bessermachens sich in fremde Plane zu fügen geneigt ist, jenen Andrang der Begeisterung finden, welche nicht bei jedem Hindernisse schüchtern zurückwankt. So werden sich Polizei und Aufklärung, Gesetzgebung und Wissenschaft, die Autonomie der Vernunft und der Zwang äußerer Anstalten zur Begründung des Staatszwecks die Hand bieten. Der Philosoph stellt daher keinen Widerspruch auf, wenn er zuerst behauptet, daß die Gesetzgebung an der Vervollkommnung der Nation einen sehr beträchtlichen Theil habe, und zunächst, daß die Gesetze ihre wahre Vollkommenheit erst von den Menschen erhalten. Beide Sätze sind wahr, weil sie es nicht allgemein, sondern nur in einem gewissen Grade seyn sollen. Nur durch eine fortdaurende Wechselwirkung, nicht wie isolirte Ursachen und Folgen, hängen National-Gesetze und National-Bildung zusammen; beide müssen daher erst in Verwandtschaft gesetzt werden, wenn jene Wirkung durchdringend und eingreifend

seyn soll. Nichts unweiser, als der Versuch, eine barbarische Nation sogleich französiren oder germanisiren zu wollen. Treffliche, edle Gesetze sind für rohe, ungeschlachte oder hochverzärtelte, verwahrlosete Völker, was die Imperativen der praktischen Vernunft für die Pescherähs, oder was die ernsten Gesetze der Sittsamkeit für einen schwachen, willenlosen Lüstling seyn würden. „Man sahe einst in Creta gute Gesetze und schlechte Menschen, sagt Rousseau. Aus eben dem Grunde weigerte sich Plato, den Arkadiern und Cyrenäern Gesetze zu geben.“

Man hat öfters gerathen, daß der Gesetzgeber auch die herrschenden falschen Meynungen, verkehrten Sitten, die schlechten Gesinnungen der Nation in sein Interesse ziehn solle. Aber die Befolgung dieses Rathes gehört zu den mislichsten Experimenten der Menschen - Erziehung. Wenn es darauf ankommt, für den Augenblick eine große Wirkung zu thun, wenn die Erhaltung des Staats von einer solchen Nachsicht gegen fehlerhafte Verjährungen abhängt, wenn die Entwurzelung eines Irrthums mehrere angränzende Wahr-

heiten umreißen und die Nation verführen würde, mit der Schaale den Kern wegzuwerfen, dann mag eine außerordentliche Konnivenz durch außerordentliche Nothfälle gerechtfertigt werden. Wofern aber diese Fälle nicht statt haben, so verdirbt sie gewöhnlich für die Folgezeit, was sie für die ersten Generationen gewinnt. Wer fremde Vorurtheile in sein Interesse zieht, begünstigt sie auch; die Akkommodationen nähren den Irrthum, und sollten nur, als die einzigen Vehikel einer neuen herrlichen Belehrung, angewandt werden. Die nothwendige Nachsicht gegen die Schwächen und Unmündigkeiten einer Nation darf in keine feigherzige Schonung des groben Irrthums, des Unrechts, der Bosheit ausarten, und die kleinen Nachtheile, welche mit der kühnen Zerstörung solcher Misbräuche eintreten, dürfen den Gesetzgeber nicht zu ewigen furchtsamen Zurückweichungen verführen. Ist er von dem Nutzen einer Anlage überzeugt, welche nur durch eine ausdaurende, unerbittliche Wirksamkeit ihren großen Erfolg sichern kann, so wird er, den Eingebungen eines schwachen Mitleidens trotzend, die herbe Gegenwart durch

eine schönere Zukunft verbessern. Wenn er nur übrigens mit jenem allseitigen Eifer, der seine Einrichtungen in allen Stücken auszeichnen muß, für die große Sache der Aufklärung sorgt, so darf er die wenigen Überreste von Fehlern, die er nicht direkt angreifen kann, ruhig dem nagenden Zahne der Zeit überlassen.

Indessen werden jene Bemerkungen auch für die Entwürfe der physischen Vollkommenheits-Polizei gelten. So wahr es seyn mag, daß Innungs- und Gildenzwang, daß Monopole aller Art für die wahre Industrie nachtheilig sind, so scheinen sie doch unter einem barbarischen Volke nöthig zu seyn, damit erst die Kunstthätigkeit desselben geweckt, und seine Trägheit durch die Zusicherung großer Belohnungen besiegt werde. Nur darin hat man gewöhnlich gefehlt, daß man die Innungen und Privilegien nicht zu der Zeit, wo sie schädlich oder drückend zu werden anfangen, wieder abgeschafft hat. Wenn also das russische Ministerium zu einer Zeit Gilden errichtet, wo sie in England abgeschafft werden, so kann beides mit den Grundsätzen der strengsten Staatsweisheit bestehen.

Zu den äußeren Verhältnissen der Zeit rechnen wir hauptsächlich das temporelle Verhältniß eines Staats zu fremden Mächten und die Stufe des Wohlstandes, auf welcher ein Gesetzgeber seine Nation findet, besonders das Verhältniß des ärmeren Theils zur reicheren Klasse, das ihn in einigen seltenen Fällen zu gewaltsamen Eingriffen in das Eigenthumsrecht bevollmächtigen wird. Solons berühmtes Edikt, die Seisachtheia, wird diese Regel erläutern.

c) auf nationale Verhältnisse, auf den eigenthümlichen Geist einer Nation, ihr Naturell, ihre Anlagen. Zwar scheinen die meisten geistigen und physischen Eigenthümlichkeiten der Völker auch nur an dem Orte zu haften, und von den Einflüssen des Himmelsstrichs, der besonderen Nahrungsmittel ihre wesentliche Differenz zu erhalten, aber sie sind doch bloße Produkte, keine wirklichen Eigenschaften des Lokale, und zeigen oft ein Gepräge, aus welchem die zusammengesetzte Wirkung ganz anderer Ursachen als des bloßen Ortes hervorschimert.

Die Anwendung dieser nationalen Rücksichten scheint keine von den schweren Sorgen des Gesetzgebers zu seyn. Die Grundzüge eines Nazional - Charakters und der Nazional - Anlagen aufzufassen, dazu bedarf es nur einer gesunden Beobachtung, einer nüchternen und regen Abstraktionsgabe, keines aussergewöhnlichen Tiefsinns. Dafs eine Völkerschaft, bei welcher heftige Leidenschaften mit einem geistvollen Witz, feines Ehrgefühl mit einer feurigen Einbildungskraft, Muthwillen und Lebhaftigkeit mit der Liebe zum Luxus sich gatten, eben so sehr des polizeilichen Zügels, als eine andere, bei welcher Trägheit mit Ehrlosigkeit, Unwissenheit mit Barbarei, Stumpfsinn mit viehischen Empfindungen wetteifern, der kräftigsten Sporen bedürfe, diese Wahrheit drängt sich schon einem mittelmässigen Nachdenken auf. Mislicher wird jene Rücksicht bei den geringeren, weniger grellen Abstufungen der Nazional - Eigenheiten; sie wird auf einmal zur schwierigsten Aufgabe, wenn sie dem Gesetzgeber, als dem grofsen Erzieher der Nation, die unnachlässliche Pflicht auflegt, nicht blofs bei dem stehen zu bleiben,

was seine Nation ist, sondern auch zu berechnen, was sie vermöge ihrer Geistes-Eigenthümlichkeit zu werden vermag. Auf eine schon gebildete Völkerschaft angewandt, scheint zwar auch diese Frage von ihrer Mislichkeit zu verlieren, weil sich aus dem, was ein Volk durch eine lange Reihe von Jahrhunderten unter den verschiedenartigsten Einflüssen der Zeit gewesen ist, mit ziemlicher Genauigkeit bestimmen läßt, was sie ungefähr seyn kann. Aber wenn sie erst anfangen soll, eine Nation zu werden, wenn sie durch die einfachen Bedürfnisse des nomadischen oder patriarchalischen Lebens zusammengeführt ist, wenn sie sich plötzlich von einer anderen Nation losreißt, unter deren Joch sie durch einen beträchtlichen Zeitraum sklavisch und unmündig geseufzt hat, wie die Hebräer: dann thürmt sich vor den Blicken des Gesetzgebers ein Problem auf, dessen Lösung an das Unmögliche streift, dann werden Philosophie und Erfahrung umsonst ihre Kräfte erschöpfen, um die wankende Urtheilskraft vor Fehlgriffen zu sichern. Die Geschichte selbst spottet dieser Bemühungen, indem sie bald Nationen auf-

führt, welche ein paar Jahrhunderte nach ihrer Entstehung einen Geist, eine Kraft im Denken und Handeln entwickelten, von welchen sie anfangs nicht die leiseste Spur zeigten, bald andere, welche von der glänzendsten Höhe des Geistes zu der dürftigsten Mittelmäßigkeit herabsanken, und wieder andere, deren eigenthümliches Wesen unter den verschiedensten äußeren Einwirkungen doch einförmig und bewegungslos, wie unter einem bleiernen Szepter, fort dauert. Wie hätte Numa in einer zusammengelaufenen Räuberhorde die Embryonen der Attikus und Scipionen, der Horaze und Catonen ahnden sollen? Welch' ein Unterschied auf der anderen Seite zwischen den herabgesunkenen Neugriechen und ihren geistvollen, gepriesenen Vorfahren! zwischen den mächtigen, gefürchteten Stämmen der Germanen und ihren entarteten Nachkommen! Der Indianer hingegen ist mit einigen nordasiatischen Völkern noch jetzt, was er vor Jahrtausenden war, und der Jude hat seinen alten hebräischen Sinn sogar in der Mitte fremder Nationen durch viele Jahrhunderte nicht veräußert.

Jeder Gesetzgeber schreibt zunächst für sein Zeitalter. So lange aber die Gesetze dieses Zeitalters fortdauern und auf die Nation wirken, werden sie auch zur Erhaltung jenes ersten Zustandes beitragen und die Nation sogar verhindern, zu werden, was sie durch ihre Anlagen hätte werden können. Soll er also für ein künftiges Zeitalter schreiben? Dann passen seine Normen für das gegenwärtige nicht. Erst muß die frühere Generation erstarren und ihren gesellschaftlichen Körper ausbilden, ehe die Nachkommen auf ihren Schultern stehn können. Er wird sich hier desto unmuthiger fühlen, je größer er ist, je weniger er die kleinlichen Verhältnisse der Gegenwart zum Maßstabe seiner Anlagen brauchen, und durch bloße gigantische Schöpfungen des Augenblicks Geräusch machen will. Murrend und schweigend wird er an der undurchdringlichen Decke der Zukunft hinaufsehen, und sich zuweilen von dem stolzen, mit Unwillen gemischten Wunsche überrascht fühlen, daß er es mit einer Macht, welche die bewundernswerthesten Entwürfe der Weisheit oft zu den verächtlichsten Thorheiten wirft, mit dem

Schicksal selbst aufnehmen könnte. Was bleibt ihm übrig.... Nichts, als — was wir schon oben andeuteten, einige Winke zu nöthigen Veränderungen in einem eignen Kodex niederzuschreiben, und vor allem, den Geist seiner Nation durch kein Gesetz und auf keiner Stufe der Bildung so zu beengen, daß ihre Lust oder Fähigkeit zur harmonischen Entwicklung ihrer sämtlichen Anlagen gelähmt werden könnte.

Solon verordnete, daß seine Gesetze nur auf hundert Jahre gültig seyn sollten. Welch' eine Resignazion! Nur in einem seltnen, über sein Zeitalter und kleine Leidenschaften hervorragenden, Geiste konnte eine solche Achtung, eine solche weise Berücksichtigung der höheren, immer steigenden Bedürfnisse des Menschenthums wohnen. Lykurg hätte seine Spartaner gern auf immer an jene Stufe der Bildung geschmiedet, worauf er sie durch seine Gesetze gestellt hatte; die Rauheit dieser Gesetze, die Verbannung aller Bedürfnisse des Wohlstandes und aller Künste verrathen es deutlich, daß er von keiner anderen menschlichen Vollkommenheit, als von seiner phy-

sisch - heroischen wußte. Drako hatte den unbescheidenen Stolz, seinen Gesetzen den Titel der unwandelbaren zu geben. Die Zeit hat über sie alle gerichtet. Drakos Gesetze dauerten kaum ein halbes Jahrhundert; Lykurgs Normen verloren sich mit seinem Staate; nur von Solons Gesetzen bestehen noch einige ehrwürdige Denkmähler.

Zweitens vergreife sich der Gesetzgeber nicht in dem Prinzip, nach welchem er seine Gesetze entwirft. Allerdings können mehrere Staaten bei dem verschiedensten Geiste der Verfassung bestehen, und haben durch lange Zeiträume bestanden. Aber es gilt hier nicht überhaupt, daß die Nationen bestehen, sondern wie sie bestehen, und selbst die Ausnahmen, die man gegen uns anführen könnte, beweisen zuletzt für uns, weil jede Verhöhnung dieser Regel früher oder später mit dem Verfall der Nation endigt, oder doch, wofern sie, durch mächtige Zeitverhältnisse begünstigt, unglücklich genug ist, das System ihrer fehlerhaften Einrichtungen auf längere Zeiten zu gründen — die Nation endlich mit ihrem traurigen Gespinnst so umstrickt, daß

ihre Misgriffe zuletzt nur ein verlängertes Übel werden. Der Fehler verschlimmert sich, indem er verewiget wird; das Volk trägt seine gesetzlichen Formen, wie eine Schnecke ihr Gehäuse, mit sich herum; sein ganzes Daseyn hängt an denselben. Maßt sich die polizeiliche Gesetzgebung bei einem falschen Prinzip überdem einen zu grossen positiven Einfluss über die Angelegenheiten des Volks an, so wird sie zugleich in die Denk- und Handlungsweise desselben einen Geist der Einförmigkeit einführen, der die harmonische Entwicklungskraft der Nation lähmt. Wie in der ästhetischen Sinnesart der einzelnen Völker bald ein romantischer oder natürlicher, humoristischer, witziger, bombastischer und flacher Geist vorherrscht, so gibt es auch in moralischer Hinsicht einen edlen, heroischen, militärischen, militärisch-brutalen, eitel-hochfahrenden, merkantilischen, wollüstigen, trägen und barbarischen Nazionalgeist. Der eine Gesetzgeber richtet sein vorzüglichstes, beinahe einziges Augenmerk auf die Finanzen, der andere auf den Anbau des Bodens, der dritte auf die Wissenschaften, der vierte auf den

Handel, der fünfte auf den Glanz und die Bildung des Kriegers. Streng und einseitig verfolgt, mögen diese Rücksichten manchen Imperatoren und Gesetzgebern zu gewissen Zeiten herrliche Dienste gewährt haben; für Lykurgs Absichten konnte keine Gesetzgebung vollkommener als seine kriegerische seyn; aber spät oder frühe entwickeln sie die schädlichsten Folgen. Deutschlands Feudalsystem, die vormalige Hierarchie des Kirchenstaats, die usurpatorischen Spekulationen des brittischen Handelsgeistes werden einen schauerhaften Kommentar zu diesen Wahrheiten legen. Nur die große Idee des Staatszwecks, nach allen Richtungen gleichmäfsig verfolgt, sey das einzige Prinzip des Gesetzgebers. Gelingt es ihm, diese Idee eben so rein aufzufassen, als mächtig auszuführen, so wird er zum Charakter der ganzen Nation ausprägen, was sonst nur das Attribut einiger bewundernswürdigen Individuen zu seyn pflegt: einen Adel der Gesinnungen, der eben sowohl das Resultat eines energischen Willens als einer aufgehellten Vernunft ist. Der blofse Finanzkünstler, der kriegerische Politiker, der handelslustige

Technokrat werden nur glänzende oder barocke Einseitigkeiten hervorbringen.

Drittens schone er möglichst die Freiheit der Bürger. Auf Freiheit ist die Vollkommenheit der Intelligenz wie die Fülle und Veredlung der sinnlichen Genüsse gegründet, und mit jedem Grade, um welchen der Despotismus diese Freiheit verkümmert, sinkt der Mensch näher zum physischen Mechanismus oder doch zur Thierheit hinab. Vielen Despoten mag allerdings mit bloßen Maschinen und mit Maschinen-Glücke gedient seyn, aber nicht dem weisen Gesetzgeber, der in den Gesetzen nur Bildungsmittel für den Menschen, nicht in dem Menschen ein willenloses Instrument für den Staat siehet, und in dem üppigen Freiheitsgeföhle seiner Bürger zugleich einen edlen Zweig der Staats-Kräfte ahnet. Nur durch Enthusiasmus hebt sich die Vollkraft der That und des Willens; der Enthusiasmus aber ist nie ein Produkt des Zwanges, nichts Eingepflanztes, keine schwesterliche Tugend des bescheidenen Gehorsams; er ist nur dann eine ächte, perennirende Frucht, wenn er ungestöhrt aus dem eignen Busen des Men-

schen hervorsproßt, und durch die eigne Wärme des Herzens befruchtet, seine Wurzeln tief in die ganze Menschen-Natur legt. Die zarte Schonung dieses Gefühls sollte ein eignes Studium für den Gesetzgeber werden, und wenn er bedachtsam genug ist, jene sorgsame und leitende Hand, die sich in viele Angelegenheiten des Bürgers für das Privatwohl selbst mischen muß, zuweilen sogar zu verschleiern, so wird ihm die sittliche Weisheit diese einzige Intrigue eben so gern verstatten, als sie der Pädagogik die geheime, scheinbar-absichtslose Herbeiführung und Vervielfältigung neuer Reizmittel für die Lernbegierde erlaubt.

Montesquieus Grundsatz: „da die Freiheit keine Frucht aller Himmelsstriche ist, so ist sie auch nicht allen Völkern angemessen,“ enthält, richtig erläutert, viel Wahres, und wird sich auch mit unsern Überzeugungen vertragen, wenn wir die schneidende Kürze des Nachsatzes mildern; — „so ist auch nicht ein gleicher Grad derselben allen Völkern angemessen,“ würden wir sagen; nie sollte man über die ganze Freiheit der Völker auf jene Art absprechen. Die verschiedenen Grade der

Volksfreiheit hängen grofsentheils mit der Verschiedenheit der Regierungsformen zusammen; an diesen Formen hat aber die Beschaffenheit des Himmelsstrichs den sichtbarsten Antheil. Eine Nation, welche durch die Fruchtbarkeit des Bodens, durch die Milde des Klimas begünstigt, mehr produziert als sie verzehrt, neigt sich immer zur Monarchie hin; und es ist eine eben so gewöhnliche als natürliche Erscheinung, dafs die monarchische Form mehr für wohlhabende, die aristokratische mehr für mittelmässig begüterte, und die demokratische für ärmere, kleine Staaten paßt.

Viertens betrachte er niemals die Volks-Religion als eine gleichgültige Sache. Nicht allein verstöfst er sich durch eine solche Gleichgültigkeit beleidigend an den Meynungen des Volks, das an seinen religiösen Ideen gewöhnlich mit grofser Vorliebe hängt, sondern entzieht seinen Gesetzen auch eine kräftige Stütze, indem er die edleren Motive zur Ausübung derselben vermindert. Besonders auf einer niedrigern Stufe der Bildung, wo weder harte Strafgesetze über die Rohheit, noch die Achtung vor Recht und Gesetz über die Sinnlich-

keit des Menschen eine groſſe Gewalt äußern, darf ihm nichts wichtiger ſeyn, als daſſ die bürgerlichen Pflichten auch um Gottes willen geſchehen.

Fünftens ſuche er unter ſeiner Nation eine groſſe Anhänglichkeit an ihr Vaterland zu erzeugen. Kaum gibt es einen größeren Talisman als die Vaterlandsliebe; mit ihr liegen dem Geſetzgeber die größten Aufopferungen ſeiner Bürger zu Füſſen. Nichts, was den Staat angeht, iſt dann dem Einzelnen gleichgültig; das Individ ſteht für alle, und der Menſch webt nur im Ganzen. Bei dieſer Liebe kann der Staat auch eines übergroſſen ſtehenden Heeres und der Laſten deſſelben entbehren. Ein Bürger, der ſein Vaterland liebt, wird im Drange der Noth ſelbſt Krieger; wie der Römer wird er ſich für die hohe Idee ſeines Vaterlandes begeistern; er wird zum Löwen, zum Tiger werden, wenn er aus ſeiner ſüſſen Heimath verdrängt werden ſoll. Es gibt mehrere Mittel, dieſe Anhänglichkeit an das Vaterland zu erzeugen und auf die Dauer zu gründen; der Geſetzgeber wird nur die erlaubten und edleren wählen. Dahin gehört

a) daß er der Achtung vor der menschlichen Freiheit nicht zu nahe trete. Was vorher schon an sich eine edle Pflicht der Gesetzgebung war, wird hier zugleich zu einem Mittel der Vaterlandsliebe. Man weiß, welche großen vaterländischen Gesinnungen noch jetzt bei den Engländern die Idee oder bei dem großen Haufen schon — das Phantom der Freiheit hervorbringt. b) er befördere die Leichtigkeit und die Zweige der Nahrung. Rousseau hat recht: der Bürger muß den bekannten Grundsatz, *ubi bene, ibi patria*, umkehren lernen. c) er begünstige die Anhänglichkeit an die Volks-Religion (nicht alle möglichen Sekten). Einheit der religiösen Grundsätze ist auch für den bürgerlichen Zusammenhang wichtig, und Numa machte den Römern ihre Stadt durch die Einführung seiner religiösen Gebräuche erst vorzüglich werth. d) er falle möglichst selten der Gerechtigkeit in die Arme. Kein Volk, das die volle Würde des Rechts nur geahndet hat, läßt sich dieses Palladium der Menschheit gleichgültig entreißen. Die Erhaltung des Rechts ist für den gesellschaftlichen Körper, was die Entfernung von

Krankheiten für den animalischen ist. e) er suche durch die Vollkommenheit seiner sämtlichen Einrichtungen auch die Achtung des Bürgers zu gewinnen. Selbst die physische Liebe ohne Achtung ist eine ohnmächtige Flamme, die sich mit ein paar Genüssen verzehrt. Nur der Nazionalstolz, in der edleren Bedeutung des Worts, entzündet den wahren bürgerlichen Enthusiasm, oder vielmehr, er ist diese Begeisterung selbst. Nie ist dieses Nazionalgefühl stärker gewesen, als bei den Griechen und Römern; nie hat es grössere Thaten gebohren; bei keinem anderen Volke ist das Exil die nächste Strafe nach der Todesstrafe gewesen. Und der Mangel dieser Empfindung?.. Bei den Deutschen werdet ihr seine Wirkungen finden. f) er halte die erlaubten Befriedigungen der Sinnlichkeit nicht für gleichgültig. Edle Nazional-Kunstwerke, geschmackvolle Lustgänge, feierliche Nazionalfeste graben sich so tief in die jugendliche Einbildungskraft und beherrschen dieselbe in den folgenden Jahren so mächtig, daß sie zuletzt wesentliche Theile der menschlichen Glückseligkeit werden. Die olympischen Spiele waren eine

barbarische Sitte; für den nationalen Gemeingeist hat es kaum ein größeres Bildungsmittel gegeben. g) er schone das Ehrgefühl seiner Bürger. Keine Strafen, welche das Gefühl abstumpfen und das Herz gegen die Schaam verhärten; vor allem aber Ermunterung, Achtung und Auszeichnung jedes Verdienstes! h) er suche — was wir schon oben eingeschärft haben, die beiden Extreme, die Bettelarmuth und den hochfahrenden Reichthum, einander zu nähern. Es gibt keine Schauspiele, welche die Empfindlichkeit des mittleren und niederen Bürgers tiefer verwunden, als die wollüstigen Szenen eines unerreichbaren Luxus. Menenius Agrippa hatte ganz recht, wenn er der ärmeren auswandernden Klasse der Römer vorstellte, daß sich die sämtlichen Glieder des Körpers allmählig abzehren würden, wenn sie nicht von demjenigen Theile, für den sie alles zu thun schienen, von dem Magen ihre vorzüglichste Stärke erhielten. Aber das Volk hätte eben so gut antworten können, daß der ganze Körper nur dann zu einer vollen, nahrhaften Stärke gedeihe, wenn der Magen seine natürlichen Funkzionen verrichte, wenn er

nicht, wie bei manchen abzehrenden Krankheiten, auf die widernatürliche Grille ver falle, alles für sich verschlingen und den Gliedern keinen Lebenssaft zuführen zu wollen.

*

*

*

Wenden wir diese Grundsätze auf eine Gesetzgebung an, welche seit Jahrhunderten eben so sehr zum Ziele einer leidenschaftlichen Herabwürdigung als zum Idole einer abgöttischen Verehrung gebraucht, und zugleich, mehr wie die anderen, einiger zusammenhängenden Betrachtungen werth ist, so steht eine hohe Erscheinung vor uns: der früheste und vielleicht der grölste Gesetzgeber der Welt.... M o s e s; denn wir gestehen es gern, dafs wir vor keinem Gesetzgeber - Geiste eine solche tiefe Bewunderung tragen als vor diesem; kein einziger hat sein Zeitalter so sehr an Bildung, an Kenntnissen, an umfassendem Talent überragt, als der Heerführer der Juden. Wenn seine Nasion gleichwohl, als universalhistorische Völkerschaft, wenig Epoche gemacht hat — was konnte die Ursache eines solchen Zurückbleibens seyn? Die Gröfse des Gesetzgebers

selbst. Der Umfang und die Menge seiner Gesetze, ihre Bestimmtheit, ihre scharf berechnete Zweckmäßigkeit für den Geist eines kindischen Zeitalters, ihr Rigorism, selbst ihre geheimnißvolle, feierliche Hülle — alles, was die mosaische Gesetzgebung auszeichnet, nöthigt den Beobachter vielleicht desto mehr zu einem angenehmen Erstaunen, je mehr es durch den mächtigen Geist seines Urhebers bis zu den Extremen verfolgt ist; aber eben dadurch ist es die Quelle mannichfaltiger Nachtheile geworden. Nur für die Ewigkeit schien eine solche Gesetzgebung geschrieben zu seyn; ihre apokalyptische Heiligkeit war der furchtbare Cherub, der ihre Unverbrüchlichkeit schützte. Nichts war von dem Gesetzgeber der freien Willkühr des Individuums überlassen; in jeder unschuldigen Freude, in jeder kleinen Handlung lagen die Fesseln seiner Gesetze, und schon der Gedanke an eine äußerliche Umbildung wäre Hochverrath gegen den König der Juden, den Gott der Götter gewesen. Mit dem Beginnen des jüdischen Staats stand das Gebäude beinahe vollendet; wie bei einem frühreifen Genius, der seine

sämmtlichen Kräfte mit dem ersten, frühen Produkte seines Geistes verhaucht, lag die Gröfse des Volks in dem Kolosse seines Gesetzgebers erschöpft.

Aber keinem Gesetzgeber hat auch das Schicksahl ein schwereres Problem vorgelegt, als dem Zöglinge der Pharaonen. Einen feigen, ausgezehrten, von erblichen Schäden entnervten, durch Verachtung und despotische Bedrückungen in den Staub getretenen Sklavenhaufen mit dem Muthe zur Selbstbefreiung, mit dem unbekannten Gefühl seines Werths zu begeistern, war ein Wagestück, das die Gewifsheit seines Mislingens beinahe schon an der Stirn trug, und dessen abentheuerliche Kühnheit nur durch den neuen Versuch übertroffen werden konnte, einem solchen Pöbel die grofse, überschwengliche Idee eines einigen, unsichtbaren Jehovah, als das Hauptmoment seines gemeinen Volksglaubens, mit allen Drohungen für jede Abtrünnigkeit, aufzustellen. Der Jude als Mensch, als Vater und Bürger machte einen trostlosen Abstich gegen den Juden als Anbeter der Gottheit. Seine Religion war für Männer, seine bürger-

liche Norm für Sklaven und Kinder; seine Erziehung wurde verfehlt, weil sie zu wenig auf eine verhältnißmäßige und allmähliche Ausbildung angelegt war. *) Auch mußte der Gesetzgeber erst die Sinnlichkeit berauschen, um eine widerspenstige Vernunft für diese nüchterne Idee zu gewinnen; seine ganze Religion mußte er beinahe in eine glänzende theokratische Hof-Etikette verwandeln, und nichts war begreiflicher, als daß die jüdische Religion darüber in jene verrufene Werkheiligkeit ausartete, deren Frömmigkeit sich an Formeln, deren Gottergebenheit sich an das Gerüste des Tempels, deren Moral sich an Heuchelei und an den Buchstaben hing. Aber ohne seine schimmernde Folie wäre der unscheinbare Diamant verloren gewesen, und die

*) Wer diese Ansichten, mehr in einer anderen Hinsicht weiter ausgeführt, und mit einigen allgemeinen Bemerkungen über die jüdische Nation gemischt — lesen möchte, den kann ich auf Charlotte Sampson, oder Geschichte eines jüdischen Hausvaters etc. Berlin, bei Unger, verweisen; eine Schrift, welche anonymisch erschienen ist, und zu welcher ich mich hier zum erstenmale öffentlich bekenne.

Gröfse der Idee selbst söhnt den Philosophen mit allen ihren ungeheuren Verzierungen aus. In ihr allein, wie in der darauf gegründeten Religion, lag die ganze Perfektibilität des jüdischen Volks; jede Nazion, welche äußerlich eben so beschränkt wurde, als die Juden, ohne für diesen Mangel ein inneres Surrogat, ein Reizmittel der geistigen Thätigkeit zu erhalten, mußte schon in der Wiege zu einem traurigen Stillstande verdammt werden, wie die Spartaner. Allmählig verlor sich der äußere Nebel, und die anbrechende Aufklärung versuchte es, in dieses Aussenwerk eine höhere Deutung zu legen; kühn und mit dem Gefühl einer Überzeugung, die sich zuweilen durch den Donner furchtbarer Drohungen entlud, entlarvten besonders einige Auserwählte der Nazion, die Propheten, den Volksglauben von seiner Hülle, drangen auf Reinheit des Herzens, auf Rechtheit des Handelns, und so war die jüdische Religion vom Schicksahl erkohren, wie sie auch allein fähig war, die Grundlage einer edleren Gotteslehre zu werden. Eben durch jene Idee ist Moses Gesetzgeber für alle Jahrhunderte geworden; es

war die Vernunft, welche an dieser unzerstörbaren Säule schon in dem grauen Alterthum bau'te, und es gibt keine schönere Lobrede auf die jüdische Religion, als daß der größte Weise des Menschengeschlechts aus ihrer Mitte hervorging. *)

Eben so einseitig ist es daher, Mosen mit den älteren Theologen und Geschichtsforschern als bloßen Hierophanten und Theosophen, wie mit einigen Neueren als bloßen Impostor und Staatskünstler aufzuführen. Nur die kleinliche Politik eines hochraffinirten Zeitalters legt ihren verjüngten Maßstab an die Riesen wie an die Alltagsgestalten. Wer in den plötz-

*) Aber jeder neue, sichtbar werdende Grad dieser Perfektibilität war nicht eigentlich ein Zuwachs von wahrer innerer Vollkommenheit für die ganze Gesetzgebung, sondern größtentheils eine allmähliche Zerstörung ihres eigentlichen Wesens; und so sanft Jesus seine Reformation auch begann, so wenig er durch kühne Neuerungen glänzen wollte, so zeigte sich doch schon ein paar Jahre nach seinem Hinscheiden das große Schisma, das zwischen seiner rein-moralischen Religion und zwischen einer rein-theokratischen Verfassung schlecht-hin eintreten mußte.

lichen, feurigen, überraschenden Empfindungen des Danks und der Demuth, in den heißen, von Gefühl überströmenden Hymnen des Gesetzgebers an ihn — den großen, allbeherrschenden, unsichtbaren Jehovah, nur die Erzeugnisse einer kalten Staatskunst, nur religiöse Fratzen und Scheinheiligkeiten entdeckt, der hat entweder den Pentateuch gar nicht, oder mit der großen Brille des Philosophen von F e r n e y gelesen. Selbstgefühl und Schwärmerei, vorsichtige Anwendung der eignen, und Vertrauen auf höhere Kräfte, kühle Bedachtsamkeit und warme Begeisterung haben sich oft in den größten Geistern traulich vereinigt. Gustav Adolph war einer von ihnen. Einem Manne, wie Moses, konnte es nicht entgehen, daß die vollste Befriedigung der hebräischen Sinnlichkeit weit besser als eine harte Belästigung ihrer kindischen Vernunft die schlaunen Foderungen einer gewissen Staatskunst erfüllt hätte, und der wirksame Glaube an einen Nationalgott konnte im ersten Falle noch trefflicher, als bei der Idee eines Universalgottes benutzt werden. Schon durch den öfteren hartnäckigen Rückfall der

Israeliten zu dem Stierdienst und zu den ägyptischen Götzen wird diese Ansicht gegen jeden erheblichen Zweifel gesichert. Woher Moses übrigens jene Idee nahm, gehört nicht in diese Untersuchungen.

Der verrufene, bis zur Ungebühr erhöhte Nazionalstolz der Juden leistete ihnen nicht die wichtigen Dienste, wie andern Völkern, weil die sklavische Sinnesart ihres Wiegenalters selbst durch ihr goldnes Zeitalter nicht gänzlich ausgelöscht wurde. Der Stolz trägt wenige Früchte, wenn er sich mit einer natürlichen Furchtsamkeit gattet, und die Wirkungen der Nazional - liebe gehen unter dem Drucke der Nazional - feigheit verloren.

Friedrich der Grolse war in einer gewissen beschränkten Hinsicht für seinen Staat, was Moses für den israelitischen war. Zwar nicht Schöpfer eines neuen, aber doch Urheber von der Grölse seines eignen Staats, bildete er seine Nazon erst zu einem Volke, das einen Rang in der Weltgeschichte einnahm. Aber wie Moses war er für sein Zeitalter zu groß; weit hinter dem genialischen Fluge ihres Gesetzgebers und Königs blieben

beide Nationen zurück, Wie der Jude nur an dem Äußeren seiner Religion und Gesetzgebung hängen blieb, so beschränkte sich die Gröfse des preussischen Staats allmählig auf die Dekorazionen und Flittern dessen, dem er seinen Glanz schuldig war — seiner Kriegsmacht. *)

Weit besser daher, wenn eine Völkerschaft nur allmählig durch ein mühsames, ewig reges, gemeinschaftliches Heraufarbeiten aus dem Untersten zu einem grofsen Range emporsteigt, als wenn gleich anfangs ein hervorragender Geist an ihrer Spitze erscheint, der ihre Entwicklungsperioden übereilt, und sie mit einer flüchtigen Gröfse überrascht, welche nur — der Schatten seiner eignen,

*) Ich weifs es recht gut, dafs dem unpartheiischen Beobachter die reine Anschauung der Gröfse Friedrichs durch manche Eigenheiten des Charakters getrübt wird, welche keine wahren Resultate oder nur emporgeschossene Auswüchse der Gröfse selbst, sondern unverkennbare Mängel — die Folgen einer zu grofsen Nachgiebigkeit gegen die Einwirkung äufserer Potenzen und gegen das Temperament waren; aber kann die prädominirende Gröfse dadurch zur Kleinheit herabsinken?

nicht eine wahre Gröfse der Nazione ist. Allerdings muß eine solche Nazional-Pädagogik durch äußerliche Verhältnisse begünstiget werden, wenn die junge Pflanze nicht schon im Keimen erdrückt werden soll. Kein Volk hat sich von einem kleineren Anfange zu einer solchen weltbeherrschenden Gröfse als die Römer erhoben, und keines ist so wenig durch einen einzigen ausgezeichneten Kopf weiter geführt. Das ganze Volk und alle Jahrhunderte seines Daseyns haben an diesem gigantischen Werke gearbeitet.

Es geht mit der Erziehung der Nationen wie mit der Erziehung des einzelnen Menschen. Die stufenmäßige, kaltblütig überdachte Anpassung des Unterrichts an die langsam heranreifenden Fähigkeiten des Zöglings verträgt sich wenig mit einem raschen, mächtig fortschreitenden Geiste. Bei einem ganzen Volke besonders, wo der Erzieher vor einer unabsehbaren Perspektive steht, und die verschiedenen Bildungsepochen seines Zöglings nur in einer fernen, ungewissen Zukunft erblickt, fordert dieses Geschäft eine zu gewaltsame, zu anhaltende Zurückhaltung der eigenthümlichen

Kraft, und seine Schwierigkeiten häufen sich beinahe gradweise mit der Gröfse des Bildners. Je weiter der Gesetzgeber seine Zeit überfliegt, desto mehr wird er von einem unaufhörlichen Drange versucht werden, die Fesseln der Gegenwart zu zerreißen, und mit seinen äufserlichen Anlagen auch den innern Entwurf und den vorausschreitenden Zweck einzuholen. Numa steht neben Moses wie eine Pygmäen - Erscheinung; aber in bürgerlicher Hinsicht sind seine Einrichtungen nutzbarer geworden. Grofse Geister sind daher gewöhnlich weit höhere Wohlthaten für einen Staat, wenn sie ihn in den letzten Athemzügen eines kraftlosen Alters, oder an dem Rande einer nahen zufälligen Auflösung finden. Rousseaus Bemerkung: „die Völker so wie die Menschen sind nur in ihrer Jugend gelehrig; im Alter werden sie unbesserlich; und so bald einmal Gewohnheiten angenommen und Vorurtheile eingewurzelt sind, so ist es ein gefährliches und eitles Unternehmen, sie umbilden zu wollen; das Volk kann nicht einmal leiden, dafs man seine Schäden nur anrühre, um sie zu heilen, gleich einem be-

täubten und muthlosen Kranken, der beim Anblicke des Arztes zittert;“ diese Bemerkung findet ihre Anwendung nur dann, wenn sich ein Volk in seine fehlerhafte Verfassung so gefügt und mit ihr so verschmolzen hat, daß es kein anderes Heil als in der Krücke des Alters — in seinen Gewohnheiten findet, und wenn es mit seinen Mängeln, wie ein Geschöpf mit gewissen Verkrüppelungen, eine leidliche Vegetazion fortführen kann. Aber wenn seine Abgelebtheit, seine schreienden Laster und hektischen Schwachheiten, wenn seine heillose Verfassung nur mit einer gänzlichen Desorganisazion endigen können, so müssen gewaltsame Mittel und außerordentliche Hülfen, durch ungewöhnliche Kräfte vermittelt, angewandt werden; ein neuer Drakomuß seine schreckenvolle Laufbahn eröffnen; die alten Gewohnheiten müssen mit Sturm angefallen, die faulen Wunden ausgeschnitten, an die fressenden Krebschäden muß Höllenstein und das unerbittliche Messer gelegt werden. Man lasse einige Glieder darüber abfallen und unbrauchbar werden; der Staatskörper ist kein Organism, dessen Leben nur eine

einfache, in sich geschlossene Vegetation wäre; er ist ein Polyp; er treibt aus seinem Stamme hundertfältige Zweige, und seine Wunden, selbst seine Ausschnitte müssen die Produktionsitze werden, aus welchen neue schönere Geburten, wie ein Phönix aus seiner verbrannten Asche, hervorgehen.

Auch das Schicksahl des ungeheuren, unbehülflichen Staatskörpers, welcher nur ein Gehäufte von Fragmenten, von zerrissenen Einzelheiten darstellt, und kaum noch durch ein lockeres Bindungsmittel, durch seine Sprache mühsam zusammengehalten wird... Deutschlands neuestes Schicksahl liefert einige traurige Belege zu den angedeuteten Wahrheiten. Ohne uns bei manchen vorbereitenden Ursachen aufzuhalten, welche die gegenwärtige Katastrophe unseres Vaterlandes herbeigeführt haben — bei der Zerstückelung des deutschen Reichs und dem Mangel an deutschem Gemeingeiste, der sich längst in ein kaltes, weltbürgerliches Universalgefühl aufgelöst hatte, und dessen Empfindungen sich zuweilen sogar gegen sich selbst kehrten — wollen wir nur auf einen unserer letzten Sätze zurück-

weisen, der die fruchtbarste Anwendung auf die neueste heimische Geschichte zuläßt: daß die Staaten weit mehr am Ende, als im Anfange ihres bürgerlichen Lebens eines ausgezeichneten Geistes an ihrer Spitze bedürfen. Unter einer Nation, welche bei ihrem musterhaften Fleiße, bei ihrer regsamen Denkkraft, bei ihrer Liebe zu gründlichen und mühevollen Arbeiten, dennoch eine gewisse feige Schlaffheit im Handeln besitzt, welche die Anmaßungen der Ungerechtigkeit und die Bedrückungen der polizeilichen Tyrannei so fühllos - demüthig erträgt, daß sie erst mit Dolchen geängstigt, mit glühenden Zangen gezwickt und in Verzweiflung gebracht seyn will, ehe sie nur den Gedanken zu einer kühnen Umkehrung ihres Zustandes faßt, welche nur in der Nachahmungssucht lebhaft, nur in der geistigen Bildsamkeit muthwillig, aber zu großen statistischen Umwälzungen eben so träge, als zu wissenschaftlichen und galanten Reformationen geneigt ist — bei einem solchen Volke kann eine energische, zum raschen Handeln geeignete Kraft niemals von unten herauf, sondern nur von oben herab kom-

men. Alle gutherzigen, anderweitigen Hoffnungen sind — fromme Schimären.

Zu dieser Stimmung des deutschen Nationalgeistes mußte auch der Mangel an harmonischer, allseitiger Bildung beitragen. Deutschlands statistische Ausbildung hat mit seiner Privataufklärung und Kultur nicht gleiche Schritte gehalten; man hat die alten Formen stehen lassen, und eine Nation, welche denken gelernt hatte, polizeilich am Gängelbände geführt. Nichts konnte für eine Gesetzgebung, welche den deutschen Nationalgeist zu würdigen gewußt hätte, wichtiger seyn, als: das Ehr- und Freiheitsgefühl desselben durch direkte und indirekte polizeiliche Einrichtungen zu wecken. Aber was war die angebliche höhere Politik unserer größten Staaten geworden? Eine kalte Zahlen- und Tabellen-Doktrin, welche immer nur addirte und multiplizierte, die über der extensiven die intensive Gröfse, über den Quadratmeilen und der Menge der Köpfe ihren Gehalt und ihre Bildung vergafs, eine wahre Maschinenkunst, welche die Freiheit der Bürger und die moralischen Kräfte der Nation mechanisch

sirte, eine Formen - Statistik, welche das Verdienst nach dem Leisten maß und den Geist durch den Buchstaben würgte. Auch Feudalverfassung, sklavische Behandlung des Soldaten, Mangel an Begünstigung einer wahren Nazional-Industrie, ohne deren Vortheile keine bejahrte Nasion ihren Wohlstand und mit demselben ein gewisses Selbstgefühl zu retten vermag, haben sich beinahe um die Wette bemühet, den deutschen Geist mehr zu lähmen als zu erheben. Es ist nicht sowohl ein übermäßiger Grad von Verweichlichung und luxuriöser Sittenverderbnis, der die Nasion zu dieser Kraftlosigkeit heruntergebracht hat, wie einige seufzende Zionswächter behaupten; es gibt andere kultivirte Nationen, die sich bei demselben oder einem noch schlimmeren Barometerstande des Luxus doch auf einer viel höheren Linie des politischen Ranges befinden; sondern es ist mehr eine einseitige Richtung der Kraft. Bei dem Mangel einer Thätigkeit, deren Ermunterungen und Nachhülfen nur von dem Staate ausgehen können, warf sich der deutsche Genius auf das Einzige, was ihm bei seinem Fleisse

und seinem Eifer zur Gründlichkeit übrig blieb — auf gelehrte, wissenschaftliche Bildung. Mit Recht hat man öfters geklagt, daß die deutschen Musen nicht nur aller wichtigen Ermunterungen von aussen, des Fürstengoldes und der Hofgunst entbehrt hätten, sondern von manchen Höfen, sogar von der ästhetischen Laune ihres größten Königs mit Verachtung gedrückt wären; aber gerade in diesem Kampfe mit äusseren Schwierigkeiten haben sich ihre Kräfte geübt und bewährt; das mächtige Jugendgefühl, was ihren Busen durchströmte, bedurfte weder die Anlockungen des kindlichen, noch die Reizmittel des höheren Alters, und ihre Fortschritte würden mehr die Produkte einiger Jahrhunderte, als einiger Dezennien zu seyn scheinen, wenn man sie nach der Grösse der Wirkung, nicht nach der Zeit ihrer Produktion schätzen wollte. Hinter keiner einzigen Nation zurückgeblieben, hat der deutsche Tiefsinn und szientifische Geist die meisten übereilt und kann allen in manchen Regionen des Wissens Gesetze vorschreiben; fast alle Wissenschaften sind in ihren verborgensten Heiligthümern von ihm

durchwandert; keine andere Nation kann mit ihm an Universalität der wissenschaftlichen Ausbildung wetteifern; keine hat einen Kant aufzuweisen. Allein wenn die Spartaner in einer Energie ausschweiften, deren Grösse sich nur auf die Trümmern der Humanität gründen liess, so wurden bei den Deutschen die höheren Künste und Wissenschaften auf Kosten seiner physischen Kraft ausgebildet. Nicht allein die überströmende Menge derjenigen Bücher, welche die Empfindung verzärteln und die Einbildung auf Kosten des Verstandes beflügeln, sondern auch die gründlichern geistigen Arbeiten, die Lukubrazionen der Vernunft schwächen den Körper, indem sie dem physischen Menschen die Kräfte entziehen, welche der Geist zu seinen höheren Anstrengungen verbraucht, und indem sie ihn zu einer sitzenden Lebensart nöthigen. Schon Athen hörte auf, grosse Tugenden zu erzeugen, sobald es grosse wissenschaftliche Köpfe hervorbrachte. Die einfache Tugend der Leonidas, der Curier und Camillus wäre nie in dem glänzenden Himmelsstriche der Musen und Charitinnen gediehen. Nur in ihren frü-

heren Zeiten zeigen uns die Beherrscher der Welt eine Versammlung von Vätern, von welchen jeder Einzelne ein König seyn konnte. Wer möchte uns Bürgschaft geben, daß wir in den Verhältnissen des gegenwärtigen Lebens die unbestechliche Tugend der Fabricius und Regulus wiederfänden? Die ersten griechischen Weisen, die Platone und Sokrates leuchten unsern Gelehrten nicht zur Weisheit des Lebens, sondern höchstens zur Manier in sokratischen Gesprächen voran, und die Lebensphilosophie der Aristides, der Mark-Aurele ist eine Puppe der modernen Grazien geworden, die unsern Romanenschreibern einen ergiebigen Stoff zu ihren historischen Halbromanen, als unsern Staatsmännern zum häuslichen Leben darreicht. Zwar wollen wir nicht, den Wahn derer begünstigen, welche alles, was den Stempel des catonischen und sokratischen Zeitalters trägt, nur in dem Hohlspiegel einer magischen Einbildung sehen; die wahre Schätzung der Dinge verwirrt sich, wenn sie mit dem höheren Alter nur der Vergangenheit, und mit einigen Alterthumsforschern nur derjenigen Zeit huldigt, deren Ge-

stalten bloß durch die unsichere Perspektive der Entfernung ihren Nimbus erhalten. Aber läugnen dürfen wir nicht, daß jene üppige Vollkraft des Charakters, jener herkulische Heldenstoff, der den früheren Bürger der römischen und griechischen Staaten auszeichnet, mit ihren Namen aus der Geschichte verschwunden zu seyn scheint. Wir haben uns in den Mangel dieser Größe gefunden; denn wir begnügen uns, sie zu zergliedern; über dem Beschauen haben wir das Handeln vergessen. Der schriftstellerische Werth hat die Verdienste des Helden, des Staatsmannes abgelöst, und der hohe Schwung des Charakters, der sich sonst an der Spitze eines Heers oder auf einer Rednerbühne Unsterblichkeit geschaffen hätte, muß jetzt seine edelsten Kräfte auf der Studierstube vergeuden. Wir wissen es besser, als die Alten, was man thun sollte; aber wir begnügen uns mit der Metaphysik des Wissens, und verweisen die Möglichkeit der Ausführung in die alte Geschichte.

Druckfehler und Verbesserungen.

- S. 5. Z. 5. von unten und bald nachher lies unorganischen statt anorganischen.
- S. 18. Z. 8. lies Rechtsobjekte statt rechtlichen Objekte.
- S. 19. Z. 11. lies von der eigentlichen statt der allgemeinen.
- S. 43. Z. 2. von unten ist der ganze Satz: Die Polizei etc. bis negativ thätig wäre, wegzustreichen.
- S. 51. Z. 1 und 12. lies Polizeirechtswissenschaft statt Polizeiwissenschaft.
- S. 51. Note. Z. 1. lies Kriminalrechtswissenschaft statt Kriminalwissenschaft.
- S. 68. Z. 4. lies alle bisherigen statt fast alle vorhergehenden.
- S. 81. Note. Z. 9. lies eine reine Deduktion der Polizei statt eine solche reine Dedukz.
- S. 86. Z. 9. lies bürgerlich-edle statt rechtliche.
- S. 122. Z. 3. von unt. lies Staatswirthschaft statt Staatswissenschaft.
- S. 125. Z. 14. lies Nazional - Wirthschaft statt Nazional - Wissenschaft.
- S. 129. Z. 8 fehlen die Worte in der Begünstigung vor den Worten des natürlichen Erbrechts.
- S. 131. Z. 12. lies die Polizei hängt nicht so innig mit ihr zusammen, statt die Polizei ist auf einem minder edlen Boden entsprossen.
- S. 133. Z. 16. lies 3 statt 2, so wie auch nachher alle Zahlen der Unterabschnitte um eine Zahl weiter gerückt werden müssen.
- S. 139. Z. 3. von unten lies mit diesen Grundsätzen einstimmig, sagt etc. statt kürzer, wiewohl etwas unbestimmter sagt.

S. 155. Z. II. lies das intellektuelle Wohl
einiger Polizeigelehrten ist zu-
weilen etc. statt das sogenannte in-
tellectuelle Wohl ist, genauer un-
tersucht, zu w.

S. 159. Z. 15. lies zwei statt zuweilen.

S. 228. Z. 2. ist der Gedankenstrich hinter selbst
zu setzen.

S. 256. Z. 7. lies und die Gelegenheit statt
und Gelegenheit.

S. 286. Z. 7. von unten, lies haben statt heben.

Goslar,

gedruckt bei Ernst Wilh. Gottl. Kircher.

N a c h s c h r i f t.

Ungeachtet ich bedaure, daß mir die Schrift des Herrn Kanzleiraths *Lotz* über den *Begriff der Polizei* *) vor der Vollendung dieses Werks nicht zu Gesichte gekommen ist, so darf ich doch gestehen, daß ich nach einer aufmerksamen Prüfung ihrer Grundsätze mich keinesweges veranlaßt fühle, einen einzigen wesentlichen Satz meiner Theorie aufzugeben. Auch bei dieser Schrift zeigt es sich deutlich, daß alle Ideen über das Wesen der Polizei, ohne eine genaue, erschöpfende, gelungene Gränzscheidung derselben von der Justiz, nur vage, unsichere Gedanken sind, welche ewig auf einem uferlosen, unruhigen Ozean umherschwanken werden; ohne jemals in den Hafen der philosophischen Ruhe zu laufen.

Ich habe es hier nicht mit der liberalen und größtentheils richtigen Ausführung der einzelnen praktischen Theile, sondern bloß mit den letzten Gründen des Verfassers und mit seinem Begriffe von der Polizei zu thun:

*) Ueber den Begriff der Polizei und den Umfang der Staatspolizeigewalt: 1807.

„Die Thätigkeit der Regierung wirkt nach seinen Grundsätzen zur Erreichung des Staatszwecks *) theils indirekt, durch Gesetze, durch welche sie bloß dem Willen ihrer Bürger die, dem Staatszwecke angemessene, Richtung zu geben sucht, ohne übrigens dabei etwas mehr zu bezwecken, als daß dieser Wille nicht widerrechtlich werde (durch Rechts-Gesetze); theils direkt durch Anstalten, wobei die Staatsregierung, auch abgesehen von einer Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines solchen widerrechtlichen Willens in Hinsicht auf die Erreichung des Staatszwecks, unmittelbar selbstthätig erscheint. Die letzteren machen den Gegenstand der Polizei aus.“

Aber die Indirektheit ist kein spezifisch-eigenthümliches Merkmal der rechtlichen Sor-

*) Dieser Zweck des Staats ist nach dem Verf. „kein anderer, als der: durch die vereinten Kräfte aller jedes einzelne Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft auf den Standpunkt der höchstmöglichen menschlichen Vollkommenheit zu heben.“ Nur in Einer, nicht in einer anderen wichtigen Hinsicht kann ich diesem Begriffe beistimmen. Doch ist hier nicht der Ort, mich darüber zu erklären.

gen für den Staatszweck. Auch die Polizei wirkt indirekt zur Aufrechthaltung des bürgerlichen Vereins, indem ihr erster größter Haupttheil, der Sicherheitstheil, durch seine Aufsicht und seine zuvorkommende Gewalt eben sowohl wie das Recht durch seine Gesetze, durch seine Drohungen, seine Strafen und einige wenige präveniente Zwangsmittel nur die Abwehrung gewisser Eingriffe in den Staatszweck, nicht die positive Förderung desselben berücksichtigt. Der Verfasser hätte also viel tiefer gehen und den Unterschied zwischen den indirekten Sorgen des Rechts und der Polizei angeben sollen, um die Gräzen beider Wissenschaften mit Bestimmtheit zu zeichnen. Er würde dann gefunden haben, daß das Recht bei seiner indirekten Wirksamkeit gegen gewisse Verletzungen des Staatszwecks, als eine höhere moralische Wissenschaft, weit schonender mit der menschlichen Freiheit verfährt, als die Polizei. Aber auch durch dieses Merkmal sind die unterscheidenden Kriterien zwischen Justiz und Polizei nicht erschöpft; wir dürfen den Leser darüber auf den zweiten Abschnitt verweisen.

Noch schwankender werden die Begriffe des Verfassers, wenn er zur weiteren Gränz-scheidung der Justiz und Polizei, die Polizeigewalt mit der gesetzgebenden und richterlichen in einen gewissen Gegensatz bringen, und beide, so wie die Strafgewalt, die vollziehende und sogar die o b e r a u f s e h e n d e Gewalt bloß dem Rechte, nicht der Polizei einräumen will. Ohne Gesetzgebung ist jede Polizei eine Schimäre. Wo aber ein Gesetzgeber ist, da muß auch ein Richter seyn dürfen, wenn die Gesetzgebung keine leere, zwecklose Anstalt seyn soll. Wir haben uns über jenen Irrthum, den der Verfasser freilich mit einigen der berühmtesten Polizeigelehrten gemein hat, an mehreren Stellen unserer Schrift so umständlich erklärt, daß wir darüber nichts hinzusetzen dürfen. Am wenigsten hätte er die Polizeigewalt in eine Art von Opposition mit der o b e r a u f s e h e n d e n Gewalt bringen und von derselben trennen sollen, da die letzte in einem ganz vorzüglichen Sinne der Polizei angehört.

Den Unterschied, den wir zwischen einer Sicherheits- und Vollkommenheits-Polizei fest-

gesetzt haben, hat der Verfasser wirklich gehandelt, aber das eigentliche Wesen beider Theile nicht richtig gezeichnet. Die Polizei soll einen größern Umfang von Rechten haben, wo durch sie der Sicherheitszustand aller hergestellt werden soll, als da, wo sie bloß auf die Beförderung des Vervollkommungsgeschäfts abzweckt. Das Moment des Unterschiedes soll hier besonders auf der Anwendbarkeit des äußeren Zwanges beruhen, und sonach soll sich die Polizei in die Zwangs- und Hülfspolizei theilen. Der Verfasser hat sehr recht, wenn er selbst den letzten Ausdruck nicht ganz befriedigend findet.

Die positive Thätigkeit der Polizei für den Staatszweck läßt sich erstlich durchaus nicht als eine bloße Hülfe ansehen, sondern ist eine direkte, selbstständige Wirksamkeit, ein integrierender Theil der Staatsthätigkeit überhaupt. Zweitens aber, was die Hauptsache ist: der Zwang ist bei weitem kein unterscheidendes Merkmal der Sicherheitspolizei allein, sondern er gehört der ganzen Polizei, wie dem Rechte. Ohne denselben brauchte sie gar kein Theil der Staatsdisciplin, das

heißt, keine Doktrin zu seyn, wozu sich der Wille und die Kräfte aller Bürger vereinigen müßten; sie könnte ein bloßer Theil der Moral bleiben. Alle positiven Einrichtungen, welche für das Gemeinwohl oder (wie man es ausdrücken will) für die gemeinsame Vollkommenheit nothwendig sind, alle Industrie-Finanz- und nationalwirthschaftlichen Anlagen müssen mit Zwang durchgesetzt werden dürfen; sogar die Befehle der ästhetischen Polizei müssen, zum Beispiel bei Vergehen gegen eine gewisse bezweckte Regelmäßigkeit, mit Gewalt ausgeführt werden können. Indessen lenkt der Verfasser nachher selbst wieder ein, und gesteht, daß sich die Zwangspolizei nicht bloß auf die Erhaltung, sondern auch auf die Vollkommenheit des Gemeinwesens erstreckt.

Es sey uns erlaubt, diese Nachschrift noch mit einigen allgemeinen Bemerkungen zu schließen.

Nichts kann dem Philosophen, der die ersten Gründe einer Wissenschaft zu erforschen strebt, angenehmer seyn, als wenn er nach Vollendung seiner Untersuchungen im prakti-

schen Leben auf Erscheinungen trifft, wodurch sich der gesunde Menschenverstand deutlich und auffallend für seine Philosophie erklärt. Unsere Staaten haben ihre Geschäfte in der Praxis weit richtiger als unsere bisherigen wissenschaftlichen Politiker die Hauptzweige der allgemeinen Staats-Disziplin in der Theorie von einander geschieden; man kann behaupten, daß jene Absonderung beinahe ganz im Geiste unseres Systems ausgeführt scheint. Alles, was zur Justiz gehört, ist in sehr vielen deutschen Staaten für jene Dikasterien, die man — freilich nicht sehr passend, Regierungen nennt, alles andere aber für die sogenannten Kammern bestimmt, und zu dem letzten Fache hat man nicht allein dasjenige beschieden, was im bisherigen engeren Sinne Polizei hieß, sondern auch die Finanz-Kriegs-Domänen- und andere Sachen, soweit sie dem Urtheile solcher Behörden anvertrauet werden können, und nicht für die geheimen Kabinetter aufbehalten werden müssen. Dieß letzte haben sie zudem mit vielen Polizei-Sachen gemein. Fast noch deutlicher und strenger ist jene allgemeine

Absonderung durch die Organisazion der französischen Staaten, in ihren Präfekturen und Justiz - Tribunalen, bemerklich gemacht. Vor den Präfekt gehört alles, was nicht Justiz-Sache ist, und die Präfekten sind daher nach unserm System im allerstrengsten Sinne Polizei-Präsidenten oder -Direktoren.

Schon durch diese Einrichtungen drängt sich dem Philosophen die allgemeine Idee einer Wissenschaft auf, welche den Staatszweck scheinlich nach andern als nach rechtlichen Grundsätzen fördert. Wir wiederholen es, daß es uns gleichgültig seyn kann, wie man eine solche Disziplin nennen will; aber sie ist doch in der Natur der Sache, sie ist sogar im gemeinen Leben vorhanden. Wer sie nicht anerkennen will, der zeige uns entweder, daß die nicht - rechtlichen Staats-Operationen unter keinen umfassenden Gattungsbegriff gebracht werden können; oder gestehe, daß er einer faulen, nur durch ihre Verjährung begünstigten, Unwissenschaftlichkeit das Wort redet.

Henrici, Georg

Grundzüge zu einer Theorie der Polizeiwissenschaft

Bd.: [1]. (1808). - VIII, 374 S.

Lüneburg 1808

Pol.civ. 61 r-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10766729-1